C 21734 D




Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 57 11.3.1975
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pfg

Nach der Lorenz-Entführung – weiter auf dem Weg zum Polizeistaat

Nach der Freilassung des entführten CDU-Politikers Peter Lorenz wurde in Westberlin „die größte Fahndung der Nachkriegszeit" durchgeführt. 4.000 Polizisten waren daran beteiligt, viele davon mit Stahlhelmen und Maschinenpistolen ausgerüstet. Unterstützt wurden sie von über 500 Polizisten aus dem Bundesgebiet – unter Verletzung des internationalen Westberlin-Abkommens, wonach die Stadt nicht zur Bundesrepublik gehört. Außerdem unterstützte die Militärpolizei der drei westlichen Besatzungsmächte die „Fahndung".

Bei dieser „Fahndung" wurden über 80 Wohnungen „durchsucht". 184 Menschen, darunter auch 17 Kinder, wurden „vorläufig festgenommen". Die Entführer oder Hinweise auf sie wurden nicht gefunden.

Zu den „Durchsuchungen" war die Polizei groß aufmarschiert, mit hunderten von Polizisten, gepanzerten Fahrzeugen, Wasserwerfern, scharfen Hunden, mit Absperrungen im grösseren Umkreis um durchsuchte Häuser, Anleuchtung der Hauswände mit großen Suchscheinwerfern usw.

Die „Durchsuchungen" selbst wurden zumindest teilweise im reinsten SA-Stil durchgeführt: Wie aus Berichten u. a. der „Frankfurter Rundschau" und Westberliner Zeitungen hervorgeht, wüteten die Polizisten in blinder Zerstörungswut in den Wohnungen. Türen, die nicht einmal verschlossen waren, wurden mit Äxten zertrümmert oder mit dèn Stiefeln eingetreten. Fensterscheiben oder Spiegel wurden zerschlagen. Farbtöpfe und Mülltüten auf den Fußboden entleert. Telefonkabel wurden aus den Wänden gerissen. Schränke und anderes Mobiliar wurden zerstört. In einer Wohnung beschmierten aufgehetzte Polizisten die Wände mit Parolen wie „KPD-Schweine". Bewohner, die gegen die Verwüstung ihrer Wohnung protestierten, wurden mißhandelt oder mit vorgehaltner Maschinenpistole damit bedroht, „daß wir dich Schwein gleich umlegen werden".

Das alles hatte nicht einmal mehr scheinbar mit den angeblichen „Fahndungszielen" etwas zu tun – hier tobten sich faschistisch verhetzte Sadisten im Schutz ihrer Uniform aus! Sie wissen ja auch ganz genau, daß der Staat – selbst wenn jetzt eine „Kommission" zur „Untersuchung der Vorfälle" eingesetzt werden mußte –

schinenpistole damit bedroht, „daß wir dich Schwein gleich umlegen werden".

Das alles hatte nicht einmal mehr scheinbar mit den angeblichen „Fahndungszielen" etwas zu tun – hier tobten sich faschistisch verhetzte Sadisten im Schutz ihrer Uniform aus! Sie wissen ja auch ganz genau, daß der Staat – selbst wenn jetzt eine „Kommission" zur „Untersuchung der Vorfälle" eingesetzt werden mußte –
seine schützende Hand über sie halten wird.



Riefen diese offensichtlichen „Übergriffe" in der liberalen Öffentlichkeit immerhin noch schwach Proteste hervor, so wurde die „Fahndung" als solche schon als selbstverständlich hingenommen. Ganz offensichtlich ist der vom Staat angestrebte Gewöhnungseffekt an die willkürliche „Durchsuchung" von Wohnungen, an wahllose „vorläufige Festnahmen" usw. schon weitgehend eingetreten. Das Ganze war vor allem in der „Großaktion" vom 26. November letzten Jahres (nach der Erschießung des Richters Drenkmann) bereits durchgespielt worden – damals gingen 3.000 Polizisten in 15 Städten und Orten „auf Jagd"; 96 Wohnungen wurden „durchsucht", 28 Menschen „vorläufig festgenommen".

Unter dem Gesichtspunkt der „Fahndung nach Terroristen" sind solche Polizei-Aktionen wertlos. Umso wichtiger sind sie für den Staat, um die Organisierung und Koordinierung der gleichzeitigen „Durchsuchung" einer relativ großen Zahl von Wohnungen praktisch zu erproben, um den Polizeiapparat unter Spannung zu halten und beim einzelnen Beamten die Mentalität des „Terroristen-Jägers" zu nähren (Ergebnisse siehe oben!!), und schließlich, um die Bevölkerung an den Umfang und die Willkürlichkeit solcher „Großfahndungen" zu gewöhnen; Vorfälle wie die Erschiessung Drenkmanns oder die Entführung Lorenz' sollen außerdem benutzt werden, um in der Bevölkerung „Verständnis" für die Polizeistaats-Methoden zu schaffen und nach Möglichkeit ein Klima der „Mithilfe" (vor allem durch „Hinweise" und Denunziation aus der Bevölkerung) aufzubauen.

Nach der Lorenz-Entführung haben die bürgerlichen Parteien, am lautesten natürlich die CDU/CSU, das Thema der „inneren Sicherheit" erneut hochgespielt. Die CDU/CSU warf der Regierung „Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber dem Terrorismus" vor. Die SPD/FDP-Regierung konnte demgegenüber darauf verweisen, daß noch keine andere Regierung der Bundesrepublik so große Anstrengungen zur zahlenmäßigen und qualitativen Ausweitung des Polizeiapparats unternommen hat.

In immer neuen Varianten wurde von den CDU/CSU-Politikern der „starke Staat" gefordert, der endlich „den Sumpf trockenlegen" und „harte Maßnahmen" ergreifen müsse. Wie das zu verstehen ist, ließ z.B. der
Nachgiebigkeit gegenüber dem Terrorismus" vor. Die SPD/FDP-Regierung konnte demgegenüber darauf verweisen, daß noch keine andere Regierung der Bundesrepublik so große Anstrengungen zur zahlenmäßigen und qualitativen Ausweitung des Polizeiapparats unternommen hat.

In immer neuen Varianten wurde von den CDU/CSU-Politikern der „starke Staat" gefordert, der endlich „den Sumpf trockenlegen" und „harte Maßnahmen" ergreifen müsse. Wie das zu verstehen ist, ließ z.B. der
CDU/CSU-Fraktionschef Carstens durchblicken: **„Der entscheidende Schlag gegen die Terroristen muß im Vorfeld von Entführungen und Anschlägen geführt werden"**. Als Beispiel dafür nannte er ausdrücklich: **„Die Bestimmungen über die Beschäftigung von Radikalen im Öffentlichen Dienst müssen verschärft angemeldet werden"** („Bild", 6.3.). Hier wird also gezielt wieder der Bogen geschlagen von der kleinen, politisch isolierten Gruppe der „Terroristen" zu allen Menschen, die der CDU/CSU als entschiedene Gegner erscheinen. Um das in seiner vollen Bedeutung zu erfassen, muß man daran denken, daß laut CDU/CSU z.B. Demonstranten gegen den § 218 „mangelnde demokratische Gesinnung" haben, daß in der Springerpresse die bescheidenen Reformvorstellungen der Jusos als „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet" verteufelt werden, daß F.J. Strauß in seiner jüngsten Passauer Hetzrede („Politischer Aschermittwoch" der CSU) sogar Willy Brandt als „Sozialisten" (!) bezeichnete, der mit den Jusos Hand in Hand gege und **„diese Gesellschaft zerschlagen"** (!) wolle.

Wenn man diese Worte so ernst nimmt, wie sie genommen werden müssen, wird die ganze Gefährlichkeit dieses reaktionären Packs deutlich. Das sind keine „Konservativen", die „nur" einen „autoritären Staat" wollen, wie manche Demokraten immer noch meinen, sondern das sind Faschisten, die ihre Absichten selbst heute schon kaum noch verbergen.

Es ist auch kein Wunder, daß zahlreiche Politiker offen für die Einführung der Todesstrafe gegen politische Gegner plädieren. Bundestagsvizepräsident Jaeger (CSU), seit langem bekannt wegen seiner Vorliebe für faschistische Staaten wie Spanien und als fanatischer Anhänger der Todesstrafe, forderte die Todesstrafe bei

Fortsetzung Seite 2

Kambodscha:

Hauptstadt eingeschlossen

Seit Ende Dezember 1974 ist Phnom Penh, Hauptstadt Kambodschas und
Kambodscha:
Hauptstadt eingeschlossen
Seit Ende Dezember 1974 ist Phnom Penh, Hauptstadt Kambodschas und
letzte Zuflucht der US-Marionette Lon Nol, von den Truppen der Volksbefreiungskräfte eingeschlossen. Der Mekong, auf dem 85% aller Waffenlieferungen transportiert wurden, konnte von den Kämpfern abgeriegelt werden.

Es gelingt den Regierungstruppen auch unter Einsatz brutalster Mittel der US-Vernichtungsmaschinerie – wie der CUB 55-Bombe – nicht, den Weg frei zu kämpfen. Diese Bombe besitzt neben ihrer großen Zerstörungskraft, die zusätzliche Wirkung, beim Aufschlag im Umkreis von 32 Metern den Sauerstoff zu absorbieren und so jeden Menschen zu töten.

Einzige Verbindung nach Phnom Penh ist die Luftbrücke der US-Imperialisten von Thailand und Saigon. Zwar schreiben die bürgerlichen Zeitungen von einer „Reis-Luftbrücke" – für die Imperialisten steht allerdings nicht die Ernährung der Bevölkerung im Vordergrund, sondern Waffen- und Munitionslieferungen. Allein am Montag, den 24.2., wurden nach Angaben der bürgerlichen Presse 1.000 Tonnen Munition eingeflogen. Die Luftbrücke soll noch ausgeweitet werden, um das Lon Nol-Regime zu retten. Doch auch der Flugplatz Pochentong – also die letzte Verbindung – wird bereits von den Volksbefreiungstruppen angegriffen und steht unter Beschuß.

Nachdem somit auch die US-Luftbrücke für das Lon Nol-Regime gefährdet ist, hat nunmehr US-Kriegsminister Schlesinger die Absicht erkennen lassen, „nötigenfalls" US-Truppen zum Schutz der Lon Nol-Clique zu schicken. Unter dem Vorwand, US-Bürger in Kambodscha schützen zu wollen, werden bereits die dortigen US-Militärs zahlenmäßig verstärkt.

**Genossin der Bezirksorganisation Harburg/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg**

Verfassungsgericht bestätigt Abtreibungsverbot



Am 25. Februar hat das Bundesverfassungsgericht die vom Bundestag im letzten Jahr beschlossene „Fristenregelung" des § 218 (Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten) als „nicht verfassungsmäßig" abgelehnt. Die CDU/CSU hat damit einen weiteren Sieg im Kampf gegen die geringste Demokratisierung und Humanisierung des gesellschaftlichen Lebens errungen.
In vielen Städten der Bundesrepublik fanden Demonstrationen gegen diese Entscheidung und für die ersatzlose Streichung des § 218 statt. Kommentar zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Berichte über den Kampf gegen das Abtreibungsverbot in anderen Ländern (Italien, Frankreich, Österreich und England) sind auf den Seiten 3 bis 9 zu finden.

Am 25. Februar hat das Bundesverfassungsgericht die vom Bundestag im letzten Jahr beschlossene „Fristenregelung" des § 218 (Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten) als „nicht verfassungsmäßig" abgelehnt. Die CDU/CSU hat damit einen weiteren Sieg im Kampf gegen die geringste Demokratisierung und Humanisierung des gesellschaftlichen Lebens errungen.
In vielen Städten der Bundesrepublik fanden Demonstrationen gegen diese Entscheidung und für die ersatzlose Streichung des § 218 statt. Kommentar zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Berichte über den Kampf gegen das Abtreibungsverbot in anderen Ländern (Italien, Frankreich, Österreich und England) sind auf den Seiten 3 bis 9 zu finden.

8. März

Internationaler Frauentag

**Der internationale Frauentag ist ein traditioneller Kampftag und Ehrentag, der jährlich von den fortschrittlichen Frauen aller Länder, im Besonderen der sozialistischen Länder, am 8. März gefeiert wird.
Dieser Tag hat eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung.**
Auf der 2. Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen am 27. August 1910 wurde von der deutschen Delegierten, Clara Zetkin, der Antrag auf einen internationalen Frauentag gestellt:

„Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten."

Heute ist der 8. März, der Tag der internationalen Solidarität aller arbeitenden Frauen. In der Geschichte der BRD ist dieser Internationale Frauentag bewußt in Vergessenheit gedrängt worden, wie viele wertvolle und lehrreiche Traditionen der Arbeiterbewegung. Es mutet da schon etwas sehr dreist an, wenn das „Jahr der Frau" als die neueste Erfindung und als d e r Fortschritt in der bürgerlichen Presse und seitens der bürgerlichen Politiker propagiert wird.

Die UNO beschließt für 1975 „Das internationale Jahr der Frau"

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1975 zum „Jahr der Frau" erklärt, mit dem hochtrabenden Motto: „Gleichheit, Entwicklung und Frieden". Daß das „Jahr der Frau" nur zur Propagierung der bürgerlichen Ideologie und zur Beschönigung der wirklichen Situation der Frauen in den kapitalistischen Ländern dient, wollen wir in diesem Artikel aufzeigen:

Zum „Jahr der Frau" wurde von Seiten der bürgerlichen Politiker und der Presse viel Wirbel gemacht. Am 9. Januar fand in der Beethovenhalle in Bonn eine Eröffnungsveranstaltung statt. Politiker mit „Rang und Namen" waren anwesend. Um die Ernsthaftigkeit auch unter Beweis zu stellen, wurde von der Bundesministerin K. Focke ein Kuratorium zum „Jahr der Frau" gebildet.

In diesem Kuratorium sitzen allerdings auch Vertreter des „öffentlichen Lebens", wie Schleyer und Bischoff Tenhumberg. Die Benennung des Vertreters der katholischen Kirche ist für alle Frauen ein Schlag ins Gesicht. Ist er doch als der kompromißloseste Gegner der Fristenregelung des § 218 bekannt.

Fortsetzung Seite 3

Nach der Lorenz-Entführung

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Mord und Entführung mit Todesfolge. Die p o l i t i s c h e Stoßrichtung der Forderung nach der Todesstrafe brachte der hessische CDU-Chef Dregger klar zum Ausdruck: **„Bei Überlegungen, wie man den Anarchisten begegnen könnte, müßte auch die Todesstrafe in Betracht gezogen werden“** („Welt“, 5.3.). Auch der ehemalige Hamburger Bürgermeister Weichmann (SPD !) meinte, es sei **„an der Zeit, sich zu überlegen, ob die Bundesrepublik nicht die Todesstrafe für Geiselmord einführen sollte“** („Welt“, 5.3.). Um auch diese Forderung richtig zu verstehen, sollte man sich daran erinnern, daß in fast allen Prozessen gegen angebliche Mitglieder der „RAF“ oder ähnlicher Gruppen langjährige Gefängnisstrafen ohne konkrete Beweise verhängt wurden – lediglich auf Grund der angeblichen Zugehörigkeit zu der Gruppe. Horst Mahler z.B. wurde u.a. wegen eines Banküberfalls verurteilt, ohne daß seine Teilnahme im mindesten bewiesen werden konnte; das Gericht hielt es einfach für „unvorstellbar“, daß Mahler als angeblicher „Chef“ der Gruppe nicht dabei gewesen sein könnte – das war „Beweis“ genug. Dazu kommt die Rolle gekaufter Zeugen aus den Gruppen selbst, wie z.B. Ruhland von der „RAF“, die mit dem Versprechen auf Freilassung zu jeder gewünschten Aussage zu bewegen sind. Inzwischen hat der nordrheinwestfälische Justizminister Posser (SPD !) ganz offiziell vorgeschlagen, „Kronzeugen“ mit Freilassung, freier Ausreise unter falschem Namen und großzügigen Geldgeschenken zu kaufen (in den USA ist das seit langem „legal“ üblich).

Nimmt man dies zusammen, dann wird deutlich, daß mit der Forderung nach der Todesstrafe jede Art von Provokationen zur „legalen“ Ermordung politischer Gegner angestrebt wird.

mordung politischer Gegner angestrebt wird.

Im Windschatten der besonders üblen Hetze der CDU/CSU kann die **SPD/FDP-Regierung** umso besser ihre eigenen Maßnahmen vorantreiben. So soll nunmehr die „Befürwortung von Gewalttaten“ strafbar sein, während bisher nur die „Aufforderung“ und „Anstiftung“ dazu strafbar war. Konkret heißt das, daß z.B. die schlichte Feststellung „strafbar“ sein könnte, daß bisher noch keine herrschende Klasse freiwillig ihre Macht aufgegeben hat. **Bestimmt n i c h t strafbar werden nach wie vor Kriegshetze und Kriegsverherrlichung, Unterstützung für Polizei-Terror, Beschönigung nazistischer Verbrechen u.ä. sein.**

Erschwerend kommt hinzu, daß nach den bisherigen Pressemeldungen (siehe „FR“ vom 8.3.) das neue Gesetz absolut „gummi“artig gehalten sein soll: Bestraft werden soll die Verbreitung von Schriften, die „geeignet“ sind, „bei anderen die Bereitschaft zu Gewalttaten zu fördern“. **Es kommt dabei n i c h t darauf an, „ob der Autor oder der Verkäufer (!) solcher Schriften subjektiv die Absicht hat, bei anderen die Bereitschaft zum Begehen von Gewalttaten zu fördern“.** Großzügig interpretiert könnte der Staat dann jeden vors Gericht zerren, der Mißstände des Kapitalismus anprangert, weil die Kenntnis dieser Mißstände zweifellos „geeignet“ und vollauf ausreichend ist, die „Bereitschaft zu Gewalttaten“ (nämlich zu Kämpfen gegen diese Mißstände und zur Beseitigung des Kapitalismus) zu fördern.

Nicht strafbar sein sollen lediglich „historische Werke oder wissenschaftliche Abhandlungen über Revolutionsabläufe“ – wobei unklar ist, ob unter „historische Werke“ auch die „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus zu verstehen sind, oder ob auch diese wegen „Befürwortung von Gewalt“ verboten werden sollen. Jedenfalls will die CDU/CSU sogar „historische Schriften“ verbieten, wenn sie „geeignet“ sind, „den öffentlichen Frieden zu stören“.

Zu den geplanten Gesetzesänderungen gehört ferner, daß der Einfluß des Bundeskriminalamts ausgeweitet werden soll: Die „Bekämpfung von Terroristen“ soll offiziell in die Reihe der „zentralen Strafverfolgungsaufgaben“ des BKA aufgenommen werden. Außerdem wird überlegt, den gegenwärtigen „Arbeitsstab“ beim Bundesinnenministerium zur „Terrorismusbekämpfung“, der aus Vertretern der Regierung und der Bundesländer besteht, beizubehalten.

So wird der Ausbau und die Zentralisierung des Polizeiapparats, der Abbau politischer Rechte, die Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft zügig vorangetrieben. **Parallel dazu erfolgt auf der wirtschaftlichen Ebene der Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen durch drastische „Sparmaßnahmen“ vor allem auf sozialem Gebiet, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, niedrige Tarifabschlüsse etc.**



Polizeiterror in Westberlin: „Vorläufige Festnahme“

Die Lorenz-Entführung:

Die Lorenz-Entführung: „technisch“ ein Meisterstück – politisch ein schwerer Fehler

Wahrscheinlich hat jeder Genosse, der „mit dem Herzen dabei“ ist, Respekt vor der exakten und überlegten Planung und Durchführung der Lorenz-Entführung empfunden, und hat sich über die Niederlage des bürgerlichen Staates gefreut, der fünf politische Gefangene freigeben mußte.

Kein Revolutionär kann die Entführung bürgerlicher Politiker, Richter etc. bei einem bestimmten Stand der Klassenkämpfe und unter bestimmten taktischen Gesichtspunkten als e i n Kampfmittel g r u n d s ä t z l i c h ablehnen.

Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen halten wir jedoch die Entführung von Lorenz für einen schweren politischen Fehler, der der Bourgeoisie und ihrem Staat genutzt und der Arbeiterbewegung und der Linken geschadet hat.

Bevor wir darauf eingehen, wollen wir aber folgenden Punkt hervorheben, der uns wichtig erscheint: Der bürgerliche Politiker Lorenz verdankt sein Leben letzten Endes der Tatsache, daß er in den Händen von Revolutionären war, und nicht in den Händen bürgerlicher Lumpenpolitiker wie dem ehemaligen Innenminister Genscher. Hier wurde der Unterschied sehr deutlich, der besteht zwischen dem Ehrenwort eines Revolutionärs (selbst in der verzerrten Form der „Bewegung 2. Juni“) und dem eines bürgerlichen Ministers. Genscher b r a c h sein „Ehrenwort“, als er während der Olympiade 1972 in Fürstenfeldbruck die palästinensischen Kämpfer ermorden ließ, und ihre israelischen Geiseln gleich mit. Die Entführer von Lorenz h i e l t e n ihr Ehrenwort, Lorenz freizulassen, nachdem ihre Forderungen erfüllt worden waren.

Nicht einmal Lorenz kann im Übrigen bestreiten, daß er von seinen Entführern korrekt und human behandelt wurde – was man z.B. vom Auftreten der Westberliner Polizei bei den jüngsten Wohnungs„durchsuchungen“ bestimmt nicht sagen kann, von der Behandlung der politischen Gefangenen einmal ganz abgesehen. In einem Interview mit der „Bild“ sagte Lorenz: „.... **Je länger ich mit ihnen sprach, desto klarer wurde es mir: Meine Wächter hassen mich nicht persönlich. Sie hassen den Staat, die Regierung, die demokratischen Parteien. Wie soll ich es sagen: Sie haßten vielleicht den Parteivorsitzenden Lorenz, aber wahrscheinlich nicht den Menschen**“ („Bild“, 8.3.) – als Beispiel führt er an, daß eine der Entführerinnen ihm die Hose stopfte. –

In der Tat: Sadistische Menschenquälerei, wie sie die „Diener“ des bürgerlichen Staats auszeichnet, ist ist den Revolutionären fremd.

Dies vorangestellt, halten wir die Entführung von Peter Lorenz, wie überhaupt die gesamte Aktivität der „RAF“ und ähnlicher Gruppen, für einen schweren politischen Fehler und für einen Dienst an der Bourgeoisie und ihrem Staat – unbeschadet der Achtung und der emotionalen Genugtuung, die wir gegenüber einzelnen Aktionen dieser Gruppen empfinden mögen.

Das Fatale ist, daß diese Aktio-

nen in einer Zeit stattfinden, wo

nen in einer Zeit stattfinden, wo auf der einen Seite die Klassenkämpfe noch kaum entwickelt sind, und auf der anderen Seite die Bourgeoisie sich allseitig auf eine erhebliche Verschärfung der Klassenkämpfe und auf den frontalen Klassenzusammenstoß vorbereitet. Die Aktionen der „RAF“ usw. haben in dieser Situation nicht nur der Bourgeoisie den beständigen Vorwand geliefert, den Staatsapparat, vor allem den Unterdrückungsapparat, auszubauen und zu zentralisieren; sie haben ihr vor allem zahlreiche Gelegenheiten verschafft, diesen Apparat auch p r a k t i s c h zu erproben, bestehende „Lücken“ aufzuspüren und zu schließen, die einzelnen Mitglieder des Apparats und seine Kader mit Erfahrungen auszurüsten, die nur aus der Praxis zu gewinnen sind, und sie zunehmend im Sinn eines antikommunistischen, faschistoiden „Feindbilds“ auszurichten. Die Bourgeoisie hat so – kurz gesagt – in den letzten Jahren eine unvergleichliche Gelegenheit erhalten, ihren Staatsapparat für die kommenden Kämpfe auszurüsten und einzuüben, während auf Seiten der Arbeiterbewegung noch weitgehende Ruhe herrscht. Sie hat daneben in gewissem Grad – auch wenn man das nicht überschätzen sollte – Gelegenheit gehabt, diese Schritte der Faschisierung von Staat und Gesellschaft vor Teilen der Bevölkerung als geradezu in ihrem Interesse hinzustellen; und es ist ihr wahrscheinlich auch erleichtert worden, diese Maßnahmen weitgehend ungestört von liberalen Protesten durchzuführen.

Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Aufrüstung des bürgerlichen Staates v o r b e u g e n d ist, d.h. sie ist nicht dem aktuellen Stand der Klassenkämpfe angepaßt, sondern eilt ihm voraus, ist bereits auf k o m m e n d e Kampfniveaus ausgerichtet. Diese Strategie der Bourgeoisie setzt es geradezu voraus, daß sich sozusagen ein „Sparringspartner“ für das praktische „Training“ und die Vervollkommnung des Staatsapparats – sowie in gewissem Grad auch zur Rechtfertigung dieser Vervollkommnung – findet. Diesen Dienst haben „RAF“ und ähnliche Gruppen der Bourgeoisie und ihrem Staat leider erwiesen.

Im Falle der Lorenz-Entführung haben die Entführer abgesehen von der gegenwärtigen a l l g e m e i n e n Verfehltheit des Terrorismus auch t a k t i s c h extrem unklug gehandelt, indem sie den falschen Mann zum falschen Zeitpunkt entführten, d.h. den Spitzenkandidaten der Westberliner CDU unmittelbar vor den Wahlen. Mehr als irgendeine andere Aktion hat damit die Lorenz-Entführung zu diesem Zeitpunkt die von der Bourgeoisie geführte konterrevolutionäre Hetzkampagne begünstigt und wahrscheinlich auch die Wahlen zugunsten der äußersten Reaktion beeinflußt.

Was ist der „Erfolg“? Zum einen die Befreiung von fünf politischen Gefangenen. So sehr wir uns instinktiv darüber freuen mögen, müssen wir doch feststellen, daß die Freiheit dieser Leute für die westdeutsche Arbeiterbewegung b e d e u t u n g s l o s ist, weil sie mit ihrer ganzen Politik nicht nur außerhalb der realen Klassenkämpfe stehen, sondern den Interessen der Arbeiterbewegung direkt schaden.

Praktisch sieht es so aus, daß

Praktisch sieht es so aus, daß hier eine Gruppe von wahrscheinlich aufrichtigen und sicher fähigen „Terroristen“ losgelöst von den Klassenkämpfen einen Privatkrieg mit dem bürgerlichen Staat austrägt: Wegen sinnloser bzw. schädlicher Aktionen sind die Befreiten in den Knast gekommen, durch eine sinnlose und schädliche Aktion wurden sie befreit, um vielleicht neue sinnlose und schädliche Aktionen durchzuführen. Für die Arbeiterbewegung ist das kein Gewinn!

Die Lorenz-Entführung hat den bürgerlichen Staat in einer Situation scheinbarer S c h w ä c h e gezeigt – das mag ein wesentliches politisches Ziel der Entführung gewesen sein. Zum einen ist aber der bürgerliche Staat sicher nicht so schwach, wie er momentan erscheinen mag, wenn der brillenlose Lorenz präsentiert wird, wenn Pastor Albertz eine Erklärung der befreiten Revolutionäre verlesen muß oder wenn 4000 Bullen Westberlin tagelang vergeblich nach den Entführern durchstöbern.

Zweitens, und das ist wohl das Wesentliche: Unter bestimmten, entwickelten Bedingungen des Klassenkampfes kann es nützlich sein, in dieser Weise die Schwäche des Staates aufzudecken und damit den Kampfmut der Arbeiterklasse zu erhöhen. In einer Situation, wo sich jedoch noch große Teile der Bevölkerung, auch der Arbeiter, mit dem bürgerlichen Staat weitgehend i d e n t i f i z i e r e n, bewirkt eine solche Aktion aber zwangsläufig das Gegenteil. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich dann sozusagen selbst „betroffen“, empfindet die Schwäche des bürgerlichen Staates als eigene Schwäche und Demütigung, und ist für Parolen zugänglicher, die auf einen „starken Staat“ etc. gerichtet sind. In einer solchen Situation ist es möglich, daß sich z.B. Arbeiter ernsthaft den Kopf zerbrechen, ob der bürgerliche Staat richtig gehandelt habe, die Gefangenen freizulassen, ob man die Todesstrafe wieder einführen solle usw. – als ob das wirklich die Probleme der A r b e i t e r wären, deren F e i n d doch in Wirklichkeit der bürgerliche Staat ist. – Schließlich ist es auch wohl so, daß zu diesem Zweck die bürgerlichen Politiker, Presse etc. die „Schwäche“ des bürgerlichen Staates bewußt kläglich bejammern (vor allem CDU/CSU und Springerpresse), um ihre Forderung nach dem „starken Staat“ zu bekräftigen und sie „populär“ zu machen.

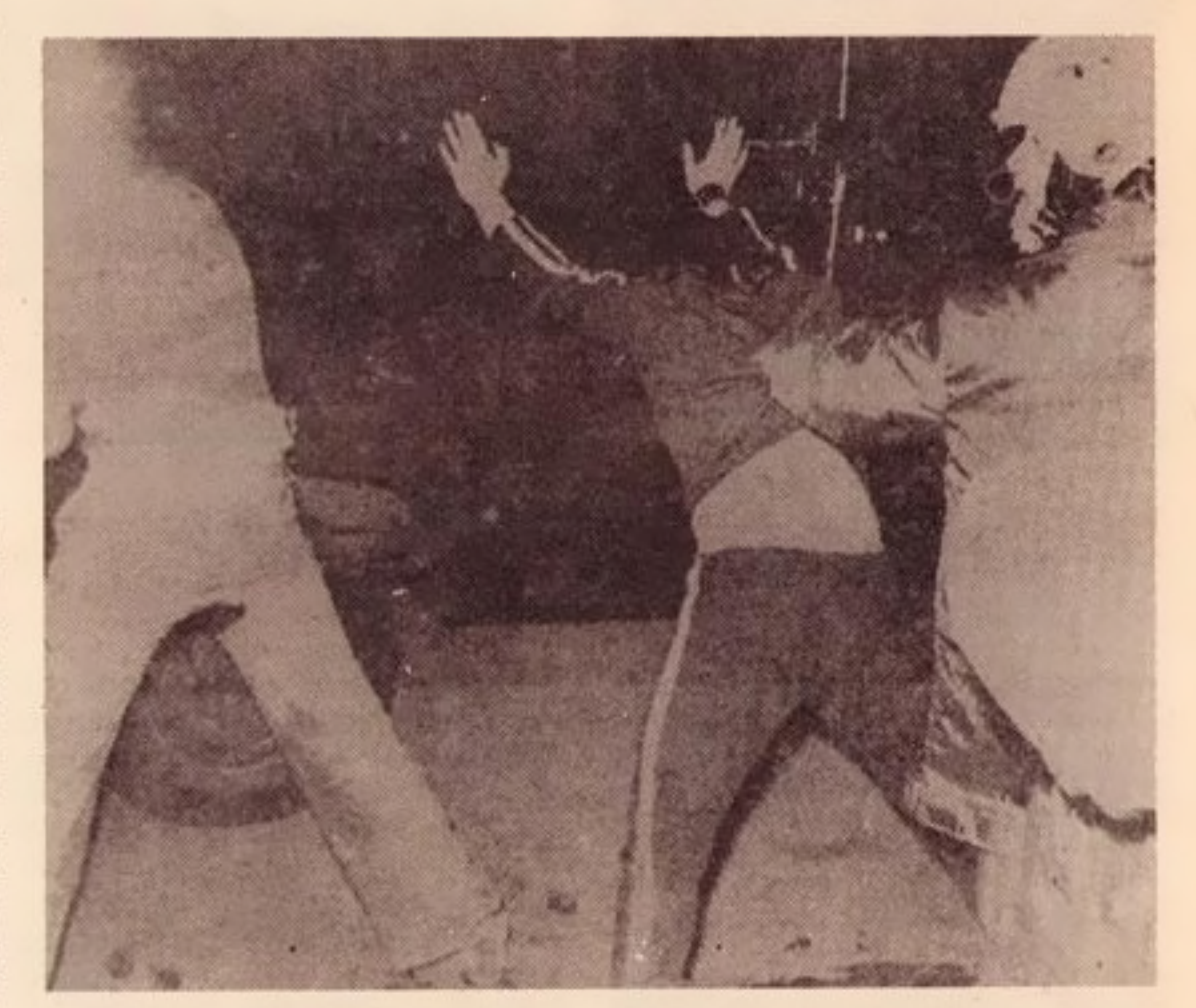
Für geradezu pervers halten wir es allerdings, wenn „Linke“ innerhalb der SPD und FDP die „Bewegung 2. Juni“ etc. anklagen, sie würden durch ihre Aktionen der Rechtsentwicklung Vorschub leisten. Ganz offensichtlich haben diese „Linken“ die Schrittmacher der Rechtsentwicklung (Berufsverbote, Ausbau des Staatsapparats usw.) in ihren eigenen Parteien: Genscher, Schmidt usw. Diese „Linken“, wenn sie ehrlich an die Sache herangehen, müßten sich vielmehr s e l b s t fragen, wieweit sie mit ihrer „Toleranz“ bzw. allzu schwächlicher Opposition gegenüber Genscher, Schmidt & Co. nicht s e l b s t der Rechtsentwicklung Vorschub geleistet haben, indem sie das ohnmächtige „linke Feigenblatt“ dieser Politik abgaben und abgeben.

Ebenso lehnen wir die Politik der DKP und ähnlicher Gruppierungen ab, die sich prinzipienlos vom „Terrorismus“ g r u n d s ä t z l i c h (womöglich noch „international“) distanzieren – in völliger Mißachtung der Lehre Lenins, daß Revo-

lutionäre den Terrorismus nicht
tung der Lehre Lenins, daß Revo-

lutionäre den Terrorismus n i c h t grundsätzlich ablehnen können, sondern ihn unter dem Aspekt von „Ort, Zeit und Bedingung“ einzuschätzen haben. Die Revisionisten der DKP u.ä. machen die „Distanzierung“ von Aktionen wie der Lorenz-Entführung geradezu zur H a u p t stoßrichtung ihrer Aussagen, während die Entlarvung der Polizeiwillkür und der zynischen propagandistischen Konstruktionen der Bourgeoisie in den Hintergrund gerückt wird. In der „UZ“ der DKP sah dies schließlich so aus, daß beispielsweise die Behauptung der P o l i z e i berichte über die „Durchsuchungen“ kommentarlos als Fakten hingestellt wurden (die Polizei habe Tränengas eingesetzt, *„da die Einwohner – zumeist Jugendliche – Widerstand leisteten“* – so z.B. die „UZ“ vom 6.3.) und geradezu mit Wohlgefallen registriert wurde: *„Der DGB-Bundesausschuß verurteilte das verbrecherische Vorgehen der Terroristen“* („UZ“, 6.3.).

Diese Art von „Distanzierungen“ dient n i c h t dazu, der Ausnutzung der politisch verfehlten Aktionen von „RAF“ usw. durch die Bourgeoisie entgegenzutreten; sie dient auch nicht dazu, mögliche Sympathisanten und Ausführende solcher Aktionen von der Schädlichkeit derartiger Handlungen zu überzeugen. Diese Art von „Distanzierungen“ trägt vielmehr zur politischen Verdummung und Desorientierung von Teilen der Arbeiterbewegung bei. ●



Polizeiterror in Westberlin: „Durchsuchung“

Fortsetzung von Seite 1

8. März – Internationaler Frauentag

Die Benennung dieser beiden Herren war auch der liberalen Presse etwas zu übertrieben. Frau K. Focke nahm jedoch jede Kritik in ihrer Eröffnungsrede vorweg:

„Wenn wir nicht nur über die Benachteiligung der Frau lamentieren wollen, was uns bestimmt nicht weiter bringt, müssen wir das Gespräch mit denjenigen suchen, die etwas bewegen k ö n n e n (!?). Dazu gehören auch die Arbeitgeber und die katholische Kirche".

Sowohl die Eröffnungsreden am 9. Januar, wie auch die Erklärungen der Bundesregierung im Bundestag, waren darauf abgezielt, einerseits gewisse Kritik wie die existierenden Leichtlohngruppen oder die niedrige Zahl der Frauen im Parlament (5,9%) vorwegzunehmen und waren andererseits von arroganter Selbstgefälligkeit. So wurde betont: Die Gleichberechtigung sei ja in der Verfassung verankert. Es komme jetzt nur darauf an, diesen *„Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung zu erfüllen"* (Walter Scheel).

Auch wenn es noch einiges zu tun gäbe, so solle man doch nicht so tun, *„als ob wir in der Bundesrepublik erst am Anfang unserer Bemühungen um die Gleichberechtigung oder die Emanzipation der Frau stünden"* (Annemarie Renger).

„Gerade in den letzten Jahren wurde eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, oder sind in der Beratung, die dazu angetan sind, die Situation der Frau positiv zu verändern" (!!) (A. Renger).

Was sind das für Gesetzesänderungen, die *„dazu angetan"* sind, die Situation der Frauen zu verbessern? Die Tatsachen der jüngsten Zeit schlagen dem ins Gesicht. Von Frau A. Renger u.a. angeführt:

- Die Reform des § 218.

Das ist wohl das deutlichste Beispiel dafür, wie im „Jahr der Frau" die Entmündigung und Entrechtung der Frauen aufrechterhalten wurde.

- Die Liberalisierung der Namensgesetzgebung. (Die Frau kann bei der Eheschließung ihren „Mädchen"- bzw. Doppelnamen annehmen und der Mann kann sich auch nach dem Namen der Frau nennen).
- Kaum 4 Wochen nach der Verkündung der „Reform" Anfang dieses Jahres wurde sie im Bundesrat von der CDU-Mehrheit abgelehnt.
- Die Neuformulierung des Ehe- und Familiengesetzes.

Hier ist vorauszusehen, daß auch dieses Gesetz mit dem Zweck der Disziplinierung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung in seiner Form bestehen bleiben wird.

- Die Pille auf Krankenschein.

Die Pille auf Krankenschein wird als Forderung hingestellt, wofür bei den jüngsten Einsparungen sicherlich „kein Geld" mehr vorhanden sein wird.

- Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Dieses ist das einzige Gesetz, das im positiven Sinn verändert wurde. (Kinder einer deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters, die bisher die Staatsangehörigkeit des Vaters erhielten, erlangen ab 1.1.75 die deutsche Staatsangehörigkeit.

Hierbei ist zu sehen, daß die v o r dem 1.1.75 geborenen Kinder weiterhin die Staatsangehörigkeit des Vaters besitzen, weiter in der BRD als Ausländer behandelt werden – (z.B. haben diese Jugendlichen bei der Arbeits- und Lehrstellensuche enorme Schwierigkeiten) und nur über ein sehr langes und kompliziertes Einbürgerungsverfahren die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen können.

Die Frauengruppen haben es in ihren Protesten bei der Eröffnungsrede auf den Punkt gebracht:

„Viele schöne Reden sprengen unsere Ketten nicht!!"

Denn nach wie vor hat sich die Situation der werktätigen Frau nicht verbessert.

- Nach wie vor erhalten Arbeiterinnen oft nicht die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen, sondern müssen angeblich „leichtere Arbeit" verrichten, für die sie 30 % weniger Lohn erhalten. Diese „leichtere" Tätigkeit ist in Wirklichkeit oft außerordentlich nervlich anstrengende Arbeit. Die alte Forderung der Arbeiterbewegung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist nach wie vor nicht erfüllt.
- Nach wie vor haben Frauen und Mädchen schlechtere Berufschancen und Ausbildungsmöglichkeiten als ihre männlichen Kollegen.
- Nach wie vor unterliegen die werktätigen und berufstätigen Frauen der doppelten Belastung durch Haushalt und Beruf.
- Nach wie vor gibt es Gesetze, die die Frauen an ihren Platz in Küche und Kindererziehung verweisen: Laut § 1356 Abs. 1 ist die Frau nur berechtigt, *„erwerbstätig zu sein, soweit es mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist".* Dieses Gesetz spricht der tatsächlichen Lage der werktätigen Frauen Hohn.
- Die Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Haushalt bringt die Frauen oft an die Grenzen ihrer Gesundheit und wird gerade durch mangelnde und fehlende Sozialeinrichtungen verschärft.
- Die neuesten Sparmaßnahmen im sozialen Bereich, wie Kindergärten und Krankenhäuser etc. verschärfen die Lage der proletarischen Frauen noch weiter.
- Heute sind es die große Zahl der -ungelernten- Frauen, neben den ausländischen Kollegen, die zuerst ihren Arbeitsplatz bei der steigenden Rationalisierung verlieren. Und sich dann als alleinstehende Frau mit einem Kind von ganzen 650,- DM Sozialhilfe (dieser Satz ist in Hamburg für eine Mutter mit Kind schon ziemlich hoch – oft fehlt das Geld, sich eine Monatskarte oder die Pille zu kaufen) „ernähren" müssen.







Auf der anderen Seite der Barrikade: Bürgerliche Politikerinnen Focke (SPD), Wex (CDU) und Thatcher (brit. Konservative)

Die Frauen sind selbst schuld ?

Man muß es bei diesen Fakten als einen blanken Zynismus bezeichnen, wenn die bürgerlichen Politiker versuchen, den Frauen die Schuld an ihrer Unterdrückung in die Schuhe zu schieben. *„Aber alle Gesetze, Maßnahmen und Angebote nützen nichts, wenn die Frauen sie nicht kennen und deshalb keinen Gebrauch davon machen"* -nach dem Motto: Du bist viel zu dumm und drum selber schuld. (so K. Focke).

Was die arbeitende Frau, die oft tagtäglich 8 Stunden im Beruf „ihren Mann steht", nervliche Fisselarbeiten verrichtet, darüberhinaus mit dem wenigen verdienten Geld einen Haushalt bewirtschaftet, und noch ihre Kinder zu ehrlichen Menschen erzieht, was diese Frauen vollbringen ist mehr, als sich diese oder jene bürgerliche Politikerin je vorstellen oder nur ahnen kann; ganz im Gegenteil sind die arbeitenden Frauen nicht dumm, sondern sie stecken jeden bürgerlichen Politiker in die Tasche!

Die Überheblichkeit dieser Politikerinnen den arbeitenden Frauen gegenüber ist ebenfalls ein Glied zur Unterdrückung der Arbeiterfrauen. Das markanteste Beispiel dafür, was diese Politikerinnen für die arbeitenden Frauen bzw. für die arbeitende Bevölkerung übrig haben, ist an der Karriere der englischen Ministerin Margaret Thatchers zu sehen. (Parteivorsitzende der Konservativen Partei Großbritanniens, Frau eines Direktors einer Öl-Gesellschaft).

Binnen 24 Stunden nach ihrem Amtsantritt (als Erziehungsministerin im konservativen Kabinett 1970) stoppte sie das von der Labour-Regierung ins Werk gerufene Schulprogramm, das gleiche Bildungschancen für Kinder aller sozialen Schichten versprach. Gleich darauf handelte sie sich den Schimpfnamen „Milchklauerin" ein, als sie die kostenlose Verteilung von Milch für Schüler einstellen und die Preise für Schulmahlzeiten erhöhen ließ.



So stellen sich die Reaktionäre die Emanzipation der Frau vor! (aus „FAZ", 10.1.75)

Als Anfang des letzten Jahres in England durch Zurückhalten von Lebensmitteln diese knapp geworden waren, gab sie den in Not geratenen Frauen den „klugen" Rat, Hamsterkäufe zu machen. Sie habe selbst immer für 5 Jahre Vorräte im Haus, unter anderem Büchsen mit Schildkrötensuppe. Zu der Zeit verbrauchte sie gerade ihren Zucker, den sie im Jahre 1971 einkaufen „ließ".

Daß heute in sehr vielen englischen Arbeiterfamilien das Haushaltsgeld gerade und oftmals nicht einmal bis zum Monatsende reicht, von daher kein Penny für Hamsterkäufe übrig ist, ist für diese Bourgeoisie-Frau natürlich unverständlich. Mit diesen Frauen haben die arbeitenden Frauen nichts gemeinsam!

Ganz im Gegenteil; richtig ist, wenn Rosa Luxemburg schreibt: *„Die Frauen der besitzenden Klassen werden stets fanatische Verteidigerinnen der Ausbeutung und Knechtung des arbeitenden Volkes bleiben, von der sie aus zweiter Hand die Mittel für ihr gesellschaftliches Dasein empfangen"* (Rosa Luxemburg, Ges. Werke Band 3, Seite 163).

Die Diskussion um das „Jahr der Frau" hat alle Reaktionäre auf den Plan gerufen!!

„Mann und Frau sind bei uns längst gleichberechtigt", meinte die „FAZ" vom 10.1.75 in einem Artikel mit der Überschrift: **„Wozu ein Jahr der Frau? "**.

Allen Ernstes wird behauptet, daß viele Frauen in der BRD das „Jahr der Frau" lächerlich finden, weil hier bei uns nichts mehr gleichberechtigt werden muß.

Die „FAZ" will den Lesern und vor allem den Leserinnen weiß machen, daß es der UNO vielmehr um jene Länder gehe, *„in denen Frauen so gut wie keine Rechte haben".* In den düstersten Farben, mit nationalistischen Untertönen, soll hier den Frauen vermittelt werden wie gut es ihnen hier in der BRD vergleichsweise gehe. *„Die meisten Europäerinnen und Nordamerikanerinnen haben keine Ahnung vom Elend der Frauen in großen Teilen der Welt"* (!?). So wird angeführt, daß beim Erdbeben im pakistanischen Karakorum-Gebirge Frauen starben, weil die Ehemänner nicht wollten, daß ihre Frauen von Ärzten und Sanitätern behandelt wurden. (Starben doch vielmehr viele Frauen, Kinder und Männer, weil die internationalen Hilfeleistungen durch bürokratische und korrumpierte Wege teilweise verhindert wurde!!). Weiter wird von Ländern berichtet, in denen Frauen keine Rechte haben, *„der Mann kann mit der Frau machen was er will".* Über die Zahl der Kinder zu bestimmen, sei dort das alleinige Recht des Mannes, und *„wehe, wenn unter seinen Nachkommen keine männlichen sind"!*

Ist es nicht eher die eigene rassistische und faschistische Vorstellung, die aus diesen Sätzen spricht? !! (vor allem die des Schreibers Klaus Natorp? !).

Die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse über das „Jahr der Frau" geht von offen faschistischer Hetze, im Stil von *„Die Natur hat die Frauenzimmer so geschaffen, daß sie nicht nach Prinzipien, sondern nach Empfindungen handeln sollen".* (Lichtenberg, zitiert in der „Welt" vom 9.1.75) über Versimpelungen der Frage der Emanzipation wie: Den Frauen gehe es zum großen Teil ganz schlicht um eine bessere Versorgung im Alter, bis hin zu Verniedlichungen und Lächerlichmachen der Frauen. Es ist nicht zufällig, daß gerade aus dieser Ecke der Presse kräftig die Werbetrommel für die Schriften der Esther Vilar gerührt wird.

Esther Vilar: Für das Jahr der Kapitalisten!

Die mannesfromme Frauenhasserin Esther Vilar hat für das „Jahr der Frau" eine ganz besondere Pointe auf Lager: Sie fordert für die „unterdrückten Ernährer und Beschützer ausbeutender Weibchen" ein „Jahr des Mannes". Sie ist doch tatsächlich der Meinung, daß es gerade den Frauen in der westlichen Welt besser gehe als ihren „dressierten" Männern. Für Esther Vilar ist die Frau so eine merkwürdige Mischung aus aufgeputzter Boutiquenziege und Heimchen am Herd, kurz – eine Made im Speck! Man sollte ihr einmal raten, nicht immer von sich auf andere zu schließen! Das fatale ist nur, daß sie mit ihrer verlogenen und faschistischen Argumentation auch noch das dicke Geld verdient.

Esther Vilar meint: *„Die heutige Aufgabenverteilung ist unfair gegenüber dem Mann. Es muß nicht immer die Frau sein, die den bequemeren Teil im Haushalt hat ... Versuche haben gezeigt, daß eine Frau mit zwei Kindern und einer Drei-Zimmer-Wohnung die Hausarbeit in zwei Stunden schaffen kann."* Für alle Frauen, die ihre Hausarbeit nicht in zwei Stunden schaffen, da sie sich keine Putzfrau, kein Kindermädchen und keinen Koch leisten können, veröffentlichen wir hier den Tip von Esther Vilar: Man muß eben so schnell arbeiten, wie man das im Akkord in der Fabrik ja auch müßte ... !

Ein Drittel aller werktätigen Frauen sind berufstätig. Sie sind also tagtäglich einer Doppelbelastung von Familie und Haushalt einerseits und dem Beruf andererseits ausgesetzt. Die Vilar ist wieder anderer Meinung: Diese Frauen würden ja nur „mitverdienen", das sei „etwas ganz anderes"! Das kann man wohl sagen! Das besondere ist nämlich, daß Frauen im -Durchschnitt 30% weniger Lohn bekommen als ihre männlichen Kollegen. Außerdem sind viele Frauen gezwungen, als ungelernte Kräfte zu arbeiten. Ungefähr 90% der Arbeiterinnen sind un- bzw. angelernt. Von den angelernten und ungelernten Arbeitern macht das weibliche Personal 40% aus (Zahlen aus: Karam Khella: Theorie und Praxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 1. Teil).

Aber die Ursachen der schlechten Arbeitsbedingungen der Frau liegen für E. Vilar nicht in der Erziehung, der schlechten Ausbildungssituation und der Rolle, die der Kapitalismus für die Frau bestimmt, sondern hier wird wieder ihre menschenverachtende Einstellung deutlich: *„Daß die meisten berufstätigen Frauen in untergeordneten Positionen arbeiten, ist keine Folge von ‚Unterdrückung durch den Mann', sondern der Arbeitsscheu der weitaus meisten Frauen zuzuschreiben".*

Nicht umsonst wird diese neue Variante faschistischer Ideologie von der bürgerlichen Presse propagiert. Dort wird Esther Vilar als *„sehr süß – ein Streichelkätzchen"* umhätschelt, während die Feministin Alice Schwarzer, die gegen die Unterdrückung der Frauen kämpft, als „Blaustrumpf" *„mit dem stechenden Blick durch die große Brille"* und für die „Entmannung" (?) kämpfende *„böse Hexe"* verächtlich gemacht wird („Bild", 6.2.75).



Eine Genossin der Black Panther (USA) während einer Demonstration für die Freilassung politischer Gefangener

Es geht der Vilar in erster Linie wohl ums Geld. Sie setzt sich weder für den Mann, noch für die Frau, noch für die Befreiung beider, sondern für die Kapitalisten ein. Ihre neueste Idee war: „Wehrdienst für die Frau". Es ist schon schlimm genug, daß die Männer in der Bundeswehr für den Krieg üben müssen und in imperialistischen Kriegen zu Millionen verheizt werden! Man sollte Esther Vilar an die vorderste Front schicken!!

Nicht auf die Parlamente trauen – auf die eigenen Kräfte bauen!

Die Reden bürgerlicher Politiker sind und bleiben leere Versprechungen. Für uns heißt das, den Kampf der Frauen zu entfalten und zu organisieren. Die Frauen haben nicht nur das R e c h t , sich zu wehren gegen Unterdrückung und Entrechtung (wie uns das vielleicht so manche liberale Presse zugestehen mag), sondern wir Frauen haben auch die P f l i c h t , uns zur Wehr zu setzen. Uns zu wehren gegen die besondere Unterdrückung, die uns tagtäglich widerfährt, geht letztendlich nur über den Weg der Beteiligung an der gesellschaftlichen produktiven Arbeit und über die Teilnahme am politischen gesellschaftlichen Leben, am Klassenkampf. Denn unsere Unterdrückung hat heute die selben Ursachen wie die Unterdrückung der g e s a m t e n Arbeiterklasse. So ist die volle Emanzipation der Frau und ihre Gleichberechtigung und Gleichstellung mit dem Mann nur möglich, wenn die Herrschaft des Menschen über den Menschen – also auch die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter – aufgehoben ist, wenn die Klassenherrschaft für immer ihr Ende erreicht hat. *„Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau"* (Bebel). •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Verfassungsgericht bestätigt Abtreibungsverbot

Am 25. Februar hat die Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe die vom Bundestag beschlossene „Fristenregelung" (Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten) für „nicht verfassungsgemäß" erklärt. Diese Entscheidung war so erwartet worden – fünf der acht Richter (darunter Vorsitzender Benda) sind Mitglieder der CDU/CSU oder stehen ihr sehr nahe, und auf Antrag der CDU/CSU hatte das Verfassungsgericht ja über die Fristenregelung zu entscheiden. Soviel zur „Unabhängigkeit" dieses „höchsten Gerichtes".

Das Gericht erklärte, daß vom 14. Tag der Schwangerschaft an der Embryo „werdendes Leben" sei, das gemäß Art. 2 des Grundgesetzes zu schützen sei. Außerdem sei die „Fristenregelung" nicht vereinbar mit dem Art. 1 des Grundgesetzes, der die Menschenwürde für „unantastbar" erklärt. Daß Hunderttausende Frauen weiterhin gezwungen werden sollen, unter Angst und Demütigungen abzutreiben, scheint dagegen mit der „Menschenwürde" vereinbar ?

Und wenn schon vom „Recht auf Leben" die Rede ist: Es ist noch nicht einmal sicher, daß nach Freigabe der Abtreibung auch nur eine einzige Abtreibung mehr als bisher vorgenommen würde (Zahlen aus England zeigen eine rückläufige Entwicklungstendenz); ganz sicher ist aber, daß das Leben Tausender Frauen gerettet werden könnte, die bei den gegenwärtigen Zuständen (die das Gericht bewahren will) unter den Händen von Pfuschern bei der Abtreibung sterben.

Man sollte auch nicht vergessen, daß die BRD, die angeblich den Rekord beim „Schutz des ungeborenen Lebens" halten soll (in den meisten europäischen Ländern ist die Abtreibung innerhalb gewisser Fristen ja schon legal), tatsächlich den traurigen „Rekord" hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit in ganz Europa hält!

Tatsächlich schert sich „unser" Staat um das „Recht auf Leben" und die „Menschenwürde", angeblich die „höchsten Rechtsgüter" des „freiheitlichen Rechtsstaates" einen Dreck, wenn es im Interesse der Herrschenden ist.

Was ist mit den „Contergan-Kindern", die als Opfer unkontrollierter Medikamente einer profitorientierten Arzneimittelindustrie als körperliche oder geistige Krüppel ein Leben am Rande der Gesellschaft führen müssen?

Wie steht es mit den Folgen einer „Industrialisierung" ohne Rücksicht auf die Folgen für die Menschen und die Umwelt, z.B. giftige Schadstoffe usw.? Hier wird das „Rechtsgut" Profit eindeutig über Leben und Gesundheit gestellt.

Was ist mit den weit über 100 Soldaten, die als Piloten des Düsenjägers „Starfighter " ums Leben kamen? Dieses Flugzeug wurde keinesfalls nach den ersten Todesfällen und dem Klarwerden der Mängel aus dem Verkehr gezogen. Vielmehr zählte das „Rechtsgut" Aufrüstung, Kriegsvor-
nach den ersten Todesfällen und dem Klarwerden der Mängel aus dem Verkehr gezogen. Vielmehr zählte das „Rechtsgut" Aufrüstung, Kriegsvor-
bereitung und Rüstungsprofit höher als das Leben der Piloten.

In dieser Weise lassen sich zahlreiche Beispiele anführen. Das deutlichste Beispiel für die Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus gegenüber dem menschlichen Leben sind seine Kriege. Und hier ist es z.B. die Kirche beider Konfessionen, die lautesten Schreihälse vom „Schutz des ungeborenen Lebens", die im Krieg mit dem Weihwasser bereitstand, um die Waffen zu segnen und die Menschen „mit Gott" in den Tod zu schicken. Die größten Phrasendrescher vom „ungeborenen Leben", gerade unter den äußersten Rechten der CDU/CSU, NPD usw. sind auch die größten Kriegshetzer. Die Springerpresse, vorneweg beim „Schutz des ungeborenen Lebens", hat den Bombenterror gegen Vietnam begrüßt und stellt sich heute voll hinter die Kriegsdrohungen Kissingers. In diesem Land, wo angeblich das „ungeborene Leben" besser geschützt wird als in anderen westeuropäischen Ländern wie DDR, England, Österreich, Frankreich etc. blüht zugleich die Literatur, die von der Verherrlichung der imperialistischen Kriege und von der Verharmlosung der Nazi-Diktatur lebt.

Es muß deshalb als ganz besonders zynisch empfunden werden, wenn ausgerechnet die CDU/CSU-freundliche „Bild" die Frauen verhöhnt: *„Nirgends ist mit menschlichem Leben verächtlicher umgegangen worden als bei uns in der Zeit der Nazis. Dies sollte sich nicht wiederholen . . . Lieber zuviel Schutz des Lebens als noch einmal zu wenig."* (26.2.) Das schreibt eine Zeitung, die selbst dem Nazi-Geist sehr nahe steht – für einen Staat, der faschistische Massenmörder frei herumlaufen läßt: für eine Partei wie die CDU/CSU, die erst kürzlich einem westdeutsch-französischen Abkommen über die Bestrafung von Kriegsverbrechern die Zustimmung versagte.

Die Reaktion der Parteien

CDU/CSU triumphiert

Die CDU/CSU, die das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Gang gebracht hat, feiert die Entscheidung natürlich als großen Sieg. Wieder einmal ist es gelungen, ein kleines Stückchen Demokratisierung zu vereiteln und der SPD/FDP-Regierung eine Schlappe beizubringen. Kohl und Strauß erklärten schadenfroh, sie hätten die Regierung ja gleich vor der *„verfassungsrechtlichen Bedenklichkeit"* der Fristenregelung gewarnt; jetzt habe das Gericht *„die Rechtssicherheit für alle Bürger wiederhergestellt"*.

„Die Mehrheit des Deutschen Bundestages muß zur Kenntnis nehmen, daß ihr Vorschlag zur Neuregelung des Paragraphen 218 mit dem in unserer Verfassung verankerten Schutz des menschlichen Lebens nicht übereinstimmt." Aufgabe der Regierung müsse es sein, so Strauß und Kohl weiter, dem Urteil des Verfassungsgerichts jetzt auch noch den *„gebührenden Respekt"* zu verschaffen.

„Urteils- und Richterschelte sowie Demonstrationen gegen das höchste deutsche Gericht zeugen von mangelnder demokratischer Gesinnung." Das meint die CDU/CSU ja immer, wenn sich „die Bürger" nicht damit begnügen, alle vier Jahre „staatsbewußt"
der demokratischer Gesinnung." Das meint die CDU/CSU ja immer, wenn sich „die Bürger" nicht damit begnügen, alle vier Jahre „staatsbewußt"
an die Wahlurnen zu trotten, sondern sich für ihre Interessen stark machen.

Für die CDU/CSU ist das Urteil natürlich schon an sich ein Erfolg, weil es die von ihnen gewollte Unterdrückung und Entwürdigung der Frauen und die staatliche Bevormundung des privaten und familiären Lebens am sichersten gewährleistet. Darüberhinaus wenden sie es aber auch gegen die SPD/FDP-Regierung, um deren „Reform"versprechungen zu diffamieren (und damit die Reformerwartungen großer Teile des Volkes zurückzuwerfen) und die Hetze von einer angeblich „am Rande der Verfassungsmäßigkeit wandelnden" Regierung zu schüren.

Auf den Punkt gebracht hat dies Springers „Welt": *„Emotional und ideologisch (!!) motiviertes politisches Engagement war so stark, daß die verfassungsrechtlich begründete Argumentation unbeachtet blieb."* Und noch dreister Springers „Hamburger Abendblatt": *„Nicht wenige Frauen meinen, Karlsruhe habe gegen sie entschieden. Wer sich jedoch mit den Details der Urteilsbegründung befaßt, muß zu dem Schluß kommen: Nicht die Frauen, sondern übereifrige Reformpolitiker* (!!) *haben vor dem Bundesverfassungsgericht eine Niederlage erlitten. . . Auf der Strecke blieb nur ein Gesetz, das der Verfassung, dem Grundgesetz nicht gerecht wurde."* (26.2.)

So soll in übelster Weise mit dem Mittel brutaler Volksverdummung gegen alle Reformbestrebungen Stimmung gemacht werden – im Interesse einer Politik, die die Taktik des „Zuckerbrots" (Reformversprechungen) immer offener und ausschließlicher zugunsten der „Peitsche" (unverhüllte politische Unterdrückung) ersetzen will.

SPD/FDP: Da kann man nichts machen . . .

Die Reaktion der SPD/FDP-Führer lag auf der Linie, daß das Urteil zwar „bedauerlich" sei, daß man „enttäuscht" sei usw.; daß aber die Karlsruher Entscheidung nunmehr „geltendes Recht" sei, das man „respektieren" müsse. In diesem Sinne mahnte Justizminister Vogel (SPD), man müsse jetzt über das Urteil *„mit Besonnenheit"* diskutieren. *„Die Achtung vor dem Grundgesetz"*, so Hamburgs Bürgermeister Klose, *„gebiete es, die nun einsetzende Diskussion kühl und nüchtern zu führen."* („Welt", 26.2.)

DGB-Chef Vetter erklärte, *„der notwendige Respekt vor dem höchsten Gericht"* gebiete es, die Entscheidung *„mit Genauigkeit und großem Ernst zu prüfen"* („Hamburger Abendblatt", 25.2.); in diesem Sinne distanzierte er sich ausdrücklich von Demonstrationsaufrufen. (Immerhin rief die SPD dann ja doch am nächsten Tag mancherorts ihre Getreuen zu Dampfablaß-Kundgebungen.)

Die SPD/FDP-Führer sagen natürlich nach wie vor, daß nach ihrem „Rechtsempfinden" die Fristenregelung „verfassungskonform" sei, daß sie *„gerechter, humaner, sozialer"* (FDP-Sprecher Mischnick) usw. usf. sei als der alte § 218. Zugleich fordern sie aber die Frauen und Familien auf, sich mit dem Urteil abzufinden. Hier wird so getan, als wäre man auf dem Fußballplatz, wo man sich als „fairer Sportsmann" in die Entscheidung des „Schiedsrichters" zu schicken hat. Daß es hier in Wirklichkeit um das Schicksal von Millionen Frauen geht, wird dabei ignoriert.

Es wird allerdings kaum jemand,
schicken hat. Daß es hier in Wirklichkeit um das Schicksal von Millionen Frauen geht, wird dabei ignoriert.

Es wird allerdings kaum jemand,
der seinen Kopf zum Denken gebraucht, einsehen können, warum wir uns jetzt mit einem Urteil zufrieden geben sollen, das acht Leute (mehrheitlich CDU/CSU) über Millionen Frauen und ihre Familien gefällt haben, wenn selbst die Regierung zugeben muß, daß dieses Urteil inhuman und unsozial ist.

1.

SCHUTZ DEM UNGEBORENEN LEBEN, GELL...!

2.

HELM AB ZUM GEBET!... SIEG HEIL!

. . . als leise knurren

So sahen sich denn sogar SPD und FDP veranlaßt, am Tage nach dem Urteil Kundgebungen anzusetzen, von denen man zum Glück sagen kann, daß sie (von der Teilnehmerzahl her) wohl überall ein völliger Reinfall waren. Kein Wunder, zumal beide Parteien es vermieden, irgendwelche konkreten Kampfschritte anzugeben, sondern in ihren Stellungnahmen darauf orientieren, daß das Urteil nun mal gesprochen sei, schlecht oder recht, aber daß sie (SPD und FDP) sich im Parlament schon darum kümmern würden, das noch „Mögliche" zu erreichen. Ganz im Sinn von Willy Brandt: *„Auch nach dem Urteil können die Frauen darauf vertrauen, daß wir sie mit ihren Sorgen nicht al-*
zu erreichen. Ganz im Sinn von Willy Brandt: *„Auch nach dem Urteil können die Frauen darauf vertrauen, daß wir sie mit ihren Sorgen nicht al-*
lein lassen." Auf solche Schnacks scheißen wir!

Die Jusos sprachen sehr „kämpferisch" von einem „politischen Kampfurteil". Die CDU/CSU benutze das Verfassungsgericht, *„um ihre reaktionären Vorstellungen gegen parlamentarische Entscheidungen und gegen den Reformwillen der Bevölkerung durchzusetzen."* („Welt", 26.2.)

Der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten erklärte, *„das Bundesverfassungsgericht habe seine Zuständigkeit überschritten, indem es sich angemaßt habe, selbst Recht zu setzen."* („Hamburger Abendblatt", 26.2.).

Alles sehr hübsch. Nur sagen die Jugendorganisationen der beiden Regierungsparteien nicht, was jetzt zu tun ist. Das dürfte ihnen auch schwerer fallen als allgemeine Unmutsbekundungen. Die Erklärung der Jungdemokraten geht im übrigen an der Sache vorbei, da die bürgerlichen Parteien (also auch die FDP) dem Verfassungsgericht ausdrücklich und bewußt diese außerordentlichen Vollmachten eingeräumt haben. Als es z.B. um das Verbot der KPD ging (1956) hat das auch weder SPD noch FDP gestört. Was hier als „Mißbrauch" des Verfassungsgerichtes hingestellt werden soll, ist die Ausübung der ihm von den Herrschenden zugedachten Funktionen – nichts anderes.

Soweit Jusos und Jungdemokraten ehrlich an die Sache herangehen, müßten sie eingestehen, daß dieses Bundesverfassungsgericht Teil der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" ist, auf die die Bevölkerung eingeschworen werden soll; daß sein Urteil in der Tat „geltendes Recht" ist, das bis zum Ende der Bundesrepublik Deutschland gültig sein soll. Und dann stellt sich die Frage: Schluckt man das oder kämpft man dagegen? Wer sich auf den „Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stellt, der steht jetzt nicht bloß auf den Notstandsgesetzen, sondern auch auf dem Abtreibungsverbot.

Weg mit dem § 218 – Der Kampf geht weiter!

Die Bundestagsparteien sind anscheinend bestrebt, in relativ kurzer Zeit eine „Reform" des § 218 über die Bühne zu bringen, die dem Urteil des Verfassungsgerichtes angepaßt ist. Der damit verbleibende Spielraum ist trotz markiger Sprüche (**„Die SPD kämpft weiter für eine humane Reform des § 218!"** – so in einem Hamburger Flugblatt) praktisch Null, da
ist trotz markiger Sprüche (**„Die SPD kämpft weiter für eine humane Reform des § 218!"** – so in einem Hamburger Flugblatt) praktisch Null, da
das Gericht ja ausdrücklich erklärt hat, daß der Embryo vom 14. Tag an an „werdendes Leben" sei, das „unter dem Schutz des Grundgesetzes" stehe. Hier bleibt also kaum mehr als eine CDU-konforme Lösung: Freigabe der Abtreibung bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Mutter, bei Vergewaltigung und bei größter sozialer Not, und unter Bevormundung und Einschüchterung durch Staat und Ärzte. Auf dem Weg dahin wollen SPD und FDP in der Öffentlichkeit wohl noch etwas „kämpferische" Miene machen, damit am Ende wirklich jemand glaubt, sie hätten ihr „Möglichstes" getan.

Für uns gilt, daß der Kampf gegen den § 218 in ein neues Stadium treten wird, nämlich des Kampfes gegen ein „verfassungsmäßig" abgesichertes Gesetz. Gegen dieses Gesetz muß weiter entschieden gekämpft werden; wir würden es für ganz falsch halten, wenn jetzt z.B. Frauengruppen ihre H a u p t a u f g a b e in der Organisierung von „Adressen" sehen würden (zumal im Ausland, für die meisten proletarischen Frauen gar nicht erschwinglich), denn das würde darauf hinauslaufen, sich mit dem § 218 zu arrangieren.

Wir haben in der Kampagne der letzten Wochen das Schwergewicht unserer Agitation und Propaganda darauf gelegt, die b e s o n d e r e Unterdrückung anzugreifen, die auch in der Frage des § 218 von der CDU/CSU ausgeht. Nur Sektierer können das mißverstehen und darin eine „Verteidigung der Fristenregelung" sehen.

Wir meinen, daß es in dieser konkreten Etappe des Kampfes voll da-

Fortsetzung Seite 5



Hier sieht man, warum der Staat so viel Wert auf den „Schutz des ungeborenen Lebens" legt – damit er das geborene Leben im Krieg verheizen kann! Dieses riesige militaristische Monstrum, dessen Inschrift („Deutschland muß leben – auch wenn wir sterben müssen!") das imperialistische Massenschlachten rechtfertigen soll, steht immer noch mitten in Hamburg, in der Nähe des Dammtorbahnhofs.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

neben ging, wenn einige Gruppierungen sich darauf konzentrierten, die Fristenregelung anzugreifen und dies in den Vordergrund stellten. In der Konsequenz liefe das darauf hinaus, die berechtigte besondere Empörung vieler Menschen über das Verfassungsgerichtsurteil und die CDU/CSU abzuschwächen – eine Konsequenz, die nur deshalb nicht eintrat, weil der Einfluß dieser Sektierer zum Glück äußerst gering ist.

Es gibt, wie wir meinen, hierzu eine anschauliche Parallele, nämlich das Scheidungsreferendum in Italien im Mai vergangenen Jahres. Damals versuchte die italienische Christdemokratie (DC), das vom Parlament beschlossene Scheidungsgesetz durch eine Volksabstimmung zu Fall zu bringen und an dieser Frage eine gesellschaftliche Kraftprobe zu inszenieren.

Hier stand vor der revolutionären Linken die Aufgabe, die Massen für die Zustimmung zu einem bürgerlichen, ganz und gar beschränkten Scheidungsgesetz zu mobilisieren – und sie hat das, abgesehen von den skurilsten Sektierern, auch tatsächlich so gemacht. Hätte eine linke Organisation sich in dieser Situation auf den Standpunkt gestellt, daß das Scheidungsgesetz doch sowieso ein bürgerliches sei, daß Christdemokraten und andere Parteien alles „Jacke wie Hose" seien, daß das Ergebnis der Volksabstimmung im Grunde gleichgültig sei, usw., so hätte sie sich gewiß der Lächerlichkeit preisgegeben. Dieses Gefühl für Lächerlichkeit ist leider innerhalb der westdeutschen Linken – wohl aufgrund mangelnder Klassenkampferfahrungen – noch unterentwickelt.

Wir haben allerdings an jedem Punkt unserer Kampagne der letzten Wochen auch zum Ausdruck gebracht, daß die Fristenregelung keine echte Reform im Interesse der Frauen ist. Wir werden deshalb auch der Fristenregelung weiter keine Träne nachweinen, sondern uns um den Aufbau einer kontinuierlichen Front zur ersatzlosen Streichung des § 218 bemühen. Die Gefahr besteht gewiß, daß die Bewegung der letzten Wochen gegen den § 218 abflaut, daß sich viele Menschen dann – wenn die Pseudo-„Reform" im Bundestag durch ist – mit der Situation abfinden. Hier gilt es, den Kampf wach zu halten.

Der Vorschlag aus dem Kreis der Frauengruppen, den 25. Februar – den Tag des Verfassungsgerichtsurteils – zu einem jährlichen Kampftag gegen den § 218 zu machen, scheint uns ein guter Schritt dazu. ●

KBWler wieder mal „solidarisch"

Ich möchte einmal einen kleinen Zwischenfall schildern, der sich auf der Anfangskundgebung anläßlich der Demonstration gegen den § 218 am 1. Februar ereignete.

Ich war mit meinem Mann gekommen, um an der Demo teilzunehmen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß wir nicht mehr so ganz jung sind, nämlich 47 und 49 Jahre alt.

Die Resolution, wegen des unehrlichen Verhaltens des KBW, diesen nicht zu einer Rede zuzulassen, war gerade von der überwiegenden Mehrheit der Demonstranten angenommen worden, und die Demonstration sollte beginnen. Plötzlich begann unmittelbar hinter uns ein Provokateur, den das Abstimmungsergebnis nicht kümmerte, gut geschützt von einer kleinen Gruppe KBW-ler, über ein Megaphon eine Gegenrede. Einem Mädchen gelang es, die Rede durch mutigen Zugriff zu stören, wurde aber unsanft zurückgedrängt. Es gab ein Gerangel, und wir waren mittendrin.

Aus Empörung über das provozierende Auftreten des KBW-ler, das ich auch schon auf anderen Veranstaltungen erlebt hatte, versuchte ich nun selbst, den Sprecher zu unterbrechen. Ich konnte mehrmals das Megaphon herunterziehen. Zuerst waren sie verblüfft und sagten: „Hallo, Mutti, was wollen Sie denn hier?"

Als ich ihnen sagte, wie widerlich ich ihr Verhalten finde, meinte einer: **„Ihr macht hier wohl auf proletarisch!"** Darauf wußte ich nur eine Antwort - ich klebte ihm eine.

Ich meine, daß dieser Kleinbürger deutlich gezeigt hat, wo er und seine Genossen einzuordnen sind.

Ganz bestimmt nicht in der Arbeiterklasse, wenn sie älteren Leuten, die zu Veranstaltungen kommen, um gegen die Willkür des Staates zu protestieren, in dieser arroganten Weise gegenübertreten. ●

Eine Genossin der Bezirksorganisation Altona, KB/Gruppe Hamburg

Es steht nur die Frage nach dem „Wie? "

> Die Frauen tragen auf ihren Schultern die Hälfte des Himmels und sie müssen sie erobern
>
> Mao Tse-Tung

Anläßlich der Demonstration am 25.2. gegen den §218 erscheint es uns notwendig, die Auseinandersetzung mit Auffassungen, die in den Frauengruppen vertreten werden, zu führen.

Bei den Bündnisgesprächen zeigte sich, daß vor allem einige Mitglieder der Frauengruppen sehr klare Vorstellungen über die Demonstration hatten. Eine „lustvolle" Demonstration (für sie selbst!) sollte es werden, sagten sie. Für sie hieß das: keine Abschlußrede, kein Lautsprecherwagen. Stattdessen Frauen in allerlei Maskeraden (eine Gruppe gruselig als „Leichen" geschminkt, die bei der Abtreibung gestorben seien; andere als „Ärzte" etc.). Für die Demonstration hatten sie sich eine extrem kurze und nicht sehr günstige Route in der Innenstadt ausgesucht.

Auf unsere Einwände, daß man so keine möglichst breite Demonstration erreichen kann, kam tatsächlich die Bemerkung: „Wir sind mit ein paar hundert Demonstranten zufrieden, wir wollen gar nicht so viele". Vor allem die „K-Gruppen" (d.h. die Kommunisten, also in Hamburg im wesentlichen der Kommunistische Bund) wollten einige der kleinbürgerlichen Wortführerinnen der Frauengruppen eigentlich lieber nicht dabei haben.

Schließlich kam in der Frage der Abschlußrede immerhin ein Kompromiß zustande, in der Form, daß wir gemeinsam mit einigen der Frauen die Rede ausgearbeitet haben. Während dieser Rede gröhlten einige andere Mitglieder der Frauengruppen (vor allem die auf „Leiche" geschminkten) penetrant dazwischen, riefen: „Nicht zuhören" und ähnlichen Kram; andere klapperten mit Topfdeckeln – wodurch die Rede doch ziemlich gestört wurde und vor allem bei Passanten ein „chaotischer" und abschreckender Eindruck erweckt wurde; hierbei handelte es sich um jene Frauen, die von Anfang an gegen eine Abschlußrede und gegen das Zusammengehen mit dem KB gewesen waren – die jetzt ihrer kleinbürgerlichen Verdrossenheit auf nicht gerade demokratische, aber lautstarke Weise Luft machten.

Ist Karneval

Ist Karneval bewußtseinsfördernd?

In der Frage des karnevalistischen Aufzuges kommt diese sektiererische Haltung wieder zum Vorschein. Werktätige Frauen, die von der Arbeit kommen, und diese als Leichen geschminkten Frauen auf sich zukommen sehen, werden angesichts dieser Verarschung ihrer Unterdrückung und der Gefahr, in der sie schweben, wenn sie abtreiben wollen, sich resigniert abwenden oder in Wut geraten. Von der herablassend lächelnden Miene von einigen am Rande stehenden Männern brauchen wir gar nicht erst zu reden. Diese Form des Kampfes ist keine ernsthafte Bedrohung der Vorherrschaft des Mannes.

Bei der Diskussion um die Rede hatten einige gemeint, man müsse den Frauen ihre Unterdrückung erst bewußt machen. Diese Bewußtmachung solle, um der besseren Vermittlung willen, mit Hilfe der Verkleidung als Leichen, der mit Stricknadeln durchstochenen Flugblättern – (damit wollte man zeigen, zu welchen Mitteln die Frauen gezwungen sind zu greifen beim Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung) – geschehen. Wozu das Topfdeckelschlagen nützlich sein sollte, ist nicht ersichtlich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an eine Aktion von chilenischen Bourgeoisfrauen, die solcherart auf die Straße gingen, um ihre „Unterdrückung" und „materielle Verelendung" unter der Regierung der UP zu demonstrieren.

Die Frauen kennen ihre Situation !

Man muß den Frauen hier und heute nicht mit karnevalistischen Auftritten ihre Unterdrückung bewußt machen! Sie wissen darum! Sie erfahren sie doch tagtäglich im Beruf, in der Familie, überall. Allerdings gibt es Unterschiede im Grad der Unterdrückung. Uns wurde vorgeworfen, wir orientierten einseitig auf die Unterdrückung der Arbeiterfrauen, aber auch kleinbürgerliche Frauen seien unterdrückt.

Das ist zweifellos richtig, nur das Maß der Unterdrückung unterscheidet sich erheblich, und daraus muß sich für uns die Frage ergeben, welches sind die Frauen, die eine radikale Änderung der Verhältnisse anstreben werden, weil sie nichts zu verlieren haben?

Das sind die Frauen der Arbeiterklasse! Für sie ist die Unterdrückung im Beruf die härteste:

- stumpfsinnige Fließbandarbeit mit dem „Argument", die Frauen könnten das am besten. Geringere Entlohnung durch die Einstufung in Leichtlohngruppen, Anbrechen des ohnehin kurzen Urlaubs wegen Krankheit der Kinder, kurze Kündigungsfristen usw.
- Doppelbelastung durch die Haushaltsführung, Geldsorgen, Einstellung auf den Schichtdienst des Mannes oder selber Schichtdienst haben, die Sorge um die Kinder, beengte Wohnverhältnisse usw.
- Repressionen bei Arztbesuchen, Erniedrigung bei Behördengängen, Angst vor den Lehrern der Kinder, die ihnen sagen, die Kinder brauchen mehr Zuwendung. Sie möchten sie ihnen geben, aber wann?

Sie sind die Frauen, die nicht das Geld und die Möglichkeiten haben, eine Schwangerschaftsunterbrechung im Ausland vornehmen zu lassen. Sie sind die Frauen, die sich vor einem Gutachtergremium nicht durchsetzen können, weil sie Angst haben vor den „gebildeten" Männern, die die Macht über ihr Schicksal haben.

Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau ist auch ein Kampf gegen die allseitige Unterdrückung!

Um diese Angst nicht in ihrer Ohnmacht stecken zu lassen, müssen wir diesen Frauen eine Perspektive weisen. Die Perspektive ist der Kampf gegen die allseitige Unterdrückung. Die Unterdrückung der Frau ist eine Stütze dieses Systems, das darauf angelegt ist, Unterdrückung zu empfangen und nach unten weiterzugeben. Die Arbeiterfrauen können sie nicht weitergeben, sie können nur mit ihren Männern dafür kämpfen, daß Verhältnisse geschaffen werden, die die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen zum Ziel haben.

Wir sind nicht die Lehrer, die ihnen erstmal erklären müssen, daß sie unterdrückt sind, denn sie wissen das, es kommt nur darauf an, dieses Wissen in Handeln umzusetzen. Wenn das gelungen ist, dann zeigen sie, daß das Mao-Zitat richtig ist: „Heute haben sich die Zeiten geändert, was ein Mann vermag, vermag auch eine Frau."

Sie haben doch ihre Stärke und Entschlossenheit bewiesen bei den „wilden" Streiks in Frauenbetrieben (Pierburg, Neuß) im Ruhrgebiet; sie haben dort die Leichtlohngruppen weggekämpft. Ihre Stärke und Entschlossenheit haben auch die Frauen in China bewiesen, indem sie ihre jahrhundertealten Fesseln ablegten und für eine wirkliche Gleichheit der Geschlechter in einer neuen Gesellschaft kämpfen!

Auf die eigenen Kräfte vertrauen!

Es kann uns nicht darum gehen, irgendwem zu beweisen (mit dem Karnevalskram etc.!!), daß „wir was auf die Beine stellen können", wie es von einer Frau der Frauengruppen kam. Aus solch einer Äußerung spricht das mangelnde Selbstvertrauen und der Zwang, unser Selbstbewußtsein nicht aus unserer Arbeit, sondern von irgendwelchen anderen Menschen zu beziehen. Wir können was auf die Beine stellen, das beweisen wir doch jeden Tag!

Nun nochmal zur Frage, weshalb wir die Arbeiterfrauen für **d i e** Kraft halten, die eine Frauenbewegung hervorbringen und vorantreiben kann. Einmal, und das ist schon gesagt worden, weil sie nichts als ihre Ketten zu verlieren haben – das ist das wesentliche Argument. Eine Kleinbürgerfrau ist zwar auch unterdrückt, aber diese Unterdrückung ist nicht so brutal, sondern viel subtiler. Man bietet ihr für ihre Unfreiheit an, als „zartes Wesen", als „schwaches Geschlecht" beschützt und hofiert zu werden. Man bietet ihr eine „Emanzipation" an, die sich darauf beschränkt, dem Mann eine gleichwertige Gesprächspartnerin zu sein. Man programmiert sie darauf in Frauenzeitschriften und im Fernsehen, daß sie stets eine Augenweide Frauenzeitschriften " und im Fernsehen, daß sie stets eine Augenweide zu sein habe, daß sie dem Herrn der Schöpfung nicht durch Nörgelei auf die Nerven fallen dürfe. Kurz, man schiebt sie in die Isolation, in die Konkurrenz mit anderen Frauen und in das Gefühl, was besseres zu sein als die Kollegin, die Freundin usw.

Diese Frauen ziehen ihr Selbstbewußtsein aus der Anerkennung vom Mann, was bei der Arbeiterfrau kaum möglich sein wird. Die Kleinbürgerfrauen werden erst dann den gemeinsamen Kampf aufnehmen, wenn sie es aufgegeben haben, sich als was Besseres zu fühlen, wenn sie erkannt haben, daß sie von den Arbeiterfrauen viel lernen können, was Solidarität, Mut, Entschlossenheit und Klarheit angeht.

Die Orientierung der Frauengruppe auf die bürgerlichen Frauen zeigt sich auch in einem Aufkleber (dem einzigen, den sie zum §218 klebten!!), auf dem Abtreibungsadressen in Holland angegeben sind. Das ist kein Kampf gegen den §218! Was empfindet wohl eine proletarische Frau, die ungewollt schwanger geworden ist und eine Abtreibung vornehmen lassen will? Hat sie kein Geld und fehlen ihr auch sonst die Möglichkeiten, eine Abtreibung im Ausland vornehmen zu lassen, so nützt ihr dieser Aufkleber nichts. Sie merkt wieder einmal, daß solche Hilfe nicht für sie, sondern für Frauen mit Geld und „Bildung" ist!

Der Kampf gegen den §218 kann nur im Zusammenhang mit der allseitigen Unterdrückung der Frau als Stütze eines Systems, das die Unterdrückung der großen Mehrheit durch eine kleine Minderheit zur Grundlage hat, geführt werden. Unsere Aufgabe ist es, eine breite Kampffront zu entwickeln, die diesen Kampf in Zusammenhang mit der allseitigen gesellschaftlichen Entwicklung stellt. Gerade angesichts der zu erwartenden Angriffe gegen Frauengruppen, die Adressen vermitteln, gegen Ärzte, die Abtreibungen vornehmen, gegen alle demokratischen Kräfte, darf dieser Kampf nicht gespalten werden durch egoistische Gruppeninteressen, sondern muß mit einer klaren Einschätzung vorangetrieben werden. ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

4.000 demonstrierten gegen § 218

Mehr als 4.000 Menschen demonstrierten am 25. Februar in Hamburg für die ersatzlose Streichung des §218 und gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichts, sogar die einen geringen liberalen Spielraum bietende „Fristenregelung" der SPD/FDP zu Fall zu bringen. Aufgerufen zu der Demonstration hatten verschiedene Frauengruppen und der Kommunistische Bund. Einige Mitglieder des KBW und der „KPD" nahmen ebenfalls an der Demonstration teil.

Zum Abschluß der Demonstration wurde eine Rede gehalten, die gemeinsam von Genossinnen der Frauengruppe des KB und Mitgliedern der Frauengruppen erarbeitet wor- engruppe des KB und Mitgliedern der Frauengruppen erarbeitet wor- den war, und in der der §218 und die Entscheidung des Verfassungsgerichts in den gesellschaftlichen Zusammenhang – besondere Unterdrückung und Entrechtung der Frau, Verhinderung minimalster „Refor - men" – gestellt wurden.

Vor allem aus der Überlegung heraus, daß der Kommunistische Bund bisher so gut wie keine eigenständige Frauenarbeit gemacht hat, hielten wir es bei den Vorbereitungsgesprächen nicht für richtig, an den Meinungsverschiedenheiten praktisch eine Spaltung zu vollziehen (eigene Demonstration), und paßten uns den Vorstellungen der Frauengruppen weitgehend an.

Nach der Abschlußkundgebung zumindest stellte sich dann heraus, daß diese Entscheidung am Willen vieler Demonstrationsteilnehmer, vor allem natürlich vieler Genossen und Sympathisanten unserer eigenen Organisation, vorbeigegangen war, die Sympathisanten unserer eigenen Organisation, vorbeigegangen war, die insbesondere über die allzu kurze Demo-Route enttäuscht und ärgerlich waren. So wurde die offizielle Beendigung der Abschluß-Kundgebung mit viel Mißfallen quittiert und einige tausend Demonstranten harrten noch mehr als eine halbe Stunde auf dem



Über 4.000 Menschen demonstrierten erneut am 25.2.75 in Hamburg gegen den reaktionären § 218, nachdem schon am 1.2.75 über 2.500 für dieselben Ziele in Hamburg auf die Straße gingen. Beide Demonstrationen wurden vom KB in Aktionseinheit mit dem SSB, RBJ und einem Teil der Hamburger Frauengruppe getragen.

Leider hatten einige Wortführerinnen der Frauengruppen Vorstellungen über die Demonstration, die wir für falsch und sektiererisch halten (vgl. Artikel dazu in diesem AK). Unter anderem drückte sich das darin aus, daß sie eine extrem kurze und nicht allzu günstige Demo-Route in der Innenstadt festgelegt hatten; daß während der Demo kein Lautsprecherwagen mitfahren sollte; daß sie anfänglich keine Abschlußrede haben wollten; daß sie zunächst überhaupt keine gemeinsame Demonstration mit dem KB wollten u.a.m.

Diese Frauen gingen schließlich so weit, daß sie durch ständige Zwischenrufe (wie: „Nicht zuhören!"), sinnloses Geschrei und durch lautstarkes Klappern mit Topfdeckeln die Abschlußrede zu stören versuchten.

Kundgebungsplatz aus, bevor sie ihn zögernd und in kleinen Gruppen verließen. Schließlich formierte sich, ausgelöst durch Übergriffe der Polizei, ganz spontan noch ein neuer Zug unter Parolen gegen den §218 und die Faschisierung; mehr als 1.000 Menschen beteiligten sich daran. Auf einer improvisierten zweiten Abschlußkundgebung sagte ein KB-Genosse, daß es wohl ein Fehler gewesen sei, diese kurze Demo-Route zu akzeptieren; zu den Provokationen und Störversuchen einiger Mitglieder der Frauengruppen während der „offiziellen" Abschlußrede sagte er, daß es mit **s o l c h e n** Frauen keine Zusammenarbeit geben kann; zugleich betonte er aber, daß wir die Arbeit der Frauengruppen insgesamt für einen wichtigen und nützlichen Ansatz halten. ●

Hamburg

Erfreuliche Pleite der SPD-Abwiegler zum §218

Am 26. Februar, einen Tag nach der Urteilsverkündung in Karlsruhe, hatte die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" (ASF) vor dem Hamburger Gewerkschaftshaus zu einer Kundgebung: *„Reform des §218 – die SPD kämpft weiter"* aufgerufen. Die SPD-fromme „Hamburger Morgenpost" wußte bereits vorher: *„SPD-Frauen und Jusos trommelten auch in Hamburg Demonstranten für eine Kundgebung zusammen"* (26.2.).

Am nächsten Tag berichtete dieselbe Zeitung über diese „großartige" sozialdemokratische Aktion nur folgendes:
„Auf einer Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus in Hamburg protestierten gestern hunderte gegen das Karlsruher Urteil: ‚Der §218 ist Heuchelei' ".

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Nordmark
NENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENIN
NENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENIN
NENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENINFORMATIONENIN

§218

Wir erinnern daran, daß mit wenigen Gegenstimmen auf der 7. Bundesfrauenkonferenz des DGB ein Antrag zum Abbau des § 218 angenommen wurde. Danach sollen Schwangerschaftsunterbrechungen bis zum 3. Monat straffrei sein, wenn sie von einem Arzt vorgenommen werden.
Wir sind auch heute noch der Auffassung, daß diese Regelung einer freiheitlichen Verfassung entspricht, die die Würde der Frau in erster Linie zu schützen hat und das Recht der Geborenen auf ein menschenwürdiges Dasein. In dieser Auffassung stimmen wir überein mit den Verfassungsrichtern von anderen freiheitlich westlichen Demokratien z.B. USA, Frankreich, Niederlande, Großbritanien, Skandinavischen Ländern usw.

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Nordmark
2 Hamburg 1 Besenbinderhof 57 IV Telefon (0411) 280 10 01

Für ein derart schwachsinniges und inhaltsleeres Flugblatt verpulvern die DGB-Führer die gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträge

Mehr stand da nicht zu lesen. Schamvoll verschwiegen die SPD-Schreiber, was wir unseren Lesern nicht ohne Freude berichten wollen. Noch nicht einmal 100 Demonstranten hatten SPD-Frauen und Jusos zusammengetrommelt. Erst kurz nach 17 Uhr (Kundgebungsbeginn) wuchs die Zahl der Protestierer sprunghaft an. Fast 200 Mit-Protester strömten aus dem Gewerkschaftshaus herbei (insgesamt wuchs die Zahl der Zuhörer auf vielleicht 400 an). Geheimnis dieses sprunghaften „Massenzulaufs": Bereits seit längerem war für den 26.2. die reguläre Vertreterversammlung der IG Metall angesetzt und begann ebenfalls um 17 Uhr. Der zweite IGM-Vorsitzende und SPD-Betriebsgruppenmanager Müllner stellte den Antrag, daß die Vertreterversammlung geschlossen zur Kundgebung gehen sollte. Bei wenigen Gegenstimmen wurde dies angenommen und die fast 200 Vertreter marschierten los.

Sonderlich mitgerissen war dann die als Starrednerin erschienene ASF-Vorsitzende von diesem „Massenandrang" nicht und es war schon peinlich, als eine extra angereiste Gruppe Protestierer aus Buxtehude vorgestellt wurde. Die Rednerin brachte dann auch schnell ihren Reform-Schmus an den Mann (+ Frau) – nach einer halben Stunde war der Spuk vorbei.

Warum nun unsere „Schadenfreude"? Nun, einmal macht diese mißlungene Veranstaltung deutlich, daß an der wesentlich vom KB mitgetragenen Demonstration des Vortages mit fast 5.000 Teilnehmern sicherlich auch eine Reihe ehrlich empörter Sozialdemokraten beteiligt waren, denen diese Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus ihrer Parteibosse vor allem als Reform-Alibi zugedacht war. Die halbherzigen und unehrlichen „Proteste" der SPD-Führer sind durch die zielstrebige gemeinsame Demonstration kommunistischer und demokratischer Organisationen in die wohlverdiente Isolation gedrängt worden.

Andererseits: Bereits seit längerem war durchgesickert, daß SPD- und Gewerkschaftsführer für den Fall der Ablehnung ihrer Fristenlösung ein derartiges Spalterunternehmen einen Tag nach der Urteilsverkündung planten! Dieser Spaltungsversuch ist mißlungen!

Auf der bereits erwähnten Vertreterversammlung der IG Metall ging eine Rednerin in ihrem Beitrag auf eine derartige Politik ein. Sie kritisierte zunächst den Metalltarifabschluß, der den Frauen für weitere Jahre die Lohngruppe zwei vorschreibt, während Frauen in Nordrhein-Westfalen besonders auch für die Abschaffung der Lohngruppe zwei unter der Forderung „gleiche Arbeit – gleicher Lohn" streikten. Dieser Betrug an den arbeitenden Frauen und insbesondere auch das Weiterbestehen des §218 entlarve das ganze Geschwätz um das „Jahr der Frau". Weiterhin kritisierte die Kollegin, daß der DGB nicht sofort, als das Urteil bekannt wurde, alle Hebel in Bewegung setzte, um einen breiten Protest zu mobilisieren und sich an der Demonstration des Vortags nicht beteiligte, stattdessen aber die kümmerliche SPD-Kundgebung mit zufällig anwesenden IGM-Vertretern auffülle und die Gewerkschaftsgelder für lächerliche Flugblätter verschleudere (am Vortag wurde ein DGB-Flugblatt mit vier Sätzen verteilt, in dem lapidar festgestellt wird: der DGB sei auch heute noch der Auffassung, daß „diese Regelung einer freiheitlichen Verfassung entspricht!").

Angesichts der gerade vorher gemachten Erfahrung unterstützten mehr Kollegen, als es in diesem Gremium sonst üblich ist, den fortschrittlichen Beitrag der Kollegin mit Beifall.

Zum Schluß noch eine kleine Pikanterie am Rande (aber wirklich nur dort). Sie betrifft – man verzeih' es uns – den KBW. Diese Leute, die in den vergangenen Tagen viel Verwirrung und politischen Schwachsinn zum §218 verbreiteten, die nichts, aber auch gar nichts getan hatten, eine erfolgreiche Organisierung des Protests gegen den §218 zu erreichen, stattdessen aber in ihren Kommentierungen der beiden erfolgreichen Demonstrationen kübelweise Verdrehungen und Lügen über den KB verbreiteten, diese Leute wurden nun plötzlich aktiv und verfaßten eigens ein Flugblatt für diese SPD-Kundgebung. Datum: 26.2., Auflage: 1.000.
Wie groß war noch einmal die Teilnehmerzahl? ? ? ●

Genossen der IG Metall-Vertreterversammlung KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

„Die Richter haben das Urteil gefällt, das Strauß und Schleyer bei ihnen bestellt

Das Urteil vom 25.2.75 gegen die Fristenlösung hat deutlich gezeigt, daß eine unabhängige Rechtssprechung unmöglich ist. Eine Rechtssprechung kann nicht unabhängig vom Volk und unabhängig von den Feinden des Volkes sein. Jedes Urteil ist für oder gegen die fortschrittlichen Kräfte. Die Urteile des bundesdeutschen Verfassungsgerichtes sind, wie könnte es anders sein, gegen die Masse der Bevölkerung gerichtet. In diesem Fall wurden die Schwächsten, die Unterdrücktesten, die bis heute Widerstandslosesten, nämlich die Frauen verhöhnt. Ebensowenig, wie ein Richter in Karlsruhe weiß, wie es einem Arbeiter geht, wie ein Arbeiter lebt, unter was für Bedingungen er arbeiten muß, ebensowenig weiß er, was es heißt, ein Kind zu bekommen, was es heißt, Haushalt, Kinderpflege und Beruf gleichzeitig zu machen! Die Herren in Karlsruhe können nicht wissen, was Fabrikarbeit bedeutet, weil sie sie nie am eigenen Leibe erfahren haben. Sie können nicht wissen, was es bedeutet, in der kapitalistischen Gesellschaft eine Frau zu sein, weil sie Männer sind.

Das soll jetzt keinesfalls eine Entschuldigung für die Richter sein, es gibt keine! Diese Richter haben die Verantwortung zu tragen für den Tod der Frauen, die sterben, weil sie eine Engelmacherin aufsuchen mußten; für die Kinder, die unter miesen Umständen großwerden müssen; für die Familien, die Not leiden, weil ein Esser mehr geboren wurde. Die Richter haben diese Verantwortung zu tragen, denn sie konnten aus den Demonstrationen gegen den § 218 und aus Meinungsumfragen ersehen, daß die Bevölkerung für die Streichung des § 218 ist.

Es hat aber wenig Sinn, jetzt zu fordern, daß andere Leute Richter in Karlsruhe werden sollen. Es geht darum, zu erkennen, daß die Instanz des Bundesverfassungsgerichts abgeschafft werden muß!

Dieses Gericht wird durch niemanden kontrolliert, seine Urteile sind nicht abänderbar.

Dieses Gericht (acht Richter) entscheidet lebenswichtige Fragen der Bevölkerung. Sie haben keine Legitimation dazu! Sie müssen doch die Suppe nicht auslöffeln, die sie eingebrockt haben! Das wurde gerade an diesem Beispiel deutlich.

Dieses Gericht kann nur ein Gericht für „die da oben" sein. Es kann nicht, prinzipiell nicht, jemand von oben für die unten beschließen. Es kann immer nur jemand von unten etwas für die unten tun. Dies ist eine Gesetzmäßigkeit, die man an der Geschichte und an der Erfahrung jedes einzelnen überprüfen kann.

Auch an diesem Beispiel kann man wieder einmal zeigen: „N i e dem Parlament (dem Gericht, ... kurz: denen da oben) vertrauen – auf die eigenen Kräfte bauen!"

Gerichte, wie sie heute noch bei uns bestehen, können zwar ab und an ein nicht allzu gemeines Urteil fällen – sie können aber niemals „im Namen des Volkes" für das Volk recht-sprechen. Die Richter können sich lediglich aussuchen, ob sie im Namen von Strauß & Schleyer „recht-sprechen" oder im Namen von Schmidt & Genscher. Im Namen der Massen sprechen sie nie. Das Ziel muß also, meiner Meinung nach, sein: Abschaffung der alten Klassenjustiz – ein völlig neues Rechtssystem muß her!

Wie so ein Rechtssystem aussehen sollte, muß noch ausführlich diskutiert werden. Eins ist dabei jetzt schon klar: Wir können nicht, isoliert von den anderen Problemen unserer Gesellschaft, eine gerechte Justiz erkämpfen. Also:
„Weg muß der Kapitalismus – her muß die Demokratie !" ●

Eine Genossin

August Bebel zur Emanzipation der Frau

Im letzten AK hatten wir uns mit verschiedenen falschen Vorstellungen des KBW zum Kampf gegen den § 218 auseinanderzusetzen. So hat der KBW geleugnet, daß es dabei um den Kampf gegen die b e s o n d e r e Unterdrückung der Frau im Kapitalismus geht, also auch um den Kampf für die Gleichberechtigung und für die Selbstbestimmung der Frau. Er hat ferner die These aufgestellt, im Sozialismus würde das Recht auf Abtreibung „überflüssig", da dann die materiellen Verhältnisse soweit ent-

schreitet, diese Menschen dann die Natur beeinflussen, zeigte der deutsche Sozialdemokrat August Bebel (1840-1913) sehr anschaulich in seinem Werk **„Die Frau und der Sozialismus"** (1879) auf, aus dem wir hier zitieren wollen:

„In der Bevölkerungsfrage ist in Zukunft eins von ausschlaggebender Bedeutung. Das ist die höhere, freiere Stellung, die alsdann unsere Frauen ohne Ausnahme einnehmen. Intelligente und energische Frauen haben –

wir überein mit den Verfassungsrichtern von anderen freiheitlich westlichen Demokratien z.B. USA, Frankreich, Niederlande, Großbritanien, Skandinavischen Ländern usw.

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Nordmark
2 Hamburg 1 Besenbinderhof 57 IV Telefon (0411) 280 10 01

Für ein derart schwachsinniges und inhaltsleeres Flugblatt verpulvern die DGB-Führer die gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträge

Mehr stand da nicht zu lesen. Schamvoll verschwiegen die SPD-Schreiber, was wir unseren Lesern nicht ohne Freude berichten wollen. Noch nicht einmal 100 Demonstranten hatten SPD-Frauen und Jusos zusammengetrommelt. Erst kurz nach 17 Uhr (Kundgebungsbeginn) wuchs die Zahl der Protestierer sprunghaft an. Fast 200 Mit-Protester strömten aus dem Gewerkschaftshaus her- dann auch schnell ihren Reform-Schmus an den Mann (+ Frau) – nach einer halben Stunde war der Spuk vorbei.

Warum nun unsere „Schadenfreude"? Nun, einmal macht diese mißlungene Veranstaltung deutlich, daß an der wesentlich vom KB mitgetragenen Demonstration des Vortages mit fast 5.000 Teilnehmern sicherlich auch eine Reihe ehrlich em-

te, die in den vergangenen Tagen viel Verwirrung und politischen Schwachsinn zum §218 verbreiteten, die nichts, aber auch gar nichts getan hatten, eine erfolgreiche Organisierung des Protests gegen den §218 zu erreichen, stattdessen aber in ihren Kommentierungen der beiden erfolgreichen Demonstrationen kübelweise Verdrehungen und Lügen über den KB verbreiteten, diese Leute wurden nun plötzlich aktiv und verfaßten eigens ein Flugblatt für diese SPD-Kundgebung. Datum: 26.2., Auflage: 1.000.
Wie groß war noch einmal die Teilnehmerzahl? ? ? ●

Genossen der IG Metall-Vertreterversammlung KB/Gruppe Hamburg

August Bebel zur Emanzipation der Frau

Im letzten AK hatten wir uns mit verschiedenen falschen Vorstellungen des KBW zum Kampf gegen den § 218 auseinanderzusetzen. So hat der KBW geleugnet, daß es dabei um den Kampf gegen die b e s o n d e r e Unterdrückung der Frau im Kapitalismus geht, also auch um den Kampf für die Gleichberechtigung und für die Selbstbestimmung der Frau. Er hat ferner die These aufgestellt, im Sozialismus würde das Recht auf Abtreibung „überflüssig", da dann die materiellen Verhältnisse soweit ent-

schreitet, diese Menschen dann die Natur beeinflussen, zeigte der deutsche Sozialdemokrat August Bebel (1840-1913) sehr anschaulich in seinem Werk **„Die Frau und der Sozialismus"** (1879) auf, aus dem wir hier zitieren wollen:

„In der Bevölkerungsfrage ist in Zukunft eins von ausschlaggebender Bedeutung. Das ist die höhere, freiere Stellung, die alsdann unsere Frauen ohne Ausnahme einnehmen. Intelligente und energische Frauen haben –

wickelt seien, um Kinder „ohne Einschränkung" in die Welt zu setzen („Wir wollen uns doch nicht gegen die Natur stellen"). Daß emanzipierte Menschen, und besonders die Frauen, lernen, die Frage des Kinderkriegens b e w u ß t zu entscheiden, sich der „Natur" n i c h t unterordnen. Kinderkriegen n i c h t als etwas „gottgewolltes" hinnehmen, sonder in dem Maße, wie ihre Emanzipation und die der Gesellschaft voran-

von Ausnahmen abgesehen – in der Regel keine Neigung, einer größeren Anzahl Kinder, als einer „Schickung Gottes", das Leben zu geben und die besten Lebensjahre im Schwangerschaftszustande oder mit dem Kind an der Brust zu verbringen. Diese Abneigung gegen zahlreiche Kinder, welche sogar schon gegenwärtig die meisten Frauen hegen, dürfte sich ungeachtet aller Vorsorge, die eine sozialistische Gesellschaft den Schwangeren und Müttern widmet, eher verstärken als vermindern und hierin liegt unseres Erachtens die große Wahrscheinlichkeit, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Bevölkerungsvermehrung langsamer als in der bürgerlichen vor sich gegen wird."

Die Leserinnen und Leser seines Buches mit Begeisterung für den Sozialismus gewinnend und im Besonderen den Frauen eine Vorahnung für die größere Freiheit im Sozialismus vermittelnd, schreibt August Bebel am Ende des Buches:

„Die Menschheit wird in der sozialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre Entwicklung mit Bewußtsein lenken. In allen bisherigen Epochen handelte sie in bezug auf Produktion und Verteilung wie auf Bevölkerungsvermehrung ohne Kenntnis ihrer Gesetze, also unbewußt; in der neuen Gesellschaft wird sie mit Kenntnis der Gesetze ihrer eigenen Entwicklung bewußt und planmäßig handeln. Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft".

(August Bebel, „Die Frau und der Sozialismus", Seite 547 und 549) ●

§ 218

Nachtrag zur Auseinandersetzung mit dem KBW in AK Nr. 56

In unserem Artikel „Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau – Auseinandersetzung mit dem KBW" (AK 56, Seite 6/7) findet sich eine falsche Formulierung und zwar in dem Satz *„Wir meinen allerdings, daß materielle Not nicht der einzige Grund für das Recht auf Abtreibung ist, und daß es auch im Sozialismus vor allem eine Sache der freien Entscheidung der Frau ist, ob sie eine unerwünschte Schwangerschaft austragen will oder nicht".*

Dieses **„a u c h im Sozialismus"** ist natürlich falsch, weil diese Formulierung so klingt, als könnte es auch im Kapitalismus eine wirklich freie Entscheidung der Frauen für oder gegen eine Abtreibung geben. Das ist nicht der Fall. Denn selbst wenn die Abtreibung vom bürgerlichen Staat total freigegeben und ohne die geringste staatliche Bevormundung betrieben würde, bliebe doch die Tatsache, daß die Lebensbedingungen im Kapitalismus eine wirklich freie Entscheidung von Frau und Mann, ob und wann sie Kinder haben wollen und wieviele, gar nicht möglich machen. Nicht „a u c h im Sozialismus", sondern „e r s t im Sozialismus" wird eine wirklich freie Entscheidung der Frau über ihre Schwangerschaft möglich werden.

Noch etwas zum KBW: Bei der Demonstration am 25. Februar gegen den § 218 in Hamburg liefen KBWler mit Megaphonen am Zug entlang und versuchten, ihre Parole „hineinzutragen": *„Abtreibung ja oder nein, das muß Sache des Volkes sein"* – offensichtlich als „Antwort" auf die Parole der Demonstration *„Abtreibung ja oder nein, das muß Sache der F r a u e n sein".* Abgesehen von dieser für den KBW typischen Methode, als winziges Grüppchen (am Zug nahmen kaum 50 KBWler teil) ihre Parolen lautstark einer Demonstration von mehr als 4.000 Menschen aufdrängen zu wollen, halten wir die KBW-Parole auch inhaltlich für falsch. Wörtlich genommen ist die Parole absoluter Blödsinn, denn ob eine Frau abtreiben will oder nicht, kann schließlich nicht „das Volk" entscheiden, sondern in erster Linie die Frau selbst. Wenn der KBW mit dieser Parole jedoch sagen will, daß Frau u n d M a n n **in gleicher Weise** über eine Abtreibung entscheiden müssen, dann halten wir das auch für falsch. Selbstverständlich ist die Entscheidung, ein Kind zu haben oder nicht, eine Entscheidung, die Frau und Mann gemeinsam zu treffen haben. Dennoch ist es aus einfachen biologischen Gründen d i e F r a u, die eine Schwangerschaft auszutragen hat und die deshalb in erster Linie darüber entscheiden muß, ob sie das will.

Wenn der KBW diese Feststellung zum Anlaß nimmt, um dem KB vorzuwerfen, er würde *„die Bewegung gegen den § 218 als Frauenbewegung begreifen"*, so ist das erstens eine der KBW-typischen Lügen und steht zweitens in seltsamem Widerspruch zu der einige Sätze weiter vorgetragenen Behauptung, der KB würde den Kampf gegen den § 218 *„nur als Aufhänger dafür nehmen, um den sogenannten (? !) antifaschistischen Kampf zu propagieren"* (siehe Ortsbeilage zur „KVZ" vom 27.2.). Vielleicht will der KBW damit sagen, daß wir den antifaschistischen Kampf „als Frauenbewegung begreifen"? Aber wahrscheinlich ist es falsch, hinter dem ewigen „Hüh und Hott" des KBW überhaupt noch irgendeine Logik zu vermuten?

Abschließend sei vermerkt, daß der KBW zur Demonstration am 25. 2. in der Ortsbeilage schreibt: *„Verschiedene Frauengruppen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen. Der KBW hat sich an dieser Demonstration beteiligt . . ."*

Den KB, der zu dieser Demonstration aufgerufen und zweifellos die Mehrheit der Demonstranten mobilisiert hatte, haben diese „wahrheitsliebenden" Herrschaften einfach „v e r g e s s e n"!! Typisch für diese berufsmäßigen Schwindler, die anscheinend ihre eigenen Lügen und Wahnvorstellungen kaum noch von der Wirklichkeit unterscheiden können! ●

Arbeitsgruppe Frauen und AK-Redaktion

KBW läßt hundert Blüten blühen

In der „KVZ" (Komische Volkszeitung) des KBW vom 6.2.1975 konnte man lesen, daß der § 218 kein besonderes Problem der Frauen sei, denn *„Männer sind genausowenig wie Frauen zur Abtreibung bzw. zur Beihilfe bei der Abtreibung berechtigt".*

Dieses lockere Späßchen ließ einen P.D. vom Hamburger KBW nicht ruhen. In der Ortsbeilage zur „KVZ" vom 6.3.75 schrieb er, daß der § 218 auch kein Problem der Gleichberechtigung sei, **„denn bei Männern kann man nicht abreiben".**

Das mußte mal gesagt werden ! – Wenn die KBWler in Hamburg immer weniger werden, mag das wohl zum Teil auch daran liegen, daß sich einige von ihnen beim Lesen ihrer Zeitung totgelacht haben. ●

Für die ersatzlose Streichung des § 218

Breites Bündnis gegen den Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes!

Einen Tag nach der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVG) demonstrierten in Kassel 1.700 Menschen gegen das Urteil, für die Streichung des § 218 und für die Selbstbestimmung der Frau.

Diese seit Jahren größte Demonstration von politischen Organisationen war durch die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung über das BVG-Urteil und eine breite Aktionseinheit Kasseler Organisationen möglich.

Eine Woche vor der Urteilsverkündung hatten die Jungsozialisten interessierte Menschen und Organisationen eingeladen, um über ein gemeinsames Vorgehen zu der zu erwartenden Ablehnung der Fristenregelung zu beraten. Trotz verschiedener Einschätzungen über die Bedeutung der Fristenlösung und der geplanten Demonstration konnte mit folgenden Forderungen eine gemeinsame Grundlage für eine Aktionseinheit gefunden werden: „Jede Frau soll über sich selbst bestimmen! Weg mit dem Urteil des BVG! Weg mit dem § 218!" An der Aktionseinheit (AE) beteiligten sich dann 17 Organisationen von DKP, Jusos, über Asta bis zu verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Gruppen.

Die AE konnte allerdings nach außen hin nicht als ein Zusammenschluß von demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen auftreten, sondern mußte unter der neutralen Bezeichnung „Initiative 218" arbeiten. Dies war notwendig, weil verschiedene Gruppen zwar bereit waren, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, aber wegen zu erwartender Schwierigkeiten in ihren Verbänden es offiziell nicht konnten oder wollten.

Nach der gemeinsamen Demonstration fand ein Treffen der AE statt, auf dem zum Ausdruck kam, daß sich die AE mit der Aktion zum § 218 nicht auflösen, sondern auch in anderen Fragen weiter zusammenarbeiten sollte. Das wäre zu begrüßen. Wir werden auf den weiteren Sitzungen der AE versuchen, dazu beizutragen, daß eine kontinuierliche Zusammenarbeit und ständige politische Diskussion stattfindet.

Bisher wurde jede tiefer gehende politische Diskussion in der AE abgewürgt, „um die Einheit nicht zu gefährden". Eine wirkliche Einheit läßt sich aber nur auf klaren politischen Grundlagen herstellen.

Ausgerechnet die Organisation, die ständig von der „Schaffung der breitesten Aktionseinheit" redet, aber dann wenn es so weit ist, querschießt, brauchte längere Bedenkzeit, bis sie sich der AE anschloß. Der KBW/KSB machte erst Schwierigkeiten, wegen der Forderung „Jede Frau soll über sich selbst bestimmen", bei der AE mitzumachen, zog dann aber doch mit – angeblich, „um die größtmögliche Einheit zu gewährleisten"; er versuchte dabei allerdings, für die Zurschaustellung seiner Organisation zu retten, was zu retten war: Vor der Demonstration verteilte er eine Erklärung, in der mit Großmannspose frech gelogen wurde: *„Deshalb haben wir auf den Verhandlungen um die Einheit gekämpft und konnten die richtigen Forderungen zur Herstellung der Einheit der Menschen, die sich gegen den § 218 wenden, durchsetzen".* Tatsache ist, daß die Forderungen der AE bereits standen, bevor ein Vertreter des KBW überhaupt an den Sitzungen der AE teilgenommen hatte. Ähnliche Lügen enthielt die Erklärung noch mehr.

Auf der Kundgebung wurde das KBW-Flugblatt von den Organisationen der AE als das bezeichnet, was es ist – eine Lüge!

Die unmittelbaren Folgen des Verhaltens des KBW haben sich schon eingestellt. Bereits heute sprechen Mitglieder bestimmter Organisationen davon, keine Bündnisse mehr mit dem KBW zu machen. Es habe sich gezeigt, daß es das nicht möglich sei. Der KBW hat den Verfechtern der spalterischen „Antikommunistenbeschlüsse" in den verschiedenen Verbänden „Argumente" frei Haus geliefert.

Damit hat sich der KBW nicht nur selbst in die Pfanne gehauen (was nicht so schlimm wäre), sondern letztlich allen sozialistischen und kommunistischen Gruppen Kassels geschadet. ●

Sympathisanten des KB in Kassel

Demonstration gegen § 218 in Göttingen



1.200 Menschen demonstrierten am 28.2. in Göttingen den den § 218

Am 28.2. fand in der Göttinger Innenstadt eine Demonstration gegen den §218 statt – anläßlich des reaktionären Bundesverfassungs-Gericht(BVG)-Urteils. Eine Aktionseinheit (AE) – bestehend aus der Initiative gegen den § 218, dem KBW nebst Anhang, der Sozialistischen Frauengruppe, dem IK/KHB und der KAG (Gruppe des KB) – hatte in einem gemeinsamen Flugblatt dazu aufgerufen. Ca. 1.200 Menschen demonstrierten unter den Transparenten: „Weg mit dem BVG-Urteil",
aufgerufen. Ca. 1.200 Menschen demonstrierten unter den Transparenten: „Weg mit dem BVG-Urteil",
„Ersatzlose Streichung des § 218", „Für bessere und kostenlose Verhütungsmittel", „Abtreibung auf Krankenschein", „Für volle Gleichberechtigung von Frau und Mann" und riefen:

- **Weg mit dem § 218**
- **Kinder oder keine – bestimmen wir alleine**
- **Sie sind acht – und haben die Macht tausenden von Arbeiterfrauen – das Leben zu versauen**
- **Ungeborenes wird geschützt – Geborenes wird ausgenützt**
- **Kinder oder nicht – entscheidet kein Gericht**
- **Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen und Familien sein.**

Auf der anschließenden Kundgebung hielt eine Sprecherin der Initiative gegen den § 218 eine gemeinsame Rede der AE. Das BVG-Urteil wurde als Entscheidung gegen die Interessen des Volkes gekennzeichnet, durch die weiterhin Millionen von Frauen kriminalisiert und in die Hände von Kurpfuschern getrieben werden sollen. Aber auch die Fristenregelung wäre keine wirkliche Lösung gewesen. Die Reaktion der ärztlichen Standesvertreter, der kirchlichen und staatlichen Träger der Krankenhäuser auf die Fristenregelung zeigt klar, daß die Selbstbestimmung der Frauen und Familien mit allen Mitteln verhindert werden soll.

Deshalb werden die an der AE beteiligten Gruppen weiter gegen den § 218 kämpfen. Als nächster Schritt ist eine gemeinsame Veranstaltung geplant, auf der die verschiedenen Organisationen ihre Positionen zum Kampf gegen den § 218 darlegen sollen. Denn Differenzen in der Beurteilung des § 218 sind nicht
Kampf gegen den § 218 darlegen sollen. Denn Differenzen in der Beurteilung des § 218 sind nicht
zu übersehen. So behauptete auf den AE-Verhandlungen ein Vertreter des KBW, der § 218 sei kein Gesetz zur besonderen Unterdrückung der Frau – was genauso unsinnig ist, wie etwa die Behauptung, das bestehende KPD-Verbot sei kein Gesetz zur besonderen Unterdrückung der Kommunisten. Die entgegengesetzte Position nahm die Frauengruppe ein, die darauf beharrt, daß „die Frauen" sich erstmal von „den Männern" befreien müßten.

Einen besonders opportunistischen Schwenk leisteten sich wieder einmal die Jusos. Zweimal nahmen sie an den AE-Verhandlungen teil, ohne allerdings irgendeine Entscheidungsbefugnis ihres Verbandes zu haben. Sie zogen schließlich sang- und klanglos ihre Unterschrift unter das gemeinsame Flugblatt zurück – mit der irren Begründung, es seien Semesterferien und von daher sowieso keine Studenten da!!

Auf der geplanten Veranstaltung wird es darauf ankommen, zu zeigen, daß der Kampf gegen den § 218 ein Teil unseres Kampfes gegen den Angriff der Kapitalisten und ihres Staates auf die politischen Rechte der Arbeiterklasse ist. ●

KAG Göttingen

Demonstration gegen § 218 in Nürnberg

Am 1. März fand in Nürnberg eine Demonstration gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Fristenregelung des § 218 statt. Initiiert wurde diese Demonstration von der SPD, der FDP, Jusos und Jungdemokraten und vom DGB; ausserdem hatten Teile der Nürnberger-Erlanger Frauengruppe mobilisiert, und – allerdings nur in bescheidenem Maße – die Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK – ein örtlicher kommunistischer Zirkel).

Etwa 700 Demonstranten waren gekommen. Nachdem die bürgerlichen Parteien ihre Reden gehalten hatten, erklärte Egon Lutz (SPD, MdB), die Demonstration müsse „leider" abgesagt werden, wegen „zu befürchtender Verkehrsbehinderungen" (ein Witz, da die Demonstration ausschließlich durch die Fußgängerzone führen sollte).

Als aus den Reihen der Kundgebungsteilnehmer immer lauter der Ruf „Demonstration! Demonstration!" erscholl, setzte man sich dann doch noch in Marsch. Nur einige wenige Transparente zeigten an, daß hier eine Demonstration stattfand, und nicht etwa ein Einkaufsbummel oder ein Trauermarsch für den entführten P. Lorenz.

Einige Genossen der GNK, die jedoch nur einen Teil ihrer eigenen Mitglieder mobilisiert hatte, stimmten Parolen an wie: *„Kinder oder keine, bestimmen wir alleine!", „Hätte man Strauß abgetrieben, wär' uns viel erspart geblieben", „Männer, Frauen und auch Kinder – wehrt euch gegen eure Schinder!".*

Diese Parolen drangen aber nicht allzu weit und wurden nur von Umstehenden, wobei jedoch auch ältere Frauen waren, angestimmt. So kam wenigstens aus diesem Teil des Zuges heraus, daß es sich um eine Kampfdemonstration gegen den § 218 handeln sollte.

Nach der offiziellen Auflösung der Demonstration durch die SPDler formierte sich noch ein spontaner Zug von 80 - 100 Menschen, der alsbald brutal von der Polizei attackiert wurde. Mehrere Menschen, darunter auch ein Passant, wurden festgenommen. Die letzten Reste dieses Zuges sammelten sich noch einmal vor der Polizeiwache 4, die in ganz Bayern berüchtigt ist, und verlangten dort die Freilassung der Festgenommenen. ●

Nach dem Bericht einer Genossin der GNK

Karlsruhe

Aktionseinheit demonstriert gegen § 218

In Karlsruhe, Sitz des Bundesverfassungsgerichts, rief eine Aktionseinheit zu einer Demonstration am 25.2. für die ersatzlose Streichung des § 218 auf: Frauengruppen, verschiedene Studentenvertretungen, der BDJ Pforzheim, der KBW, die „KPD" und der SHB. Die Jusos hatten das erste Aufrufflugblatt noch unterzeichnet, sprangen dann aber hurtig ab – wohl auf „höhere Weisung". Der KBW rotierte wie üblich – nachdem die DGB-Führer ebenfalls zu einer Demonstration aufgerufen hatten (für die Fristenregelung!!) stürzten sich die KBWler gierig auf diese „gewerkschaftliche" Demonstration und orientierten ganz auf diese.

2.000 Menschen beteiligten sich schließlich an der Demonstration der Aktionseinheit unter Parolen wie *„Der § Zwo Eins Acht ist von der herrschenden Klasse gemacht", „Weg mit dem § 218!", „Das alte Unrecht ist geblieben – Reformen werden abgetrieben", „Reformen ja oder nein, kann nicht Sache des Staates sein", „Das Bundesverfassungsgericht schlägt den Frauen ins Gesicht".*

Besonders begrüßt wurde die Rede einer Genossin von der „Badischen Fraueninitiative gegen das Kernkraftwerk Whyl und das Bleiwerk Markolsheim", die auf den Gegensatz zwischen den verlogenen Schnacks vom „Schutz des ungeborenen Lebens" und der Gefährdung des Lebens z.B. durch das Kernkraftwerk und das Bleiwerk hinwies. *„Wenn wir dafür sorgen wollen, daß unser ungeborenes Leben wirklich geschützt wird, nämlich vor gesundheitlichen Schäden, wenn wir dafür sorgen wollen, daß wir und unsere Kinder unter menschenwürdigen Bedingungen leben, dann müssen wir jetzt zur Selbsthilfe greifen"*, sagte die Genossin zum Schluß ihrer Rede.

Die DGB-Führer hatten, n a c h d e m die Demonstration der Aktionseinheit angekündigt worden war, zu einer eigenen Demonstration aufgerufen, und zwar am Vormittag, während der Arbeitszeit also. Der vom DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg verteilte Aufruf enthält buchstäblich k e i n Wort, wofür oder wogegen man eigentlich demonstrieren will, sondern liegt nur auf der Linie, *„daß es Menschen sind, über deren soziales Schicksal entschieden wurde"* und als Aufforderung an die Richter: *„Sie sollen uns, den Betroffenen, das Urteil mitteilen!"*. Das war aber auch schon das Höchste.

Zu dieser jämmerlichen Dampfablaß-Demonstration, die unter Parolen für die Fristenregelung der SPD/FDP-Regierung stattfand, kamen trotz überörtlicher „Mobilisierung" nach verschiedenen Angaben nur zwischen 800 und 2.000 Menschen. ●

Demonstration gegen § 218 in Hannover

Am 15.2.75 demonstrierten ca. 800 Menschen durch die hannoversche Innenstadt. Die Initiative dazu hatten die hannoverschen Frauengruppen ergriffen, KB und KBW hatten ebenfalls aufgerufen.

Das äußere Bild der Demonstration war bunt: viele Parolen waren durch die Frauengruppen geprägt: *„Wir fordern mindestens Fristenlösung", „Frauen gemeinsam sind stark"* aber auch *„Kinder oder keine bestimmen wir alleine"*. Ein Demonstrant marschierte mit einem Kinderwagen mit der Aufschrift: „Nur für gewünschte Kinder" andere Demonstrantinnen schepperten im Sprechtakt mit Topfdeckeln.

Einige Transparente und Sprechchöre forderten die ersatzlose Streichung des § 218, Abtreibung auf Krankenschein: *„Brechen wir den alten Bann gleiches Recht für Frau und Mann".*

Leider waren die Frauengruppen nicht bereit gewesen, mit anderen Organisationen ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen. Sie hatten im letzten Jahr schlechte Erfahrungen mit dem KBW gemacht, der versucht hatte, seine Plattform durchzuknallen.

So gab es auch bei der Demonstration zwei Zwischenfälle: Am Sammlungsort (Opernplatz) versuchte der KBW durch seinen Lautsprecher den Redebeitrag der Frauen zu unterbrechen. Am Schluß der Demonstration drehten die Rednerinnen den Frauengruppen den Spieß um: Als der KBW eine Rede halten wollte, versuchten sie dies durch abspielen von Musik in voller Lautstärke massiv zu stören.

Wenn die Frauengruppen teilweise berechtigte Kritik an der „Parteiladenpolitik" einiger Organisationen haben, so bedeutet es doch in den gleichen Fehler verfallen, wenn sie nicht versuchen, ein möglichst einheitliches, gleichberechtigtes Vorgehen aller Gruppen anzustreben, die den § 218 bekämpfen wollen.

Wir begrüßen es daher, daß in den Frauengruppen bereits in dieser Richtung diskutiert wird.

Zum 1.3.75 hatte die SPD zu einer Protestkundgebung gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgerufen. Die ankommenden Demonstranten und sogar die offizielle Rednerin erfuhren erst nach einiger Wartezeit durch einen SPDler, daß die Kundgebung durch eine Notiz in der „Hannoverschen Allgemeine" *„wegen der Entführung des Berliner CDU-Politikers Lorenz abgesagt wurde. Zu diesem Schritt haben sich SPD, FDP und Humanistische Union gemeinsam entschlossen."*

Dieser Vorfall macht deutlich, daß die SPD den Protest gegen den § 218 nicht will und dankbar eine noch so dumme „Begründung" aufgreift, um ihn auch offiziell absagen zu können.

Viele der anwesenden Frauen waren empört über das Verhalten der SPD. Ca. 50 Frauen diskutierten noch über eine Stunde auf dem Opernplatz. ●

KB/Gruppe Hannover

Abtreibungsverbot in Italien

Parteien legen Gesetzentwürfe vor

In AK Nr. 55 und 56 berichteten wir über die Entwicklung der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot in Italien. Die linksliberale Illustrierte „l'Espresso" hat eine Unterschriftensammlung initiiert, mit der eine Volksabstimmung über das aus der Zeit des Faschismus stammende Abtreibungsverbot durchgesetzt werden soll. 500.000 Unterschriften sind dazu notwendig. Bereits in der ersten Woche, vom 7. bis 15. Februar, konnten 100.000 Unterschriften gesammelt werden!

Die Bewegung gegen das Abtreibungsverbot hat auch den Staatsapparat in Bewegung gebracht. So mußte sich Mitte Februar das italienische Verfassungsgericht auf Antrag eines Mailänder Richters mit der Frage befassen, ob das faschistische Abtreibungsgesetz „verfassungsgemäß" ist. Das Gericht erklärte, daß die Abtreibung legal sein muß, wenn durch die Schwangerschaft und Geburt das Leben der Frau gefährdet würde.

Zu diesem Urteil erklärte der Vatikan, die Zentrale der katholischen Kirche: **„Das Urteil ist fragwürdig und von äußerster Tragweite, weil es das Töten des zu Gebärenden unterstützt"** (lt. „FR", 19.2.75). Lieber soll die Schwangere sterben, zum „Schutz des ungeborenen Lebens"!!

Mit einem derart widerlich zynischen und verlogenen Standpunkt mochte sich nicht einmal die Christdemokratie anfreunden, die – abgesehen von einigen klerikalfaschistischen Flügelleuten – dieses Urteil „begrüßte" und offensichtlich ein Gesetz auf dieser Grundlage durchbringen will, also Legalisierung der Abtreibung bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Schwangeren („medizinische Indikation").

Die Sozialistische Partei (PSI) hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Abtreibung in den ersten zehn Wochen der Schwangerschaft gestatten soll, wenn die Frau das wünscht. Nach den ersten zehn Wochen soll die Abtreibung nur noch im Fall der „medizinischen Indikation" legal sein. Die Abtreibung soll kostenlos sein.

Der Gesetzentwurf der Republikanischen Partei (PRI) sieht die Legalisierung der Abtreibung in den ersten 12 Wochen vor, nach dem Willen der Frau, aber auch auf deren Kosten. Lediglich dann soll die Abtreibung kostenlos vorgenommen werden, wenn eine „medizinische" Indikation oder eine Vergewaltigung vorliegt. Die PRI fordert außerdem die kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln (in AK 56 hatten wir irrtümlich geschrieben, der Vorschlag der PRI würde etwa den Vorstellungen der CDU/CSU entsprechen).

Zentrale Bedeutung kommt der Haltung der Kommunistischen Partei (PCI) zu. Ihr Gesetzentwurf liegt voll auf der Linie des „historischen Kompromisses", d.h. der Anbiederung an Christdemokratie und Klerus. So kann es auch kaum noch verwundern, daß der Gesetzentwurf der PCI sogar hinter den der PSI und PRI zurückbleibt; außerdem ist damit zu rechnen, daß die Revisionisten von diesem Entwurf auch noch Abstriche machen werden, um zu einem „Kompromiß" mit der Christdemokratie zu kommen, die ja praktisch nur die „medizinische Indikation" zulassen will.

In folgenden drei Fällen soll nach dem Entwurf der PCI die Abtreibung legal sein: 1. bei Lebensgefahr für die Schwangere; 2. bei Vergewaltigung; 3. wenn die Geburt für die Frau auf Grund ihres Gesundheitszustands oder ihrer wirtschaftlichen, sozialen und familiären Verhältnisse ernsthafte physische oder psychische Gefahr bedeuten würde – also eine „soziale Indikation" (wenn schon zuviel Kinder da sind usw.).

Die Entscheidung darüber soll aber nicht in den freien Willen der Frau gestellt sein, sondern einer Kommission aus zwei Ärzten und einem „Sozialassistenten" anheimgestellt sein, vor der die Frauen ihre Entscheidung begründen müssen. – Ein Entwurf also, der z.B. sogar hinter dem in Frankreich kürzlich beschlossenen Gesetz zurückbleibt, das keine solche Kommission vorsieht (vgl. Artikel in diesem AK).

Frauen, die noch nicht 18 und nicht verheiratet sind, sollen außerdem nach dem Willen der PCI der Genehmigung des Vaters zur Abtreibung bedürfen.

Noch eine „Liberalisierung" haben die Revisionisten sich ausgedacht. An Stelle der bisherigen Strafandrohung von zwei bis fünf Jahren Gefängnis sollen Geldstrafen zwischen 5.000 und 100.000 Lire (20 bis 400 Mark) treten. Angeblich ist das „humaner" – würde aber in der Praxis wohl dazu führen, daß die Gerichte eher und häufiger von der Möglichkeit einer Verurteilung Gebrauch machen würden als bisher bei den drastischen Gefängnisstrafen die kaum angewendet werden.

Innerhalb der revisionistischen Partei hat dieser Gesetzentwurf offenbar kräftigen Unwillen hervorgerufen; noch stärker gilt das für den der PCI nahestehenden Frauenverband UDI.

Im März wird im Parlament über die Gesetzesentwürfe beraten werden. Die Revisionisten haben den Wunsch geäußert, daß „die Debatte sich in einem konstruktiven und entspannten Klima entwickeln" möge. Dazu werden die italienischen Werktätigen sicher noch ein Wort zu sagen haben. ●

Frauenbewegung in Frankreich

Am 29. November 1974 wurde in der französischen Nationalversammlung nach einer 25-stündigen Debatte das sogenannte Veil-Gesetz (Loi Veil) verabschiedet, das von der Bourgeoisie als „Liberalisierung" der Abtreibung präsentiert wird.

Die wesentlichen Inhalte des Gesetzes:

Artikel 1.: Das repressive Abtreibungsgesetz von 1920 (das Abtreibungen und Abtreibungsversuche mit Knast bedrohte) wird bei einer Abtreibung, die in den ersten 10 Wochen der Schwangerschaft durchgeführt wird, aufgehoben. Nach der 10. Woche obliegt die Frau weiterhin dem Gesetz von 1920 ... Das Gesetz von 1920 ist außerdem nur „probeweise", erstmal für fünf Jahre, aufgehoben worden. D. h., daß nach fünf Jahren erneut über das Gesetz entschieden wird!

Artikel 2.: Der von der Frau aufgesuchte Arzt ist verpflichtet, sie eingehend über die medizinischen Risiken, die sie auf sich nimmt, zu unterrichten. Weiterhin ist der Arzt verpflichtet, die ihn aufsuchende Frau an eine Behörde weiterzuleiten, wo sie über „Rechte und Vergünstigungen" der werdenden Mutter informiert werden soll. Nachdem dies in einer obligatorischen Frist von 7 Tagen geschehen ist, muß die Frau schriftlich ihren Willen zur Abtreibung niederlegen. Dieser Artikel des Veil-Gesetzes schafft ein ganzes Schuldarsenal, durch das die Frau weiterhin erniedrigt und gedemütigt wird. Wenn man außerdem die Zeit berechnet, erstens um eine Schwangerschaft feststellen zu lassen, zweitens um einen Arzt-Termin zu bekommen, drittens um dann im Laufe einer Woche die verschiedenen administrativen Besuche abzustatten – dann wird die „freie" Abtreibung während der ersten 10 Wochen zu einem wahren Wettlauf mit der Uhr!

Artikel 6.: Öffentliche Werbung und Propaganda für Abtreibung und Verhütungsmittel ist verboten! Dieser Artikel des Veil-Gesetzes hält genau die vorherige Situation aufrecht: nämlich die Adressen-Jagd, die Vereinzelung und die inidviduelle Schuldbelastung der Frauen.

Minderjährige können nur über sehr komplizierte – vor allem langwierige! – Verfahren mit ausdrücklicher Zustimmung der Eltern abtreiben – sie sind „genügend" volljährig, um ein Kind zu gebären, aber „zu minderjährig", um abzutreiben ...

Ein weiterer entscheidender „Mangel" an diesem Gesetz ist, daß bisher noch gar nicht geregelt worden ist, wo diese Abtreibungen durchgeführt werden sollen, und daß sie auch nach wie vor von den Frauen finanziell zu tragen sind (Kosten: meistens 1000 Francs = ungefähr 500 Mark). In manchen, besonders ländlichen, „Départements", wie der Finistère in der Bretagne, ist das Veil-Gesetz ohnehin nur ein toter Schrieb – da kein einziger Arzt bereit ist, Abtreibungen durchzuführen!

Aufgrund der oben geschilderten Inhalte des Gesetzes führt die MLAC (Mouvement pour la liberté de l'avortement et de la contraception = Bewegung für freie Abtreibung und Verhütung) den Kampf weiter unter den Parolen **„Nein zum Veil-Gesetz, dem Klassen- und Repressionsgesetz!" „Für freie und kostenlose Abtreibung, auch für die Minderjährigen!"**

Bisherige Situation

Mehr als 700.000 Frauen jährlich (nach anderen Angaben sogar über 1 Million) ließen bisher in Frankreich abtreiben – unter illegalen Zuständen, da sie unter einem über 50 Jahre alten Gesetz lebten. Dabei gibt es jährlich rund 5.000 Todesfälle! Das Gesetz von 1920 erlaubte nur dann die Abtreibung, wenn die werdende Mutter sich in Lebensgefahr befand – und auch dann mußte eine dreiköpfige Kommission noch darüber entscheiden ... Unter der Vichy-Regierung des Marschalls Pétain, die seinerzeit mit den Nazi-Besatzern zusammengearbeitet hatte, wurde eine Frau sogar aufgrund dieses Gesetzes wegen einer Abtreibung mit der Guillotine hingerichtet!

Die Argumente der Bourgeoisie, hier wie dort, waren bzw. sind:

– Die freie Abtreibung würde die Geburtenrate senken.

– Die freie Abtreibung würde eine Unmenge an Abtreibungen provozieren – kurz: es würde dann das einzige Verhütungsmittel sein. Die Wachhunde der bürgerlichen Legalität sind nämlich der Auffassung, daß eine Frau aus purer Lust abtreibt!

– Die freie Abtreibung würde das „sexuelle Chaos" heraufbeschwören. Eine Frau, die nämlich ihre Sexualität beherrscht und Lust empfindet – d. h. eine Frau, die sich nicht damit abfindet, eine reine Gebärmaschine zu sein, bedeutet anscheinend für diese Herren die Gefahr einer permanenten Orgie, die die gesamte Gesellschaft bedrohen würde.

– Die freie Abtreibung wäre gleichzusetzen mit der Freigabe der generellen Euthanasie.

Diese schockierten Humanisten schreien lauthals „Laßt sie leben!" vor einmonatigen Embryos (Ein Abgeordneter der Unabhängigen Republikaner, Partei von Giscard, ließ während der letzten Abtreibungs-Parlamentsdebatte das Herzklopfen eines Fötus vorspielen; in der Parlamentsdebatte um das gleiche Thema im Jahr 1973 ließ ein anderer Abgeordneter Behälter mit Föten herumreichen). Die gleichen schockierten Humanisten sind aber weit weniger skrupelvoll, wenn es darum geht, von der Arbeit von Millionen Frauen und Männern zu profitieren. Sie ge-

Verschärfung des Abtreibungsgesetzes geplant

lament der Antrag des Labour-Abgeordneten (!) Leo Abse zur Einschränkung und Verschärfung des Abtreibungs-Gesetzes beraten, das seit 1968 relativ freizügig war.

Im wesentlichen umfaßt der Antrag sechs Punkte:

1. Die bisherige Gesetzes-Formulierung, Abtreibung sei straffrei, wenn *„das Risiko für das Leben der Schwangeren oder für die physische und geistige Gesundheit der Schwangeren und ihre lebenden Kinder größer ist, als das Risiko eines Abbruches der Schwangerschaft"*, soll durch eine einschränkendere Formulierung ersetzt werden. Abse argumentiert, es wäre „zu leicht", nachzuweisen, daß die Fortsetzung einer Schwangerschaft ein „größeres Risiko" sei als der Abbruch. Er möchte den Abbruch der Schwangerschaft stattdessen nur erlauben, wenn eine „schwere Gefahr für das Leben der Schwangeren" vorliegt – also die bei uns bekannte sog. medizinische Indikation einführen!
2. Die bisherige zeitliche Grenze für den straffreien Schwangerschaftsabbruch von 28 Wochen soll auf 20 (bzw. 24 Wochen bei wahrschein- gesetzt werden.
3. Stärkere Kontrolle der privaten Abtreibungskliniken.
4. Lizenzpflicht für Schwangeren-Beratungsstellen.
5. Geheimhaltung der Namen von Frauen, die Anzeige wegen illegaler Ausnutzung des Gesetzes erstattet haben.

Und

6. **Das Verbot, Abtreibungen bei Ausländerinnen vorzunehmen**, die nicht wenigstens 20 Wochen zuvor in England gelebt haben.

Begründung: diese Frauen insbesondere würden „schamlos ausgebeutet" und „wie Vieh behandelt".

Die Demagogie und der Zynismus, mit denen dieser Antrag zum „Schutz der Frauen vor Mißbrauch und Ausbeutung" verkauft werden soll, wird wohl besonders am letzten Punkt deutlich!

Die tatsächlich existierenden Mißstände werden zum Vorwand genommen, um das ohnehin schon beschnittene Recht der Frauen, selbst zu bestimmen, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht, ganz zu beseitigen.

Ein weiteres Argument der Heuchler: „Die Ausbeutung der Frauen durch profitgierige Ärzte soll verhindert werden". In Wahrheit leistet gerade das Gesetz dieser Ausbeutung nämlich weiterhin jeder Arzt, ob er eine Abtreibung durchführt oder nicht! Die Folge ist, daß in den staatlichen Krankenhäusern nicht einmal 50 % der jährlich rund 150.000 Abtreibungen durchgeführt werden. Über die Hälfte aller Abtreibungen muß also mit viel Geld in einer Privatklinik erkauft werden – kein Wunder, da mehr als 50 % der staatlich angestellten Ärzte gleichzeitig an Privatkliniken arbeiten!

Begleitet wird der Antrag des Abgeordneten von einem Schwall übelster Hetze der Abtreibungsgegner, die in England z.T. noch radikaler auftreten als in der BRD und sich nicht nur aus bestimmten Konfessionen und Parteien rekrutieren. So werden die Befürworter der Abtreibungsfreiheit als „Buchenwald-Schergen" und „Hitler-Faschisten" beschimpft, Plakate mit blutverschmierten Embryos und Ärzten als Frankenstein-Monster geklebt. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Fristenregelung in Österreich:

Noch nicht viel gewonnen

Seit dem 1.1.75 ist in Österreich die Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb der ersten drei Monate nicht mehr strafbar.

Die mit Mehrheit regierende Sozialdemokratische Partei (SPÖ) konnte diese Fristenregelung durchsetzen. Für die arbeitenden Frauen in Österreich heißt das jedoch leider nicht, daß sie ohne weiteres wirklich die Möglichkeit in Anspruch nehmen können, in den ersten drei Monaten eine unerwünschte Schwangerschaft unterbrechen zu lassen. Nur neun von 86 gynäkologischen Kliniken sind in Österreich bereit, eine Abtreibung vorzunehmen. Ärzte und wohl auch religiöse Krankenschwestern in den meisten Krankenhäusern verweigern jede Hilfe für schwangere Frauen und berufen sich dabei auf ihre „Gewissensfreiheit".

Eine weitere Ausrede bietet das Argument, es seien zu wenig Krankenbetten vorhanden und man könne doch wegen einer Abtreibung keinen Krebskranken nach Hause schicken. Dabei kann bei modernen Behandlungsmethoden, wie der Absaugmethode, eine Abtreibung in den ersten Wochen ambulant vorgenommen werden. Das Risiko ist gering.

Für die Frauen hat sich durch die Gesetzesänderung also nicht viel geändert, besonders nicht für die Frauen auf dem Land, denn von den neun Kliniken, die Abtreibungen vornehmen, sind fünf alleine in Wien.

Die Frauen haben jetzt zwar das Recht auf Abtreibung, aber kaum die Möglichkeit, es in Anspruch zu nehmen.

Hieran wird deutlich, daß sich die Reaktionäre, im besonderen Klerus und Ärzteschaft, trotz gesetzlicher Regelung des Schwangerschaftsabbruchs immer eine Hintertür offen lassen, um sich sogar über die bürgerlichen Gesetze hinwegzusetzen.

Ihre ihnen eigenen Mittel und Wege drücken sich auch in einer besonders diskriminierenden und frauenfeindlichen Ideologie aus.

Die schon seit längerer Zeit nicht mehr sehr wirkungsvolle Unterdrückung, nämlich Androhung von Strafe, wurde durch eine andere ersetzt. Heute stellt man abtreibungswillige Frauen an den „Pranger". Das „Hamburger Abendblatt" vom 12.1.75 weiß in schadenfroher Weise zu berichten: *„Sie werden bei telephonischen Anfragen barsch abgewiesen, sie stehen unter den Augen hämischer Gaffer stundenlang Schlange, sie riskieren peinliche Verhöre der sogenannten Familienberatung, die sich in allen Fällen einschalten!"*

Den meisten Frauen bleibt da nur wie früher die Möglichkeit, zum Privatarzt zu gehen, aber wer kann dafür schon DM 1.400,– (10.000 Schilling bezahlen...!

Um ihren Burgfrieden mit Kirche und Bischöfen nicht zu gefährden, duldet die österreichische Regierung gern, daß das von ihr erlassene Gesetz in der Praxis annulliert wird. Eine „Aktion Leben" will dafür sorgen, daß die juristische Annullierung folgt.

Durch eine großangelegte Hetzkampagne „zum Schutz des ungeborenen Lebens" wollen sie die Basis schaffen, um über eine Volksabstimmung – ganz „demokratisch" – den Frauen ihren Willen aufzuzwingen.

Die Verhältnisse in Österreich zeigen, daß mit einer Gesetzesänderung allein noch nicht sehr viel erreicht ist. Die Frauen müssen nicht nur kämpfen für ihr uneingeschränktes R e c h t , selbst zu bestimmen, ob und wann sie Kinder haben wollen, sondern auch für die Möglichkeit, dieses Recht in Anspruch nehmen zu können. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!" Zu den Aufgaben der ‚Arbeitsgruppe Frauen'

Seit langem wissen wir, daß die Arbeiterklasse ihre Befreiung nur erlangen kann, wenn sie zusammen kämpft, ohne Unterschiede der Rassen, der Nationalität, über alle Grenzen hinweg, ohne Unterschiede der Berufe, aber auch ohne Unterschied des G e s c h l e c h t s.

„Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Aufbau der Sozialistischen Gesellschaft", sagte Clara Zetkin 1896.

Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen den § 218 (aber keineswegs auf diese beschränkt) hat der KB in Hamburg eine ‚Arbeitsgruppe Frauen' gebildet. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Agitations- und Propagandaarbeit, d.h. unsere Pressearbeit.

Wir meinen, daß die publizistische Arbeit über die Lage der Frauen – in der BRD sowie international – ein wesentlicher Hebel ist, um das Rückgrat der Frauen zu stärken und um ihre tagtägliche Unterdrückung in eine organisierte politische Kraft zu verwandeln.

Ein weiterer Bereich unserer Arbeit wird sein, konkrete Hilfeleistungen für Frauen und Genossinnen zu organisieren.

Wir meinen nicht, daß sich diese Hilfeleistungen nur auf die Vermittlung von Abtreibungsadressen beschränken soll, sondern wir halten es auch für notwendig, die Frauen auf ihrem Weg der Gleichberechtigung zu unterstützen.

Wir wollen mit Genossinnen und fortschrittlichen Frauen sprechen über eventuelle Schwierigkeiten in der politischen Arbeit mit Männern oder Frauen, und in ihrem Kampf um ihren Verhältnis zu anderen Menschen, im besonderen zu ihren Männern.

Ein wichtiger Bereich unserer politischen Arbeit wird in der Gewinnung und Organisierung fortschrittlicher Frauen bestehen.

Sind es heute doch noch wesentlich die kleinbürgerlichen Frauen, die dazu gekommen sind, sich heute in Frauengruppen zu organisieren, so werden wir sicher weiterhin versuchen, mit dem Teil der Frauengruppen zusammenzuarbeiten, die nicht nur verbal, sondern auch in ihren Taten sich nach der eigenen Parole: „Frauen nur gemeinsam sind stark" richten.

„Arbeit, Familie, Vaterland – Schluß jetzt !"

nieren sich nicht, daß tagtäglich französische Arbeiter in Folge eines Arbeitsunfalles sterben. Diese gleichen widerlichen Heuchler unterstützen nach Kräften die Morde in Chile, Spanien usw.

Die Pompidous, Messmer und ihre Nachfolger in der heutigen Regierung erzählten und erzählen viel vom „Wert" der „Familie". Daß werktätige Frauen meistens einen 16-Stundentag haben, zwischen Arbeit, Haushalt und Kindern, kümmert sie nicht; daß es gerade die kapitalistische Ausbeutung ist, die das Familienleben der Arbeiter zerstört – das wird natürlich nicht gesagt.

Was sie wollen, ist, daß die „Familie" sich vermehrt, weil es noch das beste Unterdrückungsinstrument und der beste Unterdrückungsort für die Frau ist.

Erst 1967 mit dem Neuwirth-Gesetz durfte man in Frankreich öffentlich von Verhütungsmitteln reden. Fünf Jahre verstrichen aber, bevor das Gesetz (Freigabe der Verhütungsmittel ab 18 Jahre ... !) angewandt wurde.

Während dieser 5 Jahre entfaltete die bürgerliche und faschistische Presse (z. B. „Minute") eine hysterische Kampagne: „Die Pille tötet", „Die Pille vermehrt Geschlechtskrankheiten" etc. ... Das Ergebnis dieser Kampagne: nur 6 % der Frauen in Frankreich benutzen nach offiziellen Angaben Verhütungsmittel.

Ende April 1973 – als das Neuwirth-Gesetz endgültig in Kraft war – starteten die reaktionären Ärzte Frankreichs ihre Offensive. Der Ordnungsrat der Ärzte (gegründet unter der mit den Nazis kollaborierenden Vichy-Regierung) erklärte, daß die Abtreibung nicht unter die Kompetenz der Ärzte fallen könne, sondern, daß „sowas" in „avortoirs" (zynisches Wortspiel mit „abbatoir": Schlachthof) zu geschehen hätte!!! Kurz danach, im Juni 1973, gründeten 10.000 Ärzte die faschistoide Gesellschaft „Laßt sie leben". In ihrem Geschrei „Abtreibung ist Mord" wurden sie logischerweise von allem, was Frankreich an Erzreaktionären und Faschisten zählt, kräftig unterstützt. Ausgerechnet sie scheuten nicht davor zurück, die Abtreibung mit den SS-Morden zu vergleichen ...

Die Politik der „Union de la Gauche" in der Abtreibungsfrage

Das neue Veil-Gesetz ist im Par-

Die Politik der „Union de la Gauche" in der Abtreibungsfrage

Das neue Veil-Gesetz ist im Parlament aufgrund der Stimmen der Parteien des Linksbündnisses (Sozialistische Partei und Kommunistische Partei) durchgekommen. Von den 174 gaullistischen UDR-Abgeordneten stimmten 106 gegen das Gesetz; von den 65 Unabhängigen Republikanern stimmten 47 dagegen; von den „Reformatoren" von Justizminister Lecanuet stimmten von 52 24 dagegen. Der Gesetzvorschlag der revisionistischen PCF unterschied sich allerdings kaum vom Gesetzvorschlag der Regierung.

Regierungsvorschlag:
Indikationen: wenn Gefahr für das Leben der Mutter,
wenn Gefahr für ihre geistige/psychologische Gesundheit,
Wenn Gefahr einer Mißbildung des zu gebährenden Kindes besteht;
wenn die Schwangerschaft die Folge eines Gewaltaktes ist.
- *Entscheidungspersonen: 2 Ärzte;*
- *bei Minderjährigen: Bewilligung der Eltern;*
- *Ort: Krankenhaus.*

PCF-Vorschlag:
Indikationen: alle die, die im Regierungsvorschlag beinhaltet sind, plus eine fünfte:
wenn ein soziales Problem ohne sofortige Lösungsmöglichkeit besteht;
- *Entscheidungspersonen: Schweigen ...*
- *bei Minderjährigen: Schweigen...*
- *Ort: Krankenhaus*

Bei den „sozialen Fällen" soll eine Kommission die Situation der Frau untersuchen und nach „Lösungsmitteln" forschen. Insgesamt sind im Gemeinsamen Regierungsprogramm des Linksbündnisses ganze fünf Zeilen diesem Problem gewidmet. Man sieht's: auch im Vorschlag der KPF hat nicht die Frau das Recht, alleine über ihre Mutterschaft oder Nichtmutterschaft zu entscheiden – auch dort sollen Ärzte (die in dieser Kommission sitzen) entscheiden.

Noch in den fünfziger Jahren wurde von der KPF zur Abtreibungsfrage erklärt: „Die Arbeiter haben absolut kein Interesse, den Sünden der Bourgeoisie nachzueifern" – und im Gemeinsamen Regierungsprogramm wird dann betont: **„Das Nationale Interesse stimmt mit dem Wunsch jedes Franzosen überein: Kinder zeugen"!!!**

(Das erinnert an den in Frankreich sehr bekannten Spruch von Ex-Verteidigungsminister Debré: „Wir brauchen 100 Millionen Franzosen" – was denselben Debré, als Gouverneur in den Überseegebieten, nicht

Wunsch jedes Franzosen überein: Kinder zeugen"!!!

(Das erinnert an den in Frankreich sehr bekannten Spruch von Ex-Verteidigungsminister Debré: „Wir brauchen 100 Millionen Franzosen" – was denselben Debré, als Gouverneur in den Überseegebieten, nicht

daran hinderte, dort Verhütungsmittel und Abtreibung schon lange vor 1968 zu „gestatten", in manchen Fällen sogar aufzuzwingen – bei farbigen Embryos handelt es sich ja nicht um „gute" Franzosen!).

Geschichte der Frauenbewegung

Bis 1971 hing über der Abtreibungsfrage ein strenger Vorhang des Schweigens. 1971 veröffentlichte die MLF (Mouvement de Libération de de la Femme = Frauenbefreiungsbewegung) ein Manifest: 343 Frauen erklärten öffentlich, abgetrieben zu haben. Es gab einen enormen Skandal, aber keine einzige Festnahme.

1972 wurde ein 17jähriges Mädchen in Bobigny (Nord-Frankreich) wegen einer durchgeführten Abtreibung vor Gericht gestellt. Um diesen Prozeß herum entfaltete sich eine breite Solidaritätsbewegung. Simone de Beauvoir – Gefährtin des linken Philosophen Jean Paul Sartre – und andere bekannte Linke traten in dem Prozeß auf. Vor dieser massiven Unterstützung und Solidarität ging die Bourgeoisie erstmal einen Schritt zurück: die 17jährige Marie-Claire wurde freigesprochen.

Im Januar 1973 veröffentlichten 330 Ärzte ein Manifest, wo sie erklärten, kostenlose Abtreibungen durchzuführen. Weiter gaben sie die relativ risikolose Karman-Methode (Absaug-Methode) bekannt. Daraufhin gründeten sich überall in Frankreich Gruppen, die in eigenen Räumen nach dieser Methode Abtreibungen durchführten. Im April 1973 gründete sich schließlich die MLAC – Bewegung für freie Abtreibung und freie Verhütung. Die MLAC ist eine demokratische Organisation, wo auch Ärzte, Genossen aus revolutionären Organisationen und Gewerkschafter der CFDT mitarbeiten – keineswegs nur Frauen!

Die Arbeit der MLAC

Anfangs beschränkte sich die Arbeit der MLAC mehr oder weniger auf die Errichtung von „Abtreibungs-Zentren" in Paris und der Provinz. Aufgrund der Illegalität dieser Zentren konnten sie nicht öffentlich propagiert werden. Daher war es auch nicht möglich, um diese Zentren herum eine Solidaritätsbewegung zu entfalten. Andererseits konnte so ein paralleles „Netz" die bürgerliche Macht auch nicht recht stören. Zum dritten wurden die Zentren auch teilweise überlaufen und die politische Arbeit, die damit verbunden werden sollte, fiel notgedrungen etwas unter den Tisch.

Am 8./9. Februar '75 fand ein nationaler Kongreß der MLAC statt. Über 120 Komitees beteiligten sich

dritten wurden die Zentren auch teilweise überlaufen und die politische Arbeit, die damit verbunden werden sollte, fiel notgedrungen etwas unter den Tisch.

Am 8./9. Februar '75 fand ein nationaler Kongreß der MLAC statt. Über 120 Komitees beteiligten sich

daran. Auf dem Kongreß wurden zunächst einige allgemeine Grundlagen herausgearbeitet:

- Die MLAC ist eine Massenbewegung, die Teil des Kampfes der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung ist;
- Die MLAC ist kein parlamentarisches Druckinstrument. Die Erfolge, die die MLAC bislang davongetragen hat, sind Ergebnisse der Massenmobilisierung und des politischen Kampfes gegen die bürgerliche Macht;
- Die Verabschiedung des Veil-Gesetzes bedeutet eine Wende auch in der Politik der MLAC. Ausgehend von der Analyse dieses Gesetzes als Klassengesetz wurde auf dem Kongreß eine neue Orientierung herausgearbeitet. Es wurde folgendes entschieden:
- Dem Justiz-Minister Lecanuet soll ein Offener Brief geschickt werden. Dieser Brief soll als Kampf- und Mobilisierungsinstrument für die endgültige Aufhebung des repressiven Gesetzes von 1920 sowie für die Aufhebung des Artikels 6 des Veil-Gesetzes (Verbot der Werbung und Propaganda für Abtreibung) dienen. Eine Veranstaltungs-Kampagne zur Aufklärung über das neue Gesetz soll in ganz Frankreich anlaufen.
- Das Mittel der Krankenhaus-Besetzung soll verstärkt angewandt werden, um neue Kredite, neue Stellen und die kostenlose Abtreibung zu erreichen.
- Ärzte, die es ablehnen, eine Abtreibung durchzuführen, sollen ein schriftliches Zeugnis abgeben.
- Die MLAC-Büros in Paris und in der Provinz sollen aufrechterhalten bleiben, da sie ein wichtiges Moment für die Organisierung und Bewußtwerdung der Frauen darstellen – als Kampfinstrument gegen die Absichten der Bourgeoisie, mit dem neuen Gesetz die Frauen zurück in ihre Isolierung und Individualisierung zu schicken.

(Laut Bericht in „Révolution",

für die Organisierung und Bewußtwerdung der Frauen darstellen – als Kampfinstrument gegen die Absichten der Bourgeoisie, mit dem neuen Gesetz die Frauen zurück in ihre Isolierung und Individualisierung zu schicken.

(Laut Bericht in „Révolution",

Nr. 82, über den MLAC-Kongress).

Weiterhin wurde beschlossen:

- Die Veröffentlichung eines Schwarzbuches über Mißstände und Skandale in Krankenhäusern und und Kliniken;
- Verstärkt die Forderung nach Beratungsstellen für Abtreibung und Sexualität in Betrieben, Schulen und Stadtteilen zu propagieren;
- Eine Solidaritätskampagne mit dem Kampf der italienischen Frauen;
- Verstärkung der Aktionseinheit mit denjenigen Massenorganisationen, die gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für für die Befreiung der Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen.:n.

Die Genossinnen der kommunistischen Organisation „Révolution!" unterstrichen auf dem Kongreß die Notwendigkeit des Aufbaus einer Frauenbewegung auf klassenmäßigen Grundlagen und die verstärkte Aktivität der Arbeiterinnen in den Kämpfen des letzten Jahres (Im vergangenen Jahr wurde von dieser Organisation ein Treffen kommunistischer Arbeiterinnen und Angestellten organisiert, woran sich 200 Frauen beteiligten, darunter auch eine relativ große Anzahl von LIP-Arbeiterinnen).

Sie schlugen vor, den internationalen Frauentag, am 8. März, zum „Kampftag für die Befreiung der Frauen, für die sozialistische Revolution" zu machen. In der Vorbereitung auf diesen Tag könnten lokale Beschränktheiten überwunden, eine gemeinsame Plattform und gemeinsame Aktionen erarbeitet werden. Eine zentrale Aufgabe für die MLAC sei der allseitige Kampf gegen die bürgerliche Macht, nämlich aktuell der Kampf gegen die Krise: die Frauen stellen in Frankreich 38 % der gesamten „aktiven" Bevölkerung und 58 % der Arbeitslosen!

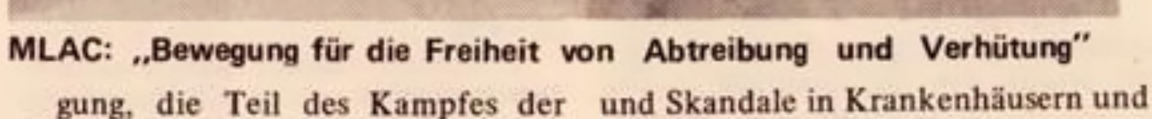
(Auf die verschiedenen Tendenzen innerhalb der französischen Frauenbewegung wollen wir in einem

bürgerliche Macht, nämlich aktuell der Kampf gegen die Krise: die Frauen stellen in Frankreich 38 % der gesamten „aktiven" Bevölkerung und 58 % der Arbeitslosen!

(Auf die verschiedenen Tendenzen innerhalb der französischen Frauenbewegung wollen wir in einem

nächsten Artikel eingehen.) ●

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt



MLAC: „Bewegung für die Freiheit von Abtreibung und Verhütung"

Hier wird es wesentlich darauf ankommen, auch diesen Frauen zu vermitteln, daß ihre „Frauenprobleme" gesellschaftliche Probleme sind, und also nur durch die Beteiligung am Klassenkampf zu lösen sind.

Den ideologischen Kampf, auch in diesen Gruppen immer wieder die Interessen der proletarischen Frauen an erste Stelle zu setzen, haben wir bereits aufgenommen.

Um das proletarische Element auch in diesem gesellschaftlichen Bereich und in der heute noch vorwiegend kleinbürgerlichen Frauenbewegung zu stärken, müssen wir von einem Hamburger Betrieb lernen (vorwiegend sind dort Frauen beschäftigt), wo fortschrittliche Kolleginnen den Kampf um die Betriebsrätewahlen unter dem besonderen Aspekt der „Frauenarbeit" angetreten sind.

„Laß hundert Blumen blühen" heißt für uns, daß wir in unserer politischen Arbeit, im Bezirk und Betrieb, an der Schule und Universität, überall dort wo Frauen heute leben, arbeiten und ‚ihren Mann stehen', der besonderen Unterdrückung der Frauen in dieser Gesellschaft den Kampf ansagen.

„Gewinnt die Frauen!" (Clara Zetkin, 1893, „Zeichen der Morgendämmerung") ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Wie es der „Zufall" gerade wollte . . . oder Mord auf Bestellung?

Am Rosenmontag 1975 wurden der Arzt Richard Netter, 52 Jahre alt, und seine Frau Margot in Bergen-Enkheim bei Frankfurt erschossen. Mutmaßlicher Täter ist der ehemalige Helfer in der Arztpraxis und frühere Barkeeper Horst Rehbein.

Erst bei näherem Hinsehen wird dieser Mord zu einer Angelegenheit, deren Aufklärung weit mehr über die wahren Täter ans Tageslicht bringen könnte, als es der Ärzteschaft und der Frankfurter Staatsanwaltschaft im Verbund lieb sein kann:

Dr. Netter war im Rhein-Main-Gebiet als „die Adresse" bekannt, wenn es darum ging einen guten Arzt zu finden, der Schwangerschaftsabbrüche vornahm. Diese, nach dem Gesetz verbotene Hilfe (erst jetzt wieder wurde der § 218 durch das Bundesverfassungsgericht erneut bestätigt) gewährte er Frauen aus allen sozialen Schichten. Seine Honorarforderungen waren nach sozialen Gesichtspunkten ausgestellt, bzw. die Frauen konnten den Preis für eine Abtreibung bei ihm selbst festlegen. Dieses sicherlich unübliche und auch mutige Vorgehen brachte ihm den Beinamen ein, „Arzt des Volkes" zu sein.

Unter seinen „Kollegen" fand sein Tun natürlich keinerlei Anerkennung, im Gegenteil. Die Ärztekammer Hessen und besonders deren Hauptgeschäftsführer Dr. Reindorf versuchten mit allen Mitteln, gegen das „illegale und standesschädliche Treiben" (so Reindorf) des Dr. Netter vorzugehen. Ein Grund mag die soziale Honorarpraxis Netters gewesen sein, der sozusagen anderen Ärzten „die Preise kaputt machte". Denn viele der Moralapostel im weißen Kittel sind ja keineswegs g r u n d s ä t z l i c h gegen eine Abtreibung – sofern sie nur gut bezahlt wird. Ärzte wie Dr. Netter, oder schlimmer noch: eine Freigabe der Abtreibung, würden diese Art von „Moral" in Frage stellen.

Der Kampf der Ärztekammer gegen Netter wurde mit den verschiedensten Mitteln geführt.

Zum einen gelang es, dafür zu sorgen, daß Netter keine Anerkennung als Facharzt bekam. Zusätzlich versuchte man, ihm die Approbation zu entziehen, d.h. die Erlaubnis zu praktizieren.

Den mehrmaligen Anzeigen gegen Netter versuchte u.a. Dr. Reindorf persönlich durch verleumderische Aussagen Nachdruck zu verleihen.

Als 1971 Horst Rehbein (der mutmaßliche Mörder Netters) bei der Ärztekammer auftauchte, witterte man neue Möglichkeiten, gegen Netter vorgehen zu können.

Horst Rehbein stand finanziell sehr ungesichert da, nachdem er eine Abfindung von 30 000 DM beim Ausscheiden aus der Netter-Praxis und ein Darlehen von 50 000 DM schnell verlebt hatte. Hinzu kam, daß er persönlich motiviert Netter gegenüber starke Haßgefühle besaß. So schrieb er ihm z.B. Erpresserbriefe, in denen er seinen Haß beteuerte und außerdem höhere Geldsummen für sein Schweigen über die Abtreibungsgeschichten verlangte. Netter jedoch ging auf keins dieser Schreiben jemals ein.

Nach dem Besuch der Ärztekammer zeigte Horst Rehbein Netter bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft an.

Es ist offensichtlich, daß ihn die Ärztekammer zu diesem Schritt getrieben hat. Erhärtet wird dieser Verdacht auch dadurch, daß in der Folgezeit allerlei Ungereimtheiten passierten, die auf eine gute Zusammenarbeit beider „Gremien" schließen lassen: so wurde Horst Rehbein von der Staatsanwaltschaft nicht weiter unter die Lupe genommen, obwohl bekannt sein mußte, daß er Netter durch erpresserische Briefe bedrohte.

Weiter verschwanden aus einem Aktenordner plötzlich ganze 40 (!) Seiten, die einfach „ausgeheftet" wurden. Darunter befand sich u.a. eine Beschwerde von Dr. Netters Verteidiger, sowie die Erklärung dafür, warum Rehbein bei der Polizei seine Aussage gegen Netter n i c h t mehr unterschreiben wollte.

Die Hinauszögerung des Prozesses wurde weiter u.a. von Staatsanwalt Galm damit begründet, daß „innerdienstliche Gründe" ihn daran gehindert hätten, weitere Recherchen anzustellen.

Einsprüche von einer Strafkammer blieben ungeachtet liegen usw.usw.

Ein Grund ist wohl, daß ein Prozeß gegen Dr. Netter zu dessen Lebzeiten auch eine Menge „unschöne" Fakten ans Tageslicht hätte bringen können. Z.B. ist bekannt, daß zu ihm auch Frauen gegangen sind, die eindeutig zur CDU/CSU Prominenz und ihren Familien gehören, d.h. zu den scheinheiligen Gegnern jeglicher Reformierung des § 218!

Durch die Schüsse am Rosenmontag haben sich dererlei Probleme „von alleine" gelöst.

Noch ein Punkt ist interessant: nach dem Mord am Rosenmontag verschwand die gesamte Kartei des Arztes spurlos, d.h. keine seiner Patientinnen ist mehr namhaft zu machen! Wer könnte daran wohl interessiert sein? Rehbein selbst (warum denn wohl?) oder seine Auftraggeber? !

Die Staatsanwaltschaft wird allerdings kaum Interesse daran haben, zu erfahren, wer Rehbein zu dieser Tat angestiftet hat, warum er dies getan hat usw. ●

Betriebszelle Beiersdorf, Werk III
KB/Gruppe Hamburg

SPD verliert – die äußerste Reaktion profitiert!

Die Westberliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 2.3. brachten für die SPD eine hohe Niederlage: sie erzielte das niedrigste Ergebnis seit Ende des zweiten Weltkrieges. Hatte sie 1971 mit 50,4 % noch die absolute Mehrheit erringen können, so wurde sie diesmal von der CDU auf den zweiten Rang verwiesen. Mit 42,7 % büßte die SPD 7,7 % ihrer Stimmen ein, während die CDU von 38,2 um 5,7 auf 43,9 % kletterte. Von den 12 Wahlbezirken gingen sechs an die CDU (gegenüber drei 1971), zwei sogar mit absoluter Mehrheit.

Ein ähnliches Bild bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen: die SPD verlor in allen Bezirken zwischen 5,4 und 11,2 (!) %; die CDU konnte fast überall – zwischen 3,9 und 7,9 % – hinzugewinnen.

Mit ihren hohen Verlusten knüpft die SPD an die Ergebnisse der Hamburger Landtagswahl (- 10,4 %) und der Schleswig-Holsteinischen Kommunalwahlen (- 7,9 %) an.

Das liegt sicherlich zum Teil auch an der „Law-and-Order"-Stimmungsmache der Bourgeoisie anläßlich der Entführung von CDU-Lorenz.

Allerdings hat die wüste Hetzkampagne nicht ganz die Erwartungen erfüllt, die die Reaktion in sie gesetzt hatte. Obwohl die bürgerlichen Parteien in den letzten Tagen vor der Wahl mit ganzseitigen gemeinsamen Wahlaufrufen in der Tagespresse, in Funk und Fernsehen stets dafür getrommelt hatten, den „Terroristen" und „Feinden der (angeblich) freiheitlich-demokratischen Grundordnung" durch eine „hohe Wahlbeteiligung" und das Votum für „eine der demokratischen Parteien" eine „Abfuhr zu erteilen", ist die Wahlbeteiligung von 88,9 % 1971 auf 87,9 % gesunken (viel niedriger ist sie in Westberlin noch nie gewesen!).

Die von der äußersten Reaktion angestrebte und erhoffte Ablösung der SPD ist diesmal noch nicht geglückt, weil SPD und FDP (7,2 %) zusammen mit 49,9 % noch etwas Vorsprung vor der CDU haben.

Offensichtlich ist allerdings, daß aus dem Abwirtschaftungsprozeß der SPD nicht die Linken, sondern die Rechten Profit geschlagen haben. Von dem 9 %-Verlust von SPD und FDP gewann die CDU 5,7 % und erzielte damit ihr bestes Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte. Die „fehlenden" 3,3 % gingen nicht etwa an die Linken, sondern an die rechtsradikalen Rattenfänger vom BFD: Sie bekamen auf Anhieb 3,4 %; in einigen Bezirken erreichten sie gar fast 4,5%. Seinen Test als „4. Partei" (Ansatz einer Bundes-CSU) hat der BFD, der den Wahlkampf mit ungeheuren finanziellen Mitteln und mit massiver propagandistischer Unterstützung der Springer-Presse führte, offensichtlich jedoch nur ungenügend bestanden (CDU-Kohl wertete den Versuch einer „Vierten Partei" – mit deutlichen Seitenhieben gegen Strauß – als gescheitert, die CSU hingegen sprach von einem „erstaunlichen" Abschneiden: eine „vierte Partei" hätte den Rückhalt der CSU und würde daher die 5 % - Hürde auf jeden Fall überspringen – lt. „Tages-

lichen" Abschneiden: eine „vierte Partei" hätte den Rückhalt der CSU und würde daher die 5 % - Hürde auf jeden Fall überspringen – lt. „Tages-

schau", 3.3. und „Tagesspiegel", 4.3.75). Bei seiner Konstituierung als Partei Ende letzten Jahres waren die BFD-Vögel selbst von acht Prozent, kurz vor der Wahl noch von einem 6 %-Stimmenanteil ausgegangen.

Mit seinen 47.492 Stimmen hat der BFD aber immer noch erheblich besser abgeschnitten als die drei linken kandidierenden Organisationen zusammen: SEW, „KPD" und KBW bekamen zusammen gerade 36.662 Stimmen (= 2,7 %); fast soviele Wähler (33.845) konnte die SEW vor vier Jahren allein gewinnen. Die von den „Kommunisten" gewonnenen Stimmen verteilten sich wie folgt: SEW (25.583 Wähler = 1,9 %), „KPD" (10.277 Wähler = 0,7 %) und der nur in drei von 12 Bezirken kandidierende KBW (802 Wähler = 0,1 % berechnet auf alle 12 Bezirke; dort, wo er kandidierte, bekam er 0,2 - 0,3 %).

Der KOMMUNISTISCHE BUND hat zwar die „Politisierung" im Wahlkampf für verstärkte Agitation und Propaganda – vor allem gegen die derzeit aus dem Verschleißprozeß der SPD resultierende Gefahr eines Rechtsrucks – genutzt; eine konkrete Wahlempfehlung wurde jedoch auch in Westberlin nicht gegeben.

Hohe Verluste der SPD in den Arbeiterbezirken

Eine echt „Hamburger Brise" blies der SPD in den Westberliner Arbeiterbezirken ins Gesicht. Zwar blieb sie z.B. im Wedding (50,3 %), in Kreuzberg (46,9 %) und Neukölln (48 %) noch die stärkste Partei, doch mußte sie Verluste von 9,7 bis 10,7 % (bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen bis zu 11,2 %) hinnehmen; die FDP verlor hier zwischen 0,4 und 0,8 Prozent.

Auch hier kam das Abwirtschaften der SPD den Linken kaum zugute: im Wedding wurden die drei „kommunistischen" Organisationen von 2.794 Menschen (= 2,8 %) gewählt, während die SEW 1971 allein 3.095 Stimmen erhalten hatte. Ähnlich ist das Bild in Neukölln: SEW (3.509) und „KPD" (1.249) bekamen 4.758 Stimmen – die SEW 1971 4.839. Am erfolgreichsten waren die Linken noch in Kreuzberg, wo sie zusammen immerhin 4,8 % für sich verbuchen konnten: die SEW gewann 2.339, die „KPD" 1.146 und der KBW 249 Wähler – zusammengezählt ein Gewinn von 791 Stimmen gegenüber dem SEW-Ergebnis von 1971 (2.943).

Erheblich stärker haben in den Arbeiterbezirken die CDU und die rechtsradikale Bande faschistischer Demagogen profitiert:

Wedding:	CDU (38,2)	+ 8,0 %
	BFD	3,9 %
Kreuzberg:	CDU (38,6)	+ 5,8 %
	BFD	4,2 %
Neukölln:	CDU (39,7)	+ 6,8 %
	BFD	4,0 %

Dieser Tatbestand wurde natürlich von der reaktionären Meinungsmache, insbesondere von der Springer-Presse und der CDU/CSU groß ausgeschlachtet. *„Schwere Verluste für die SPD, besonders in den Arbeiterbezirken"* („BZ", 3.3.), *„SPD verliert vor allem in Arbeitervierteln"* (Welt, 3.3.) – so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen am Tage nach den Wahlen. Die CSU hielt es für „beachtlich", daß der BFD in Arbeiterbezirken so gut abschneiden konnte (lt. „Tagesschau" v. 3.3.75).

Unterschlagen wurde in dieser zweckpropagandistischen Berichterstattung allerdings, daß – trotz der Stimmungsmache der bürgerlichen Parteien für eine hohe Wahlbeteiligung – *„ungewöhnlich viele Arbeiter der Wahl ferngeblieben"* waren, wie es eine Infas-Analyse feststellte. *„Der Zusammenhang zwischen starker Wahlenthaltung und überdurchschnittlichen SPD-Einbußen sei nachweisbar"* („TSp", 4.3.75). So ging die Wahlbeteiligung im Wedding mit 2,5 %, in Kreuzberg mit 2,4 %, in Neukölln mit 2 % und im ebenfalls stark von Arbeiterfamilien bewohnten Stadtteil Tiergarten mit 2,5 % am stärksten zurück (gegenüber dem Durchschnitt von 1 %).

Das ist ein Beleg dafür, daß für zahlreiche von der SPD enttäuschte Arbeiter die von denCDU– und BFD-Demagogen bereitgestellte Traufe nicht in Frage kommt.

Demagogen bereitgestellte Traufe nicht in Frage kommt.

Der Vormarsch der Reaktion muß gestoppt werden!

Falsch und gefährlich wäre es allerdings, die Augen davor zu verschließen, daß die äußerste Reaktion auch bei Teilen der Arbeiterschaft aus dem Verschleißprozeß der SPD Kapital herausschlagen konnte.

Teilweise hat es sich dabei sicherlich um „Protest"stimmen gegenüber der jahrzehntelangen arbeiterfeindlichen SPD-Regentschaft gehandelt, die die CDU demagogisch auf ihre Mühlen zu lenken wußte; andererseits muß man aber davon ausgehen, daß von einem Teil bewußt das reaktionäre Programm von CDU und BFD gewählt worden ist. Gerade darauf konzentrierte sich die Westberliner Springer-Presse (75 % Marktanteil), die täglich Horrormeldungen brachte wie „Kommunisten trieben Berlin er Rektor in den Tod", „Terror der Kommunisten bei Wahlforum", usw. und andererseits fast täglich BFD(!) und CDU reichlich Gelegenheit gaben, ihren Sud auf den Seiten auszubreiten.

In der Wahlpropaganda der CDU spiegelten sich beide Seiten sehr gut wieder – die beiden Hauptthemen: „Demokratie lebt von Wechsel" und – im weitesten Sinne – „innere Sicherheit".

Gegenüber der SPD, die mit der unverfrorenen Parole „Wort gehalten!" in den Wahlkampf zog, verstand es die CDU, demagogisch an den gebrochenen Versprechungen anzusetzen. Mit jugendlich-aufgemotzten Schnacks („Ich bin sauer"), saudämlichen Sprüchen („Mensch, ärgere Dich!") zog sie unter der Fahne „27 Jahre SPD sind genug" gegen das „Parteibuchverständnis" und die „Vetternwirtschaft" zu Felde. Mit der penetranten Hervorhebung einer vorgeblich „gesunden" Politik gegenüber der „in Berlin grassierenden Krankheit" (Berlin er Rundschau-Extra) nahm die Hetze der CDU eindeutig faschistoide Züge an.

Besonders abgesehen hatte es die CDU auf „Terroristen", „Kommunisten" und „Systemfeinde" bis hinein in die SPD, die allesamt „weggewischt" gehören:

„Vor allem die roten Fahnen auf dem Ku'damm haben sie uns anzubieten. Und was noch? Kaputte Fensterscheiben. Ziegelsteine. Mord. Es ist die alte Auslage aus dem roten Laden, die wir kennen. Die Volksbeglückung mit der Neun-Millimeter-Pistole, die Heilslehre der Gewalt. Und an dieser Lehre sind keine Zweifel erlaubt. Wer zweifelt, ist von Übel. Übel aber wird beseitigt." (CDU-Wahlbroschüre).

„Mit Zartgefühl und Duldsamkeit läßt sich im Kampf gegen das Verbrechen kein Blumentopf gewinnen. Damit unterstützt man auf die Dauer Terror und Gewalt...Mehr Sicherheit wäre machbar: nicht Radarfalle, ... sondern Verbrechensbekämpfung..., Ausrüstung der Polizei mit modernsten Mitteln und entsprechend den neuesten technischen Möglichkeiten". (CDU-Vizechef Schmitz, „BR-Extra")

In dieser demagogischen Weise wird versucht, die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr dadurch noch anwachsendes Sicherheitsbedürfnis in ein Votum für eine beschleunigte Faschisierung umzumünzen.

Im gleichen Abwasch werden die „Systemfeinde" aus der SPD miterledigt: „Ristock (Vorstandsmitglied der Westberliner SPD) *„ist ein Verfechter des Marsches durch die Institutionen."* *„1968 beteiligte sich Ristock an einer Pro-Vietcong-Demonstration"*. *„Insgesamt hat Charlottenburgs SPD eine Mannschaft aufgestellt, die nicht eine sozialdemokratische, sondern eher eine sozialistische klassenkämpferische Partei repräsentieren"* (Alle Zitate: „Unser Charlottenburg" – Sonderdruck).

Die „Radikalen im Öffentlichen Dienst" will die CDU verstärkt „ausmerzen. *„Der Öffentliche Dienst ist nicht frei von Verfassungsfeinden, weil die SPD das linke Auge zugedrückt hat oder in Tiefschlaf verfiel."* (Unser Charlottenburg" Jan.75).

Auch *„der Ruf an den Unis ist hin"*. Die CDU will aber in Westberlin *„endlich wieder Hochschulen haben, in denen die Freiheit der Wissenschaft herrscht und nicht kommunistische Funktionäre"* die *„über öffentliche Gelder mit verfügen können, die bis in die Millionen (!) ge-*

munistische Funktionäre" die *„über öffentliche Gelder mit verfügen können, die bis in die Millionen (!) ge-*

hen". (Lorenz, „FAZ", 5.2.).

Und: *„Berlins Schulen sind die reinsten Versuchsanstalten. Das Hauptfach auf dem Stundenplan heißt Reform". „Das Reformfieber (?) an unseren Schulen darf unsere Kinder nicht krank (!) machen."*

Die angeführten Zitate genügen als Beleg, daß die CDU auch in Westberlin sich nicht damit zufrieden gab, „bloß" Protestwählerstimmen einzuheimsen, sondern daß sie den Wahlkampf – wie der BFD ausschließlich – für die Propagierung einer beschleunigten Faschisierung auch in Westberlin nutzte.

BFD – Bande faschistischer Demagogen

Für die Verschärfung des Wahlkampfklimas war nicht zuletzt der BFD zuständig. Seine Hauptparole war **„Weg mit den Roten!"** In seinen „Berlin-Zielen" heißt es: *„Keine Stadt des Terrors und der Kriminalität – sondern ein Hort der Ordnung und Sicherheit"* und *„Keine Stadt roter Studenten, roter Lehrer und roter Universitäten – sondern eine Stätte, wo Lernen und Lehren Spaß macht."*

Im Sinne der von Strauß propagierten „vierten Partei" nach dem erklärten Vorbild der faschistischen MSI in Italien sollte der BFD in Westberlin einen ersten Test bestehen und mit „mindestens 6 %" ins Abgeordnetenhaus einziehen, **„heute für Berlin – morgen für Deutschland"**. (und übermorgen wieder die ganze Welt? !) Daß er dieses Ziel nicht erreicht hat („nur" 3,4%), ist einer der wenigen erfreulichen Aspekte der Wahl.

Gewählt wurde der BFD vor allem von früheren SPD-Wählern, die auf die Täuschung der „Berlin-Partei" reinfielen, fungierte aber auch als neofaschistisches Sammelbecken.

Wenn jetzt aufgrund seines Mißerfolges der BFD von der Bourgeoisie wohl fallengelassen wird, – weil sie mit der CDU momentan noch besser fährt –, so werden doch die reaktionären Kerne, die das Unternehmen „4. Partei" trugen, demnächst in anderer Verkleidung wieder auferstehen.

Strauß. Springer, Löwenthal – das sind die bekanntesten – offiziell ungenannten – Drahtzieher. Ihre Marionetten-Unternehmensberater (!) Meyer und Ex-SPD-Geschäftsführer Jaroschowitz, sammeln einzelne faschistische Handwerker, Unternehmer, CIA-Agenten, neofaschistische Gruppen und Altnazis. Meyer: *„Politische Irrtümer darf man nicht ewig ankreiden."* und *„Wir wollen die Diskussion mit dem Bürger. Dabei haben wir eine gute Resonanz, besonders bei den Oberschülern"* und bei bestimmten „Wirtschaftskreisen, die den BFD jetzt unterstützen". In einem Interview rutscht es ihm heraus: **„Wenn ich Herrn Springer frage, bekommen wir Geld"**. Das fließt jedenfalls reichlich: *„Große Vervielfältigungsmaschinen sind aufgestellt, Schreibmaschinen klappern, viele moderne Telefone – perfekter Bürobetrieb ... ein Straßenkreuzer... mit riesigen Lautsprechern... 1.250.000 verteilte Wahlprogramme 'im Geiste Ernst Reuters'... vier verschiedene Flugblätter mit einer Gesamtauflage von über 2 Millionen... ganzseitige Anzeigen in Tageszeitungen... 500.000 Mark werden nicht reichen"* (alle Zitate „Der Abend" 26.2.75). Anläßlich der Lorenz-Entführung stiftete der BFD 50.000 DM Belohnung! Und all das bei knapp 800 Mitgliedern!

Springer schickte aber nicht nur das Geld, sondern unterstützt den BFD auch sonst tatkräftig: In der „BZ" (größte Tageszeitung) erschienen während des Wahlkampfes täglich irgendwelche Interviews, Statements oder Aufrufe des BFD – eine Werbung, wie sie kaum eine andere Partei hatte!

Der Wahlkampf der linken Gruppen

In Westberlin beteiligten sich diesmal die revisionistische SEW sowie „KPD" und KBW (letzterer lediglich in drei von 12 Bezirken).

Angesichts der hochgesteckten Erwartungen und des großen Kräfteaufwandes, die sie in diesen Wahlkampf gesteckt hatte, wird vor allem die

Angesichts der hochgesteckten Erwartungen und des großen Kräfteaufwandes, die sie in diesen Wahlkampf gesteckt hatte, wird vor allem die

SEW-Führung Mühe haben, das Abrutschen der SEW von 2,3 % auf 1,9 % der Stimmen (ein Rückgang um ca. 8.000 Stimmen) gegenüber den eigenen Mitgliedern zu erklären. Erklärtes Ziel der SEW war es, diesmal endlich die 5 %–Hürde zu schaffen und ins Rathaus zu kommen. Entsprechend konzentrierte sie also sämtliche Kräfte auf dieses Ziel. Seit gut einem halben Jahr wurden sämtliche Aktivitäten der Vision „Für eine Arbeiteropposition im Abgeordnetenhaus" untergeordnet. So hatte denn diese „einzige Partei der Westberliner Arbeiterklasse" zu Anlässen wie z.B. der reaktionären Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum § 218, zum provokatorischen Straußauftritt in Westberlin oder zu den Aktivitäten des faschistischen BFD nicht mehr zu bieten als DAS GROßE SCHWEIGEN.

„Wir lassen uns doch durch solche Sachen nicht von unserem konsequenten Wahlkampf ablenken (!!) und „Strauß ist doch unwichtig, aber wenn wir erst mal im Parlament sind, dann sieht sowieso einiges anders aus" (!!), war von SEWlern zu hören. Wichtig genug war dann offenbar die Hetzkampagne der Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Lorenzentführung: auf Beschluß des Parteivorstandes stellte die SEW am Samstag vor der Wahl (!) sämtliche Aktivitäten ein; nicht einmal ihre Tageszeitung „Die Wahrheit" mit einer Erklärung zur Entführung und dem Aufruf „SEW in die Rathäuser" wurde im Stadtteil verkauft.

Tatsächlich konsequent zeigte sich die SEW beim Verbraten ihrer reformistischen Illusionen:

- *„Sie können das parlamentarische Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeitenden und zum Nutzen des gesellschaftlichen Fortschritts verändern" (!?)*
- *„Sobald es eine Fraktion der SEW im Abgeordnetenhaus gibt, besitzt das Parlament gläserne Türen und offene Fenster"*
- *„wer die SEW wählt, der sorgt für Moral und Sauberkeit im Parlament und macht Ernst mit der Demokratie"* usw. in diesem Stil (alles Zitate aus dem Wahlprogramm der SEW).

Mit diesen Sprüchen und ihrer Anbiederei an die SPD („wir sind zuverlässige Gefährten im Kampf um die Arbeiterklasse. Es wäre gut, wenn die SPD ihre Haltung zur SEW noch vor den Wahlen überprüfen würde" – so SEW-Chef Danelius auf der zentralen Wahlveranstaltung) vermochte die SEW also nicht einmal ihr bisheriges Wählerpotential zu halten und ein Teil ihrer Verluste ging sicherlich an die „KPD".

Diese „Konkurrenz" versuchten die Revisionisten übrigens von vornherein durch einen besonders üblen Dreh auszuschalten:

Im Landeswahlausschuß (in ihm waren Vertreter von SPD, CDU, FDP und SEW) stimmte der SEWler als einziger gegen die Zulassung von KBW und „KPD" zur Wahl, während er sich beim faschistischen BFD der Stimme enthielt!

„KPD": „Die Wahlen werden den Einfluß der Partei sprunghaft steigern." (!?)

Das erklärten die Genossen jedenfalls vor der Wahl im Brustton der Überzeugung. Wenn auch vielleicht (?) nicht ins Abgeordnetenhaus, so werde man doch wenigstens in den Arbeiterbezirken in die Bezirksparlamente einziehen, also mehr als 5% der Stimmen erhalten.

„Wie unsere großen Vorbilder August Bebel, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Ernst Thälmann werden die Abgeordneten der KPD ... das Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes machen, sie werden die Verbrechen der Bourgeoisie und den korrupten Parlamentarismus schonungslos anprangern ...", tönte die „kampferprobte Partei der Arbeiterklasse" in ihrem Wahlprogramm.

Rund 10.000 Stimmen (0,7%) und 1,5% (2,0% zur Bezirksverordnetenversammlung) im Arbeiterbezirk Kreuzberg, auf den die „KPD" ihren Wahlkampf konzentrierte, sollte die „KPD" auf den Boden der Wirklichkeit zurückholen (der faschistische BFD erhielt in Kreuzberg z.B. 4,2%).

Hier hat sich ein weiteres Mal unsere Einschätzung bestätigt, daß die revolutionäre Linke heute auf der Ebene der Parlamentswahlen eben noch keine Alternative für die Arbeiterklasse darstellt.

„Den Wahlkampf als Klassenkampf führen", „Die Wahlen zu Kampfwahlen machen" wollte die „KPD".

Tatsache war: der Wahlkampf wurde mit voller Kraft geführt, für den Klassenkampf reichte es dann aber

Tatsache war: der Wahlkampf wurde mit voller Kraft geführt, für den Klassenkampf reichte es dann aber

nicht mehr so ganz:

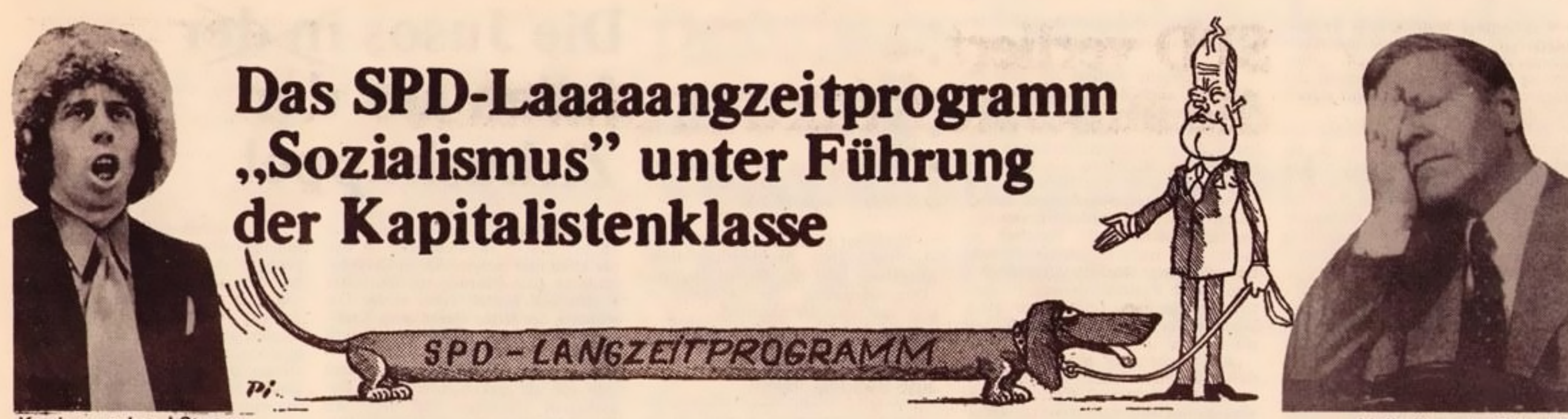
- die Aktivitäten zu den laufenden Betriebsratswahlen wurden auf Sparflamme gestellt (Selbst wo Genossen der „KPD" als BR kandidieren, verzichtete man fast völlig auf Agitation und Propaganda);
- als CSU- (und BFD-) Strauß den Wahlkampf in Westberlin anheizen kam, hielt es die „KPD" für ausreichend, mit 300 (!) Leuten eine eigene Wahlkundgebung vor CDU-Publikum zu machen, sonst kein Wort an Agitprop dazu (vgl. dazu auch Artikel im AK 55);
- die Aktivitäten der „Partei" in der § 218-Kampagne waren äußerst dürftig. Auf Initiative der Westberliner KB-Gruppe gab es schließlich zwar noch einen gemeinsamen Demonstrationsaufruf, wobei die „KPD" dann aber nicht einmal ihr eigenes Potential mobilisierte!

Bleiben noch die Freunde vom KBW zu erwähnen, die mit ihrer These, „die Massen wollen nach links", wieder mal danebengetippt hatten. Der KBW wollte offenbar dem Konkurrenten „KPD" wenigstens bei der Wahl Paroli bieten. Offiziell hieß das: *„Der KBW beteiligt sich an den Wahlen, damit ... auch bei den Wahlen für die Forderungen der Arbeiter eingetreten werden kann"*.

Denn: *„Für jede der Forderungen, die der KBW vertritt, haben Teile der Arbeiterklasse und des Volkes in den letzten Jahren bereits Kämpfe eingeleitet"* (!?); *„Seit sie besteht, hat die Ortsgruppe des KBW diese Kämpfe unterstützt"* (äußerst dialektisch!) – (Zitate aus dem Wahlprogramm des KBW). Und der „Dank"? – achthundert und (!) zwei Stimmen! ●

KB/Gruppe Westberlin

Das SPD-Laaaaangzeitprogramm „Sozialismus" unter Führung der Kapitalistenklasse



Karrieremacher J.Strasser

„Volks"kanzler Schmidt

Die ersten Wochen des Jahres 1975 haben einige bemerkenswerte Entwicklungen in der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (SPD) mit sich gebracht. Nachdem die Monate seit dem Regierungswechsel von Brandt zu Schmidt in der SPD wesentlich gekennzeichnet waren durch die Politik der „Macher" (wie Schmidt sich gern in Abgrenzung zu den „Theoretisierern" in seiner Partei nennen läßt), scheint jetzt wieder die Zeit der verstärkten theoretischen Auseinandersetzung in der SPD zu beginnen.

Mitte Januar legte eine auf dem letzten Parteitag 1973 in Hannover gebildete Kommission den „Zweiten Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975 – 1985" – kurz OR '85 genannt – vor.

Im Februar beschäftigte sich der SPD-Parteivorstand mit diesem Programm und billigte es in seinen Grundzügen nach einer Klausurtagung. Ende Februar legte der Vorstand dann ergänzend hierzu der Öffentlichkeit seine „Recklinghäuser Erklärung" vor, die ein kurzfristiges Programm der SPD bis zu den Bundestagswahlen 1976 sein soll.

Ebenfalls Ende Februar gab der „Lahnsteiner Kreis" unter Führung des SPD-Rechten und Bundesjustizministers Vogel eine Denkschrift „Godesberg und die Gegenwart" heraus.

Und schließlich tagte Anfang März der Jungsozialisten-Bundeskongreß.

destagswahlen 1976 sein soll.
Ebenfalls Ende Februar gab der „Lahnsteiner Kreis" unter Führung des SPD-Rechten und Bundesjustizministers Vogel eine Denkschrift „Godesberg und die Gegenwart" heraus.
Und schließlich tagte Anfang März der Jungsozialisten-Bundeskongreß.

Der Hintergrund: die aktuelle Krise des Imperialismus

Die jetzt verstärkt eingesetzten theoretischen Aktivitäten bringen einen bereits seit einigen Jahren laufenden Anpassungsprozeß der SPD zum vermutlich baldigen Abschluß (der OR '85 soll auf dem SPD-Parteitag im November dieses Jahres in Mannheim endgültig verabschiedet werden): Anpassung der SPD an die sich verändernden Verhältnisse im Kapitalismus. Das ist nicht gleichbedeutend mit der auch für kommunistische Parteien notwendigen Anpassung der jeweiligen Kampfaufgaben an Ort, Zeit und Bedingungen. Die Kommunisten nehmen diese Anpassung unter Beibehaltung ihrer grundsätzlichen Zielsetzung – die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats – vor. Im Unterschied dazu passen die Sozialdemokraten ihren „Sozialismus" den jeweils veränderten Verhältnissen im Kapitalismus an. Das heißt: Sie ordnen die Zielsetzung der jeweiligen aktuellen Lage unter. Getreu der Devise Eduard Bernsteins – der zusammen mit Kautsky das „Erfurter Programm" der SPD 1891 verfaßte – „die Bewegung ist alles – das Ziel ist nichts."

So ist denn im Verlaufe der Entwicklung der Sozialdemokratie entsprechend dieser Devise „das Ziel" tatsächlich schon längst aufgegeben und der heute nur noch in den Programmen oder in Festreden auftauchende „demokratische Sozialismus" nur noch Fassade für eine angebliche „Arbeitnehmerpartei" und Alibi für ihre linken Anhänger.

Bereits 1969 ergab sich für die SPD die Notwendigkeit, ihr „Godesberger Programm" von 1959 zu „konkretisieren". Unmittelbarer Anlaß hierfür war die Übernahme der Regierung durch die SPD. In den kurzfristig zusammengestellten „Sozialdemokratische Perspektiven für die 70er Jahre" wurde die heute weithin bekannte und berüchtigte „Reformpolitik" entwickelt. Auf dem Parteitag in Saarbrücken 1970 beschloß die Parteiführung dann diese „Reformpolitik" auf der Grundlage des „Godesberger Programms" in einem Entwurf eines „Langzeitprogramms" für die Jahre 1973 – 1985 festzulegen. Unter der Führung des heutigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt legte die Kommission 1972 den ersten Entwurf vor, der dann auf dem Hannoveraner Parteitag 1973 zur Debatte stand.

Die damalige Kommission machte es sich zur Aufgabe, das Reformprogramm zu „quantifizieren", d. h. „*darlegen, welche Reformen in welchem Zeitraum, mit welchem finanziellen Aufwand verwirklicht werden könnten*". Entsprechend war die Kommission vor allem auch aus der heutigen „Machergarde" der SPD zusammengesetzt: außer Schmidt, Hans Apel, Holger Börner (heute Geschäftsführer), Arndt (Wirtschaftsinstitut DIW), EG-Kommissar Haferkamp und Porzellan-Fabrikant Rosenthal, also in erster Linie Ökonomen. Wenn auch damals mit Jochen Steffen und Rudi Arndt die SPD-„Linke" mit vertreten war.

Entscheidende Punkte dieses Entwurfs waren die folgenden:

- Ausgehend von einer stetigen Weiterentwicklung des Bruttosozialproduktes (BSP), errechneten die Langzeitplaner bis 1985 eine jährliche Steigerungsrate des BSP von 4,5 – 5 %. Diese Zuwachsrate wurde durch die Ökonomen als fest errechnet und darauf baut das ganze weitere Programm auf. Denn: „*Bei befriedigendem Wirtschaftswachstum insgesamt lassen sich die notwendigen Änderungen durch verschiedene Zuwachsraten der einzelnen wirtschaftlichen Größen erreichen.* ***Niemandem wird dadurch etwas genommen.***" (Langzeitprogramm, LZ, S. 10, Hervorhebungen von uns, die Red.)

Im Klartext: Die gesamte Reformpolitik basiert allein auf der Annahme eines steten Wachstums. In dem Augenblick, wo dies nicht zutrifft, ist die Reformpolitik gescheitert! Denn man will ja niemandem „etwas nehmen"!

Bereits auf dem Parteitag 1973 wurde dieser Widerspruch offensichtlich und man entschloß sich, dieses Langzeitprogramm nicht zu übernehmen, stattdessen durch die Neubildung einer Kommission ein neues zu erarbeiten.

Der Versuch der SPD, ihr Programm den veränderten Bedingungen des Kapitalismus anzupassen, war an der Realität gescheitert: Die sprunghafte Entwicklung der kapitalistischen Krise hatte die Langzeitplaner überrollt. Während die SPD munter ihre Reformillusionen als Wahlschlager in die Bevölkerung streute, entwickelte sich kurzzeitig das, was zur Langzeit-Bedingung gemacht worden war, in die entgegengesetzte Richtung:

- Von 1970 bis 1973 sackte das Wachstum des BSP auf unter 3 % jährlich, seitdem geistert der Begriff des Nullwachstums durch die bürgerliche Ökonomie (optimistische Planung der Bundesregierung für das BSP 1975: + 1 %). Im LZP waren für die Jahre 1970 – 1975 + 4,5 % vorausgesetzt worden, danach sogar + 5 % (LZP, S. 11).

Entscheidender noch: Die auf dem ökonomischen Rahmen des LZP aufgebaute Latte verschiedener Reformen hatte durch die reale Entwicklung des BRD-Kapitalismus ihre ökonomische Basis verloren, nicht nur das Langzeitprogramm war gestorben, nein, eine Reform nach der anderen scheiterte, verkehrte sich in ihr Gegenteil (vergleiche Steuerreform, Berufsbildung etc.) bzw. wurde ad acta gelegt (Vermögensbildung). Der Bankrott der Reformpolitik ist offensichtlich.

Angesichts der zunehmenden Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiterklasse durch aktive Förderung sozialdemokratischer Regierungspolitik, liest sich folgender Satz aus dem LZP wie ein Hohn:

„*der demokratische Staat ... hat den einzelnen Arbeitnehmer – auch den ausländischen, den weiblichen und den älteren Arbeitnehmer vor Diskriminierung, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit zu schützen ... Die Sicherung der Vollbeschäftigung ist eine dauernde Aufgabe ...* " (S. 21).

Krasser kann der Widerspruch zwischen Programm und Wirklichkeit kaum hervortreten. Ergebnis einer Politik, die das blinde Vertrauen in das bestehende System propagiert und von daher auch nie in der Lage sein kann, der Arbeiterklasse eine soziale Sicherheit zu bieten.

OR '85 – Abschied von der „Reformpolitik"

Der Parteitag 1973 entschied: Neubearbeitung des LZP und setzte den Schwerpunkt auf die Erarbeitung eines allgemeinen Teils, der die Ziele des „demokratischen Sozialismus" darstellen sollte. Die plötzliche Abkehr von der „Quantifizierung sozialdemokratischer Reformpolitik" hin zur theoretischen Abhandlung macht aus der Not eine Tugend: Der Schwerpunkt des OR '85 liegt in der theoretischen Legitimation sozialdemokratischer Regierungspolitik unter veränderten Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung. Der OR '85 legitimiert die Abkehr von der Re-

sozialdemokratischer Reformpolitik" hin zur theoretischen Abhandlung macht aus der Not eine Tugend: Der Schwerpunkt des OR '85 liegt in der theoretischen Legitimation sozialdemokratischer Regierungspolitik unter veränderten Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung. Der OR '85 legitimiert die Abkehr von der Re-

formpolitik. „Die Reduzierung der Bedürfnisse" (Willi Brandt) erfährt hier ihre pseudo-wissenschaftliche, „sozialistisch" genannte Untermauerung.

Veränderte Lage – veränderte Kommission. Beherrschten in der ersten Kommission Ökonomen die Erarbeitung, so waren es in der neuen (mittlerweile 30köpfigen) hauptsächlich SPD-„Linke", die den nützlichen Idioten für die Politik des Verrats der SPD an der Arbeiterklasse abgeben. Neben so renommierten „linken" Vertretern wie der Vorsitzende Peter von Oertzen, der „rote" Jochen Steffen, Rudi Arndt, Juso-Professor Strasser und Horst Ehmke sind insgesamt 8 Jusos in der Kommission gewesen. Zu erwähnen bleibt noch: Der jetzt vorliegende OR ist von der Kommission **einstimmig** verabschiedet worden.

Bereits in ihrer Vorbemerkung verdeutlicht die Kommission den Sinneswandel:

„*Bei der Bearbeitung des ökonomischen Rahmens gab es auf Grund der seit Herbst 1973 sich verstärkenden weltwirtschaftlichen Unsicherheiten, insbesondere der rapiden Verteuerung der Rohstoffe, besondere Schwierigkeiten. Neue langfristige Prognosen liegen zur Zeit nicht vor ... eine eigene detaillierte und quantifizierte Prognose für die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik (kann deshalb zur Zeit) nicht erstellt (werden) ... Die Kommission ist deshalb der Meinung, daß im Laufe der weiteren Beratungen geprüft werden muß ... wann ein geeigneter Zeitpunkt für eine zuverlässige Projektion gekommen sein wird, um dann die gegenwärtig nicht mögliche Arbeit zu leisten.*" (OR, S. 3, Beilage zum „Vorwärts" vom 16.1.)

In einer Erläuterung hierzu erklärte Parteivorsitzender Willi Brandt, daß die SPD erst Ende der 70er Jahre mit einer langfristigen Planung rechne (Interview mit der „Frankfurter Rundschau", 29.1.).

Praktisch bedeutet das: solange muß alles zurückgestellt werden, was einmal an großen Planungen existierte. Entsprechend ist für den Mannheimer Parteitag auch nur die Verabschiedung des „Allgemeinen Teils" des OR geplant, der „Besondere Teil" ist auf unbestimmte Zeit verschoben.

Während Jusos und andere SPD-„Linke" nicht müde werden zu betonen, es laufe alles nach „systemüberwindendem" Reformplan, haben die „Macher" in der SPD bereits seit längerem begriffen, daß es heißt zurückzustecken. Alle großen Reformunternehmen sind gescheitert, sie haben im Gegenteil zu einer Verschlechterung geführt: die „Steuerreform" erweist sich als gigantisches Betrugsmanöver an der werktätigen Bevölkerung, die „Bildungsreform" hat zu einer Verschlechterung der Lage an den Hochschulen, vor allem aber in der Berufsausbildung geführt, der Wahlschlager Reform des § 218 schlägt ins Gegenteil um: statt Reform wird der Staat zu einer entsprechenden Strafgesetzgebung bei Abtreibung angehalten!

Doch sehen wir, was mit weiteren großen Reformversprechungen geschieht:

Die mit der Bodenrechtsreform versprochene Einschränkung von Grundstücksspekulation ist vom Tisch; die Vermögensbildung ist für unbestimmte Zeit vom Tisch; die Mitbestimmung, Schlager aller linken Sozialdemokraten, steht in ihrer propagierten Form – Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit – gar nicht mehr zur Debatte. Heinz Kühn, SPD-Vize, drückte das in einem Interview so aus: „*Wahrscheinlich wird sich die Mitbestimmung mit dem Ziel auf paritätische Mitbestimmung ... nur in Schritten bewältigen lassen. Und um das Ausmaß dieses Schrittes wird nun gerungen.*" („Wirtschaftswoche", 7.2.).
(Hervorhebungen von uns, die Red).

In derselben Ausgabe der „Wirtschaftswoche" verhöhnt ein Kommen-

die Mitbestimmung mit dem Ziel auf paritätische Mitbestimmung ... nur in Schritten bewältigen lassen. Und um das Ausmaß dieses Schrittes wird nun gerungen." („Wirtschaftswoche", 7.2.).
(Hervorhebungen von uns, die Red).
In derselben Ausgabe der „Wirtschaftswoche" verhöhnt ein Kommen-

tator voll Schadenfreude das Scheitern der Reformpolitik (und er spricht dabei sicher vielen Kapitalisten aus dem Herzen): „*Die geweckten Hoffnungen verwelken, so daß dieser Regierung wahrscheinlich nur noch Reformen wie die Einführung der Kleinschreibung bleiben – nicht zu vergessen solche, wie das neue „Hebammen-Gesetz", dessen Reformgehalt darin liegt, daß ‚auch Männer künftig als Hebammen arbeiten (dürfen)'* ".

Der neue Orientierungsrahmen enthält zwar einen ganzen Katalog von Möchtegernveränderungen in allen Bereich, doch a) fehlt wie schon angeführt der „ökonomische Rahmen" und b) beschränkt der OR in seinem politischen Teil selber deren Durchsetzungsmöglichkeit. D.h.: in einer vom Standpunkt der Kapitalistenklasse sehr realistischen Betrachtungsweise wird im Abschnitt „Wachstum und Reform" (OR S. 10/11) als wesentliches die „Sparpolitik" propagiert und zum Programm (!) erhoben. Der angehängte Wunschzettel ist nichts weiter als schmückender Flitter, der den Blick für die wahren Verhältnisse verschleiern soll. (Von derartigen „Widersprüchen" strotzt der OR nur so!).

So heißt es unter der Überschrift „Reform":

„*Das angemessene Wachstum wird nur möglich sein, wenn wir in Zukunft den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung von unkontrollierbaren Störungen (!), insbesondere auch von Einbrüchen oder Übersteigerungen in der inländischen Nachfrage nach Konsumgütern (!!) freihalten können. Dabei kommt den Tarifpartnern (!!!) eine Schlüsselrolle zu.*" (s. 10).

Was bedeutet dies anderes, als die Forderung nach Fortsetzung des bereits heute praktizierten Lohnabbaus! Denn schließlich ist die Arbeiterklasse der Hauptkonsument und die „Schlüsselrolle der Tarifpartner" bei Einschränkung der Nachfrage kann nur heißen: niedrige Tarifabschlüsse. Auch hier vollzieht der OR unter dem Deckmantel „Reform" **eine** Anpassung an die Praktiken der SPD-„Macher", wie sie in den zurückliegenden Tarifrunden deutlich wurden.

Doch die SPD-Langzeitplaner geben nicht klein bei. So wird zwar festgestellt, daß „*der enger anzusetzende finanzielle Rahmen... den finanziellen Spielraum für Reformen*

Fortsetzung Seite 12

München:

Geiselberger aus der SPD ausgetreten

München:
Geiselberger aus der SPD ausgetreten

Nachdem Ende Februar der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Bünnemann wegen seiner „Zusammenarbeit mit Kommunisten" im „Komitee gegen die Berufsverbote" endgültig ausgeschlossen wurde, ist nun ein zweiter prominenter „Linker", der Münchner SPD-Stadtrat Siegmar Geiselberger einem Ausschluß durch den Parteiaustritt zuvorgekommen.

Dies ist ein weiterer Sieg Vogel's in seinem Feldzug gegen die SPD-„Linke". Bereits seit langem versucht er über den bayrischen Landesvorstand den Münchner Unterbezirk auf Linie zu bringen.

Geiselberger wird vorgeworfen, in den Münchner „Juso-Informationen" kommunistische Thesen vertreten zu haben. Er hatte dort zur Bodenrechtsreform vertreten, daß die Arbeiterklasse ein Interesse daran habe, daß das Privateigentum an Grund und Boden generell aufgehoben werde. Der Landesvorstand leitete daraufhin ein Parteiordnungsverfahren beim Münchner Unterbezirk ein. Ein zweites Verfahren wurde kurze Zeit später wegen folgender Geiselberger-Äußerung eingeleitet: „*Es ist mir scheißegal, ob die SPD die Mehrheit hat, wenn sie CSU-Politik macht.*"

Geiselberger wurde von den Sitzungen der SPD-Fraktion ausgeschlossen und erhielt vom Unterbezirk 2 Jahre Funktionsverbot. Das allerdings war dem Landesvorstand nicht genug, er wollte den Ausschluß erreichen und strengte deshalb ein Verfahren bei der Bundesschiedskommission der SPD an.

Geiselberger nun hatte Ende Februar angekündigt, daß er wieder in der Fraktion mitarbeiten werde, da der Ausschluß durch den Landesvorstand unwirksam sei (er gilt erst, wenn auch 2/3 der Fraktion dafür stimmen, diese Mehrheit kam nicht zustande). Daraufhin hatte Fraktionschef Preißinger angekündigt, „es könnte zu Tätlichkeiten kommen", wenn Geiselberger in der Fraktion auftauche!!!

In einer Erklärung zum Parteiaustritt erklärte Geiselberger, daß er gegen die bereits seit 6 Monaten laufenden Einschränkungen seiner Rechte protestiere und seine politische Überzeugung nicht mehr frei vertreten könne. Bezeichnend ist folgender Vorgang: während Preißinger ihm mit allen Mitteln die Mitarbeit in der Fraktion verweigere, habe er sich andererseits für die Aufnahme eines NPD-Stadtrats (!) in die SPD-Fraktion eingesetzt! Diese sensationelle – und von der SPD bisher nicht widersprochene – Enthüllung machte Geiselberger in seiner Austrittserklärung (vergl. „Süddeutsche Zeitung" und „Stuttgarter Nachrichten" vom 4.3.75)

Geiselberger: „*Vielleicht kann ich der SPD mit meinem Austritt ein letztes Mal nützlich sein. Sie wird wahrscheinlich erkennen, daß sie auch ohne linke Mitglieder weiterhin Wahlniederlagen zu erwarten hat. Nicht weil sie ein sozialistisches Programm vertritt, sondern weil sie es aufgegeben hat.*"

Der fromme Wunsch in Ehren, Jahrzehntelange Praxis der SPD im Arbeiterverrat zeigt, daß nicht die mangelnde Erkenntnis die Partei am Sozialismus hindert, sondern der fehlende Wille. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

und für eine kontinuierliche Verbesserung des öffentlichen Leistungsangebots (begrenzt)". Jedoch: *„Eine weitere hinreichende Steigerung der staatlichen Leistungen scheint jedoch trotzdem gewährleistet."*

Zahlen soll hierfür natürlich die werktätige Bevölkerung, die ja angeblich von den öffentlichen Leistungen profitieren soll! Neben dem erwähnten Lohnabbau hoffen die SPD-Planer: auf einen *„Geburtenrückgang"*, der *„zu einer langfristig verringerten Zunahme des Bedarfs an öffentlichen Gütern"* führen soll; behaupten sie, daß der *„Nachholbedarf an öffentlicher Infrastruktur inzwischen teilweise abgebaut"* ist (gerade angesichts bundesweiter Streichungen der Haushalte für Öffentliche Sozialleistungen ist dies schlicht und einfach eine freche Lüge); befürworten sie eine Rationalisierung im öffentlichen Dienst, um auch hier auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten zu sparen: das geforderte langsamere Steigen der Personalausgaben *„setzt der Personalvermehrung wie den Einkommensforderungen der öffentlich Bediensteten Grenzen (!!!) und verstärkt die Notwendigkeit, die im öffentlichen Dienst vorhandenen Produktivitäten auszuschöpfen (Rationalisierung!)".* Die SPD-Schreiber scheuen sich nicht, auch diese Maßnahmen als *„Reform"* zu bezeichnen: *„Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die immer dringlicher werdende Reform des öffentlichen Dienstes."* (alle Zitate, OR, S. 11).

Angesichts dieses in der Vergangenheit und für die Zukunft offensichtlichen Bankrotts der „Reformpolitik" mutet das folgende Zitat des Juso-Chef-Ideologen Strasser, der zu den Mitverfassern des OR-85 zählt, wie ein Witz an:

„Wir haben heute eine völlig veränderte Situation gegenüber 1969. ... Wir haben es geschafft, das Wort Sozialismus gesellschaftsfähig zu machen. Heute werden Themen wie Bodenrecht, berufliche Bildung, Mitbestimmung und Investitionskontrolle mit einem Selbstverständnis nicht nur in der SPD diskutiert... Die Blauäugigkeit, mit der die ‚Freie Marktwirtschaft' als Mutter allen Wohlstands angesehen wurde, ist einem wachsenden Verständnis für die Probleme dieser Gesellschaft gewichen... Dieses sind Erfolge von Juso-Politik, die trotz der uns feindlich gesonnenen Presse möglich waren." (in einem Interview in „Das da", März 1975).

Es muß einem Chef-Juso vorbehalten sein, derartigen offensichtlich sich widersprechenden Unsinn zu publizieren!

Die „Recklinghäuser Erklärung"

Das Ende der Reformpolitik hat für die SPD weitreichende Konsequenzen: einerseits beschleunigt der rapide Zerfall aller großen Reformpläne den Vertrauensschwund in der Bevölkerung, deutlich geworden in den großen Verlusten der SPD bei allen zurückliegenden Landtagswahlen.

Andererseits verliert die SPD zunehmend auch das „Vertrauen" der Kapitalistenklasse. Sie hat ihren Zweck erfüllt. Sie hat den Kapitalisten die politisch-militärischen und juristischen Mittel an die Hand gegeben, die diese zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benötigen; ökonomisch haben Sozialdemokraten/Gewerkschaftsführer die Weichen gestellt, daß trotz möglicher Produktionsrückgänge Höchstprofite möglich sind (durch Rationalisierung, Produktivitätssteigerung, Lohnabbau etc.). Die Zeit der Ablösung für die SPD ist gekommen!

Das heißt nun allerdings nicht, daß die Partei sich ihrem unvermeidlichen Schicksal fügt. Vielmehr sind die Sozialdemokraten verzweifelt bemüht, sich dieser Entwicklung in den Weg zu stellen. Ihr Rezept: in ihrer praktischen Politik, in ihrem Handeln rücken die führenden Sozialdemokraten immer weiter nach rechts, machen nicht nur mehr Zugeständnisse an die Kapitalistenklasse, sondern überbieten sich geradezu darin, ihnen sozialdemokratische Regierungspolitik schmackhaft zu machen (Steuergeschenke, Investitionszulage etc.), der OR sichert diese Politik nachträglich theoretisch ab. Es bleibt solchen „Linken" wie Strasser vorbehalten, das Gegenteil zu behaupten und sich an einigen von den Jusos eingeschmuggelten Begriffen des „Sozialismus" aufzugeilen (dazu im zweiten Teil dieses Artikels).

Für die „Macher" in der SPD – und sie sind es allemal gewesen, die die Politik dieser Partei bestimmten und nicht etwa die Jusos oder gar der rosarote Jochen Steffen – bietet der OR denn auch genügend Spielraum. So hat Bundeskanzler Schmidt nach der Klausurtagung des Vorstands im Februar erklärt: *„Besonders begrüßte* (er) *die Herausarbeitung von Marktwirtschaft und Wettbewerk in dem Entwurf und daß die wirtschaftspolitischen Lenkungsinstrumente dort nicht als ideologische Prinzipien formuliert worden seien. Ferner sei die Idee des demokratischen Sozialismus in einer sehr brauchbaren Zielsetzung dargestellt worden."* („Hamburger Abendblatt, 4.2.)

Entsprechend ist auch die „Recklinghäuser Erklärung" des Vorstands abgefaßt. Willi Brandt hatte die Aufgabe, sie ans Parteivolk zu bringen. Neben solchen markigen Sprüchen wie *„die Arroganz der dicken Brieftaschen"* einzuschränken, war der Kern von Brandt's Erläuterung des Wahl-Aktionsprogramms: die Bundesregierung werde dafür sorgen, daß die *„Schornsteine wieder rauchen* (!) *und zugleich die Voraussetzungen für modernere wirtschaftliche Strukturen geschaffen werden."*

Auf dieser Basis sollen die SPD-Einheiten stärker mobilisiert werden für folgende nicht einmal mehr „Reformen" genannte Forderungen:

- „Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze"
- den „Ausbau" (!? ?) der Mitbestimmung
- „Neuordnung der beruflichen Bildung"
- Verabschiedung des neuen Bodenrechts
- „Modernisierung des Wirtschaftslebens"
- „Humanisierung der Arbeitswelt" usw. usw. (alle Zitate nach „Handelsblatt" vom 18.2.).

Tunlichst vermeidet die Erklärung eine konkretere Bestimmung dieser Aufgaben. Und das scheint die neue „Quantifizierung" der Reformen zu sein: mal sehn wie's kommt.

„Lahnsteiner Kreis" und Juso-Bundeskongreß

Der „Lahnsteiner Kreis" in der SPD ist ein Verein rechter Sozialdemokraten in durchweg führenden Positionen. Den Vorsitz hat Justizminister Vogel, Mitglieder sind beispielsweise Staatssekretär Ruhnau, Ex-DGB-Chef Rosenberg, Brandts „Ghost-writer" Richard Löwenthal. Dieser Kreis gab kruz nach Erscheinen des OR 85 eine Denkschrift „Godesberg und die Gegenwart" heraus, die eine Absage an „extrem marxistisches Denken" in der SPD sein soll. Diese antikommunistische, reaktionäre Hetzschrift zielt in erster Linie gegen die Jusos und die „linken" Theoretiker.

Als oberste Aufgabe für Sozialdemokraten formulieren die Reaktionäre die Treue zu diesem Staat, so wie er ist. Denn, so heißt es in der Denkschrift: ***„zum erstenmal in der Geschichte fühlt sich die SPD in ihrem (!) Staat wirklich zu Hause."***

Schon seit längerm plädiert der „Lahnsteiner Kreis" dafür, die „extremen Linken" in der SPD ohne viel Firlefanz rauszukanten (man denke dabei insbesondere an Vogels Säuberungsaktionen in München!). Der Parteivorstand hält sich zwar gegenüber den Forderungen der Rechten zurück, bezeichnet sie als ‚überzogen' etc., läßt sie aber in der praktischen Parteiarbeit gegen die ‚Linken' weitgehend gewähren und trägt somit zur innerparteilichen Durchsetzung des Rechtsdralls der SPD bei. Darin liegt auch die Funktion der reaktionären Parteiclubs, die im Vergleich zu den ‚Linken' behandelt werden wie Zukkerwatte.

Anders auf der Linken: der Juso-Kongreß Anfang März hat deutlich gemacht, daß die SPD-Führer entschlossen sind, die Rechtsentwicklung in der Partei auf allen Flügeln, auch auf dem ‚linken', durchzusetzen. Die Erpressungspolitik des Strasser/Wieczoreck-Zeul-Juso-Vorstands, die offene Drohung mit der Spaltung, sprich Rausschmiß der linken Jusos, ist Teil der in diesem Jahr forcierten Formierung der Gesamtpartei, ist Teil der Anpassung der SPD-Basis an die kapitalistische Krisenpolitik, die ihre Führung praktiziert. Nicht anders war die Mahnung des von SPD-Rechten wie -‚Linken' gleichermaßen akzeptierten Parteiführers Brandt zu verstehen:

„Wer den sozialdemokratischen Bundeskanzler im Stich läßt oder ihn zu disqualifizieren sucht, der legt sich mit mir an."

Im 2. Teil dieses Artikels werden wir kurz auf die theoretische Anpassung der SPD an die jeweiligen Entwicklungen des Kapitalismus eingehen, insbesondere auch auf das „Godesberger Programm", um dann eine Auseinandersetzung mit den theoretischen Positionen des „demokratischen Sozialismus" im OR'85 zu beginnen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Programm und Wirklichkeit

Programm und Wirklichkeit



Die Jusos ~~in der~~ .... fallen aus der Zirkuskuppel

Auf dem jüngsten Juso-Kongreß vom 28.2. - 2.3.75 in Wiesbaden ist von der alten und inzwischen im Kern bestätigten Juso-Führung ein deutlicher Rechtsruck mittels eines in der Geschichte der Jusos einmaligem Kraftaktes herbeigeführt worden. Damit haben die Juso-Führer unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß „sie sich als praktizierende Sozialdemokraten verstehen und nicht als Fallschirmjäger der Weltrevolution, die hinter den feindlichen Linien abgesprungen sind, um die Front aus dem Hinterhalt aufzurollen" (so der wohlwollende Kommentar in der „FR", 3.3.75).

Die Holzhammermethode ...

Begonnen hatte es damit, daß die 300 Juso-Delegierten des Kongresses einen Antrag des Vorstandes zum Thema „Reform und Staat" nach einer heftigen Debatte mehrheitlich ablehnten, und einen Antrag des SPD-Bezirks Westliches Westfalen zum gleichen Thema annahmen.

Der angenommene Antrag spiegelt die Positionen der sogenannten „Stamokap"-Fraktion der Jusos wieder (siehe dazu Teil 1 und 2 zur Auseinandersetzung mit den Jusos, AK 54 und 55). Strittig waren demzufolge insbesondere die „Stamokap"-Einschätzung des Staates als eine *„wesentliche kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist".* (von Engels zitierter Antragsteil, „FR", 3.3.75), sowie die These *„staatliches Handeln finde dort seine Grenze, wo es zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise führen müßte (Systemgrenze)".* Letzteres ist noch recht „vornehm" formuliert, wenn man bedenkt, wo die regierenden Sozialdemokraten in ihrem „Reform"-Desaster schon „die Grenze" gefunden haben!

Doch damit nicht genug: Mit diesem „Positionspapier" verband der gesamte Vorstand die Vertrauensfrage, d.h. im Falle einer Niederlage würde er sich geschlossen nicht wieder zur Wahl stellen (ausgenommen werden müssen hier die aus Altersgründen nicht wieder für den Vorstand kandidierenden ehemaligen Mitgleider Strasser und Mernitzka, sowie der einzige „Stamokapler" im Vorstand, der Berliner Uwe Benneter)!

Programmgemäß wurde dann der Antrag auf Abbruch der Debatte zum Komplex „Reform und Staat" gestellt, und anschließend läuteten die Superdemagogen Hawreliuk (stellv. Vorsitzender) und Professor Strasser die Diskussion um das Vorstands-Papier ein, in deren Verlauf sie – unterstützt von den „erfahrenen" ehem. „Führungskräften" Norbert Gansel, Karsten Voigt und Wolfgang Roth – alles andersartige in Grund und Boden schmetterten. Nahezu alle Register wurden gezogen, *„ein echter Kraftakt"* („FR", 3.3.75), um politisch und personell mit der früheren Praxis einer *„Scheinintegration"* (!) zu brechen, und der *„Schizophrenie mit höchst unterschiedlichen Theorien zu leben"* (beidemale Strasser!) eine Abfuhr zu erteilen. Derselbe Strasser war sich ja kürzlich nicht zu schade, den Parteioberen anläßlich der Feiern zum Jahrestag des Godesberger Programms damit zu schmeicheln, daß er die SPD als *‚Partei der Freiheit des Geistes"* und dergleichen mehr herausputzte (s. Teil 2, AK 56).

Das ehemalige Vorstandsmitglied Loke Mernitzka ging in der Hitze des Gefechts gar so weit, die Delegierten anzupöbeln: *„Diskutiert doch solange, bis euch das Kotzen kommt!"* („FR" 3.3.75) Das obwohl es doch gerade die Juso-Führer sind, die eine unheimliche Virtuosität im Drechseln geschraubter Hohlworte entwickeln und damit noch jedes ernstere Problem im Sinne der Parteiführung zersabbelt haben – so auch diesmal!



Beides lehnte der Bundesvorstand jedoch mit der geradezu köstlichen Begründung entschieden ab, daß, wenn es sich so verhalte, *„die Arbeit in der SPD wohl kaum lohne"* (!!!, an dieser Stelle müssen wir zum wiederholten Male vor den Juso-Führern den Hut ziehen, denn damit haben sie den Nagel auf den Kopf getroffen).

Wenn also die realen Verhältnisse gegen eine Arbeit in der so heiß geliebten SPD sprechen, heißt das für einen Juso-Führer die Ärmel raufgekrempelt und flugs die Wirklichkeit – wenigstens auf dem Papier – verdrehen!

Und das geht so: Am Samstagmorgen nach der Abstimmungsniederlage überraschte die Jusovorsitzende Wieczorek-Zeul den Kongreß mit der Ankündigung, daß sie nicht mit dem Hamburger Detlev Alberts (Wortführer der „Stamokap"s) gemeinsam dem Vorstand angehören wolle, und am Nachmittag des gleichen Tages legte der Vorstand ein „Positionspapier" vor, das er alternativ zum tags zuvor verabschiedeten Westfalener Antrag abgestimmt haben wollte!

Schließlich, nach dreistündiger derartiger Kanonade, nahmen die Delegierten mit 174 gegen immerhin 103 Stimmen das „Positions-Diktat" des Vorstandes an, bestätigten die wiederkandidierenden alten Vorstandsmitglieder und wählten drei auf ihrer Linie liegende neue. „Stamokap"-Wortführer Alberts und sein Mitstreiter Benneter zogen ihre Kandidatur zurück – *„sie verstehen es sicher richtig, wenn sie aus dem Ablauf des Kongresses schließen, daß sie in der SPD unerwünscht sind* (!)" („FR", 3.3.75).

„Positionspapier" – Kotau vor der Parteiführung!

Das insgesamt acht Punkte umfassende Papier der Juso-Führung enthält allein fünf Punkte zum Verhältnis der Jusos zur SPD, bzw. zu innerorganisatorischen Angelegenheiten. Die ersten drei Punkte enthalten

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

im wesentlichen den alten Schmarrn vom Ziel *„demokratischer Sozialismus"* mit *„gesamtgesellschaftlicher Planung der Investitions-, Forschungs - und Entwicklungsprioritäten"* (Punkt 1) etc. pp, mit dem wir uns schon in AK 55 auseinandergesetzt haben. Als unrühmliche Neuigkeit ist hier allerdings folgender Zusatz dazugekommen: *„ ... bei relativer Autonomie der einzelnen Unternehmen im Rahmen dieser zentralen Rahmensetzung* (!!)" (diese und folgende Zitate nach Abdruck des Papiers im Wortlaut, „FR", 4.3.75).

In Punkt 2 behandelt das Juso-Konzept die „antikapitalistischen Strukturreformen" zur Errichtung des „demokratischen Sozialismus".

Offensichtlich ist hier eine Juso-Phantasterei wieder einmal ihren üblichen Weg gegangen: zuerst wird munter drauflos phantasiert, und wenn man dann feststellt, daß man doch in irrealen Höhen schwebt, wird sich „den Realitäten" angepaßt und die einst so „links" klingende Losung wird durch Zusätze von der obigen Art Schritt für Schritt weiter ausgehöhlt!

„Mit den Mitteln der Reform sollen entscheidende Machtverlagerungen (?) zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur durchgesetzt werden, die im Ergebnis eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus konstituieren".

Zur Durchsetzung solcher *„grundlegender Veränderungen"* wird in Punkt 3 schließlich auf die *„Doppelstrategie"* verwiesen (s. Teil 1).

Selbstverständlich hatten es die Herrschaften von der Juso-Führung wie gewöhnlich nicht nötig, in ihrem Papier den Lesern einmal zu erläutern (und zwar konkret!), wie sie denn *„mit den Mitteln der Reform"* zu Potte kommen wollen? !

Bleibt uns als einziges Beispiel die „Reformpolitik" der SPD seit Regierungsantritt '69 – und wie weit diese „mit den Mitteln der Reform" gekommen sind, dürfte weithin schon so übel aufgestoßen sein, daß wir es hier nicht mehr einzeln anführen wollen!

Und es ist eben gerade jene „Reformpolitik", an der die Jusos sich künftig intensiver beteiligen wollen, denn: *„Theoretischer Anspruch und praktische Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft u n d der Gesamtpartei dürfen nicht auseinanderfallen. (Punkt 4)".*

Überhaupt haben die Juso-Führer nie so deutlich gesagt, daß sie ihren „Kampf" *„in und mit der SPD* (führen), *als der einzigen Partei der Bundesrepublik, die breit in der arbeitenden Bevölkerung verankert ist ..."* Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo wir erneut unseren Hut vor der „Genialität" der Juso-Führer lüften müssen! Dieses Argument, ebenso „bestechlich" wie unwiderlegbar , zwingt uns glattweg dazu ... nur leider ... es ist u n p o l i t i s c h !

Wenn eine breite Verankerung einer Partei a l l e i n für fortschrittliche Menschen ein Grund sein soll, sich an ihr zu orientieren, dann hätten die Jusos vor 35 Jahren „in und mit" der NSDAP „kämpfen" müssen, „als der einzigen Partei (seinerzeit allerdings) Großdeutschlands, die breit in der arbeitenden Bevölkerung verankert ist ..."

Zwar weisen die Jusos neben diesem „Argument" noch darauf hin, daß die SPD „von ihrer Programmatik und Tradition her" dem „demokratischen Sozialismus verpflichtet ist". „Programmatik und Tradition" (hinter die man ohnehin ein großes Fragezeichen setzen muß) können der Arbeiterklasse allerdings solange gestohlen bleiben, wie sich die SPD in der Praxis offenbar allein der Bourgeoisie „verpflichtet" fühlt!

Zum Schluß ihres Pamphlets haben sich die Juso-Führer noch eine ganz besondere Schweinerei einfallen lassen.

Nach allen ihren Gewaltmanövern zur Liquidierung aller fortschrittlicheren Ansätze im Verlaufe des Kongresses mutet es wie eine Verarschung an, wenn der Juso-Vorstand in Punkt 7 den Delegierten noch eine Belehrung in Sachen „Demokratieverständnis" folgender Art mit auf den Weg gibt:

„Innerverbandliche Demokratie kann nur funktionieren, und konkrete Handlungskonzepte der Jungsozialisten können nur erarbeitet werden, wenn unterschiedliche Auffassungen offen artikuliert (!!!) *werden und sich aus sachbezogener Diskussion eine tragfähige und inhaltlich ausgewiesene Mehrheitsmeinung* (!!!!!) *herausbildet".*
Wahrlich, tolldreist!

Um nun den superdemagogischen Salto Mortale endgültig zu vollziehen, und wohl in der Angst, daß es ihnen nach dem Wiesbadener Kongreß kaum noch einer glaubt, fügten die Juso-Führer ihrem Pamphlet noch den makaberen Passus bei:

„Die in diesem Papier enthaltene Position ist eine von vielen möglichen (!!) und legitimen Positionen, die bei den Jungsozialisten vertreten werden können (!!!)".

Neue Grenzlinien für die schein„linke" Schmierenkomödie

Die Juso-Führer haben im Interesse der sozialdemokratischen „Einheit" eine straffe Ausrichtung des Verbandes eingeleitet, in deren weiteren Verlauf noch manch' ein Kopf rollen wird.

Zutiefst befriedigt äußerte sich Holger Börner, Bundesgeschäftsführer der SPD im Auftrage der Partei-Führung darüber, daß der Kongreß eine *„notwendige Klärung"* gebracht habe. Die *„Mehrheit der Jusos"* sei für eine *„Einheit von Theorie und Praxis ... mit der SPD"* ... und weiter: *„Die eindeutige Sprache des Positionspapiers sollte endgültig allen denen den Boden entzogen haben, die die Jusos in die Nähe autoritärer Staatstheorien rücken möchten"* („FR", 3.3.75).

Im Rahmen dieses *„gesicherten, gemeinsamen Territoriums ..."* dürfen die Jusos dann *„kritische Positionen beziehen ..."* („FR", 3.3.75).

Wenn sich die SPD am Ende dieses „steinigen" Weges schließlich in der „Opposition" befindet, werden sich die anhänglichen Juso-Führer schon rechtzeitig wieder der ihnen für solche Fälle zugedachten „linken" Schmierenkomödie entsinnen ... ●

Metall-Bereich
KB/Gruppe Hamburg

Drastische Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit von der CDU gefordert

Wie die Bourgeoisie den „Gemeinschaftsfrieden" schützen will

Ohne daß die bürgerliche Presse groß Notiz davon nahm, also praktisch ohne eine Information der Bevölkerung, brachte die CDU/CSU-Fraktion Anfang November '74 den „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" im Bundestag ein. Ein ähnlich lautender Entwurf wurde auch im Bundesrat eingebracht. Dies war wohl der „lautlose" Startschuß für die bürgerlichen Parteien, sich mit der Frage auseinanderzusetzen: Wie schaffen wir noch bessere Möglichkeiten, den Aufbau einer linken Bewegung zu unterbinden, bzw. eine schon bestehende Bewegung zu zerschlagen. Im Auge haben sie dabei die gesetzliche Legitimation für die jederzeitige Unterdrückung fortschrittlicher Aktionen und Propaganda.

Bei der CDU/CSU hört sich das so an: *„Die Entwicklung der letzten Jahre ist von einer die öffentliche Sicherheit in erheblichem Maße beeinträchtigenden Steigerung in der Propagierung und Anwendung von Gewalt gekennzeichnet. Radikale Gruppen und subversive Kräfte mißbrauchen in extensiver Weise und unter Anwendung sich steigernder Gewalt das Demonstrationsrecht im Kampf gegen verfassungsmäßige Ordnung und Rechtsstaat und fordern offen zu gewaltsamem Umsturz auf. Der Entwurf will unter Wahrung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und auf friedliche Versammlung einen Beitrag leisten zur Wiedergewinnung der inneren Sicherheit"* (aus „Bundestagsdrucksache" 7/2772 vom 11.11.74).



Daß es hier gegen Linke und Kommunisten geht, wird von der CDU/CSU gar nicht mehr verschwiegen. Anders als allgemein üblich, wenn links und rechts gleichgesetzt werden, wird der Stoß offen gegen links geführt. So heißt es in der „Begründung", daß *„eine vorrevolutionäre Situation zur Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes"* verhindert werden solle. Als Beispiel werden *„die Ausschreitungen in München während der olympischen Spiele im September 1972, der Sturm auf das Rathaus in Bonn im April 1973 und die jüngste, fast bürgerkriegsähnliche Situation im Februar 1974 in Frankfurt"* angeführt.

Abbau der Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Neben der Empfehlung, Polizei und Bundesgrenzschutz noch besser auszubauen, fordert die CDU/CSU, *der Polizei, den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten ausreichende Handhaben zur Bekämpfung solcher gewaltsamer Übergriffe zu geben".* Dies soll durch Änderungen des Strafgesetzes und des Versammlungsgesetzes erreicht werden.

Im Strafgesetzbuch soll geändert werden:

– Wurde die bisherige Strafdrohung des Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) nur gegen aktive Träger, Teilnehmer und „Anheizer" von Gewalttätigkeiten gerichtet – obwohl auch mit dieser Formulierung den Richtern noch genug Spielraum blieb, 100 Verurteilungen 1971 beweisen das, wird sie nun ausdrücklich auf die gesamte anwesende Menschenmenge ausgedehnt. Als Strafmaß werden Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe angesetzt. Da die Bullen mit ihren Knüppeln leicht bei der Hand sind, ist eine „Gewalttätigkeit" schnell entfacht, und schon können alle Anwesenden belangt werden.

– Der Tatbestand der „Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens" (§ 126 StGB) wird auf den Fall der „Vortäuschung" erweitert. Konkret heißt das, wenn sich jemand einen schlechten Scherz erlaubt und z.B. aus Jux einen Kapitalisten anruft und ihm erzählt, daß unter seinem Hintern eine Bombe tickt, der kann, wenn er erwischt wird, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Daneben wird auch noch das Strafmaß insgesamt angehoben. *„In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren (!). Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn durch die Handlung der Ablauf des öffentlichen Verkehrs, die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern oder Leistungen oder die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung verhindert oder erheblich gestört wird"* (Änderungsvorschlag zum § 126 StGB). So könnte z.B. ein Aufruf zur Verhinderung einer faschistischen Veranstaltung oder einer Verkehrsblockade gegen Fahrpreiserhöhungen mit bis zu fünf Jahren Knast bestraft werden.

– Zur „Bekämpfung der Gewalt bereits im Vorfeld" soll ein Strafbestand (§ 130a StGB) gegen Propagierung von Gewalt und gegen Anleitung zu Gewalthandlungen geschaffen werden. Jeder, der mündlich oder schriftlich Gewaltanwendung gegen Menschen oder Sachen fordert oder befürwortet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht. Hiervon sind im wesentlichen die Kommunisten und ihre Presse betroffen; gegen die imperialistische Kriegspropaganda, gegen faschistischen Terror usw. wird dieses Gesetz natürlich nicht angewendet werden.

Im Versammlungsrecht sollen geändert werden:

– Es sind nur noch „friedliche" Versammlungen zulässig. Niemand dürfe das Grundrecht der Versammlungsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, der *„durch diese Veranstaltung Bestrebungen unterstützt, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes gerichtet sind"* (Änderungsvorschlag zum § 1 VersammlG). Dies heißt nichts anderes, als daß das Recht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Absatz 1 GG) verbunden wird mit der Anerkennung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung", womit z.B. das Verbot kommunistischer Veranstaltungen jederzeit „begründet" werden könnte.

– Wer öffentlich zur Teilnahme an einer Versammlung oder Demonstration aufruft, die verboten ist, *„wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft"* (Änderung zum § 23 VersammlG.) Ist es z.Z. so, daß obengenannte Aufrufe als Ordnungswidrigkeiten angesehen und somit mit Bußgeld geahndet werden, soll nun ein „Straftatbestand" verbunden mit Haftstrafe eingeführt werden.

– Das Versammlungsrecht für Ausländer soll besonders geregelt werden. Wurde ihnen bisher schon das Grundrecht der Versammlungsfreiheit durch das reaktionäre Ausländergesetz eingeschränkt, so wird diese Einschränkung jetzt auch im Versammlungsgesetz verankert. Eine Ausländerversammlung kann *„verboten werden, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist"* (Änderung § 5a VersammlG). Da der Begriff der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung" alles oder nichts sagen kann, ist mittels dieses Gummiparagraphen praktisch jedes gemeinsame Handeln von ausländischen Kollegen zu verbieten. Besonders demagogisch „begründet" die CDU/CSU diese Verschärfung gegenüber den Ausländern: *„Die hohe Zahl ausländischer Arbeitnehmer und ihr teilweise langjähriger Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben das Problembewußtsein zahlreicher Ausländer gegenüber den wirtschaftlichen, sozialen, aber auch allgemeinpolitischen Verhältnissen in ihren Heimatländern gesteigert und damit ihre Neigung gefördert, kritischen Äußerungen Nachdruck zu geben, wozu sich Demonstrationen als eine besonders effektvolle Ausdrucksform geradezu anbieten. Diese Aktivitäten bestimmter Ausländergruppen richten sich überwiegend gegen angebliche Mißstände ihrer Heimatstaaten."* Hinzu kommt, daß *„die ausländischen Arbeitnehmer zunehmend von in- und ausländischen Extremisten mit dem Ziel umworben werden, eine Massenbasis für politische Aktionen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen".*

Von der geplanten Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind gegenwärtig in erster Linie die Kommunisten betroffen, da die z.Z. stattfindenden organisierten Aktionen im wesentlichen von ihnen getragen werden. Daß es darüber hinaus um eine weitgehende Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ü b e r h a u p t geht, wird u.a. daran deutlich, daß z.B. die Forderung „Wir lassen uns die Arbeitshetze nicht mehr kampflos gefallen!" schon eine Aufforderung zu Straftaten *„in Form der modernen radikalen Postulate"* (aus der Begründung zum Gesetzentwurf / Postulat = Forderung) wäre. „Gewalttätig" ist auch ein Streik, wenn Kollegen handgreiflich Werkschutzleute oder Streikbrecher daran hindern, Arbeit zu verrichten.

So bereiten sich die Kapitalisten auf zu erwartende Klassenkämpfe vor, werden schon jetzt die Voraussetzungen geschaffen, um die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes zu unterdrücken. ●

Ein Genosse der Grundeinheit FHS Soz/Päd, Sozialistischer Studentenbund/Hamburg

„Spinner“?

Ein Herr Rudolf Simon aus Hamburg verbreitet unter dem Namen **„Deutsche Nationale und westliche Internationale Einheitsfront gegen den bolschewistischen - kommunistischen Welteroberer"** faschistische Pamphlete. Daß es sich scheinbar um einen Größenwahnsinnigen handelt, geht z.B. hervor, wenn es in einem dieser Schmierblätter heißt: *„In den letzten 7 Monaten ist es uns gelungen, aus den Reihen der SPD, deren Mitglied unser Vorsitzender lange Jahre war (!!), über Tausend (!!) für uns zu gewinnen. Aber auch Mitglieder der CDU und der FDP sind heute bei uns"*.

In den Pamphleten heißt es z.B., die „KPD" (darunter versteht Simon alles halbwegs Linke) sei ein *„Pestbazillus"*; die *„Baader-Meinhof-Anarchisten"* seien *„vom Osten gesteuerte Elemente"*. *„Diese Volksschädlinge, Verbrecher und Mörder . . . gehören ins Zuchthaus. Wenn sie dort nach eigenem Wunsch verhungern wollen, sollen sie es doch, ‚raus aus diesem Teil Deutschlands', so sind wir sie los. Genauso sollten wir es auch mit unserer augenblicklichen Regierung in Bonn, die aus Schlappschwänzen und karnevalistischen Figuren besteht, machen, denn beim größten Teil hat sich der Bazillus ‚KPD' schon eingeschlichen"*.

Ausdrücklich ausgenommen von diesem Urteil werden die Minister Leber und Genscher, *„die schon lange vor dieser Pest aus dem Osten warnen und deren Spiel durchschaut haben"*.

„Forderungen" dieses faschistischen Kreises sind etwa: *„Rücktritt der Regierung oder Schwenkung des Regierungskurses um 90 Grad* (!!)"; *„keine Wiedergutmachungen ins Ausland"*, *„Verstärkung der Polizei auf das Doppelte"*, *„sofortiges Verbot der kriminellen Anarchisten sowie der KPD"*; *„Einführung von sozialen Arbeitslagern für Arbeitsscheue und Bummelanten"*.



Wenn dieser Kram auch den Psychopathen erkennen läßt, sollte man nicht vergessen, daß der deutsche Imperialismus sogar einmal einen Psychopathen wie Hitler zum Kanzler gemacht hat. Wenn Vögel wie dieser Simon jetzt wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden schiessen, dann deshalb, weil die von Bourgeoisie und Staat betriebene Faschisierung genau das Klima ist, in dem sich solche Leute suhlen können. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Spiegel"-Affäre schrumpft zur Beleidigungsklage

In einem Interview in der Zeitung „Esprit", in dem Strauß die „Spiegel"-Affäre wieder aufgewärmt hatte (vgl. AK 55), hatte er u.a. auch den früheren Senatspräsidenten am Bundesgerichtshof, Heinrich Jagusch, angegriffen. Nachdem Jagusch Strauß vergeblich zum Widerruf seiner Diffamierungen aufgefordert hatte, erwirkte er jetzt eine Einstweilige Verfügung gegen Strauß, worin diesem die Aufstellung folgender Behauptungen untersagt wird:

- Jagusch habe falsche Aussagen über seine Tätigkeit für den SD während der NS-Zeit gemacht.
- Dadurch „verwundbar" habe er dem Druck des „Spiegels" gegen seinen Willen aus dem 3. Strafsenat des BGH ausscheiden müssen.
- Korrumpiert durch Artikelhonorare habe er kurze Zeit später in einigen Artikeln für den „Spiegel" günstige Rechtsauffassungen vertreten.

Strauß hat Widerspruch gegen die EV einlegen lassen und will es zur mündlichen Verhandlung bringen.

Auch die Behauptungen von Strauß, der frühere Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Carl Carstens (heute unter ferner liefen in der CDU-Kanzlerparade), sowie der frühere Bundesjustizminister Jaeger hätten ihn informiert, die „Zielkartei" bzw. „Angaben über die Zielkartei für die atomaren Waffen der Bundeswehr" seien während der „Spiegel-Affäre" im Panzerschrank von „Spiegel-Chef Augstein gefunden worden, erwiesen sich als frei erfunden.

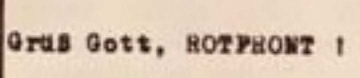
Durch die Aufstellung frei erfundener Behauptungen ist es Strauß bisher gelungen, die Diskussion um die „Spiegel"-Affäre auf das Gleis eines Scheingefechtes zu schieben. Mit der von Strauß erzwungenen Verhandlung gegen die EV von H. Jagusch wird die Debatte um die Rolle von Strauß bei der „Spiegel"-Affäre vollends zum Beleidigungs-Klamauk absinken!

Der Kernpunkt der „Spiegel"-Affäre, nämlich der Versuch von Strauß und Co., mit verschwörerischen Mitteln die Strategie der Atom-Bewaffnung der BRD durchzusetzen und dabei Staatsapparat und Parlament auszuschalten, fällt dabei unter den Tisch. Vor allem kann Strauß die Reaktion der bürgerlichen Presse und der SPD (nämlich das Herunterspielen der Sache) als Beweis verbuchen, daß an einer Neuauflage der für Strauß peinlichen Affäre allerseits kein Interesse besteht. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Volkstreue“ Provokateure

Gerechtigkeit für Deutschland!



BUND VOLKSTREUER JUGEND

Gau Nordmark
- Der Gauleiter -

im Deutschen Reich , den
21. Hartung 1975 (86)

Warschau
Prag
Ostdeutschland
Gebiete, die Deutschland nach dem ersten u. zweiten Weltkrieg unter Bruch des Selbstbestimmungsrechts entzogen wurden

Grüß Gott, ROTFRONT !

Wir sind sehr erfreut über die Resonanz, die unsere Arbeit bei Euch gefunden hat und anscheinend auch noch findet.

Jedoch kommen wir nicht umhin, zu den Darstellungen im Asta-Info, Nr. 103 ("Dich erwischen wir auch noch...") und in der Kommunistischen Studentenzeitung vom 20.1.1975 (86) einige Richtigstellungen zu machen:

1.) "Faschistische Jugendorganisationen" gibt es nur in Italien (siehe MSI) - wir sind v o l k s t r e u !!! *)
2.) Unsere Kluft (wohlgemerkt keine Uniform) ist nicht braun - sondern sie besteht aus schwarzer Hose + Khakihemd !
3.) Die Odalsrunen werden nicht auf den Schulterstucken getragen, sondern auf dem Koppel und auf den Armeln !
4.) Photographieren ist für uns völlig unnutz, da wir Euch in unserer Kartei schon längst bildlich erfasst haben !
5.) Denunzieren mag bei Euch an der Tagesordnung sein - wir haben so etwas nicht nötig !
6.) Die "Totenkopfmützen" sind Barette !

Im Übrigen ist Thomas Günther Lange (Günther mit th) nicht Mitglied im Bund volkstreuer Jugend, aber trotzdem ein Kamerad. Und es ist nicht ratsam, Kameraden tätlich anzugreifen !!! EINIGE Beispiele in der Vergangenheit haben es bewiesen !!!

national + sozial

Macht den Volksverrätern Dampf -
N A T I O N A L E R F R E I H E I T S K A M P F

- Der Gauleiter -

N.S. (-das heißt Nachsatz!) :

Das größte Schwein im Reiche ist -
merkt Euch das -
D E R K O M M U N I S T !!!

In letzter Zeit treten in Kiel immer häufiger faschistische Gruppen mit
In letzter Zeit treten in Kiel immer häufiger faschistische Gruppen mit
den Namen „Bund volkstreuer Jugend" und „Deutsch-Völkische-Jugend" in Erscheinung.

So spielte sich z.B. am Sonnabend, dem 14.12.74, folgendes in Kiels Innenstadt ab:

Am frühen Nachmittag versuchte ein plötzlich auftretender, uniformierter (schwarze Hose, Tarnjacke, Odalsrunen an Ärmeln und Gürtelschnalle, Barett mit Totenkopfabzeichen) und mit Messern bewaffneter Trupp Faschisten den Kielern eine zusammengefaltete Zeitung, den faschistischen „Deutschen Kurier" aufzudrängen. Die meisten Leute nahmen sie jedoch nicht an. Vermutlich deshalb massierten sich die Verteiler dann später vor dem Haupteingang von Karstadt derart, daß man kaum den Laden verlassen konnte, ohne die Zeitung zu nehmen.

Ihr nächster Vorstoß galt einer antifaschistischen Filmveranstaltung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) am 17. Januar. Gezeigt wurde „Der Rat der Götter", ein Dokumentarfilm über die Naziherrschaft. Aus diesem Anlaß verteilten die Faschisten ein Pamphlet mit dem Titel „Gaskammern in Auschwitz? ? ", in dem die Nazi-Verbrechen beschönigt oder geleugnet wurden.

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß Reaktionäre an der Universität, wie der RCDS („Ring christlich demokratischer Studenten"), recht gute Kontakte zu diesen Leuten pflegen. So hatte der RCDS auf einer Veranstaltung mit Justizminister Schwarz (rechter CDU-Mann) im Mai letzten Jahres zwei Schlägertypen als Ordner engagiert, von denen mit Sicherheit einer (die Odalsrune an der Gürtelschnalle beweißt es), vermutlich aber sogar beide dem „Bund volkstreuer Jugend" angehören.

Auch bei den Vorgängen anläßlich der Ordnungsverfahren an der
Auch bei den Vorgängen anläßlich der Ordnungsverfahren an der
Kieler Universität war zu beobachten, wie einer dieser Faschisten in trautem Verein mit RCDSlern und GGlern („Studenten für das Grundgesetz") die Auseinandersetzungen zwischen demokratischen Studenten und Bullen aufmerksam verfolgte. Wegen ihrer Spitzeltätigkeit wurden diese Leute dann von einigen Antifaschisten kurzerhand aus dem Raum expediert. Als dies im „Asta-Info" veröffentlicht wurde, ließen die „Volkstreuen" es sich nicht nehmen, mit einer erneuten Provokation zu antworten.

Den hier abgedruckten Brief schickten sie an den Asta.

Ein Kommentar zu diesem Drohbrief erübrigt sich, er spricht für sich.

Angaben der „Hamburger Morgenpost" zufolge handelt es sich bei dem „Bund volkstreuer Jugend" um eine Organisation, die in Kiel 30 bis 40 und in Schleswig-Holstein insgesamt rund 200 Mitglieder hat. *„Nachforschungen haben jetzt ergeben, daß die Gruppe sogar Kontakte in die USA hat. Sie wird unterstützt von der Organisation ‚Germania International/Friends of Germany' mit Sitz in Chicago. In der Bundesrepublik erscheint als Parteiorgan der Zeitschrift ‚aktuell'. Von der zentralen Redaktion im österreichischen Lochau am Bodensee, unmittelbar hinter der deutschen Grenze, werden auch die Lokalredaktionen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein geleitet".* („Mopo", 6.2.75)

Kieler Anführer der „Volkstreuen Jugend" ist übrigens ein gewisser Gunnar Paula, von Beruf **Beamter**, was nicht weiter verwundert – begegnet doch der Staatsapparat den Faschisten mit zunehmendem Wohlwollen und Unterstützung. ●

Eine Uni-Einheit
KB/Gruppe Kiel

CSU-Politiker „geisteskrank“?

Eine bewegende Geschichte war in der „Bild" vom 22.2.75 zu lesen: Sie handelte von Leo Wagner, bis zum Januar noch Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU.

Leo Wagner, Mitglied der CSU, sei jetzt *„geisteskrank"*, *„unter schweren Beruhigungsmitteln"*; *„im Dämmerschlaf"* liege er in einer Bonner Klinik. Die CSU hat sich von ihm losgesagt. **Am 21. Februar mußte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Sondersitzung mit der Anschuldigung befassen. Leo Wagner sei „nachrichtendienstlich tätig" gewesen** („FAZ", 1.3.75).

Mehr als eine Million Mark Schulden soll Wagner haben. Wagner hat offenbar das „süße Leben" allzusehr geliebt: „Bild" weiß zu berichten, Wagner habe in Bonner und Kölner Bars pro Nacht zwischen zwei- und viertausend Mark auf den Kopf gehauen – *„für Champagner, Kaviar und Mädchen"*. Wagners offizielles Monatseinkommen: 12.000,- Mark!

Schon vor einem Jahr, so „Bild" weiter, stand Wagner vor dem Ruin. Damals retteten ihn seine „Freunde", indem sie ihm einen Kredit von 270.000,- Mark zuschusterten, der Wagner erstmal über Wasser halten sollte. Aber auch dieses Geld war offenbar im Handumdrehen verpraßt.

Ein Autounfall, den Wagner im Juni 1974 erlitt und bei dem sein Begleiter (ein Oberstleutnant der
Juni 1974 erlitt und bei dem sein Begleiter (ein Oberstleutnant der
Bundeswehr) starb, soll ihn durch eine schwere Kopfverletzung endgültig aus der Bahn geworfen haben. Seine letzten „Freunde" waren laut „Bild" *„eine dunkle Clique, darunter der Kölner Unterwelt-König Charly S. sowie zwei Hochstapler und Wechselfälscher aus München..." „In Köln tragen zweifelhafte Mädchen Schmuck und Pelze, die Wagner bezahlt hat. Das Geld bekam er zuletzt nur noch zu Wucherzinsen"*.

Soweit der Bericht der „Bild". Eine Geschichte, die wieder einmal einen kleinen Blick hinter die Fassade der bürgerlichen Parteien, und speziell der CDU/CSU von „Moral", „Sauberkeit" etc. erlaubt.

Politisch bemerkenswert ist vielleicht noch, daß sich zwischen dem 270.000,- Mark-„Kredit" für Wagner und seinem Autounfall im Juni vergangenen Jahres folgendes ereignete: Am 24. Mai meldete die Presse, daß die Zeitschrift „Capital" einen Artikel gegen „Verfassungsschutz"-Chef Nollau bringen wolle; angeblich liege der Zeitschrift eine „private Studie" des US-Geheimdienstes CIA vor, wonach Nollau ein Agent der DDR sei. Einzuordnen war dieser Vorstoß in den allgemeinen Versuch der CDU/CSU, den von der SPD protegierten Nollau abzuschießen, als Teil der stärkeren Kontrolle der Geheimdienste durch die CDU/CSU. „Bild" empfahl Nollau denn auch sogleich, er solle erst mal *„bis zur vollen Aufklärung der Vorwürfe Urlaub nehmen"* (24.5.). Selbst nachdem „Capital" seine Vorwürfe total zurücknehmen mußte, erklärte CSU-Chef Strauß dreist: **„Die Bedenken gegen Nollau bleiben"** („Bild", 27.5.).

„Capital" hatte ursprünglich behauptet, *„journalistisches Glück und Zufall"* habe ihm die „CIA-Studie" gegen Nollau „zugespielt". Wie dieser „Zufall" aussah, war dann im „Spiegel" vom 24. Juni zu lesen: Der für die „Studie" verantwortliche „Capital"-Chefreporter Kamer hatte dem „Spiegel" mitgeteilt, daß er das Papier von dem Wiesbadener „Wirtschaftsberater" Joachim Müller-Raabe erhalten habe, der während des Krieges für die faschistische „Abwehr" (Geheimdienst) arbeitete und nach dem Krieg in CIA-Dienste trat.

Müller-Raabe ist ferner **„ein Mann mit besten Kontakten zu hohen und höchsten Personen in der CDU/CSU"** („Hamburger Morgenpost", 24.6.74), und zwar war er insbesondere ein guter Freund des bis über den Hals verschuldeten, im Juni 74 mit dem Auto verunglückten und heute ständig *„unter schweren Beruhigungsmitteln"*, *„im Dämmerschlaf"* liegenden Leo Wagner.

Müller-Raabe gab damals übrigens sogleich eine eidesstattliche Erklärung ab, daß er die an Kamer weitergeleitete „Studie" gegen Nollau bestimmt nicht von Leo Wagner erhalten habe... Ob er da wohl geschwindelt hat? ... ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Leo Wagner: Bis zum Januar war er noch Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU



Faschistenhetze unter Polizeischutz

Am Abend des 20. Januars hatten rund 40 Faschisten in Frankfurt unter massivem Polizeischutz Gelegenheit zu einer in der BRD bisher wohl einmaligen rassistischen, antisemitischen Provokation und Mordhetze.

Die Faschisten-Schweine hatten sich vor dem Haus von Dr. Kemper versammelt, der Assistent des amerikanischen Hauptanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß 1945 gewesen war. Die Faschisten riefen Parolen wie **„Raus mit dem zionistischen Judenpack aus Deutschland."** Faschistische Jugendliche in „paramilitärischer" Aufmachung (mit Nazi-Armbinden, Ledermänteln und Schirmmützen) waren aufmarschiert.

Organisatoren dieser Provokation waren der berüchtigte Rechtsanwalt Manfred Roeder („Deutsche Bürgerinitiative") und der faschistische Dreckschriften-„Verleger" Erwin Schönborn („Frankfurter Kreis Deutscher Soldaten"). In seiner Rede erklärte Roeder u. a., die BRD sei *„eine Drecksrepublik, in der das zionistische Lumpengesindel das Sagen hat"* und *„daß in diesem Land vor Gericht immer der Jude 'recht bekommt."* Hitler und Göring hätten Recht gehabt, und *„Wer nicht die Forderung nach einem Reich von der Maas bis an die Memel unterstützt, ist ein internationaler Lump"* usw. usf.

Die Polizei dachte gar nicht daran, gegen diese offensichtlich verbrecherischen Aufrufe zu Rassenhaß, Antisemitismus und Massenmord einzuschreiten – denn schließlich sei die faschistische Provokation **„ordnungsgemäß angemeldet"** gewesen. Dafür knüppelt die Frankfurter Polizei lieber mal gegen friedlich demonstrierende Frauen und Kinder, wie kürzlich bei einer Demonstration gegen den § 218!

Ganz untätig war die Polizei allerdings nicht – hatte sie doch mit einem Aufgebot von drei Wasserwerfern und zahlreichen Bullen mit Helmen und Schutzschildern dafür Sorge getragen, daß Gruppen antifaschistischer Demonstranten weit entfernt gehalten wurden und die Hetztiraden Roeders und seiner braunen Bande nicht stören konnten.

Roeder, der bis heute noch nicht aus der Rechtsanwaltskammer ausgeschlossen ist, hat schon bei zahlreichen Gelegenheiten Schutz und Duldung durch Polizei und Gerichte erfahren. Eineinhalb Jahre lang wurde seine faschistische „Deutsche Bürgerinitiative" sogar vom Staat als „gemeinnützig" gefördert, bis eine breitere Öffentlichkeit auf die Schweinereien dieses Verbrechers aufmerksam wurde. So hat Roeder u. a. in Pamphleten behauptet, es seien höchstens 200.000 Juden ermordet worden (in Wirklichkeit waren es 6 Millionen!), die KZs seien sozusagen idyllische Erholungsstätten gewesen (**„Die Häftlinge verrichteten ihre Arbeit mit Eifer und Freude ... Mir fiel auf, wie elegant (!!) unsere Häftlinge gekleidet waren"**).

Ein Gericht in Darmstadt lehnte es daraufhin ab, gegen Roeder ein Strafverfahren wegen 'Volksverhetzung einzuleiten, mit der unglaublichen Begründung, Roeders Behauptungen seien *„so offensichtlich falsch, daß kaum ein ernstzunehmender Mensch ihnen Glauben schenken und durch sie veranlaßt, Stellung gegen die Juden beziehen wird."*

Praktisch wird also vom Gericht die besondere Unverschämtheit von Roeders Hetze auch noch honoriert. Antisemitismus und Rassenhetze sind straffrei, je dreister und zügelloser sie vorgetragen werden!

So beschäftigt sich bisher offenbar auch kein Gericht mit der rassistischen Hetze bei der faschistischen Provokation in Frankfurt vom 20. Januar. Lediglich wegen „Verun-

Fortsetzung Seite 16

DIESE JÜDISCHEN BOLSCHEWISTISCHEN UNTERMENSCHEN WOLLEN DEN TREUEN DEUTSCHEN ARBEITER AUFHETZEN, UM DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT ZU RUINIEREN... DESHALB GIBT ES FÜR UNS NUR EINE ERLÖSUNG :
JUDE VERRECKE!
HEIL!
BRAVO!
BRAVO!
UNSERE EHRE HEISST TREUE
DAS MUSS ICH MIR FÜR MEINE NÄCHSTE BROSCHÜRE GEGEN DIE CHAOTEN MERKEN
TSCHÄ... ICH GLAUBE DA KÖNNEN WIR GAR NIX MACHEN! ERSTENS IST DAS EINE GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT UND ZWEITENS IST SIE ORDNUNGSGEMÄSS ANGEMELDET!..
JA, LEIDER NIX ZU MACHEN... HI, HI... !



Faschist Roeder: „Ich war überrascht, wie elegant die Häftlinge gekleidet waren" – Verbrennungsöfen im Vernichtungslager Auschwitz



Ermordete Juden im Vernichtungslager Auschwitz – Faschist Roeder darf sie mit Billigung und Schutz von Justiz und Polizei verhöhnen!

Mord an Genossen Routhier: Ermittlungsverfahren eingestellt

Am 18. Juni vorigen Jahres starb in Essen der 45jährige Arbeiter Günter Routhier, Sympathisant der „KPD/ML", an den Folgen von Verletzungen, die er am 5. Juni während eines Polizei-Einsatzes erlitten hatte, als er an einem Arbeitsgerichtsprozeß als Zuschauer teilnahm (vgl. AK Nr. 46, Seite 27).

Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat nunmehr im Feburar '75, die Einstellung des Ermittlungsverfahrens angeordnet. Der Mord an Genossen Routhier soll folglich nach dem Willen des bürgerlichen Gerichts ungestraft bleiben, wie viele andere Polizei-Morde.



Genosse Günter Routhier

Der Genosse Routhier, der an der Bluter-Krankheit litt, starb an Gehirnblutungen, die (nach den Angaben von Günter Routhier im Krankenhaus und dem Bericht einer Ärztin) die Folge verschiedener Mißhandlungen durch Polizisten waren:

1. Genosse Routhier wurde im Gerichtssaal zwischen die Stühle geworfen. Dazu das Gericht: Günter Routier sei *„von KOM Walter durch einen Stoß vor die Brust zur Seite gedrückt (worden), kam hierdurch auf einen Stuhl in der ersten Reihe zu sitzen und kippte mit diesem nach hinten"*. Also in etwas zynischer Form eine Bestätigung des Vorwurfs gegen die Polizisten.

2. Genosse Routhier wurde die Treppe hinuntergestoßen, wobei die Polizisten PHW Kluten und PM Werner Hand anlegten. Dazu hatte das Gericht z w e i Versionen. PHW Kluten behauptet, zusammen mit PM Werner den Genossen im Polizeigriff (Armhebelgriff und Armdrehgriff) die Treppe „hinuntergeführt" zu haben. Dabei habe Genosse Routhier aus Schmerzen (nicht wegen des Polizeigriffs, sondern *„da er an Gelenkrheuma litt"*, wie das Gericht sagt) eine Bewegung gemacht, sei den Bullen entglitten und die Treppe hinuntergestürzt.

PM Werner behauptet dagegen, ihm sei – als er die Treppe r a u f stieg – von oben Routhier *„mit rudernden Armen"* entgegengekommen (wieso? !). Da er einen Angriff vermutet habe, sei er ausgewichen und Routhier sei an ihm vorbei die Treppe hinuntergestürzt.

Das Gericht kümmerte sich nicht lange um den offensichtlichen Widerspruch zwischen den Aussagen von Kluten und Werner, sondern stellte bloß fest, daß ja in b e i d e n Fällen – gleich welche Version nun stimmt – die Polizei keine Schuld treffen würde. Also „Wahrheit" zum Aussuchen? !

3. Genosse Routhier brach auf dem Weg zum Polizeiauto zusammen. Obwohl andere festgenommene Genossen darauf hinwiesen, daß Routhier Bluter war, also jede Verletzung für ihn lebensgefährlich ist und forderten, daß ein Arzt geholt werden müßte, packten die Bullen den Genossen Routhier auf den Boden des Polizeiautos, wo er während der Fahrt durch die Erschütterungen immer wieder mit dem Kopf auf den Boden schlug.

Das Gericht bestreitet diesen Sachverhalt n i c h t, sieht aber darin k e i n strafbares Verhalten der Polizei. Transport eines lebensgefährlich Verletzten auf dem Boden eines Polizeiautos statt ärztlicher Hilfe ist also demnach keine strafbare Handlung!

4. Genosse Routhier wurde im Polizeipräsidium an den Füßen die Treppe hochgeschleift, wobei er mehrmals mit dem Kopf aufschlug. Dieser Vorgang wird vom Gericht bestritten.

Man kann also sagen, daß das Gericht praktisch alle Vorwürfe bestätigen mußte, für die es zahlreiche Zeugen gibt; daß es alle Mißhandlungen im Polizei-Präsidium leugnet, für die es – außer den Berichten, die Genosse Routhier vor seinem Tod gab – natürlich keine Zeugen gibt; daß es schließlich hinsichtlich der Vorgänge auf der Treppe im Gerichtsgebäude sich damit zufrieden gibt, daß offensichtlich die beiden hauptbeteiligten Polizisten völlig unterschiedliche Versionen erzählen.

Es wäre schließlich auch ein Wunder gewesen, wenn vom Gericht eine Verurteilung der am Tod von Genossen Routhier beteiligten Polizisten oder auch nur ein Prozeß gekommen wäre. Denn „bewährte" Praxis der Gerichte ist es, jedem Übergriff der Polizei nachträglich, den „rechtlichen" Segen zu geben, um so bewußt der „Verwilderung" der Polizeimethoden (die Polizisten wissen, daß sie sich fast alles ungestraft erlauben können und verhalten sich entsprechend) Vorschub zu leisten. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Leider recht gehabt ... – polizeilicher Todesschütze laufengelassen

Die Empörung der Öffentlichkeit über die Exekution des 18jährigen „Verkehrssünders" E. Wiesneth in München hatte zur Verhaftung des Todesschützen, Polizeiobermeister (POM) P. Presse, zu einer „Selbstkritik" des Polizeipräsidenten Schreiber und zu Ermittlungen wegen Totschlags-Verdacht geführt. Die Staatsanwaltschaft ließ verlauten: *„Der beschuldigte Beamte nahm bei den beiden Schüssen den Tod des Opfers billigend in Kauf, was einem bedingten Vorsatz entspricht"*.

E. Wiesneth war mindestens schon der 50. Mensch, der in den letzten vier Jahren im direkten Polizeieinsatz getötet wurde. Zur „Selbstkritik" der Polizei usw. schrieben wir: **„Außer einigen schönen Worten ist auch in Zukunft keine Wende der eingeschlagenen Entwicklung zu erwarten"** (AK 56, Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder?).

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft den Haftbefehl gegen POM Presse aufgehoben. Nachdem jetzt die erste Empörung verebbt ist, stellte die Staatsanwaltschaft sich *„auf den Standpunkt, daß dem Polizisten ein Tötungsvorsatz nicht nachzuweisen und damit der Vorwurf des Totschlags nicht zu begründen sei"*! („Südd. Zeitung", 1.3.75)

Am 20.2.1975 war der „Fall" Wiesneth bereits überholt: In Rüsselsheim wurde an diesem Tag ein Getränkehändler auf seinem Lagergrundstück erschossen. Er selbst hatte zuerst mit der Pistole Einbrecher vertrieben. Daraufhin erscheinende Bullen schossen ihn in der Annahme, er sei ein Dieb, gezielt nieder. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



US-Faschist Lauck während der von Roeder-Freund Christophersen arrangierten faschistischen Zusammenrottung im Hamburger „Haus des Sports" vom 10.11.74.

Zunächst wurde in der bürgerlichen Presse behauptet, die Veranstaltung sei von der NPD organisiert worden; diese habe die Veranstaltung als „nicht öffentlich" deklariert, sodaß die Polizei keinen Grund zum Einschreiten gehabt habe; die NPD würde in Zukunft keine Räume im „Haus des Sports" mehr bekommen.

Das ist in dieser Form offenbar eine gezielte Lüge. Tatsächlich war nicht die NPD, sondern die noch weiter rechts stehende „Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit" von Thies Christophersen (der nach Angaben der NPD nicht Mieglied dieser Partei ist) der Veranstalter, d.h. eine Gruppe, die selbst nach bürgerlichem Recht schon lange hinter Schloß und Riegel sein müßte, weil sie ganz offen in die Fußstapfen der NSDAP tritt, brutale antisemitische Hetze betreibt usw.

Wie einer Mitteilung der Pressestelle des Hamburger Senats vom 15.11.74 zu entnehmen ist (wir können uns allerdings nicht erinnern, daß diese Mitteilung Eingang in die bürgerliche Presse fand!), hatte Christophersen's faschistische „Bauernschaft" im „Haus des Sports" seit etwa einem Jahr alle vier Wochen mit 60 - 70 Mann „getagt". Angeblich seien die Faschisten aber bis zu dem Lauck-Auftritt „ruhig" gewesen, sodaß *„der Polizei diese Vereinigung bisher nicht aufgefallen"* sei. Das sollte man ruhig zweimal lesen! Eine faschistische Organisation, die in ihren Publikationen z.B. den Nazi-Mord an 6 Millionen Juden leugnet und sich im braunen Ungeist der „germanischen Herrenrasse" und des „reinen Blutes" suhlt, ist der Polizei „nicht aufgefallen". Kein Wunder, wenn der Blick von Polizei und Justiz starr nach links gerichtet ist!

Seit 30 Jahren:
Verweigerung der Wiedergutmachung von Naziverbrechen! – Ein Leserbrief –

Seit drei Jahrzehnten kämpfe ich um die Aufhebung von Terror-Urteilen, die im Zuge der Unterdrückung von Antifaschisten vom Hitler-Faschismus gegen mich verhängt worden sind. Ich habe mich während der Zeit nach dem 2. Weltkrieg an sämtliche Justizminister der Bundesrepublik gewandt, die meine diesbezüglichen Anträge jedoch abgewiesen, bzw. nicht beantwortet haben.

Die bundesdeutsche Justiz legitimiert die gegen mich ausgesprochenen Terrorurteile, indem sie eine Wiederaufnahme meines Antrages auf Rehabilitierung mit der Begründung verweigert, ich hätte gegen damals bestehende gesetzliche Bestimmungen verstoßen.

Beispielhaft dafür ist ein Schreiben der Oberfinanzdirektion Hannover vom 1.9.1959; dort heißt es:

„Als Grund für ihre widerrechtliche Inhaftierung ist in der Inhaftierungsbescheinigung „Arbeitsscheu“ angegeben. Meine Ermittlungen haben nichts Gegenteiliges ergeben. Außerdem waren Sie bereits zweimal bestraft worden und hatten die Strafen verbüßt. Aus diesen Gründen halte ich eine monatliche Haftentschädigung von DM 70,- für angemessen. Bei einer Dauer von 23 Monaten beträgt die Haftentschädigung somit 1.610,- DM.

Dagegen bedauere ich, die Erfüllung der weiteren, von Ihnen angemeldeten Ansprüche ablehnen zu müssen:

Dem Vollzug der beiden Haftstrafen 1936 wegen Obdachlosigkeit und 1937 wegen Beleidigung lagen Urteile ordentlicher Gerichte aufgrund heute noch geltenden Rechts zugrunde.

Sie stellen deshalb keine widerrechtlichen Handlungen dar, die irgendwelche Ansprüche gegen das Reich begründen könnten.“

Ohne anwaltlichen Beistand (kein Anwalt will sich dieser Sache annehmen) bin ich den juristischen Formalitäten nicht gewachsen. Auch die Presse (darunter namhafte Blätter wie „Spiegel“ und „Stern“) war nicht bereit, auch nur ein Sterbenswörtchen über meinen Fall zu veröffentlichen.

1934 war ich als selbständiger Fotograf tätig. Da ich mich weigerte, der NSDAP beizutreten, war ich immer schärferen Repressionen ausgesetzt und wurde aus selbständigem Gewerbebetrieb verdrängt!

1936 im Juli konnte ich eine Vorladung zum Amtsarzt nicht pünktlich einhalten. Das war für die NS-Schergen die Gelegenheit, mich ins Visier zu nehmen. Ich erhielt vom zuständigen Kreisdirektor wegen dieser angeblichen Versäumnis 14 Tage Haft aufgebrummt. Gegen diese Amtsanmassung wollte ich gerichtlich vorgehen. Im Termin, der daraufhin stattfand, wurde ich ins Gefängnis abgeführt. Man hatte mir weitere 8 Tage aufgebrummt, um mein Vorbringen der Amtsanmaßung abzuschneiden! Meinem Einspruch gegen die verhängten 14 Tage Haft wurde nicht stattgegeben. Diese mußte ich dann im Oktober 1936 absitzen, wodurch es mir unmöglich war, den Novemberbetrag einer Unterhaltsverpflichtung zu entrichten; mein Wochenlohn wurde eingezogen. Jetzt lag die Möglichkeit vor, mir einen handfesten Strick zu drehen und mir Unterhaltsentziehung zu unterschieben!

Vom Fürsorgeamt kriegte ich einen Brief, der mit dem Satz endete: *„Wir werden Sie schon klein kriegen, Sie Kommunistenschnauze.“* Daraufhin bezeichnete ich den Beamten des Fürsorgeamtes, der mit dem Einzug der Unterhaltszahlungen betraut war und mir diesen Brief geschrieben hatte, als „traurigen Beamten des Führers“.

Diese Bemerkung wurde als Beleidigung gewertet, und ich wurde deswegen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Im März 1938 erhielt ich dann zusammen mit einem Freund eine Vorladung zur Polizei; auf Veranlassung der Gestapo wurden wir in Haft genommen. Und zwar nicht ab 23.4.38, wie es aus dem beiliegenden Dokument ersichtlich ist, sondern bereits am 22.3.38.

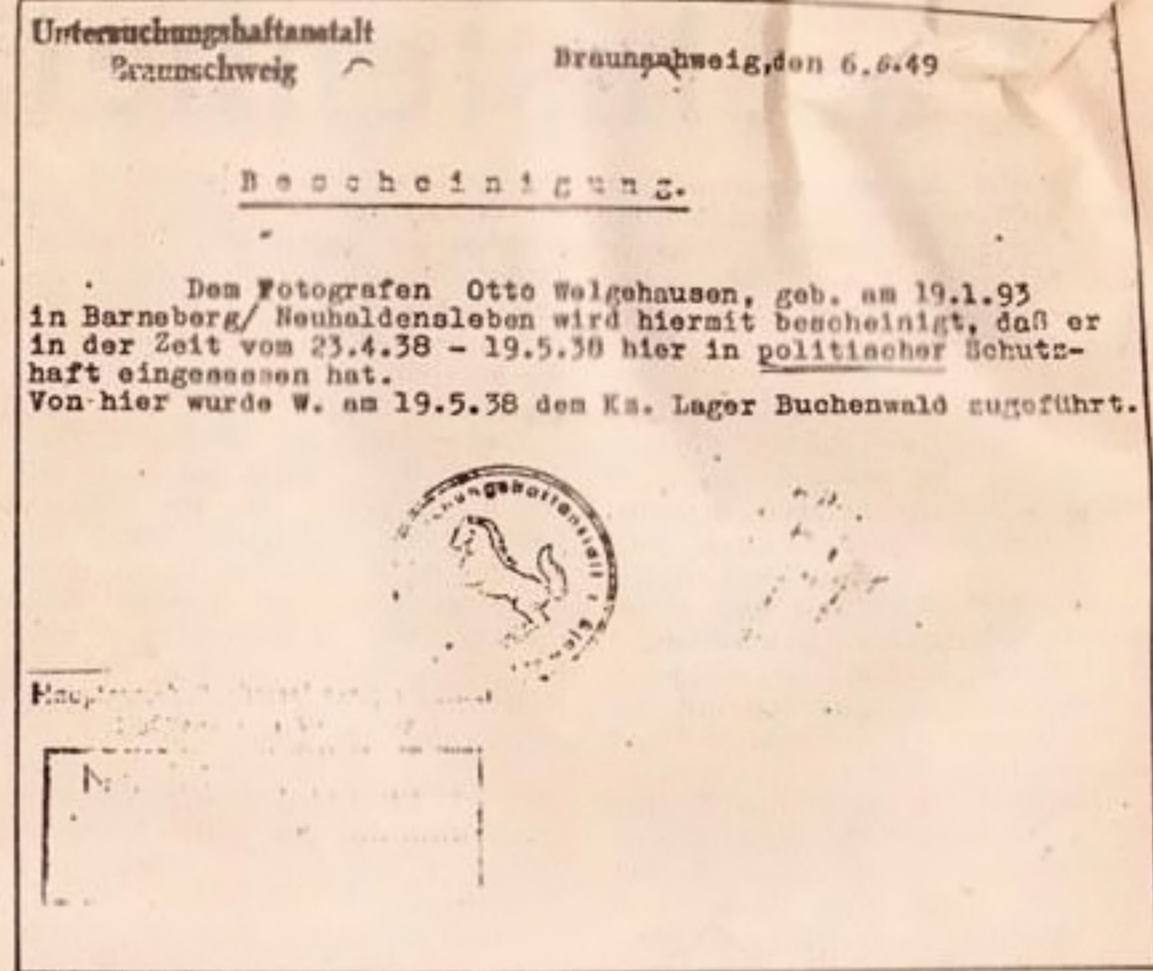
Am 19.5.38 wurden wir dann ins KZ Buchenwald überführt, wo ich 2 Jahre eingekerkert war. Mein Freund ist dort umgebracht worden. Ich wurde dort in die Kategorie „arbeitsscheu“ eingegliedert und bekam daher einen schwarzen Winkel an die Anstaltskleidung geheftet.

Obwohl sämtliche gegen mich ausgesprochene Urteile nur darauf beruhen, daß ich das Hitler-Regime ablehnte, und zudem aus dem beigefügten Dokument hervorgeht, daß ich in politische Schutzhaft genommen worden bin, war das Tragen des schwarzen Winkels für den Kreishilfssonderausschuß der Stadt Hannover, dem die Entscheidung über Haftentschädigungsanträge oblag, Grund genug, mich nicht als politisch Verfolgten anzuerkennen. Mein Antrag auf Haftentschädigung wurde abgelehnt. Nur auf Grund meiner „wirtschaftlichen Verhältnisse“ wurde davon abgesehen, mir für diesen Bescheid auch noch Gebühren zu berechnen.

Wollte man solcher Logik folgen, dann hätte man jeden KZ-Häftling nur dazu zwingen brauchen, den schwarzen Winkel zu tragen, schon hätte es nur noch „Arbeitsscheue“ gegeben, politische Häftlinge hätten überhaupt nicht existiert.

Die Tatsache, daß ich bis heute noch nicht rehabilitiert und als politischer Häftling anerkannt bin, zeigt, wie weit es her ist mit der „Entnazifizierung“ des Staatsapparats und damit auch der Justiz. Derselbe braune Geist hat sich nach 1945 fortgepflanzt. ●

ARBEITERKAMPF-Leser aus Hannover in Zusammenarbeit mit einem Hamburger Chemiegenossen



Untersuchungshaftanstalt
Braunschweig

Braunschweig, den 6.6.49

Bescheinigung.

Dem Fotografen Otto Welgehausen, geb. am 19.1.93 in Barneberg/ Neuhaldensleben wird hiermit bescheinigt, daß er in der Zeit vom 23.4.38 – 19.5.38 hier in politischer Schutzhaft eingesessen hat.
Von hier wurde W. am 19.5.38 dem Kz. Lager Buchenwald zugeführt.

Das Amtsgericht.
– 1 Ds.12/37 –

Helmstedt, den 5. März 1946.

An

Herrn Otto Welgehausen

Hannover,
Halkettstr.34 pt.

Antwort: Auf Ihr Schreiben vom 12.2.:
Ein Aktenstück ist bereits vernichtet.

Nach 1 Ds.12/37 sind Sie am 16.4.37 zu 6 Wochen Gefängnis vom Amtsgericht hier verurteilt, weil Sie dem Kreisfürsorgeamte einen beleidigenden Brief geschrieben haben.

Nach 1 Bs.1/38 sind Sie am 9.3.38 ~~[illegible]~~ von der Anklage wegen Hausfriedensbruchs freigesprochen. Die Klage hatte Ihre frühere Frau erhoben (Privatklage).

gez. Schäfer.

Beglaubigt:

Faschistenhetze unter Polizeischutz

Fortsetzung von Seite 15

glimpfung der Bundesrepublik“ wird ermittelt (wegen der „Drecksrepublik“) – was man wohl so interpretieren muß: Wenn die Faschisten gegen Kommunisten und andere Demokraten hetzen, sieht der Staat das gerne; wenn gegen die Juden gehetzt wird, drückt der Staat auch ein Auge zu – aber Angriffe der Faschisten gegen den Staat selbst sind nicht gern gesehen. So gerieten Justiz und Polizei, die bisher alle Provokationen von Roeder und seinen Kumpanen zumindest geduldet, mitunter sogar unterstützt hatten, Ende Februar in Bewegung wegen eines Drohbriefes, den Roeder-Freund Erwin Schönborn („Frankfurter Kreis Deutscher Soldaten“) an CDU-Kohl geschickt haben soll; Wohnungen und Geschäftsräume von Schönborn und Roeder wurden wegen dieses Briefes durchsucht.

Andere Vorfälle haben dagegen bis heute noch keine staatlichen Maßnahmen gegen Roeder und seine Kumpane hervorgerufen:

So drangen er und 30 weitere Faschisten am 26.4.1974 in eine Auschwitz-Ausstellung in Westberlin ein und zerstörten mehrere Bilder und Dokumente, indem sie sie mit roter Farbe besprühten. In derselben Weise überfielen sie diese Ausstellung, als sie in Mannheim gezeigt wurde. Als die Ausstellung im Jugendhaus von Calw (Südwestdeutschland) gezeigt wurde, rückte Roeder mit 20, mit Schlagstöcken ausgerüsteten, Steine und Flaschen werfenden Schlägern auch hier an; die demokratischen Jugendlichen waren aber vorgewarnt und auf dem Posten, und Roeder mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Ein enger Kumpan von Roeder ist Thies Christophersen aus Kälberhagen in Schleswig-Holstein. Er ist Chef einer faschistischen „Bauern- und Bürgerinitiative e. V.“ – für diese gibt er eine Zeitschrift „Die Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit“ heraus, in der nazistisches und rassistisches Gedankengut eifrig gepflegt werden. Zusammen mit Roeder gab Christophersen, der zur SS-„Wachmannschaft“ (= Mordkommandos!) im Vernichtungslager Auschwitz (!!) gehört hatte, das Hetzpamphlet „Die Auschwitz-Lüge“ heraus, in der die Vernichtung der Juden bestritten und die millionenfachen Opfer des Nazismus verhöhnt wurden.

Christophersen trat auch als Veranstalter auf, als am 10.11.74 im Hamburger „Haus des Sports“ sich rund hundert (!!) Faschisten in Nazi-Kostümen, mit „Hitler-Gruß“ und unter einer Hakenkreuzfahne zusammenrotteten. Redner dieses Treffens war Gerhard Lauck, Vorsitzender einer Nazipartei „NSDAP“ in den USA, der sich zum Thema äußerte „Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren“, und der eifrig aus Hitlers „Mein Kampf“ zitierte. In der BRD wie auch in Österreich, so verkündete Lauck, sei die NSDAP wieder gegründet worden, würden „geheime Parteizellen“ aufgebaut. Roeder-Freund Christophersen erklärte: *„Wir können eine NSDAP offiziell erst gründen, wenn ein neuer Führer da ist.“*

Die Polizei konnte gegen diese kriminelle Zusammenrottung (Volksverhetzung, Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen etc.) angeblich nicht einschreiten, weil es sich um eine „geschlossene Gesellschaft“ gehandelt habe.

Es zeigt sich hier wieder einmal, wie der Staat die ärgsten faschistischen Umtriebe abdeckt und im „Ernstfall“ (wie bei der Frankfurter Provokation) den Faschisten sogar mit Polizeischutz zur Seite steht, damit sie ihre rassistischen, faschistischen Hetz- und Mordparolen auch wirklich ungestört verbreiten können. ●

Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg

„Was ist am Faschismus so sexy?“

Unter dieser unglaublichen Fragestellung berichtete der „Spiegel“ (8/75) über eine neue Welle von Filmen, deren Regisseure sich anscheinend vorgenommen haben, uns den Faschismus durch Sex („menschlich“?) näherzubringen. Die Filme laufen demnächst in den westdeutschen Kinos an.

Regisseure, die in der Film-Scene teilweise als „fortschrittlich“ galten – Godard, Truffaut, Fellini, Bertolucci, Reitz, Kluge, um nur einige zu nennen – haben sich der berüchtigten „Nostalgie“ verschrieben. Ein Großteil dieser Filmemacher hat seine irgendwann vielleicht mal vorhandenen fortschrittlichen Ambitionen in den Wind geschlagen und sich üblen Themen zugewandt: Filme, in denen die brutale, terroristische Herrschaft der Faschisten verharmlost und durch Ablenkung auf sexuelle Ausschweifungen faschistischer Schergen „verniedlicht“ und beschönigt wird.

Der „Spiegel“ spricht dabei (scheinbar als „kritischer“ Betrachter) von einer neuen Welle im internationalen Film, der *„Erotisierung des Faschismus“*.

Und weiter: *„Die nostalgische Kino-Stimmung macht offensichtlich auch die Überwindung der ‚Berührungsangst‘ gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus zu einer bequemen bis delikaten Ablenkung, die oft in blinde Faszination und zynische Vermarktung umschlagt“* („Spiegel“).

Die „New York Times“: *„Seit über einem Jahr ... insistieren Filme, daß die Vergangenheit schöner war als die Gegenwart“*. Der „Spiegel“ zu diesem Zitat: *„Auch aufregender, sinnlicher, ausgelassener, nicht zuletzt die Jahre des Faschismus“* (!!!).

Und die italienische Regisseurin Cavani (ehemals kritisch, angeblich gar „marxistisch“ angehaucht), deren Film „Der Nachtportier“ jetzt in westdeutschen Kinos anläuft – der angeblich erfolgreichste (? !) italienische Film von 1974 – bringt es fertig zu sagen:

„Ich finde die SS-Uniform sehr erotisch“. Ihr Film „Der Nachtportier“ behandelt die Geschichte einer perversen Beziehung zwischen einer KZ-Insassin und deren faschistischem Schinder, die sich Jahre später treffen und versuchen, die damalige Situation im KZ künstlich wiederherzustellen. Was für ein Abschaum!

Wofür haben sich diese Regisseure bloß hergegeben! (Siehe auch den Film von Reitz/Kluge „Die Reise nach Wien“, der kürzlich im Fernsehen lief, zu dem sogar der „Spiegel“ sagt, daß er das Dritte Reich *„in eine bumsfidele Kostüm-Boutique im Nostalgie-Look (verwandelte), in der es meist herging wie in einer Ufa-Klamotte“*.

Wieder einmal wird klar, weshalb die bürgerlichen „Kultur“-Ideologen systematisch die „schöne Vergangenheit“ heraufbeschwören: Um den Faschismus wieder hoffähig zu machen!

In dieser Reihe sind u. a. auch zu sehen:

– die Bücher- und Illustrierten-Schwemme, die über das „Dritte Reich“, Hitler usw. „berichteten“, deren Autoren sich bemühen, den Faschismus als: „gar nicht so schlimm“ oder gar als: „das waren noch Zeiten“ zu verherrlichen.

– Fernsehsendungen wie die „Geschichte der ‚Waffen-SS‘“ im 3. Programm. Die „Waffen-SS“ wurde im „Stern“ angekündigt als die *„umstrittenste Truppe der Welt“*; berichtet wurde in den Filmen vom *„Glanz (?) und Elend (!?), vom Ruhm und Ende der Waffen-SS“* (siehe hierzu auch AK 54).

– Filme über „Recht und Ordnung“, die die Notwendigkeit der „Selbstverteidigung“ („Bürgerwehr“!) gegen „Verbrecher“ (vor allem Jugendliche und Neger) propagieren, wie z. B. „Ein Mann sieht rot“.

– Und jetzt das (vorläufig) letzte: „Erotische“ Filme über die NS-Zeit, die auf die widerwärtigste Weise versuchen, den heutigen Menschen die Faschisten „nahe zu bringen“ durch „rein menschliche“, sprich sexuelle Probleme.

Es ist zu erwarten, daß Filme wie der „Nachtportier“ ähnlich „einschlagen“ werden wie „Ein Mann sieht rot“. Die Propagandatrommel wird schon eifrig gerührt. Mit großen Vorankündigungen in lokalen Zeitungen, mit Artikeln wie im „Spiegel“, mit Ankündigungen wie: „Der umstrittenste Film des Jahres“, „Am ‚Nachtportier‘ gemessen ist der ‚Letzte Tango in Paris‘ nur ein Disney-Programm“ usw. wird das Interesse und die Neugierde auf diesen „außergewöhnlichen“ Film geweckt.

Für alle Antifaschisten kann das nur heißen: breite Diskussion mit Kollegen, Freunden etc. über die Funktion solcher Filme. ●

Metallzelle KAG Göttingen

Lüneburg:

– Den „Kultur"faschisten auf der Spur –

Sie halten regelmäßige nächtliche „Totenehrungen" ab und veranstalten Fackelumzüge. Sehr mystisch geht es zu, wenn sie sich zur „Pflege von Kultur und Gemeinschaftsleben" in der Volkshochschule oder – wenn möglich – im Baltischen Haus treffen. Sie bezeichnen sich als „Schicksalsgemeinschaft zur Selbsthilfe der Deutschen" und „Gemeinschaft der Volkstreue". Die „verschworene Gemeinschaft" dieser „honorigen" Damen und Herren trägt den Namen „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes".

Gegründet wurde das „Kulturwerk" 1950 vom ehemaligen Hauptschriftleiter in der Reichsleitung der NSDAP, Mitglied des Kulturkreises der obersten SA-Führung, Senator der NS-Akademie der Dichtung, Dr. Herbert Böhme. Im Oktober letzten Jahres schworen sich die Leiter des „Kulturwerks" bei der Kranzniederlegung, „Herbert Böhmes Werk weiterzuführen".

Wie sie das tun, kann man z.B. an der von ihnen vertriebenen „Kultur"zeitschrift ‚Klüter Blätter' („Deutsche Sammlung", Sitz der Redaktion München) sehen. Neben relativ „unpolitischen" Schwafelartikeln über den deutschen Philosophen Kant *(„Kant und der europäische Geist")* etc. finden sich Artikel, in denen der *„Opfergang deutscher Jugend"* (die Verheizung junger Soldaten im 1. Weltkrieg) gefeiert oder der *„ewige Deutsche"* beschworen wird. Vor allem aber enthält die Zeitschrift zahlreiche Buchbesprechungen und Buchanzeigen, die äußerst aufschlußreich sind: Bevorzugtes Thema ist die Reinwaschung des deutschen Imperialismus von der Schuld am 2. Weltkrieg und die Verherrlichung der nazistischen Kriegsverbrechen *(„Bildband der Waffen-SS")* sowie „objektive" Schilderungen Hitlers *(„Nach so viel Tendenzliteratur endlich wieder die mutige und redliche Aussage eines Augenzeugen"*, wird z.B. die Hitler-Biographie seines Hof-Photographen Hoffmann angepriesen!); auf einer Seite werden empfohlen: **„Mussolini ohne Maske"** (von seiner Frau Rachele), **„Zeichen der Zeit"** (vom ehemaligen Geheimdienstchef Gehlen) und **„Der Archipel Gulag"** (von dem Antikommunisten Solschenyzin).



Solchen „Kulturfreunden" stellt die Stadtverwaltung von Lüneburg natürlich gern die Räume der Volkshochschule (!) zur Verfügung. Außerdem wird das „Kulturwerk" auch noch durch Propagandaartikel und Veranstaltungshinweise von der „Lüneburger Landeszeitung" unterstützt.

Auch finanziell geht es dem „Kulturwerk" recht gut. Die Vermutung liegt nahe, daß die „Schicksalsgemeinschaft" über sehr finanzstarke Sympathisanten verfügt. Alle zwei Jahre verleiht man den „Schillerpreis des deutschen Volkes" (10.000 DM!), den „Schiller-Jugendpreis" (2.000 DM!) und etliche „Ehrenringe" für „kulturelle Leistungen". An wen gehen diese Preise?

1960 erhielt den „Ehrenring dem Deutschen Gedicht" z.B. der Edelnazi Dr. Hans W. Hagen. 1937 in die NSDAP eingetreten und nach der Niederschlagung des Stauffenberg-Putsches vom 20. Juli zum Hauptmann befördert, war Hagen „Pressesachverständiger im Goebbelsministerium und nach 1945 Publizist der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten" (nach: „Braunbuch"). Die Liste der ehemaligen Nazis, die im „Kulturwerk" zusammenarbeiten, würde wohl eine ganze Akte ergeben.

Es liegt auf der Hand, daß das „Kulturwerk" in erster Linie die Mittelschichten und nicht so sehr die Arbeiter und Angestellten ansprechen will. Während die NPD mit sozialer Demagogie die Notlage der arbeitenden Bevölkerung für sich auszunutzen versucht, wendet sich das „Kulturwerk" vorwiegend an die reaktionärsten Teile der bürgerlichen Intelligenz.

Zur Methode dieser faschistischen Organisation gehören auch die regelmäßigen pseudowissenschaftlichen oder „kulturellen" Film- und Vortragsabende. Hierzu ein Beispiel:

Am 14.1. veranstaltete das „Kulturwerk" in Lüneburg einen Filmabend zum Thema „Das große Gleichgewicht". Etwa 40 ältere Leute waren zusammengekommen. Zuerst wurden Filme über Umweltverschmutzung gezeigt. Anschließend „erörterterte" man ausgiebig, „wie Deutschland vorm Untergang bewahrt werden" könnte. Am bezeichnendsten ist wohl folgendes Zitat: „Wir alle wissen, daß im Ostteil unseres Landes die Seen klarer, die Luft reiner und die Wiesen grüner sind, als bei uns. In der BRD hat die Umweltverschmutzung aufgrund einer überdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte schon ein höchst alarmierendes Stadium erreicht. Meiner Meinung nach kann Deutschland nur durch einen Ausgleich der Bevölkerungsdichten zwischen Ost- und Westdeutschland gerettet werden." Hier wird also genau an die faschistische „Lebensraum"-Ideologie angeknüpft, mit der schon einmal ein imperialistischer Raubkrieg vorbereitet wurde.

Folgendes erscheint uns noch bemerkenswert: Auf der Faschistenveranstaltung trafen wir auch einen Lehrer einer Lüneburger Schule (Johanneum) an. Seine Anwesenheit war jedoch keine Überraschung, sondern nur ein weiterer Mosaikstein im Bild dieses Reaktionärs. Studienrat Göske, bezeichnenderweise Mitglied der CDU, war uns dadurch bekannt, daß er Schüler durch Haareziehen, Schlagen mit Büchern u.ä. brutal diszipliniert.

Für die Lüneburger „Landeszeitung" schrieb Göske übrigens einen ausführlichen Propagandaartikel über die Filmveranstaltung des „Kulturwerks".

Wer weiß, über welche Regionen des öffentlichen Lebens sich das Netz dieser Faschisten-Organisation noch erstreckt! Daß es sehr weitreichend ist, geht schon daraus hervor, daß das „Kulturwerk" mittlerweile etwa 180 Unterorganisationen, sogenannte „Pflegestätten", überall in der BRD hat!

Vom 14. bis 17. März finden in Lüneburg die „Kulturtage der norddeutschen Pflegestätten" statt. Wir werden uns Mühe geben, ihnen einen „gepflegten" Empfang zu bereiten! Dem Faschismus keinen Fußbreit!! ●

KB-Sympathisantengruppe/Lüneburg

Faschistisches Elternbündnis in Bremen:

„Die Arbeiter sind schuld an Schulmisere und Numerus Clausus"

Am 18.2. inszenierte der „Bremische Elternverein e.V." eine Veranstaltung unter dem Thema „Gesamtschule – die Regelschule der Zukunft". Dieses Thema lockte immerhin ca. 300 Besucher an – in der überwiegenden Mehrzahl offensichtlich Eltern aus Bremer Bourgeois-Vierteln. Hauptredner war ein Herr Professor Hitpass aus Köln, der sich schon seit längerer Zeit einen Ruf als übler reaktionärer Einpeitscher gegen jegliche Schulreform erworben hat – und dafür jetzt vom Staat damit belohnt wird, neue Auswahlkriterien „erforschen" zu dürfen, nach denen die Studienbewerber für die mit totalem NC belegten Hochschulen ausgewählt werden sollen. Daß diese Kriterien extrem arbeiterfeindlich sein werden, kann nach dieser Veranstaltung mit Sicherheit vorhergesagt werden.

Der „Bremische Elternverein" – der natürlich als „gemeinnütziger Verein" anerkannt ist – hat sich eindeutig zum Ziel gesetzt, die reaktionäre Formierung an der Schule voranzutreiben. Obwohl er noch relativ jung ist, beweist der recht starke Zulauf zu der Veranstaltung, daß er schon viele Anhänger hat. Es kann vermutet werden, daß er „vertrauensvoll" mit der „Aktion Kritischer Schüler" (AKS) – das ist die bremische Variante zur stockreaktionären Schülerunion der CDU – und dem Philologenverband zusammenarbeitet. Das Thema der Veranstaltung war als Provokation gedacht.

Denn von der „Schulreform" à la SPD, deren sichtbarster Ausdruck die Gesamtschule als Regelschule sein sollte, ist in Wirklichkeit nichts mehr übrig.

Konnte die Gesamtschul-Konzeption bei vielen demokratischen Eltern, Schülern und Lehrern noch den frommen Glauben erwecken, der Staat sei ernsthaft bemüht, Chancengleichheit für Arbeiterkinder, fortschrittliche Unterrichtsinhalte und -methoden zu verwirklichen, machen die realisierten Gesamtschulprojekte überdeutlich, was die Kapitalisten und ihr Staat unter „Reform" verstehen:

Die Gliederungsprinzipien der Gesamtschule (Primarstufe, Orientierungsstufe, Sekundarstufe I und II) waren für sie von Anfang an Mittel, eine gigantische Rationalisierung zu erproben, die jetzt für das gesamte Schulsystem in Angriff genommen wird. Diese sogenannte Schulreform bringt in der Hauptsache eine Verschärfung der Selektion: in jeder Stufe kann je nach Bedarf gesiebt werden. Für Schüler und Lehrer bedeutet das den Zwang zu erheblich mehr Büffelei und den organisierten Versuch, alle Ansätze für eine Wahrnehmung ihrer demokratischen Interessen zu zerschlagen.

Eine tatsächlich politisch fortschrittliche Arbeit im Sinne der stolzen Konzeptionen ist in den seltensten Fällen drin. Gerade den wenigen Gesamtschulen, die in diese Richtung erste Gehversuche machen, wird in der Regel sehr schnell der Geldhahn für die notwendige Bereitstellung der materiellen Voraussetzungen und des Personals zugedreht.

Wo dennoch Lehrerkollegien und Schülerschaft unter unglaublichem Arbeitsaufwand versuchen, trotz mieser Bedingungen eine bessere und gerechtere Schule zu verwirklichen, werden neuerdings mit Vorliebe alte, gestandene, reaktionäre Pauker zwangsweise eingeschleust und dafür Linke, die freiwillig an diese Gesamtschulen gehen wollen, abgelehnt.

Die Tatsache, daß die Entwicklung in der Bildungspolitik gerade nicht auf eine Demokratisierung hinausläuft, sondern im Gegenteil auf kapitalistische Rationalisierung und reaktionäre Formierung, hinderte den Herrn Hitpass natürlich in keiner Weise, dennoch das Gespenst eines „kommunistischen Schulsystems" in schaurigsten Farben an die Wand zu malen. Dieser Kerl las hier und da einige Sätze von linkssozialdemokratischen Gesamtschulplanern vor, um seine These von der bevorstehenden Revolution an der Schule zu „erhärten".

So zitierte er den – wegen der reaktionären Schulpolitik des Senats – zurückgetretenen Westberliner Bildungssenator Evers, der eine Schule gefordert hatte, in der die Schüler mißtrauisch gegen jede Herrschaft gemacht werden und ihren eigenen Kopf zu gebrauchen lernen sollen. Über einen anderen Gesamtschulplaner – Prof. Gamm – sagte er: Der hat ja gefordert, in jeder Schule einen Raum einzurichten, in dem Schüler und Schülerinnen ungestört bumsen können. (!)

Aus diesen und ähnlichen Satzteilen schloß er messerscharf: *„Also ist die Gesamtschule ein politisches Mittel gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung." „Die Gesamtschule ist die Schule einer anderen Gesellschaft."*

Nachdem er die Bourgeois-Eltern über die düstere Zukunft ihrer schulpflichtigen Zöglinge „aufgeklärt" hatte, legte er erst richtig los. Er beklagte nämlich, daß in der Schule immer weniger geleistet werde – besonders natürlich an den Gesamtschulen.

Und weswegen? Weil heutzutage jeder Hinz und Kunz Abitur machen könne (!), weil die sozial-liberale Koalition ja partu die Massenbildung wolle (!!), weil Bildung kein Privileg mehr für die wirklich „Bildungsfähigen" (für ihn die Bourgeoisie) sei (!!!) und – Hitpass ist Psychologe – weil die Ganztagsschule und die Differenzierung in Leistungskurse die natürliche Eltern-Kind-Bindung zerstöre und die Schüler zu willenlosen Instrumenten kommunistischer Lehrer mache. (!!)

Für diese Hetztiraden holte er sich Schützenhilfe von einem amerikanischen Faschisten namens Jensen, der herausgefunden haben will, daß Arbeiterkinder einfach dumm sein müssen, denn: sie haben nicht so gut ausgebildete Gene (Erbanlagen) wie die Kinder der Bourgeoisie. (!!!!!) Diese Drecksarbeit von Jensen bezeichnete Hitpass als „Jahrhundertwerk" und empfahl es dringend zu lesen.

Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt, die Bourgeois-Eltern darüber zu belehren, wer der eigentliche Schuldige an der Schulmisere und NC und drohendem „akademischem Proletariat" sei: die Arbeiterklasse. Denn deren Kinder *„verstopfen die Schule und Universität"*; deren Kinder *„drängen in die Führungspositionen dieser Gesellschaft"*; sie nehmen den Bourgeois-Söhnchen die ihnen von Gott zugedachten Positionen weg!

Was dieses Faschistenschwein fordert, ist die Rückkehr zur alten Eliteschule, an der ausschließlich der Nachwuchs der Kapitalisten und ihrer engsten Freunde lernen darf. Die Arbeiterkinder gehören nach seinem Konzept in die Fabriken oder – wenn sie nicht wollen – in Arbeitslager, wo sie dazu gezwungen werden. Für sie ist Lernen nicht erwünscht. So kann man sie besser ausbeuten.

Gleichzeitig konnte der Vortrag als eine wenig versteckte Aufforderung zum Progrom an der Arbeiterklasse verstanden werden.

Die überwältigende Mehrheit der Besucher klatschte fanatisch; die wenigen Demokraten, denen das Kotzen angekommen war und die nicht klatschten, wurden feindlich gemustert.

In der folgenden „Diskussion" gab es auch einige kritische Stimmen. Das bezeichnende war aber, daß diese Kritiker die eindeutig faschistische Hetze nicht begriffen hatten: sie versuchten nur ganz vorsichtig, an einzelnen Punkten „sachliche Kritik" zu üben nach der Art: so schlimm ist die Gesamtschule doch gar nicht, sie hat doch auch ihre Vorteile. Den Vogel dabei schoß der Referent für Gesamtschulen beim Bremer Bildungssenator ab: er bot dem „Elternverein" eine „sachliche Auseinandersetzung" an! Dafür hatte der natürlich nur ein höhnisches Gejohle übrig.

Bei diesem ungünstigen Kräfteverhältnis wäre es richtig gewesen, gar nichts zu sagen. Es muß aber unsere dringende Aufgabe sein, den Machenschaften des „Elternvereins" umfassend auf die Schliche zu kommen, vor allem ihren praktischen Aktivitäten an den Schulen. Wir müssen rausbekommen, wer die Drahtzieher für dieses faschistische Bündnis sind. Und wir müssen bei ähnlichen Aktivitäten – die sich in Zukunft zweifellos verstärken werden – versuchen, eine breite demokratische Front zusammenzubringen mit dem Ziel, solche Veranstaltungen zu verhindern. ●

KB/Gruppe Bremen

Ein neuer Himmler-Freundeskreis ...

Im Zusammenhang mit den verstärkten Vorbereitungen des westdeutschen Imperialismus auf eine stärkere Diktatur nach innen und einen immer offensichtlicheren Kriegskurs nach außen (Nato-Aufrüstung, Naher Osten usw.) muß eine Nachricht aufhorchen lassen, die Ende letzten Jahres in der DDR-Zeitschrift „IPW-Berichte" zu lesen war (Nr. 12/74; IPW = Institut für Internationale Politik und Wirtschaft). In einem Artikel unter der Überschrift „Neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa" wurde dort von der im vergangenen Jahr erfolgten Gründung eines „Clubs der Freunde des Heeres" (CFH) berichtet. Zum Gründungskreis dieses Clubs gehören u.a.:

- **der Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände Georg Juraschek;**
- **der Hauptgeschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigung", E.J. von Freyend;**
- **der Direktor der Mannesmann AG, Wilhelm Lorenz;**
- **Generalleutnant a.D. Herbert Sonneck, ehemaliger Chef des Heeresamtes der Bundeswehr;**
- **Oberstleutnant Otto W. Traem, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Heeresamt;**
- **Walter Schmidt, Redakteur der CDU-nahen ‚Kölnischen Rundschau";**
- **Franz Wördemann (CSU), Chefredakteur des „Münchner Merkur" und Fernsehkommentator; er ist der Vorsitzende des CFH.**

Außerdem gehören z.B. noch Konzernvertreter von Krupp, AEG und Honeywell diesem Kreis an.

Nach den ‚IPW-Berichten" (die ihre Information wiederum vom Westberliner „Extra-Dienst" vom 7.6.74 beziehen) ist es das erklärte Ziel des CFH, *„den Militärs die Möglichkeit verstärkter politischer Einflußnahme zu verschaffen"*.

Dieser CFH ist also beileibe nicht „nur" ein militaristischer Traditionsverband, von dem es auch schon etliche in unserem Land gibt, und er fügt auch nicht „einfach" dem bestehenden Spektrum rechtsradikaler und faschistischer Vereinigungen eine weitere hinzu (wie es im Zusammenhang des Artikels in den ‚IWP-Berichten" erscheint). Hier geht es offenbar, wenn man sich allein den Gründerkreis anschaut, um sehr viel mehr: **der CFH stellt eine Kommandozentrale für den Aufbau einer imperialistischen Kriegspolitik und Kriegswirtschaft dar.** Das besondere Kennzeichen dieses „Clubs" ist, daß die Schaltdrähte zwischen dem Großkapital, den Militärspitzen und der reaktionären Presse kurzgeschlossen werden – selbst über die (derzeit sozialdemokratische) Regierung des kapitalistischen Staates hinweg.

Erinnern muß man sich deswegen in diesem Zusammenhang an den „Himmler-Freundeskreis" unter der Nazi-Diktatur, der ähnliche Funktionen erfüllte, und ja schon vor 1933 seinen Vorläufer im sogenannten „Keppler-Kreis" hatte (Wilhelm Keppler, ein Kapitalist, war seit Dezember 1931 Wirtschaftsberater Hitlers).

Der westdeutsche Imperialismus schafft sich heute wieder auf allen Ebenen die Instrumente für eine räuberische Kriegspolitik – legen wir dem Imperialismus das Handwerk, ehe er wieder das eigene Land und andere Länder mit Blut und Tränen überschwemmt! ●

KB/Gruppe Frankfurt

Bundeswehr als „Freund und Helfer"

Die Bundeswehr, die in den letzten Jahren mehr und mehr auf ihre „Aufgabe im Innern" orientiert wird, ist gezwungen, in der Bevölkerung den Boden für die Erfüllung dieser Aufgabe vorzubereiten. In zunehmendem Maße versucht sie, wie auch die Polizei, sich gegenüber der Bevölkerung in die Schale des volksnahen „Partners und Helfers" zu werfen – und das natürlich auf dem Rücken der einfachen Soldaten. Ein Beispiel dafür ist ein Arbeitseinsatz unserer Kompanie (Panzerpionierkompanie 70 in Stade) im Nachbardorf Agatenburg.

Unseren Kompaniechef kostete es ein Lächeln, uns einfache Soldaten aber viel Schweiß und kurze Nächte, einen Auftrag der Stader Kreisbürokratie anzunehmen, einen Sportplatz für den Agathenburger Sportverein zu bauen. Der Arbeitseinsatz wurde kurzerhand auf den Dienstplan gesetzt und um ein möglichst gutes Bild zu machen, sollte alles so schnell wie möglich über die Bühne gebracht werden: In Schichten sollte bis 24.00 Uhr (!!) durchmalocht werden – und das über eine Woche lang! Der „Lohn" für diese Schwerstarbeit (der Sportplatz wurde im Wald gebaut, und es mußten Dutzende von Bäumen abgeholzt werden) war reichlich: blaue Flekken, verschmutzte Arbeitsanzüge, verkürzter Schlaf. Auf der anderen Seite wurden allerdings zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: der imperialistische Militärapparat konnte sich auf Kosten der Kameraden mal wieder von der besten Seite zeigen, und die Kreisbürokratie kann bei den nächsten Wahlen stolz auf das verweisen, was sie mal wieder für die Bevölkerung getan hat. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch die Absicht der Militaristen, die Soldaten durch solche Einsätze im Zivilbereich an ihre zukünftige Streikbrecherfunktion zu gewöhnen. ●

Gruppe Nord
der Bezirksorganisation Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

Boehm-Kaserne.
Hamburg-Rahlstedt:

Bundeswehr treibt Soldaten zum Selbstmord

Vor einigen Wochen nahm sich ein

Vor einigen Wochen nahm sich ein Soldat der 3/177 (Boehm-Kaserne, Rahlstedt) das Leben. Er erhängte sich in seiner elterlichen Wohnung.

Dieser Selbstmord geht eindeutig zu Lasten des Militarismus und erweitert damit die verbrecherische Mordstatistik um ein weiteres Opfer.

Der Gefreite war unter seinen Kollegen immer derjenige gewesen, der offensichtlich unter der tagtäglichen Schikane, dem Drill, entwürdigender Behandlung und Kasernierung am meisten zu leiden hatte. Dazu kamen private persönliche Probleme, die dann insgesamt zunächst dazu führten, daß der Gefreite immer mehr Alkohol konsumierte, bis er keinen anderen Ausweg mehr sah als den Freitod.

Seine unmittelbaren Vorgesetzten hatten sicher längst erkannt, daß ihre eigenen Unterdrückungspraktiken den Soldaten stark belasten würden bzw. daß es eventuell zu einer Kurzschlußreaktion kommen könnte. Die Pflicht dieser Schinder (nach dem Gesetzestext) wäre es gewesen, den Gefreiten „fürsorglich" zu unterstützen.

Aber so etwas von militärischen Vorgesetzten zu verlangen oder gar zu erwarten, hieße das ganze Wesen des Militarismus ad adsurdum zu führen. Eins ist sicher: die direkt Verantwortlichen werden nie zur Rechenschaft herangezogen werden.

Was hier unter Anklage steht, ist das ganze kapitalistische System und in diesem Fall insbesondere der Militarismus, der schon zu Friedenszeiten rücksichtslos über Leichen geht. Nicht allein, daß die Selbstmordquote unter Soldaten schon immer überdurchschnittlich hoch lag, dazu kommt, daß beinah täglich Soldaten im Dienst verunglücken, weil verantwortungslose Befehle gegeben werden, weil keine Sicherheitsvorschriften eingehalten werden, weil die Soldaten einfach überlastet werden usw. Bei Nato-Manövern oder beim Absturz der Bundeswehrmaschine über Kreta läßt sich das schlecht verheimlichen – von den anderen Unfällen wird entweder gar nichts bekannt, oder aber man muß die bürgerliche Presse mit der Lupe durchsuchen. ●

Bundeswehrzelle
im Metallbereich

Kampf dem Faschismus

Auch das Jahr 1975 hat mit umfangreichen terroristischen Aktivitäten der Faschisten begonnen. Zugleich wird die Faschisierung „von Staats wegen" vorangetrieben.



Viareggio – Massenmobilisierung gegen faschistische Bombenserie

Die westitalienische Küstenstadt Viareggio (bekannt als Urlaubsort und wegen des örtlichen Karnevals) war im Februar, während des Karnevals, Ziel einer faschistischen Bombenserie. Neun Bomben hatten die Faschisten von „Ordine Nero" (Schwarze Ordnung – diese Terrorgruppe ist für zahlreiche Anschläge verantwortlich, so vor allem auf den D-Zug Rom–München am 4.8.74, wobei zwölf Menschen verbrannten) angekündigt.

Die erste Bombe explodierte in Viareggio am 5.2. vor dem Haus eines antifaschistischen Studenten. Am 6.2. explodierten zwei Bomben vor den Büros der Sozialistischen (PSI) und Kommunistischen Partei (PCI). Am 7.2. explodierte eine Bombe in einer Telefonzelle; am selben Tag wurden zwei Bomben in der Gepäckaufbewahrung des Bahnhofs gefunden. Am 9.2. wurde ein Faschist entdeckt, als er eine Bombe in eine Bar unter einem PCI-Büro schmuggeln wollte – diese Bombe hätte im Fall der Explosion zweifellos ein Blutbad ausgelöst.

Am 8.2. explodierte eine Bombe in einer kleinen Kirche im Hafenviertel (Darsena). Am 10.2. explodierten zwei Bomben in Darsena, während gerade der Karnevalsumzug des Stadtteils stattfand. Am 11.2. explodierte eine Bombe während des grossen Karnevalsumzugs von Viarregio in einem Grünstreifen am Rande der Promenade. Am 13.2. explodierte die neunte Bombe, an der Bahnlinie Pisa–Genua.

Wie schon in Savona (berühmt wegen seiner Partisanen-Tradition), das die Faschisten im letzten November mit einer Bombenserie terrorisiert hatten, gab es auch in Viareggio eine breite anti-Generalstreik, Massendemonstrationen, vor allem aber die tagelange Belagerung des MSI-Büros durch eine tausendköpfige Menge. Der christdemokratische Bürgermeister von Viareggio sah sich schließlich veranlaßt, das Mörder-Nest zu schließen – mit der unverschämten „Begründung", „um die Bewohner des Gebäudes zu schützen, in dem sich das ständig von Linksextremisten bedrohte Büro der MSI befindet". Während sich die revolutionäre Linke die Forderung der konsequentesten Teile der werktätigen Bevölkerung zu eigen machte und (wie schon in Savona) die Aufstellung antifaschistischer Wachtrupps organisierte, wollten die Revisionisten der PCI „gemischte" Wachen aufstellen lassen (d.h. praktisch die Beteiligung von „Bürgern" und Polizeistreifen etc.); die Christdemokraten lehnten natürlich j e d e Beteiligung der Bevölkerung ab – der „Schutz" der Bevölkerung müsse ausschließlich Sache des Staates bleiben.

Weitere Bomben

Zwei Bomben ließen die Faschisten im Februar auch wieder in Savona – Ziel der Bombenserie im vergangenen November – explodieren: Am 24.2. vor der Präfektur (acht Verletzte) und einen Tag später an einem Leitungsmast in der Nähe der Stadt.

Mehrere Anschläge verübte eine Faschistenbande in der Toskana: So am 31.12.74 auf eine Bahnlinie in der Nähe des Bahnhofs von Arezzo, am 2.1. auf einen Leitungsmast bei Pistoia, am 6.1. einen Anschlag auf die Bahnlinie Florenz–Rom bei Cortona (nahe Arezzo), am 9.1. wurde eine Bombe an einer Bushaltestelle in Pistoia gefunden.

Am 24.1. wollten drei Polizisten in Empoli (nahe Florenz) den vermutlichen Chef dieser Bande, Mario Tuti, festnehmen. Tuti konnte unter einem Vorwand einen Nebenraum aufsuchen, von wo er eine Maschinenpistole holte: zwei der Polizisten wurden von ihm erschossen, der dritte schwer verletzt. Tuti konnte flüchten. An Protestdemonstrationen nahmen daraufhin 30.000 Menschen im Empoli, 50.000 in Florenz, 5.000 in Pistoia, 3.000 in Pisa teil.

Am 12.1. wurde eine Bombe im Mailänder Justizpalast gefunden. Verantwortlich zeichnete eine faschistische Terrorgruppe namens „Legione Europea"; sie hatte schon drei andere Anschläge innerhalb der beiden letzten Monate in Mailand verübt.

Am 15.1. unternahmen Faschisten einen Bombenanschlag auf das Büro eines Rechtsanwalts, der Mitglied des „Soccorso Rosso" (Rote Hilfe) ist und verschiedentlich revolutionäre Genossen vor Gericht vertreten hat.

Am 16.1. flog in Ostia (bei Rom) ein Faschist mit einer Bombe in die Luft, die er offenbar gerade irgendwo plazieren wollte.

Am 4.2. explodierte eine Bombe in einer Schule von Brescia, das im letzten Jahr Schauplatz eines faschistischen Blutbads war, als eine Bombe während einer Gewerkschaftskundgebung explodierte (acht Tote). 8.000 Menschen nahmen diesmal an einer Demonstration gegen den neuen faschistischen Anschlag teil, der zum Glück niemanden verletzt hatte.

Am 11.2. wurde das Büro des „Antifaschistisch-antiimperialistischen Komitees" (der revolutionären Linken) in Venedig durch eine Brandbombe weitgehend zerstört.

In der Nacht des 12.2. verübten Faschisten, die mit einem Auto durch Rom fuhren, vier Bombenanschläge: gegen zwei Polizei-Stellen, gegen das Auto eines Richters und gegen das Auto eines Genossen von „Lotta Continua". Einer der Täter konnte erwischt werden – ein typisches Beispiel für das Fußvolk des faschistischen Terrorismus: ein Arbeitsloser aus Neapel, der aus einer verelendeten Familie mit sieben Kindern kommt, für die Bombenwerferei mit 50.000 Lire (200 Mark) erbärmlich abgespeist.

Überfälle

Den brutalsten Mordanschlag verübten die Faschisten am 14.2. auf Lazio Galluppi, Regionalrat der PSDI, dem linken Flügel dieser rechts„sozialdemokratischen" Partei zugehörig. Galluppi kam mit dem Auto von einer politischen Veranstaltung, als ihm Faschisten eine Brandbome durchs Fenster ins Auto warfen. Galluppi konnte mit schweren Verbrennungen von seiner Frau aus dem Auto gezerrt werden, während dieses total ausbrannte. Galluppi war schon vor zwei Jahren nach einer antifaschistischen Kundgebung überfallen und zusammengeschlagen worden.

Am 4.1. wurde der Student Gianni Macchi, Sympathisant der vergleichsweise kleinen linken Organisation „Avanguardia Comunista" (nicht zu verwechseln mit „Avanguardia Operaia") von Faschisten niedergeschlagen und erlitt dabei einen Schädelbruch.

Am 7.1. wurde ein Genosse der PCI in Neapel überfallen.

Am 17.1. wurden zwei Genossen beim Plakatekleben in Neapel von Faschisten überfallen, der eine lebensgefährlich verletzt.

Am 22.1. wurde in Mailand Sandro Galbiati, Arbeiterpriester, Genosse der PDUP/„manifesto", niedergestochen.

Am 9.2. wurde in Catanzaro (Süditalien) ein Genosse vor dem Büro von „Lotta Continua" von Faschisten zusammengschlagen.

Am 10.2. wurde vor einer Bar in Turin eine Gruppe Arbeiter von Faschisten angegriffen, an deren Spitze ein Gemeinderat der neofaschistischen Partei MSI stand. Zwei Arbeiter wurden durch Schüsse verletzt.

Am 14.2. schossen in Rimini Faschisten auf die Wohnung eines Genossen und ein Büro der PDUP.

Am 19.2. griffen Faschisten ein Büro der PDUP in Neapel an und warfen Steine durch das Fenster.

Zu dieser durchaus unvollständigen Liste kommt vor allem noch eine Serie fast täglicher faschistischer Provokationen und Überfälle vor und in Schulen.

Die Polizei an der Seite der Faschisten

Die Duldung und Förderung der Faschisten durch den Staatsapparat ist längst kein Geheimnis mehr. So gab es während der Studentenwahlen und der Kampagne zum MSI-Verbot in den letzten beiden Monaten zahlreiche Fälle, wo antifaschistische Demonstrationen verboten und von der Polizei auseinandergeknüppelt wurden; wo faschistische „Kundgebungen" unter brutalem Polizeischutz stattfanden u.ä.

So konnte am 22.12.74 sich in einem Arbeiterviertel von Rom der Mörder Pino Rauti, Abgeordneter der MSI, früher Chef der Terrororganisation „Ordine nuovo" (Vorläufer von „Ordine nero"), wahrscheinlich Mitverantwortlicher des Bombenanschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank am 12.12.69 (16 Tote) unter Polizeischutz mit 200 Faschisten zusammenrotten . Antifaschistische Demonstranten wurden von Polizei und Faschisten Seite an Seite angegriffen, viele Genossen festgenommen.

Am 4.2. verhinderten einige Tausend Studenten ein faschistisches Auftreten in der Universität von Rom. Als die Studenten auch die Forderung der Polizei ablehnten, „symbolisch" drei Faschisten reinzulassen, schossen die Bullen wild in die Menge und verletzten mehrere Studenten.

Am 8.2. schossen Bullen und Faschisten auf eine Demonstration für das Verbot der MSI in Catanzaro.

Am 17.2. schoß die Polizei vor der Universität von Catania (Sizilien) auf antifaschistische Studenten.

Am selben Tag überfielen Faschisten in Rom einen Genossen, der die „Unità" (Tageszeitung der PCI) in der Tasche hatte, und überfielen anschließend eine Studentendemonstration. In eine Bar zurückgetrieben, machten die Faschisten wenig später gemeinsam mit der eingetroffenen Polizei Jagd auf die Genossen. Bullen und Faschisten gaben zahlreiche Schüsse ab. Einzelne Genossen wurden mit Schlagringen, Baseballschlägern etc. zusammengeschlagen.

Der „Staatsfaschismus"

Zugleich mit dem anhaltenden und sich eher noch ausdehnenden faschistischen Terror hat die Faschisierung „von Staats wegen" einen neuen Aufschwung genommen. Gerade der faschistische Terror wird vom Staat als idealer Vorwand für die immer stärkere Militarisierung und Disziplinierung der Gesellschaft genommen (man müsse die Bevölkerung vor Anschlägen schützen usw.), während in der Praxis der Staat seine Prügelkommandos zum S c h u t z der F a s c h i s t e n vor dem Zorn aller Demokraten einsetzt.

Der Chef der Christdemokratie (DC), Fanfani, das reaktionäre „Stehaufmännchen" der offiziellen Faschisierung, hat nach mehreren Niederlagen (zuletzt im Scheidungsreferendum am 12. Mai 74) einen neuen Startversuch unternommen. Fanfani nahm die wachsende „Kriminalität" (natürliches Produkt der kapitalistischen Krise) zum Anlaß, um eine „Recht und Ordnung"-Kampagne einzuleiten: Die Polizei müsse verstärkt werden, die Prozesse müßten „vereinfacht" werden (weniger „rechtsstaatlicher" Klimbim...), die Strafen müßten verschärft werden. Denn der Bürger könne sich auf der Straße nicht mehr sicher fühlen usw.

Diese demagogische Kampagne soll offenbar einen neuen Versuch der Christdemokratie einleiten, sich vor den Regionalwahlen im Juni doch noch eine „Popularität" zu verschaffen, die den unaufhaltsamen Abwärtstrend der DC umkehren soll, indem kräftig das Geschäft mit der Angst betrieben wird.

In der Partei selbst hat Fanfani diese Linie durchsetzen können, ebenso wie seine Ablehnung des „historischen Kompromisses" (Zusammenarbeit mit der PCI). Allerdings ist er

scnen Kompromisses (Zusammenar-
arbeit mit der PCI). Allerdings ist er

dabei auf die Opposition der „Strömungen" Base (Basis) und Forze Nuove (Neue Kräfte) gestoßen, die nach Schätzungen bürgerlicher Zeitungen etwa 20 % der Partei vertreten. Ende Februar hatte Fanfani überdies Ärger mit dem movimento giovanile (Jugendorganisation der DC), das ihn als „verkalkt" bezeichnet hatte. Fanfani machte eine große Szene (er rannte grollend aus dem Versammlungsraum) und setzte es durch (gegen die Stimmen der Base und Forze Nuove), daß die Führung des movimento giovanile abgesetzt und durch ein höriges „Komitee" ersetzt wurde und daß außerdem das Höchstalter für die Mitgliedschaft in der Jugendorganisation von 27 auf 21 Jahre herabgesetzt wurde (was auf eine Halbierung der Jugendorganisation hinausläuft).

Auf der anderen Seite zeigt sich die „Polarisierung" innerhalb der DC in einem parlamentarischen Abstimmungsergebnis: Als im Parlament beschlossen wurde, die Immunität zweier MSI-Abgeordneter aufzuheben (sie hatten u.a. 1973 einen faschistischen Aufmarsch organisiert, bei dem ein Polizist durch eine Handgranate getötet wurde), stimmten 72 Abgeordnete anderer Parteien (DC und PSDI) zusammen mit den Faschisten dagegen.

Im Schatten der Kampagne gegen die „Kriminalität", für „Recht und Ordnung" hat das Parlament ein „Waffengesetz" beschlossen, das es der Polizei und Justiz u.a. erlaubt, willkürlich jeden Gegenstand (z.B. eine Fahnenstange) als „Waffe" zu deklarieren, und das den Besitz solcher „Waffen" mit harten Strafen bedroht. Dieses der Faschisierung dienende Gesetz passierte das Parlament bei Stimmenthaltung der revisionistischen PCI!

Ferner wird ein Gesetz vorbereitet, das die Polizei mit größeren Vollmachten ausstatten soll, u.a. durch Einführung einer „Vorbeugehaft". Auch hierzu nehmen die Revisionisten eine eher zweideutige Haltung ein (schließlich müsse man die ‚Kriminalität bekämpfen') statt klar gegen solche Gesetzpläne aufzutreten.

Die Steigerung der politischen Unterdrückung, die mit solchen Gesetzen beabsichtigt ist, läßt sich auch an ver-

schiedenen Urteilen der letzten Zeit gegen Genossen der revolutionären Linken ablesen:

- Zwei Jahre und sechs Monate gegen einen Genossen, der einen „Molotow-Cocktail" während eines Zusammenstoßes mit der Polizei geworfen haben soll,
- Ein Jahr und acht Monate gegen einen 16-jährigen Genossen in Catanzaro, der bei den Vorfällen am 8.2. einen „Molotow" geworfen haben soll,
- 1 Jahr und 4 Monate gegen Massimo Terracini, Genosse von „Lotta Continua", Sohn des unabhängigen linken Senators Umberto Terracini, weil die Faschisten behaupten, daß er bei den Vorfällen in Rom am 17.2. einen „Molotow" geworfen habe.

MSI fuorilegge! – Verbot der Faschisten!

Der faschistische Terror und seine Abdeckung durch den Staatsapparat erreichte Ende Februar/Anfang März in Rom einen neuen, bemerkenswerten Höhepunkt.

Anlaß war der Beginn des Prozesses gegen den Genossen Achille Lollo von ‚Potere Operaio' (‚Arbeitermacht'; eine spontaneistische, heute weitgehend unbedeutende Gruppe, die aber vor einigen Jahren noch relativ einflußreich war). Er wird wegen einer Brandstiftung im April 1973 in Primavalle (Vorort von Rom) beschuldigt. Damals waren in der Wohnung eines kleinen MSI-Funktionärs zwei seiner Söhne verbrannt.

„Beweise" gegen Lollo existieren nicht; dagegen spricht vieles dafür, daß die Brandstiftung das Ergebnis interner Auseinandersetzungen in den Reihen der Faschisten war.

Zu diesem Prozeß waren die übelsten faschistischen Gangster aus vielen Teilen Italiens nach Rom gereist, um den Prozeß in einem Klima der Einschüchterung und des Terrors stattfinden zu lassen und womöglich dessen Abbruch zu erreichen.

Bereits am ersten Prozeßtag, dem 24.2., sorgten Polizei und Faschisten gemeinsam dafür, daß nur einige Pressevertreter und ansonsten bloß Faschisten das Gericht betreten konnten, um den Prozeß zu beobachten. Vor dem Gericht standen hunderte von Antifaschisten und brachten ihren Protest zum Ausdruck. Polizei und Faschisten unternahmen immer wieder Angriffe auf die Genossen.

Dies wiederholte sich auch an den folgenden Tagen: Vor den Eingängen zum Gericht „Gesichtskontrolle" durch faschistische Schläger, gemeinsame Angriffe von Polizei und Faschisten auf die Genossen vorm Gericht; im Gericht Angriffe der Faschisten auf mißliebige Presseleute und auf Verteidiger des Genossen Lollo!

Am 28.2. „explodierte" die Situation: Nach schweren Auseinandersetzungen vor dem Gericht kam es später vor einem MSI-Büro, dem Rattennest der faschistischen Banden, zu einer Schießerei zwischen Faschisten und einer Gruppe von Genossen, wobei die Faschisten den Kürzeren zogen. Einer von ihnen, der griechische „Student" Mikis Mantekas, blieb tot auf der Strecke. Formal ein „Student" und Mitglied der faschistischen Studentenorganisation FUAN, war Mantekas schon lange als Agent des faschistischen griechischen Geheimdienstes KYP berüchtigt.

In den folgenden Tagen machten faschistische Banden unbehelligt von der Polizei größere Teile Roms unsicher. Sie griffen drei Büros der PCI an, versuchten einen ‚Sturmangriff' auf ein Büro der PDUP/‚il manifesto' (wo sie von den Genossen zurückgeschlagen wurden). Viele Geschäftsleute schlossen aus Angst ihre Läden; vor allem jüdische Geschäftsleute wurden gezielt eingeschüchtert. Eine faschistische Bande drang in ein Kino ein, schlug den Kassierer zusammen und nahm die Kasse mit.

Für die zahlreichen Belästigungen und Mißhandlungen von Passanten nur ein Beispiel: Ein junger Mann wurde auf der Straße von faschistischen Schlägern angepöbelt:

"Bist du Faschist?" Als er antwortete: „Ich interessiere mich nicht für Politik", wurde er mit dem Ruf „Dann bist du Kommunist" zusammengeschlagen.

Mehrere Tage zogen so die Faschisten, mit allen möglichen Mordwerkzeugen offen ausgerüstet, prügelnd, zerstörend und provozierend durch die Straßen, ohne daß die Polizei eingriff. Die bürgerlichen Parteien wärmten derweil die Lüge von den „Extremisten von links und rechts" auf.

Wie isoliert die Faschisten indessen in Wirklichkeit sind, zeigte sich vor allem bei der Beisetzung ihres toten Kumpans Mantekas, wo sie ganze 400 Menschen auf die Beine brachten – in einer Stadt, wo die MSI immerhin einige 100 000 Wählerstimmen erhalten hat.

So hat der offene faschistische Terror im Ergebnis die Massenbewegung für das Verbot der MSI gestärkt. Ging diese Bewegung zunächst von der revolutionären Linken aus (die Revisionisten lehnen die Forderung nach Verbot der MSI ab!!) so haben sich inzwischen in vielen Orten Italiens Mitglieder der reformistischen Parteien, alte Partisanenkämpfer, Gewerkschafter und ganze Partei- und Gewerkschaftsgruppen dieser Kampagne angeschlossen. ‚Prominentester' von ihnen ist wahrscheinlich Giorgio Benvenuto, Führer der einheitlichen Metallergewerkschaft FLM. ●



Demonstration für das Verbot der MSI



Während des Prozesses gegen den Genossen Lollo: Faschistische Schläger kontrollieren mit Duldung der Polizei den Zugang zum Gericht

Rhodesien sucht Killer in der BRD

RHODESIAN SECURITY AND GENERAL SERVICES

sucht für sofort oder später

300 ledige Männer aller Berufsgruppen

im Alter von 18—30 Jahren.

- Beste Bezahlung, langfristiger Vertrag
- 40 Tage Urlaub in einem Land mit hohem Freizeitwert
- Bei entsprechender Vorbildung ist eine Übernahme in höheren Verantwortungsbereich möglich
- Ausbildung zum Safaribegleiter erfolgt bei vollem Lohn in Rhodesien.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen und Angabe des Eintrittstermines unter Z 170490 an die SZ.



Rhodesien: „Anti-Guerilla-Einheiten" des Faschistenregimes im Einsatz – für derartige Unternehmen konnte in der BRD unbehelligt geworben werden

Rhodesien: „Anti-Guerilla-Einheiten" des Faschistenregimes im Einsatz – für derartige Unternehmen konnte in der BRD unbehelligt geworben werden

In den letzten Wochen (vor allem im Januar) konnten die Leser verschiedener bürgerlicher Zeitungen auf eine Annonce antworten, in der „Safari-Begleiter" für Rhodesien gesucht wurden.

Leute im Alter von 18 bis 30 Jahren konnten mit

- bester Bezahlung,
- einem langen Vertrag,
- 40 Tagen im Jahr Urlaub,
- Übernahme in den „höheren Verantwortungsbereich" und
- einer Ausbildung zum „Safari-Begleiter"

rechnen.

Für dieses nur schlecht getarnte Unternehmen zur Söldneranwerbung zeichnete ein gewisser Edgar Thelen verantwortlich, der als ehemaliger Oberfeldwebel der Bundeswehr sicher die von den rhodesischen Faschisten gewünschten „Qualifikationen" mitbringt.

Wie findige bürgerliche Journalisten jetzt herausbekamen, ist dieser Thelen kein unbeschriebenes Blatt:

- Als Vorgesetzter bei der Bundeswehr wollte er immer eine „saubere" Truppe. Um dieses selbstgesetzte Ziel zu erreichen, war er in der Wahl seiner Erziehungsmethoden nicht gerade zimperlich – sodaß er 1966 *„wegen Mißhandlung Untergebener zu vier Monaten Freiheitsstrafe (auf Bewährung) verurteilt"* wurde.
- Thelen träumte schon immer davon, eine Söldnertruppe aufzubauen und zu kommandieren, *„die überall dort zuschlägt, wo es gilt, andere Leute totzuschießen"*.
- *„Er wollte eine Privatarmee aufstellen, um für die Interessen der weißen Minderheit in Rhodesien zu fechten"* (dieses und die vorigen Zitate aus: „Stern", 27.2.75).

Der Faschist Thelen ist keineswegs ein „spleeniger Einzelgänger", sondern er handelt in direktem Auftrag der rhodesischen Rassisten! Nachdem er sich (offenbar ohne den gewünschten Erfolg) bei den Faschisten-Regimes in Mozambique und Südafrika um einen „Auftrag" bemüht hatte, tauchte Thelen schließlich in der rhodesischen Hauptstadt Salisbury auf, wo er Kontakt zur Armee herstellen konnte. Von Salisbury aus startete Thelen dann auch seine ersten Werbekampagnen.

Schließlich kehrte der *„Oberstleutnant Edgar D. Thelen"* (wie er sich mittlerweile nannte!) nach Westeuropa zurück und zog hier (über Deckadressen in Wien, Dornbirn, München, Freising und Brüssel) sein verbrecherisches Geschäft auf.

Die westdeutschen Behörden reagierten – wie immer bei der Verfolgung rechtsradikaler Verbrecher – auf Thelens Treiben nur mit großer Verspätung und bemerkenswerter „Vorsicht": Der Ex-Oberfeldwebel wurde zwar unter dem Verdacht eines Vergehens gegen den §109h des Strafgesetzbuches („Werbung für ausländischen Wehrdienst") in Untersuchungshaft genommen, seine *„Mitarbeiter dürfen die Werbearbeit aber weiterbetreiben (!)"* (lt. „Süddeutsche Zeitung" vom 14.2.75). ●

HSW-Betriebszelle KB/Gruppe Hamburg

HSW-Betriebszelle KB/Gruppe Hamburg

Weitere Abschiebungen von Ausländern geplant

Westberlin nimmt offenbar eine Vorreiterrolle bei der Verschärfung des Ausländerrechts ein. So ist das Recht auf freie Wahl des Wohnorts bereits eingeschränkt worden: In bestimmten Arbeitervierteln dürfen keine weiteren Ausländer mehr einziehen, weil es dort nach Meinung des Senats bereits zu viele gibt. „Die Deutschen fühlen sich in ihrer Heimat fremd", hetzt die CDU.

Die Bemühungen, möglichst viele Ausländer abzuschieben und die übrigen einzuschüchtern, haben jetzt eine neue Stufe erreicht. Einem ausländischen Studenten wurde die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung mit der Begründung verweigert, er habe zu wenig Geld. Auch als er darauf hinwies, daß er 400,– DM monatlich Stipendium erhält, blieb die Ausländerbehörde hart und antwortete, daß 400,– DM nicht ausreichen, denn die Studenten selbst hätten ja 600,– DM monatlich zum Leben gefordert. Deswegen muß er raus.

Als ob sie sich jemals darum gekümmert hätten, was das Studentenwerk fordert. Mit solcher Begründung könnten fast alle ausländischen Studenten, bis auf die Kinder reicher Eltern, rausgeschmissen werden. In einem Fall ist dieser Versuch aber bereits durch das gemeinsame Vorgehen von Deutschen und Ausländern verhindert worden, weil dafür keine Rechtsgrundlage gegeben ist.

Der üble Zynismus wird erst recht deutlich, wenn man weiß, daß die gleiche Behörde eine ausländische Studentin trotz Aufenthaltsgenehmigung unverzüglich abgeschoben hat, weil sie während des Semesters ein paar Mal nebenbei ohne Arbeitsgenehmigung arbeitete, um sich genug zum Leben zu verdienen! Begründung: „ ... *weil nicht hingenommen werden kann, daß Ausländer, denen der Aufenthalt hier ausnahmsweise (!) zu Studienzwecken gestattet wurde ... unerlaubt erwerbstätig werden"!* ●

Ein Genosse aus Hamburg-Barmbek

Zur Entwicklung in den revisionistischen Ländern

„Krisenfester Sozialismus" oder inflationärer, „kapitalistischer Weg"?

Die revisionistischen Länder, angeführt von der Sowjetunion, befinden sich im Prozeß einer an Tempo ständig gewinnenden Reintegration in den imperialistischen Weltmarkt.

Deutlich sichtbar ist dieser Vorgang an den enorm gestiegenen Handelsaufkommen mit den imperialistischen Ländern, was überdies zu einer starken Verschuldung der einzelnen Länder des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) geführt hat und führt. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden bis zum verdeckten Kapitalexport (sog. „Kooperationen" mit den Imperialisten), ja sogar teilweise bis zum unverhüllten Kapitalexport (Niederlassungen kapitalistischer Konzerne etc.) getrieben.

Die Integration in das kapitalistische „Weltgefüge" zeigt sich darüber hinaus auch in der zunehmenden ‚Kapitalisierung' der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den RGW-Ländern selbst, wie sie jüngst an der Neuregelung der Außenhandelspreise durch die letzte Sitzung des RGW-Exekutivkomitees sichtbar wurde.

Bei einer derartigen Entwicklung ist es unvermeidlich, daß die derzeitige Krise des Imperialismus, die weltweite Inflation etc. auch an den Ländern des sog. „krisenfesten Sozialismus" (die durch diese Eigenschaft laut DKP ja mit ihren Handelsbeziehungen in den imperialistischen Ländern die „Arbeitsplätze sichern") nicht spurlos vorübergeht.

Zu alledem diktiert die Sowjetunion zunehmend den kleineren RGW-Ländern ungleiche Verträge, um zusätzliche Mittel zur Finanzierung ihres forcierten Wettrüstens mit den Imperialisten zu gewinnen.

Dabei erdreisten sich die Sowjetrevisionisten noch, solche Schwindelverträge wie das jüngste SALT-Abkommen als „Entspannung" zu verkaufen, wobei es doch tatsächlich nach AUFRÜSTUNG und Kriegsvorbereitungen geradezu penetrant stinkt. (Das Abkommen öffnet den USA und der Sowjetunion den Weg zu einer ungeheuren quantitativen und qualitativen Ausweitung ihres atomaren Vernichtungspotentials!)

Starkes Defizit im „Ost-West-Handel"

Schon vor dem offenen Ausbruch der derzeitigen Krise des Kapitalismus, in den Jahren 1970-73, hatten die RGW-Länder durch die unausgeglichene Handelsbilanz eine Gesamtverschuldung von acht Milliarden Dollar gegenüber dem kapitalistischen Ausland zu tragen („Handelsblatt", 11.12.74). In verschiedener Hinsicht trägt die kapitalistische Krise zu einer weiteren Verschärfung dieser Entwicklung bei. So stieg zwar der Ost-West-Handel nominal 1974 noch um 45 %, real jedoch liegt die Steigerung nach einer Schätzung des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) lediglich bei 8 - 10 %. Konkret: ca. 35 %, also gut 3/4 der Steigerung, sind Mehraufwendungen der RGW-Länder, um die inflationären Preissteigerungen des Westens auszugleichen.

Andererseits jedoch sind die Exporte der RGW-Länder ins kapitalistische Ausland kontingentiert, d.h. ihr gleichen.

Andererseits jedoch sind die Exporte der RGW-Länder ins kapitalistische Ausland kontingentiert, d.h. ihr Finanzvolumen ist begrenzt vereinbart worden. Nicht selten weigern sich die kapitalistischen Abnehmerländer nun, diese Kontingente entsprechend den Preissteigerungen zu erhöhen.

So kann der Fall eintreten, daß ein RGW-Land h ö h e r e Preise für die gleiche Menge einer bestimmten Ware zahlen muß, während es seine eigenen Exporte s e n k e n muß, da der „Handelspartner" auf die vereinbarte Kontingentierung besteht, um der eigenen Industrie nicht den inländischen Markt zu verkleinern und diese weiter in die Krise zu treiben.

Die einzelnen RGW-Länder werden von dieser Entwicklung in unterschiedlichem Ausmaß getroffen. Die Sowjetunion z. B. kann von der sprunghaften Erdöl- und Rohstoffpreiserhöhung 1973 nicht unerheblich profitieren, da sie weitgehend Rohstoffe exportiert. 1974 hat die Sowjetunion nach einer Schätzung des internationalen Währungsfonds sogar Exportüberschüsse in Höhe von etwa 1,5 – 2 Milliarden Dollar erzielt („Hbl.", 11. 12. 74).

Trotzdem war es gerade die Sowjetunion, die auf der letzten Sitzung des Exekutivkomitees des RGW auf eine Neufestsetzung der Außenhandelspreise im Handel zwischen den RGW-Ländern drängte, obwohl diese bisher immer zu Beginn eines Planjahrfünfts überprüft wurden, in diesem Falle also erst 1976 für die Zeit bis 1980 neu festgelegt werden sollten.

Diese Praxis bleibt auch für die Zukunft „vergessen". Die Sowjetrevisionisten setzten durch, die Preise fortan jährlich festzusetzen, wobei sie sich „*an den durchschnittlichen Weltmarktpreisen (!) der letzten 5 Jahre orientieren*" sollen („FR", 25. 2. 75).

Nach den bisher vorliegenden spärlichen Informationen wurden vor allem die Rohstoffpreise „*beträchtlich heraufgesetzt*", wobei die Sowjetunion als wichtigster Rohstofflieferant „*ihre Einnahmen erheblich vergrößern*" dürfte („FR", ebenda). Sowjetisches Erdöl z. B. kostet für Ungarn nach Angaben des Parteiorgans „Nepszabadsag" künftig 37 Rubel pro Tonne (etwa 122 DM), wobei die Zeitung sich herauszustreichen beeilt, daß die sowjetischen Preise immer noch wesentlich niedriger seien, als die der „kapitalistischen Welt", und dabei glatt „übersieht", daß der sowjetische Ölpreis „**vermutlich mehr als verdoppelt**" (!!) wurde („FR", 25. 2. 75).

Dem ungarischen Parteiorgan ist ferner zu entnehmen, daß Ungarn natürlich seine eigenen Exporte auch verteuert, wenngleich das nicht die gestiegenen Rohstoffpreise decken kann. Die ungarischen „Ikarus-Busse" werden z.B. um 20 - 23 %, landwirtschaftliche Erzeugnisse um 28 % teurer. Ähnlich wie Ungarn werden auch alle übrigen Länder des RGW reagieren müssen (nähere Informationen liegen noch nicht vor).

Sowjetrevisionisten bitten den

reagieren müssen (nähere Informationen liegen noch nicht vor).

Sowjetrevisionisten bitten den RGW zur Finanzierung ihrer Großmachtambitionen zur Kasse!

Die oben beschriebene Durchsetzung kapitalistischer Prinzipien in den RGW-Handelsbeziehungen wurde von den Sowjetrevisionisten in den letzten Jahren durch eine Praxis vorbereitet,

Investitionen in der Sowjetunion
Planerfüllung in Prozent

Industriebereiche	1971	1972
Erdöl-Primärverarbeitung	75,0	100,0
Erdgas-Leitungen	85,5	84,0
Erdöl-Leitungen	52,0	32,0
Kohlenbergbau	65,3	81,8
Eisenerzbergbau	54,7	59,8
Walzwerke	69,8	39,3
Chemiefaserwerke	97,7	65,0
Kunststoffwerke	82,5	77,5
Werkzeugmasch. (spanende)	93,4	88,5
Masch. der spanlosen Formung	78,2	55,5
Zellulose	61,2	24,0
Papier	50,7	97,5
Karton	43,2	44,5
Zement	78,6	82,7
Spinnereien	94,6	67,1
Webereien	71,3	78,5
Zuckerfabriken	90,4	74,5

Teuerung bei den Sowjet-Investitionen

Investitionsvorhaben	gepl. Kosten in Mill. Rubel	tatsächl. Kosten in Mill. Rubel	Verteuerg. in %
Wasserkraftwerk Ust-Ilim	690	1025	49
Ölleitung Ust-Balyk — Almetjersk	520	650	13
Ölleitung Kujbyschev — Tichoreckaja	144	267	85
Waggonfabrik Abakan	293	501	71
Kombinat „Turaasbest"	43	92	114
Druckereimasch.-Werk Rybinsk	26	44	69
Kolbenfabrik Kostroma	53	236	345
Pkw-Werk AZLK, Moskau	90	400	344
Lkw-Werk Kama	1700	3000	77
Stahlwerk Norolpeck (Erweiterung)	14	32	129
Armaturenwerk Ust-Kamenogorsk	24	50	108
Spinnerei, Weberei Furmanovo	28	48	71

Einfuhr von Investitionsgütern
in Millionen Rubel

	1971	1972	1973/75	Anteil westlich. Importe in % 1973/75
Elektrotechnische Ausrüstungen	131	179	690	12
Hebe- und Fördermittel	270	266	1250	6
Ausrüstungen für Ernähr.-Ind.	98	120	508	25
Ausrüstungen für Textilindustrie	65	105	314	29
Chemiemasch.	240	375	962	60
Papier- und Zellulosemasch.	64	116	511	88
Geräte u. Apparate	126	146	219	30

Unvollendete Industriebauten
Werte in Mill. Rubel

Industriezweige	1960	1965	1972
Insgesamt	21 371	29 620	61 400
davon:			
Elektrizitätswerke	1 433	2 128	3 684
Kohlenbergbau	1 209	1 496	2 210
Erdöl- u. Gasindustrie	1 195	2 094	3 745
Eisen- u. Stahlindustrie	941	1 583	2 763
Chemie	968	2 292	3 192
Maschinenbau	1 460	2 526	5 710
Holz, Zellulose, Papier	610	1 086	1 350
Baustoffindustrie	800	999	1 596
Leichtindustrie	320	517	859
Ernährungsindustrie	905	890	1 842

Aus „FAZ", 17.12.73

die nicht die „gegenseitige Wirtschaftshilfe", sondern die national-egoistischen Interessen der sowjetischen „neuen Bourgeoisie" zur Grundlage hatte. Die rohstoffreiche Sowjetunion ging unter Führung dieser Leute daran, die Rohstoffexporte in die von ihr in hohem Grade abhängigen RGW-Länder zunehmend einzuschränken; das noch dazu in einer Zeit, die durch drastische Rohstoffpreissteigerungen auf dem imperialistischen

RGW-Länder zunehmend einzuschränken; das noch dazu in einer Zeit, die durch drastische Rohstoffpreissteigerungen auf dem imperialistischen Markt gekennzeichnet ist.

Gegenüber der davon besonders stark betroffenen DDR beispielsweise sind bereits im Jahre 1973 die Exporte der SU im Vergleich zu 1971 bei Wolle um 93,4 %, Getreide um 35,4 %, Stahlschrott um 30 % und Koks um 20 % zurückgegangen! Trotz selbstverständlich wachsenden Bedarfs der DDR an Erdöl sind ihre Ölimporte aus der SU im gleichen Bemessungszeitraum von 90 auf 81 % des Bedarfs zurückgegangen („FAZ", 10. 2. 75 – nach einer Analyse der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua).

Die den kleineren RGW-Ländern vorenthaltenen Exporte bietet die SU dem kapitalistischen Westen an – zwecks Erzielung höherer Profite bzw. im Rahmen der diversen Kooperationsabkommen mit den Imperialisten als Gegenleistungen.

Diese Politik der SU zwingt die kleineren RGW-Länder geradezu, sich nach westlichen „Handelspartnern" umzusehen (mal abgesehen von dem eigenen Interesse der Revisionisten dieser Länder am Westhandel – s. dazu weiter unten) und bedeutet in der Tendenz unausweichlich Liquidierung des RGW in seiner ursprünglichen Bestimmung durch „Kapitalisierung" der Beziehungen seiner Mitgliedstaaten untereinander, wobei die Sowjetrevisionisten „Ort, Zeit und Bedingungen" (s. RGW-Sitzung, Preissteigerungen etc.) den anderen Ländern mittels ihrer ökonomischen und politisch-militärischen Macht weitgehend diktieren.

Starke Verschuldung der RGW-Länder – mit Ausnahme der SU

Alle kleineren RGW-Länder haben gegenüber dem Imperialismus negative Handelsbilanzen, die durch die krisenhaft bedingten inflationären Preissteigerungen insbesondere des letzten Jahres enorm in die Höhe schnellten und teilweise zu nicht unerheblichen Schwierigkeiten geführt haben, was die innere Entwicklung dieser Länder betrifft.

Hier zunächst ein Überblick:

DDR

Anfang des Jahres '74 gab die DDR-Führung für ihre Handelsfunktionäre die Direktive aus, sich im Außenhandel mit dem kapitalistischen Ausland auf keine Verträge einzulassen, „*die den Keim in sich tragen, die inflationäre Entwicklung auf die DDR abzuwälzen*" („FAZ", 21. 12. 73). Der Handel BRD – DDR erreichte 1974 dennoch die Rekordhöhe von 6,6 Milliarden Verrechnungseinheiten (= DM) und stieg damit um fast 20 % gegenüber dem Vorjahr (5,6 Milliarden). Nach westlicher Einschätzung sind dafür aber „*weniger gestiegene Lieferungen und Einkäufe, als vielmehr überwiegend Preiserhöhungen*" („HA", 11. 1. 75) verantwortlich.

Seit 1970 sind in der Planung der DDR die Investitionsanteile für die Leicht-, Textil- und Lebensmittelindustrie zugunsten der Investitionsgüterindustrie konstant gefallen. Offenbar will die DDR unnötige Abhängigkeiten durch Investitionsgüterimporte aus dem Westen (wie es z.B. die Sowjetunion betreibt) vermeiden.

Diese Planung führte allerdings zu einer nicht unbeträchtlichen Ausweitung von (im wesentlichen Konsumgüter-) Importen aus dem kapitalistischen Ausland.

Verstärkt durch die hiermit verbundenen inflationären Einflüsse wies die Gesamthandelsbilanz der DDR 1973 „*trotz eines Ü b e r s c h u s s e s im Handel mit den RGW-Ländern, ein Defizit in Höhe von 1,2 Milliarden Valutamark (sta. Größe,*

1973 „*trotz eines Ü b e r s c h u s s e s im Handel mit den RGW-Ländern, ein Defizit in Höhe von 1,2 Milliarden Valutamark (sta. Größe,* *im Westhandel = DM) auf; 1972 hatte die DDR noch einen Überschuß in gleicher Höhe erzielt*" („FAZ", 1.6. 74). Das Defizit gegenüber dem Westen betrug 2,9 Milliarden Valutamark. Der Anteil der westlichen „Industrieländer" (im wesentlichen Niederlande, Italien, Dänemark, Norwegen, Österreich und die Schweiz) am gesamten DDR-Außenhandel stieg von 26 auf 28 %, während der Anteil der Sowjetunion von 38 % auf 35 % abnahm („FAZ", 1. 6. 74). Seit 1970 ist der Schuldenberg gegenüber dem kapitalistischen Ausland auf 7,4 Milliarden Mark angewachsen. Die daraus resultierende Zinsbelastung entspricht nach einer Schätzung des DIW „*mindestens einem Achtel des jährlichen Leistungszuwachses der Industrie*" („FAZ", 22. 8. 74).

Bislang wird trotz dieser Entwicklung von direkten Preissteigerungen auch für 1975 abgesehen und die inflationär steigenden Mehraufwendungen im Handel mit dem Westen werden weiterhin staatlich subventioniert.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter vom April 1974 gibt die DDR jährlich rund ein Zehntel ihres Staatshaushaltes aus, um die Preise stabil zu halten („FAZ", 2. 4. 74).

Es ist allerdings eine merkwürdige „Stabilität", die auf diesem Wege erreicht wird, denn irgendwo müssen die Mittel schließlich herkommen, mit denen die Preise gestützt werden. Letzten Endes müssen sich die Mehraufwendungen negativ im individuellen Konsum (Preissteigerungen, Qualität und Reichhaltigkeit der Produkte) oder aber im kollektiven Konsum (Wohnungsbau, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten) oder bei den Investitionsplanungen niederschlagen.

Fakt bleibt, daß die Revisionisten hier gegenüber den Massen eine unehrliche, unaufrichtige Politik betreiben, wenn sie behaupten, daß man Preissteigerungen auf dem imperialistischen Weltmarkt a l l e i n durch Steigerung der Arbeitsproduktivität auffangen werde.

Tatsache ist doch, daß eine außerplanmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität auch zusätzliche Investitionen erfordert, wenn das ganze nicht auf den Knochen der Arbeiterklasse (Mehrarbeit, schärferes Arbeitstempo) vonstatten gehen soll.

Ungarn

Auch die Außenhandelsbilanz Ungarns weist enorme Defizite auf. Allein gegenüber der Bundesrepublik (Ungarns drittgrößter Handelspartner) erreichte das Defizit schon in den ersten 9 Monaten 1974 eine Höhe von 640 Mio. DM („FAZ", 23. 5. 74). Das gesamte Defizit im Westhandel hat eine Höhe von 340 Mio. Dollar (knapp 800 Mio. DM) („Welt", 7. 10. 74).

Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf eine starke Ausdehnung westlicher Importe im ersten Halbjahr 1974. In diesem Zeitraum stieg der Import aus dem RGW um 22 % auf 1,4 Mrd. Dollar, der Import aus dem kapitalistischen Ausland um 52 % (!!) auf 1,1 Mrd. Dollar.

Aufgrund der gestiegenen Grundstoff- und Energiepreise werden nach Aussagen des ungarischen Finanzministers Faluvegy die Erzeugerpreise 1975 um durchschnittlich 8 % steigen (wobei die jüngsten Preissteigerungen im RGW-Handel noch nicht einkalkuliert sind!!), ebenso ist trotz massiver (nicht näher angegebener) staatlicher Subventionierung eine Steigerung der Verbraucherpreise um 3,5 – 3,6 % seiner Meinung nach unausweichlich („Hbl.", 30. 12. 74).

Im Dezember '74 wurden schon

gerung der Verbraucherpreise um 3,5 – 3,6 % seiner Meinung nach unausweichlich („Hbl.", 30. 12. 74).

Im Dezember '74 wurden schon Preiserhöhungen für Wein, Wermuth und Sekt von 15 – 20 % bekanntgegeben; vorausgegangen war am 1. September '74 eine drastische Erhöhung der Brennstoffpreise, u. a. Benzin um 40 %. ●

(wird fortgesetzt)

Kritik am Artikel „15 Jahre Sieg der Revolution in Kuba" aus AK Nr. 54 – ein Leserbrief –

Nicht der peinliche Fehler, daß der Verfasser sich um ein Jahr verrechnet hat (im Januar dieses Jahres wurde in Kuba bereits der 16. Jahrestag gefeiert) und die Redaktion davon noch nicht einmal etwas merkt, sondern die mangelnde Kenntnis über die politische Entwicklung des Revolutionärs Fidel Castro, die sich im Artikel niederschlägt, ist das Anliegen meiner Kritik.

Woher hat der Hamburger Chemiegenosse die Aussage: „*In der Emigration in Mexico sammelten sich die kubanischen Revolutionäre erneut. Sie eigneten sich die Erkenntnisse des revolutionären Marxismus, vor allem die Lehren der chinesischen Revolution an*". ? ?

Vergleicht man demgegenüber die Rede Fidels vom 21. Mai 1959 (also nach der Revolution!), so muß diese Aussage wohl relativ stark korrigiert werden: „*Unsere Revolution ist weder kapitalistisch noch kommunistisch! (...) Die heutige Weltlage stellt uns vor die Wahl zwischen dem Kapitalismus, der die Menschen aushungert und dem Kommunismus, der ihre wirtschaftlichen Probleme löst, aber dafür die Freiheiten unterdrückt, die ihnen so teuer sind. (...) Der Kapitalismus gibt den Menschen preis, der Kommunismus mit seinen totalitären Vorstellungen opfert seine Rechte auf. Wir sind weder mit dem einen noch mit dem anderen einverstanden...*"

Erst gute zwei Jahre später stellte Fidel selbstkritisch fest: „*Wir, die Guerillaführer in der Sierra, waren damals, obwohl wir Marx gelesen hatten, voller kleinbürgerlicher Vorurteile und Fehler.*"

Eigenartig nimmt sich demgegenüber auch die These im Artikel aus: „*Durch unermüdliche Propagandaarbeit und konsequente Anwendung des revolutionären Marxismus schafften es die Revolutionäre, immer mehr Teile der Landbevölkerung für den revolutionären Sturz der Batista-Diktatur zu gewinnen.*"

Betrachtet man die Ziele Fidels und seiner Guerilleros, wie sie vor der Revolution formuliert waren, so zeigt sich dort auch klar ihr bürgerlicher Charakter (Rückkehr zur Verfassung von 1940, Vergabe von Land an Kleineigentümer, die vorher in kapitalistischer Lohnabhängigkeit gestanden haben (!), Gewinnbeteiligung der Arbeiter an den Unternehmen, etc.) Trotz seiner Kinderkrankheiten ist das sozialistische Kuba heute zurecht ein leuchtendes und ermutigendes Beispiel für die Völker Lateinamerikas und der ganzen Welt. ●

Ein Hamburger Studentengenosse

Philippinen:

„Volksabstimmung" eine Farce

Am 24. Februar hat auf den Philippinen (Inselgruppe östlich von Indochina) ein nationales Referendum begonnen. Das Volk soll angeblich entscheiden, ob Präsident Marcos, der seit September 72 durch Kriegsrecht als Militärdiktator regiert, auch weiterhin „das Vertrauen seines Volkes genießt".

Um den Ausgang dieses Referendums richtig einschätzen zu können, muß man wissen, daß seit Ausrufung des Kriegsrechts von Zeit zu Zeit derartige „Befragungen" stattfinden, die zur offiziellen Bestätigung des Terrorregimes dienen. Jedes Referendum ging positiv für Marcos aus, was sicher nicht an seiner Beliebtheit liegt. Es besteht für jeden philippinischen Bürger Wahlpflicht. Für Nichtwähler sieht ein Gesetz Haftstrafen zwischen einem und sechs Monaten vor.

Daß Marcos auch nicht vor Änderungen des Ergebnisses zurückschreckt, zeigt eine frühere Abstimmung, bei der z.B. in einem Bezirk so viele Stimmen für Marcos zustande kamen, daß zusätzlich noch alle Blumen, Vögel und Bäume abgestimmt haben müssen.

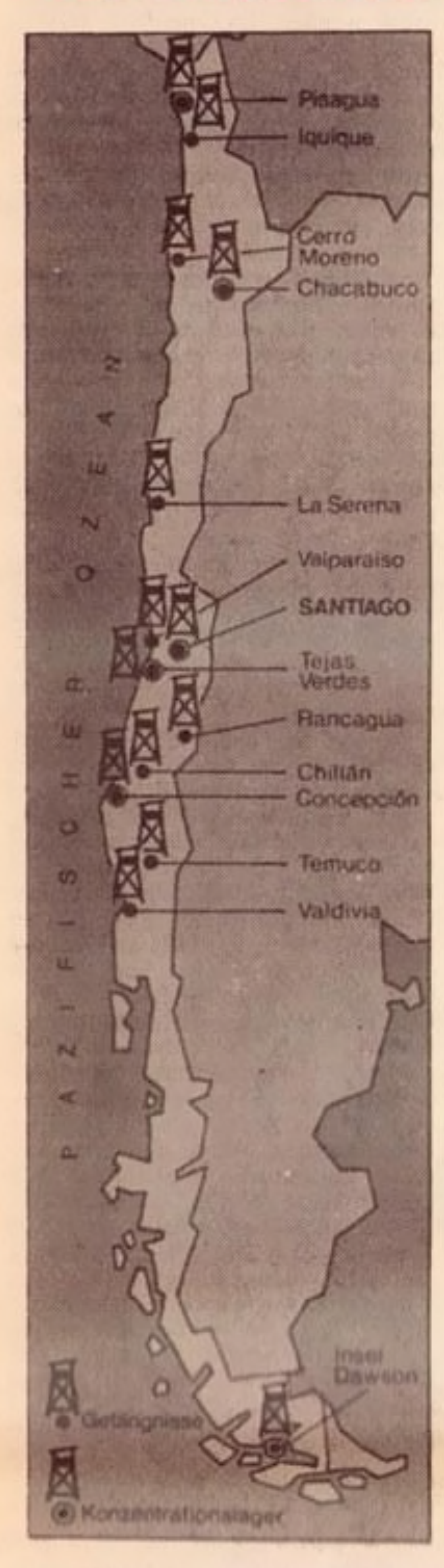
Etliche oppositionelle Gruppen haben inzwischen trotz schärfster Verbote gegen diese Art der Volksbefragung protestiert und zum Boykott aufgerufen.

Seit dem September 1972 besteht auf den Philippinen die totale Unterdrückung der Pressefreiheit; 6000 Journalisten wurden arbeitslos; es existieren nur noch 3offizielle Zeitungen im ganzen Land. Sämtliche Studenten- und sonstige fortschrittliche Organisationen wurden aufgelöst. Nach offiziellen Angaben wurden über 20.000 politische Gefangene verurteilt, Folterungen und Schläge sind üblich.

Dennoch gibt es auf den Philippinen eine starke Volksbefreiungsbewegung. Im Norden des Landes kämpft die „Neue Volksarmee", militärischer Arm der Kommunistischen Partei, in Zusammenarbeit mit den Moslems, deren Hauptstützpunkte im Süden des Landes liegen. Die Moslems werden von Marcos mit besonderer Brutalität unterdrückt, ihr Land an katholische Großgrundbesitzer verteilt, ihre Kultur versucht auszurotten; dagegen organisierten sie den Volkskrieg. Marcos – unterstützt von der US-Luftwaffe – scheute kein Mittel, diese Bewegung zu liquidieren - mit „strategischen Dörfern" (praktisch KZ's!), „Feuer-frei"-Zonen, Napalm, Bomben, chemischen Waffen; die Stadt Jolo wurde dem Erdboden gleich gemacht (vergl. dazu AK 42 und 48), ohne daß es allerdings gelungen wäre, diese Bewegung zu zerschlagen. ●

Genossin der Bezirksorganisation Harburg/Wilhelmsburg KB/Gruppe Hamburg

Chile-Solidarität



In den kommenden Wochen werden in zahlreichen Städten Westdeutschlands und in Westberlin Solidaritätsaktionen mit dem Kampf der chilenischen Arbeiter und Bauern stattfinden. Im Mittelpunkt d i e s e r Kampagne, die von den westdeutschen Chile-Komitees (in Absprache mit den Emigranten der chilenischen Widerstandsorganisationen) initiiert wurde, stehen die Forderungen **„Freiheit für alle Politischen Gefangenen in Chile!" und „Schluß mit jeglicher Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!"**

Der Kommunistische Bund unterstützt die von den Chile-Komitees verabschiedete Resolution (siehe nebenstehender Abdruck) und wird entsprechend seinen Möglichkeiten zum bestmöglichen Gelingen der Kampagne in den verschiedenen Städten (also a m O r t) beitragen. Sollte die von den Chile-Komitees für den 12. April geplante „zentrale Veranstaltung" in Frankfurt stattfinden so werden wir dazu (allerdings nur in Frankfurt und Umgebung!) ebenfalls mobilisieren.

Zusätzlich zu dieser Solidaritätskampagne (die bundesweit in der Zeit vom 6. – 12. April '75 stattfindet) wird der KB gemeinsam mit Vertretern des MIR eine Reihe von Veranstaltungen durchführen – und zwar in

Hamburg	**am 4. April**
Westberlin	**am 5. April**
Göttingen	**am 14. April**
Hannover	**am 15. April**
Bremen	**am 16. April**

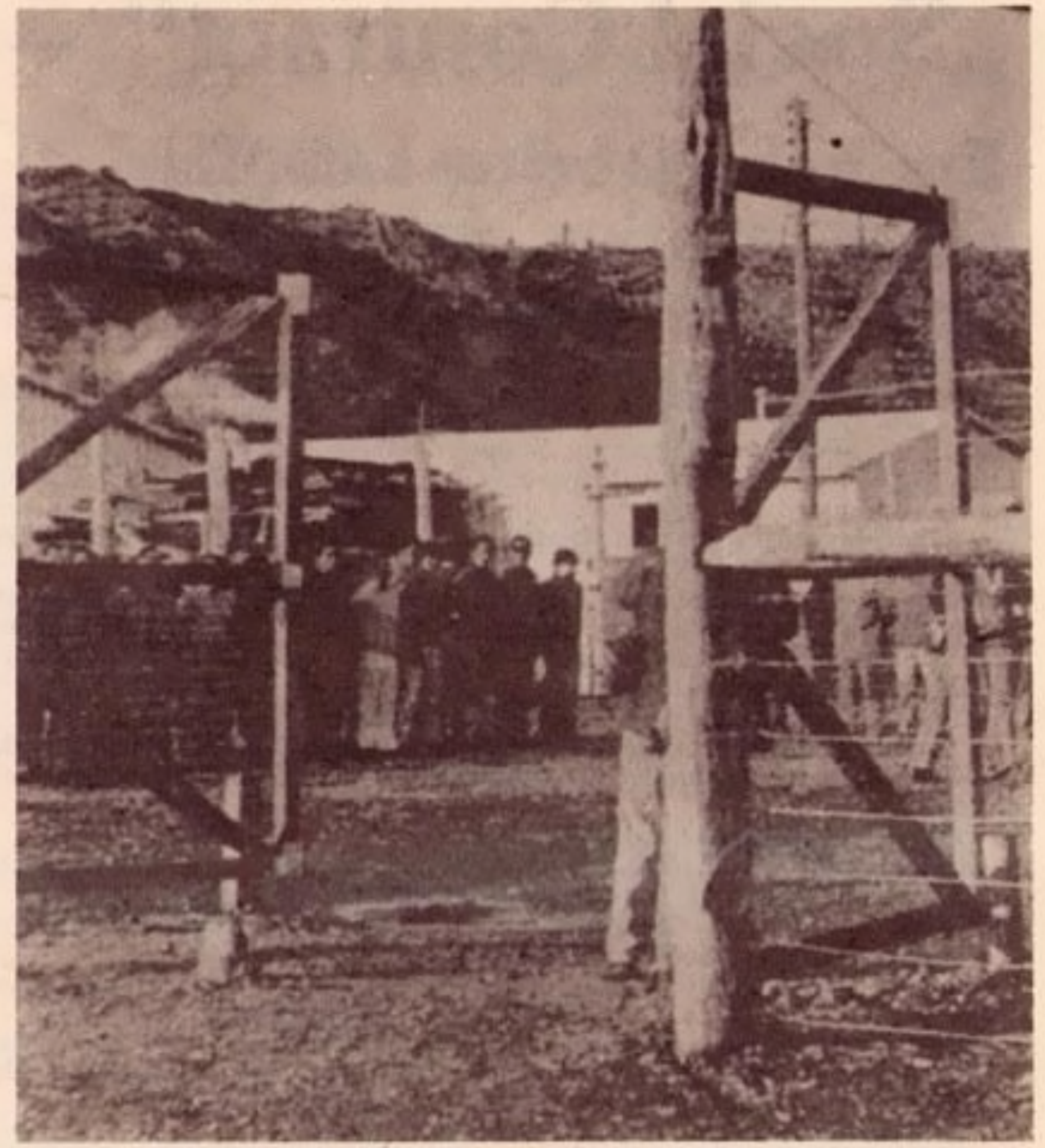
Außer in Hamburg (wo, entsprechend einer Vereinbarung zwischen KB- und MIR-Vertretern, nur der KOMMUNISTISCHE BUND und der MIR als Veranstalter auftreten) werden wir uns in allen anderen vorgenannten Städten darum bemühen, andere politische Organisationen und Initiativen (z. B. örtliche Chile-Komitees) zur gemeinsamen Durchführung der Veranstaltungen zu gewinnen.

Auf den Veranstaltungen, die ebenso wie die Kampagne der westdeutschen Chile-Komitees der Solidarität mit den politischen Gefangenen in Chile dienen sollen, werden Repräsentanten des MIR in Westeuropa zur Situation in ihrem Heimatland zum Widerstandskampf des chilenischen Volkes und zur Politik ihrer Organisation referieren. Die Musikgruppe KARAXU, die sich aus chilenischen Emigranten zusammensetzt und zur Unterstützung des MIR arbeitet, wird zum kämpferischen und lebendigen Charakter dieser Veranstaltungen beitragen.

Während wir die solidarische Verbundenheit mit a l l e n politischen Gefangenen bekunden und deren Freilassung fordern, werden wir besonders diejenigen Kräfte des chilenischen Volkes herausstellen, die sich aktiv am Widerstandskampf beteiligt haben oder beteiligen und die auf einen r e v o l u t i o n ä r e n S t u r z der faschistischen Militärdiktatur hinarbeiten – jene Genossen, die in den Gefängnissen und KZs den grausamsten und brutalsten Folterungen ausgesetzt sind. ●

Literatur zu Chile siehe Anzeige Seite 39.





Häftlingsappell auf der chilenischen KZ-Insel Dawson

Resolution der westdeutschen Chile-Komitees:

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Seit 18 Monaten wütet die Diktatur der chilenischen Militärjunta, die ihre Herrschaft nur aufrechterhalten kann durch die brutale Unterdrückung aller gewerkschaftlichen und politischen Rechte, durch die Verfolgung und Bespitzelung aller Kräfte des Widerstands. Mit dem Verbot der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT und aller Organisationen der Arbeiter und Bauern hat die Junta Verhältnisse geschaffen, die den Werktätigen kaum mehr die nackte Existenz gewährleisten. Eine chilenische Arbeiterfamilie muß heute ein Viertel ihres Lohnes aufwenden, um sich täglich genügenc Brot zu kaufen. 1,5 Millionen Chilenen sind nach Angaben der Weltbank heute arbeitslos. In den Arbeitervierteln wächst das Elend, grassieren Mangelkrankheiten.

Die Junta übt ihre Macht aus im Interesse internationaler Konzerne und einer kleinen Zahl chilenischer Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Sie ermöglicht ihnen heute die ungeheure Ausbeutung der Werktätigen Chiles.

Sie gab die enteigneten Betriebe und Ländereien an ihre früheren Besitzer zurück, darunter auch an zahlreiche aus der BRD. Auf vielfältige Weise unterstützt die Bundesregierung die Militärjunta, zuletzt mit einem 21,1 Millionen-DM-Kredit. Mit diesen Geldern will die Bundesregierung den Einfluß des westdeutschen Kapitals in Chile sichern und ausbauen.

Niemals während der anderthalb Jahre der Juntadiktatur hat das chilenische Volk aufgehört, gegen seine Unterdrücker zu kämpfen. Die Junta ist heute schwächer als vor einem Jahr, der Widerstand aktiver und breiter. Trotz der unerhört schwierigen Bedingungen der Illegalität organisiert sich der Widerstand in Fabriken und Stadtvierteln, an Schulen und Universitäten, in der Armee, unter den Bauern und selbst in den Konzentrationslagern.

Die ungehinderte Ausplünderung der Werktätigen Chiles verlangt die Aufrechterhaltung der politischen Macht der Junta. In der Ausübung dieser Macht schreckt sie vor keinem Mittel zurück. Willkürlich nimmt sie Verhaftungen von Personen vor, die auch nur verdächtigt werden, im Widerstand zu arbeiten. Zehntausende sind es, die wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihres Kampfes gegen die Junta in den Konzentrationslagern im antarktischen Süden und in den Wüsten des Nordens, in den überfüllten Gefängnissen der Städte und in Sportstadien gefangengehalten werden und deren Widerstandswille gebrochen werden soll; die auf Geheimprozesse oder auf Gerichtsverfahren warten, in denen ihnen jede Möglichkeit zur Verteidigung genommen ist.

Die Gefangenen gehören verschiedenen Schichten der Gesellschaft an; sie sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Arbeiter und Bauern. Was sie verbindet ist ihr gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrükkung.

Es sind Arbeiter und Bauern, die den Kampf gegen die Junta organisiert haben; Rechtsanwälte und Ärzte, die sich auf die Seite des Volkes gestellt haben; es sind Priester, die nicht bereit waren, mit der Junta gemeinsame Sache zu machen.

Wir fordern: Freiheit für Grez ***Aburto****, Manuel* ***Antivil****, Leda* ***Santibanez****,* ***Azocar****, Carlos* ***Morales Cubillios****, Juan* ***Cabrera Fernandez****, Gonzalo Toro* ***Galland****, Alejandro* ***Romero Guzman****, Vega Julio* ***Carlos Lazo****, Tito* ***Martinez****, Rosa* ***Querenz****, Jaime* ***Rier Rhren****, Erick* ***Schnacke****, Viola* ***Munoz Silva****!*

Es sind Matrosen der Kriegs- und Handelsmarine, die frühzeitig die Putschpläne ans Licht der Öffentlichkeit zogen und die heute in Geheimprozessen abgeurteilt werden, weil die Junta sich vor der Sympathie fürchtet, die diese Matrosen in der Bevölkerung besitzen.

Wir fordern: Freiheit für Bernandino ***Constanzo****, Rodolfo* ***Clares Cordova****, Ernesto* ***Galaz Guzman****, Luis* ***Mariamo****, Victor* ***Maturana****, Herman* ***Pacheco Quiroz****!*

Es sind Frauen, die aktiv im Widerstand gekämpft haben und heute einer besonders schweren Unterdrükkung in den Konzentrationslagern ausgesetzt sind; Jugendliche und Kinder, die nicht selten als Geiseln dienen, mit denen die Junta den Verzicht auf den Kampf erpressen will.

Wir fordern: Freiheit für Laura ***Allende****, Pedro* ***Atias****, Maria Isabel* ***Eyzaquirre****, Lyly* ***Rivas Labbe****, Enrique* ***Norambuena****, Juan* ***Ortega****!*

Es sind Führer der Gewerkschaften und der Parteien der Arbeiterklasse, die seit langer Zeit stellvertretend für die chilenische Arbeiterbewegung stehen. Sie werden gefangengehalten, weil ihre Autorität und ihre Erfahrungen dem Kampf gegen die Junta neue Impulse geben würden.

Wir fordern: Freiheit für Luis ***Corvalan****, T.* ***Flores****, Anibal* ***Palma****, Gustavo* ***Ruz****, Pedro Felipe* ***Ramirez****, Bantista* ***Van Shouven****, David* ***Silbermann****, Arturo* ***Villavella****!*

Die Namen dieser Gefangenen stehen stellvertretend für alle, die heute in den chilenischen Konzentrationslagern wegen ihres Kampfes gegen die Junta gefangengehalten und gefoltert werden.

Wir fordern: ***Sofortige und bedingungslose Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!***

Unter dem Druck der internationalen Solidaritätsbewegung mußte die Bundesregierung eine beschränkte Anzahl chilenischer Flüchtlinge einreisen lassen; es gilt, die Aufnahme aller in der BRD asylsuchenden Chilenen durchzusetzen. Die Bundesregierung hat nichts getan für die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile. Im Gegenteil: sie unterstützt die Junta durch Millionenkredite, die dazu dienen, die Terrorherrschaft der Junta in Chile auszubauen.

Wir fordern: ***Schluß mit jeglicher Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!*** ●

Straßenkämpfe in Peru

Mitte Januar kam es in Lima, der Hauptstadt Perus, zu schweren Strassenkämpfen, die nach offiziellen Angaben 86 Tote und 162 Verletzte forderten, 600 Personen wurden verhaftet.

Vorausgegangen war ein Streik der Polizisten, die eine 35%ige Lohnerhöhung forderten. 2.000 Angehörige der Guardia Civil (eine besondere Polizeitruppe) hatten sich in einer Polizeikaserne verschanzt, die von Militäreinheiten gestürmt wurde.

Die Regierung reagierte mit der Einsetzung eines neuen Polizeichefs und verhängte auf 30 Tage den Ausnahmezustand. Nach Regierungsverlautbarungen wurden die Unruhen vom US-Geheimdienst CIA ausgelöst und unterstützt, der schon seit längerem versuche, einen Regierungsumsturz in Peru vorzubereiten (nach „Süddeutsche Zeitung", 19.2.75).

Insgesamt wird derzeit in der bürgerlichen Presse mit einiger Skepsis von der Entwicklung in Peru berichtet.

Die Militärregierung büße ihre „Flexibilität immer mehr ein" , bedauert die „NZZ", und steuere zunehmend einen „allzu dogmatischen Kurs" nach links („NZZ", 27.2.75). Die „Flexibilität", die den Imperialisten an der Militärregierung gefiel, bestand aus den – zunächst zum Teil erfolgreichen – Versuchen, die Massen der Arbeiter und Bauern zu integrieren, sie durch formale Mitbestimmungskonzepte ruhig zu halten und die angeblich angestrebte Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit zu propagieren. (Genauer zur Einschätzung der peruanischen „Revolution" DIE INTERNATIONALE 9).

Dieses Vorgehen der Militärs scheint aber nicht mehr reibungslos zu funktionieren. Einerseits müssen die Militärs die Machtpositionen der alten Agraroligarchie bekämpfen, um die industrielle Entwicklung des Landes voranzutreiben und ihr Image als fortschrittliche, „revolutionäre" Regierung vor den Massen zu wahren. In diesem Zusammenhang dürften die Zeitungsenteignungen des letzten Jahres zu sehen sein – es wurden damals die drei größten überregionalen Zeitungen des Landes, die anerkanntermaßen Bastionen der Agraroligarchie waren, enteignet und an die Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern (regierungstreue Gewerkschaftsverbände) übergeben.

Andererseits muß die Regierung aber auch mit zunehmender Härte gegen die Massen vorgehen, deren Situation sich nach sechs Jahren „revolutionärer Umwälzung" nicht spürbar gebessert hat und deren Vertrauen in die „Revolution" der Militärs offenbar abnimmt.

– Eine Gruppe von Intellektuellen, die die Erdölverträge zwischen Peru und Japan als verfassungswidrig und den nationalen Interessen entgegenstehend kritisiert hatte, wurde sofort verhaftet („SZ", 21.2.75).
– Ende letzten Jahres wurde ein neues Staatssicherheitsgesetz verabschiedet und die Todesstrafe wieder eingeführt.
– Im März 1974 wurde in Lima bei einer Demonstration gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten ein Demonstrationsteilnehmer von eingreifenden Polizisten erschossen.
– Eine Kundgebung von Landarbeitern, die gegen Entschädigungszahlungen an Großgrundbesitzer für enteignetes Land protestierten, wurde im September 1974 ebenfalls mit Polizeigewalt aufgelöst.
– Besonders am Rande Limas in den ständig wachsenden Elendsvierteln und in einzelnen Landgebieten entwickeln sich selbständige Organisationen der Arbeiter, Arbeitslosen bzw. der Landarbeiter, die sich nicht von der Integrations- und Mitbestimmungsideologie der Regierung und ihren entsprechenden Organisationen an die Kett legen lassen.

Es ist anzunehmen, daß die letzten Unruhen in Peru tatsächlich von reaktionären Kräften und möglicherweise auch vom CIA gesteuert wurden, da die mehr selbständige, nationalistische Politik der peruanischen Militärs den Interessen des US-Imperialismus entgegensteht. Aber auch die Kämpfe der Arbeiter und Bauern gegen die Regierung werden in Peru zunehmen und die Ideologie von der Klassenversöhnung entlarven. ●

Genossin der BO Harburg-Wilhelmsburg KB/Gruppe Hamburg

„Social Contract“ – Fauler Zauber

Englische Arbeiter kämpfen gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau

In der englischen Presse ist die Diskussion über das „Scheitern des Social Contract“ gegenwärtig eines der, Hauptthemen. Mit dem Social Contract hatten sich die Gewerkschaftsführer im Sommer letzten Jahres verpflichtet, aus Loyalität der neuen Labour-Regierung gegenüber in den Tarifrunden nicht dem „Nachholbedarf“ der Arbeiter und Angestellten zu entsprechen, sondern die Lohnforderungen auf den offiziellen Preissteigerungssatz zu beschränken (siehe AK 51).

Die Kämpfe des letzten Jahres (neuer Streikrekord) haben allerdings gezeigt, daß sich die Arbeiter und Angestellten beim Aufstellen ihrer Forderungen nicht immer an den Social Contract hielten. Bei den ausgehandelten Abschlüssen des letzten Jahres sieht es nach offiziellen Zahlen so aus, daß rund 75 % innerhalb der Lohnleitlinien lagen, der Rest darüber.

Der Druck auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung Englands hat sich, seit Labour an der Regierung ist, natürlich keineswegs gemildert, sondern weiter verschärft:

- **Die Preissteigerungen liegen bei weit über 20 %.**
- **Ab März sind z.B. Preissteigerungen bei der Post geplant: 29 % für private Telefonbenutzung, 55 % für Briefe und etwa 50 % für Pakete.**
- **Ab April sollen die Gemeinde- und Distriktsteuern erhöht werden: um rund 25 % auf dem Land, um etwa 32 % in den Städten!**
- **Nach offiziellen Zahlen waren im Februar 800.000 Menschen in England arbeitslos – das sind 3,4 % – die höchste Zahl seit zwei Jahren.**
- **Die Steigerung der Arbeitslosenzahl zwischen November und Januar war saisonal auf 50.000 geschätzt worden, ist de facto aber doppelt so hoch: 100.000. Dies ist die größte Steigerung seit dem Winter 62/63.**
- **Die Zahl der Kurzarbeiter liegt bereits über 100.000.**
- **Täglich ist in den Zeitungen von neuen Kurzarbeitsmeldungen und Werksschließungen zu lesen: vor allem in der Automobilindustrie (Ford, Chrysler, British Leyland), in der Chemie-Textilindustrie (Courtaulds), Druckbranche und in der Schuhindustrie.**

Demagogisch wird diese Entwicklung – Ergebnis der Rationalisierung und „Säuberung“ der englischen Wirtschaft im Rahmen des Konkurrenzkampfes der englischen Imperialisten gegen die EG – dem Teil der Arbeiterklasse angelastet, der sich nicht mit den Lohnleitlinien zufrieden gegeben hat.

Labour-Rechtsaußen Reg Prentice, im neuen Kabinett Erziehungsminister, sprach davon, daß „viel zu viele Tarifabschlüsse außerhalb der Lohnleitlinien liegen“. Finanzminister Healy ergänzte, durch diese Abschlüsse würde „England eine Massenarbeitslosigkeit drohen, wenn sie nicht entscheidend reduziert werden würden“. Prentice weiter: „Wir dürfen es nicht zulassen, daß den eigensüchtigen Forderungen gut organisierter Gruppen in jedem Bereich unserer Gesellschaft nachgegeben wird – auf Kosten von Hunderttausenden von arbeitslosen Arbeitern und deren Familien“ („Guardian“, 4.3.75).

Ernste Ermahnungen richtete Prentice an den TUC (Dachverband der englischen Gewerkschaften), seine Aufgabe, die Arbeiter auf die Lohnleitlinien zu verpflichten, doch verläßlicher als bisher wahrzunehmen: „Jedes Mitglied des General Council des TUC (oberstes Führungsgremium, etwa Hauptvorstand – Anm. AK) sollte das Land jetzt auf Trapp bringen, um den Social Contract zu unterstützen. Jeder führende Funktionär auf Distrikts- oder Industriezweigebene sollte sich für diese Sache stark machen. Jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied muß die Verantwortung tragen. Außergewerkschaftliche Gruppen müssen auch ihre Forderungen mäßigen – und die Unternehmer müssen übersteigerten Forderungen Widerstand entgegensetzen“ („Guardian“, 1.3.75).

Streik bei British Leyland

Am 27.2. entschieden sich die Werkzeugmacher des British-Leyland-Werkes Castle Bromwich in Longbridge/Birmingham für die Verlängerung ihres inzwischen dreiwöchigen Streiks um zunächst 14 Tage. Von den 600 Werkzeugmachern waren rund 500 zur Streikversammlung gekommen, nur zwölf stimmten gegen die Fortführung des Streiks.

Sie kümmerten sich dabei einen
Sie kümmerten sich dabei einen
Dreck um die offizielle Aufforderung der Gewerkschaftsführer der AUEW (Vereinigte Mechaniker-Gewerkschaft), die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch die Wiederholung dieser Aufforderung durch Scanlon, den Präsidenten der AUEW höchstpersönlich, beeindruckte die Werkzeugmacher wenig.

Sie fordern eine Erhöhung des Wochenlohns um 12 Pfund (etwa 75 DM); die Geschäftsleitung will nur 5.25 Pfund zahlen.

Während dieses Streiks meldete die Geschäftsleitung Mitte Februar für 11.000 Leyland-Arbeiter des gleichen Werks Kurzarbeit für März an.

Kurzarbeit bei Ford

Mitte Februar kündigte die Ge-
Mitte Februar kündigte die Ge-
schäftsleitung für 11.000 Arbeiter Kurzarbeit ab 3. März an. 8.000 Arbeiter der Fordwerke bei Dagenham müssen sich weiter auf die Fortsetzung der Kurzarbeit im April gefaßt machen. Noch im Januar hatte die Geschäftsleitung von einer „schwungvollen Lage“ gesprochen, um Gerüchten über Kurzarbeit entgegenzutreten.

Entlassungsdrohungen bei Vauxhall Motors

Am 21.2.75 gab die Firma bekannt, daß sie 2.000 der 26.000 Arbeiter kündigen müsse. Sie versuche aber, Entlassungen zu vermeiden, indem sie „attraktive Entschädigungen für freiwillige Kündigungen“ anbieten würde.

Der Zeitpunkt dieser Bekanntgabe war geschickt gewählt: Unmittelbar bevor in den einzelnen Werksteilen Abstimmungen über ein Angebot der Unternehmensleitung im Rahmen der betrieblichen Lohnverhandlungen stattfinden sollten.

Auf die Proteste der Belegschaft und der Gewerkschaftsvertreter hin sagte Moore, der Personaldirektor, zynisch: „Es ist eine Entscheidung der Companie, dies durchzuziehen, darüber verhandeln wir nicht“.

Am 13.3.75 treten Gewerkschaftsvertreter und Kapitalisten wieder zu Verhandlungen zusammen. Cliff Keech, zuständiger Gewerkschaftssekretär sagte: „Den Entlassungen und der Entschädigungszahlung hat die Gewerkschaft nicht zugestimmt, wir sind grundsätzlich dagegen“. Man wird sehen, ob sich die Gewerkschaftsfunktionäre an diese Worte halten.



Textilarbeiterinnen aus Lancashire demonstrierten am 3.3.75 in Ince gegen die Pläne des Chemie-Riesen Courtaulds, die letzte Textilfabrik am Ort zu schließen. Die Forderung: „Work not dole“ bedeutet: „Arbeit statt Almosen“.

Kapitalistenbrutalität

Texas Instruments:

Den Gipfel an Brutalität beim Ra-
tionalisieren leistete sich das Manage-
tionalisieren leistete sich das Management der amerikanischen Firma Texas Instruments in Plymouth: An einem Freitag Ende Januar, eine halbe Stunde vor Schichtende, verlas die Geschäftsleitung auf einer Versammlung die Namen von 420 Arbeitern und Arbeiterinnen, gab ihnen ihre Papiere, einen Monatslohn bar auf die Hand und forderte sie auf, sofort das Firmengelände zu verlassen – sie seien entlassen.

420 von einer Gesamtbelegschaft von 730, das sind 57 %!!

Eine Arbeiterin sagte mit Tränen in den Augen: „Wir wissen gar nicht, wie die Firma die Leute raussuchte, die sie rauswirft. Einige von ihnen sind seit fünf Jahren bei Texas und länger. Andere, wie ich, sind erst zehn Monate hier. Es ging alles so schnell. Die führenden Leute sagten uns, die Firma müßte uns loswerden, weil die Absatzlage schlecht sei“.

Die Firmenleitung gab im übrigen ganz offen zu, daß sie ihre Teilhaber schon einen Monat vorher von den Entlassungen informiert hatte.

Imperial Typewriters:

Auf die gleiche Art verfuhr die Geschäftsleitung der ebenfalls amerikanischen Firma Imperial Typewriters mit ihren Arbeitern in den beiden Werken in Leicester und Hull.

Auch hier erfuhren die Beschäftigten erst kurz vor Feierabend an einem Freitag im Februar, daß beide Werke demnächst geschlossen werden würden und sie – 3.200 Arbeiter und Arbeiterinnen – entlassen seien!

In **Leicester** sind von der 1.800 Mann starken Belegschaft über 1.000 Asiaten – in England kommen die Gastarbeiter in erster Linie aus Commonwealth-Ländern wie Indien, Pakistan usw. In Leicester selbst wohnen etwa 30.000 Asiaten, wovon etwa 10 % direkt oder indirekt von der Beschäftigung bei Imperial Typewriters abhängen.

Mit der Gewerkschaft hatten die ausländischen Kollegen bei Imperial in Leicester im letzten Jahr schlechte Erfahrungen gemacht: ein zwölfwöchiger Streik von 500 asiatischen Arbeitern gegen die Rassendiskriminierung, für gleichen Lohn und gleiche Aufstiegschancen wie ihre weißen Kollegen, war von der TGWU (Transportarbeitergewerkschaft) nicht anerkannt worden. Im Gegenteil: TGWU-Funktionäre warfen den Ausländern vor, sie seien „von extremen Agitatoren aufgeputscht“ und verhielten sich nicht entsprechend „den englischen Traditionen in der Industrie“!!

Beim Streik hatten die Arbeiter damals eine Erhöhung ihrer Löhne von 22 Pfund (etwa 135 DM) auf 34 Pfund erreicht.

Anläßlich der Schreckensnachricht über die Werksschließung scheint es zu einer gewissen Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern von Leicester und Hull gekommen zu sein (s.u.). In **Hull** ist die Belegschaft 1.400 Mann stark. Der „Guardian weekly“ schreibt, in Hull seien immer schon „starke Bande zwischen den Arbeitern und den lokalen Gewerkschaftsfunktionären“ gewesen und deshalb sei auch sofort auf die Schließung worden. Innerhalb weniger Stunden sei ein gewerkschaftliches Aktionskomitee mit Unterstützung des Parlamentsabgeordneten Preskott (Labour Party/Tribune Fraktion) aufgebaut worden.

Wenige Tage später hat auf Initiative dieses Komitees ein gemeinsames Treffen von Vertretern der Arbeiter von Hull und Leicester stattgefunden, wo über die Schließung diskutiert wurde und Forderungen an die Labour-Regierung aufgestellt wurden. Gemäß der politischen Strategie der Labour-Linken der Tribune-Fraktion, die übelsten Auswüchse des Kapitalismus durch Verstaatlichung der großen Unternehmen zu „bekämpfen“, forderte das Komitee die Übernahme der Imperial Typewriters-Werke durch den englischen Staat, sprich den Steuerzahler – (gegen eine anständige Entschädigung hätten die amerikanischen Kapitalisten gegen diese „Lösung“ sicher nichts einzuwenden).

Am 20.2.75 besetzten rund 300 Arbeiter das Werk in Hull, nachdem sie mitbekommen hatten, daß das Werk in Erwartung von „Unruhen“ einen Tag früher geschlossen werden sollte, als ursprünglich angemeldet. Sie zerschnitten den Werkszaun und zogen mit Feldbetten und Nahrungsmitteln ins Werk. Inwieweit die Arbeiter entsprechend der Politik des Komitees oder spontan (was wahrscheinlicher ist) gehandelt haben, ließ sich für uns nicht feststellen.

Arbeitsminister und Labour-„Linker“ Anthony Benn ließ sofort darauf verkünden, er würde sich mit großer „Sympathie für die Sache der Arbeiter darum kümmern, die Fabrik offen zu halten“. Man wird sehen. ●

Chemiekomitee
KB / Gruppe Hamburg

Lohnraubabschluß für die englischen Bergarbeiter

Seit 1.3.75 gilt für die englischen Bergarbeiter ein neuer Lohntarif. Sie haben als erste die diesjährigen Lohnverhandlungen abgeschlossen. Von Kapitalisten, Regierung und bürgerlichen Zeitungen massiv auf ihre „besonders große Verantwortung“ für die folgenden Tarifabschlüsse der anderen Branchen hingewiesen, haben die Gewerkschaftsführer Erhöhungen zwischen 13 und 24 % zugestimmt und sind damit sogar noch unterhalb der Grenzen des Sozialkontrakts geblieben. Die offiziellen Angaben über die Inflationsrate liegen bereits bei 25 %! In einer Urabstimmung sprachen sich trotzdem 88 % der Bergarbeiter f ü r diesen Abschluß aus. Ein Anzeichen dafür, in welch hohem Masse sich die steigende Arbeitslosenzahl und die Appelle, doch die Labour-Regierung nicht durch zu hohe, außerhalb des „Sozial-Kontraktes“ liegende Abschlüsse zu gefährden, auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter auswirkt!

Die besondere Bedeutung dieses Abschlusses für die englische Arbeiterklasse liegt vor allem darin, daß die Bergarbeiter zu den militantesten Gruppen gehören, die 1972 unter dem Tory-Regime Lohnerhöhungen weit über den Lohnleitlinien erkämpften und 1974 durch ihren mehrmonatigen Streik mit zum Sturz der Tories beitrugen.

Im AK 54 berichteten wir über die ursprünglichen Lohnforderungen der Bergarbeiter. Im Dezember letzten Jahres hatten die Bergarbeiter in Schottland und Yorkshire wöchentlich 42.50 Pfund (ca. DM 275,–) mehr verlangt, als Antwort auf das geplante und von den Arbeitern abgelehnte „Produktivitäts-Abkommen“. Diese Forderung war dann von der Tarifkommission auf 30 Pfund gekürzt worden. Selbst diese Forderung war von der Exekutive der Bergarbeiter-Gewerkschaft abgelehnt worden und stattdessen die absolut nichtssagende Formulierung „wesentliche Erhöhung“ gewählt worden.

Die Forderung wurde von der Exekutive nicht konkretisiert bis Mitte Februar, n a c h d e m die Kohlebehörde bereits ihr Angebot vorgelegt hatte. Forderungen der Bergarbeiter nach einer außerordentlichen Delegiertenversammlung wurden mit der frechen Erwiderung quittiert, daß darüber die Exekutive am 13.2. beraten würde, wenn die Verhandlungen mit der Kohlebehörde bereits weiter fortgeschritten sind. Bisher war in den Tarifverhandlungen immer eine Delegiertenversammlung einberufen worden!

Erst am 9.2. erklärte die Gewerkschaftsführung ihre „Vorstellungen“ – von Forderungen war bereits nicht mehr die Rede: 18.50 Pfund für Untertage-Arbeiter, 12 Pfund für Übertagearbeiter. Das Angebot der Kohlebehörde war 10 bzw. 7 Pfund. Bereits am 13.2. stand das Ergebnis fest, pünktlich zur Exekutiv-Sitzung: 16 bzw. 9 Pfund!

In dieser Erhöhung bereits enthalten ist eine Ausgleichszahlung für gestiegene Lebenshaltungskosten von 4.40 Pfund, die seit Mitte letzten Jahres jeder englische Arbeiter bekommt (ein Überbleibsel von der letzten Tory-Regierung). Wenn man diese Summe von der Lohnerhöhung abzieht, da sie ja die Preissteigerungen von 1974 ausgleichen soll, so bleiben 11.60 bzw. 4.60 Pfund über! In Prozenten ausgedrückt: 24 bzw. 13 %.

Der besondere Beschiß bei diesem Abschluß liegt in der enorm vergrösserten Differenz zwischen Unter- und Übertage-Arbeitern: 61 im Gegensatz zu 41 Pfund!

Daß unmittelbar nach diesem Abschluß bereits in Yorkshire die Forderung für die nächste Tarifrunde aufgestellt wurde, kann sicher nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bergarbeiter weitgehend kampflos einen großen Rückschlag hingenommen haben, wie das Ergebnis der Urabstimmung zeigt. Dennoch sollte man sich diese Forderung merken: 100 bzw. 80 Pfund wöchentlich und zwar bereits ab 1. November 1975! ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Äthiopien:

Militärregime will US-Hilfe zur Unterdrückung Eritreas

Das äthiopische Militärregime, das den Feudal-Herrscher Haile Selassie stürzte und mit großen gesellschaftlichen Reformversprechungen antrat, führt gegenwärtig einen grausamen Vernichtungskrieg gegen das Volk von Eritrea und dessen bewaffnete nationale Befreiungskräfte.

Nachdem das Militärregime in diesem Kampf in den letzten Monaten und Wochen schwere Niederlagen erlitten hat, hat es sich nunmehr nach Pressemeldungen an die US-Regierung mit der Bitte um Waffenlieferungen, vorerst für 25 Mio., gewendet.

Die US-Imperialisten unterhalten im eritreischen Teil Äthiopiens zwei Stützpunkte:

- **Die Kagnew-Station, eines der fünf wichtigsten elektronischen Überwachungszentren der US-Imperialisten in der Welt.**
- **Massawa, ein Stützpunkt für die im Indischen Ozean operierende 7. US-Flotte.**

Äthiopien ist damit der wichtigste Stützpunkt der US-Imperialisten in Afrika und zugleich das afrikanische Land, das in der Vergangenheit die größte US-„Waffenhilfe“ erhalten hat.

Das äthiopische Militärregime, das mit Parolen der Unabhängigkeit vom Imperialismus und dem nationalistischen Slogan „Äthiopien über alles“ operiert, hat bis heute noch nicht die Auflösung der US-Stützpunkte gefordert; vielmehr ist es offensichtlich so, daß man den US-Imperialismus nach wie vor als Verbündeten gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des eritreanischen Volkes und anderer nationaler Minderheiten Äthiopiens erhalten will. Hier bestätigt sich, daß ein Volk, das ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann.

Auf Grund der strategisch interessanten Lage Äthiopiens bewerten auch die Sowjetrevisionisten die Entwicklung. Sie sind bestrebt, dem Militärregime zu hofieren und diffamieren auf der anderen Seite den Kampf des eritreischen Volkes als „separatistisch“ etc. – sie haben sich allerdings bei anderer Gelegenheit nicht gescheut, allseitig den Separatismus in Bangla Desch (ehemaliges Ostpakistan) zu unterstützen, als es darum ging, ihren Verbündeten, den indischen Expansionismus, zu stärken und den militärischen Einkreisungsring gegen die VR China enger zu ziehen.

Zu erwähnen ist schließlich die Reaktion der bürgerlichen Presse der BRD, die – je reaktionärer, umso lauter – über die „Greuel“ der äthiopischen Truppen gegen das eritreische Volk lamentiert. Tatsache ist, daß die BRD jahrelang zu den wichtigsten Helfern des reaktionären Regimes von Haile Selassie gehörte, u.a. durch Ausrüstung der äthiopischen Polizei und Armee (gegen die Eritreer!). Wenn also jetzt heuchlerisch lamentiert wird, dann 1., weil die Imperialisten das Militärregime doch irgendwie für antiimperialistisch und daher ihren Interessen gefährlich halten; und 2., weil die Imperialisten die Völker der „Dritten Welt“ als „barbarisch“ und unfähig hinstellen wollen, sich selbst zu regieren, und weil sie von der Unterdrückungs- und Völkermord-Praxis des Imperialismus selbst ablenken wollen.

Über den Kampf des Volkes von Eritrea soll ein ausführlicherer Artikel im nächsten AK erscheinen. ●

BRD – SÜDAFRIKA

Der (Waffen)-Handel blüht

Die Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zum Rassistenregime in Südafrika werden immer intensiver und inniger. Erstmals 1974 hat es das BRD-Kapital geschafft, vor Großbritannien, das traditionell gute Beziehungen zu Südafrika unterhält, der größte Exporteur zu werden. Während die Exporte von Waren 1973 2,4 Mrd. DM erreichten, stiegen sie 1974 auf 3,6 Mrd. DM. Großbritannien hatte dagegen einen Export von rund 3,2 Mrd. DM. Auch das direkte Engagement westdeutscher Firmen durch Kapitalexport ist in den letzten Jahren stark angestiegen (siehe dazu AK Nr. 53: S.A. – sicheres Land für Investitionen).

Es liegt gewissermaßen in der Natur der Sache, daß die Imperialisten derartig hervorragende Anlagegebiete durch Investitionen in die „innere Sicherheit" dieser Länder absichern. Der BRD-Imperialismus beteiligt sich mit erheblichen Aufwendungen an der Aufrüstung der Rassisten in Südafrika, natürlich nicht ohne auch daran erheblich zu profitieren. Dahinter steht sowohl das Interesse, die eigenen Investitionen und den politischen Einfluß in diesem Gebiet zu sichern und auszubauen, als auch strategische Erwägungen, Südafrika zu einem militärisch starken imperialistischen Bollwerk auf dem südlichen Teil des afrikanischen Kontinents gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen auszubauen.

Wir wollen hier eine (unvollständige) Aufzählung westdeutschen Rüstungsexports nach Südafrika bringen, die wir der Zeitung „Blätter des Informationszentrums Dritte Welt" entnahmen (Nr. 39, Nov. '74):

● Zur Zeit werden „Milan"-Infanterie-Panzerabwehrwaffen einer deutsch-französischen Koproduktion nach Südafrika verschifft. Mit ihrem Infrarot-Zielortungssystem hat sie bis zu 2.000 m Treffsicherheit und durchschlägt jeden bekannten Panzertyp. Die Verschiffung wird aus politischen Gründen über Frankreich abgewickelt.

● Im Mai '74 wurden 137 schwere Militärlastwagen der Firma Klöckner von Bremen nach Durban verschifft.

● Im April '74 schloß die Firma Steag (z.T. in Staatsbesitz) u.a. einen Vertrag mit der südafrikanischen Regierung über die Errichtung einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage ab. Dieses Geschäft muß nach der bestehenden „Außenwirtschaftsordnung" von der BRD-Regierung genehmigt werden. Über diese Anlage werden beide Staaten in die Lage versetzt, Atombomben herzustellen.

● Auf der Bazan-Werft in Cartagena, Spanien, werden nach von der westdeutschen Großwerft Blohm & Voss exportierten Unterlagen (also praktisch in Lizenz) Korvetten für Südafrika gebaut. Während die Werft offen den Export zugibt, bestreitet dies die Bundesregierung.

● Auch die direkten Beziehungen zwischen den Armeen beider Staaten werden redlich gepflegt: Im März '74 besuchte das Schulschiff „Deutschland" den südafrikanischen Flottenstützpunkt Simonstown.

● In Simonstown steht auch eine der modernsten Spionagezentralen der Welt. Von hier aus wird mit modernsten Geräten der gesamteLuft- und Seeraum des südlichen Einflußgebietes überwacht. Die Zentrale ist aus der BRD exportiert: **„Alle Daten, die in ständigem Strom aus allen Himmelsrichtungen und aus vielen Quellen ... einlaufen, werden ausschließlich mit Hilfe deutscher Technik geortet, ausgewertet, in Beziehung zueinander gebracht und gebracht und gespeichert. Vom hochgezüchteten Computer über die Funkpeilung bis zum einfachen Fernschreiber ist alles ‚made in Germany'"**, schreibt, nicht ohne Stolz, die „FAZ" vom 6.12.74.

Diese Aufrüstung des Faschistenregimes ist nicht neu: 1973 besuchte der ehemalige Finanzminister Alex Moeller Südafrika. Er verhandelte über die Errichtung einer Munitionsfabrik. Der Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm exportierte den von ihr entwickelten und gebauten Hubschrauber BO-105 nach Südafrika. Ebenfalls MBB vergab die Lizenz zur Fertigung von Hubschrauber-Rotorflügeln an die Sud-Aviation in Frankreich, die wiederum der wichtigste Hubschrauberlieferant des Rassistenstaates ist.

Über Frankreich ist ebenfalls in den letzten Jahren eine große Anzahl der in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion hergestellten „Transall"- Transportflugzeuge exportiert.

Der westdeutsche Imperialismus beteiligt sich also immer intensiver an der Aufrüstung reaktionärer und faschistischer Regime in der Welt. Er zieht es allerdings dabei vor, dieses Geschäft möglichst stillschweigend, ohne daß seine Beteiligung offensichtlich wird, zu betreiben. (Abwicklung über Frankreich)

Diese Politik zu entlarven und die wachsende Bedeutung des BRD-Imperialismus bei der direkten und offenen Unterdrückung der Völker der Welt zu zeigen, ist eine wichtige Aufgabe des proletarischen Internationalismus. ●

Metall-Komitee/KB Gruppe Hamburg

Japans Arbeiter rüsten zu großen Kämpfen



Frühjahrsoffensive 1974: Streikende japanische Eisenbahner bei einer Kampfdemonstration in Tokio

Im Zeichen der schwersten wirtschaftlichen Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs, die das japanische Großkapital auf Kosten der werktätigen Massen des hochindustrialisierten Inselreiches zu lösen versucht, rüsten die konsequentesten Teile der japanischen Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften zur alljährlichen „Frühjahrsoffensive". Mitte März werden voraussichtlich die Arbeiter und Angestellten der Verkehrsbetriebe erste Kampfmaßnahmen einleiten und damit das Startsignal für die Beschäftigten aus anderen Sektoren der privaten Wirtschaft und des Öffentlichen Dienstes geben.

In diesem Jahr scheinen die Vorbereitungen für die „Frühjahrsoffensive" sorgfältiger gewesen und rechtzeitiger eingeleitet worden zu sein als in der Vergangenheit: Bereits Anfang Dezember 1974 trafen sich auf Initiative des „Generalrat der japanischen Gewerkschaften" (SOHYO) rund 120 Einzelgewerkschaften mit fast zehn Millionen Mitgliedern (darunter der „Verbindungsrat der Unabhängigen Gewerkschaften", die „Alljapanische Gewerkschaftskonföderation" und der „Neue Kongreß der Produktionsgewerkschaften", lt. „Horizont", 6/75) zu ersten Konsultationen über die Ziele des gemeinsamen Kampfes und über die bestmöglichen Maßnahmen zu deren Verwirklichung.

Es wurde ein Kampfkomitee gebildet, dem Vertreter aller dieser Verbände angehören (das sogen. „Spring Labor Offensive Joint Struggle Committee"). Am 8. Dezember 74 veröffentlichte das Komitee ein Programm, in dem die für vordringlich gehaltenen Forderungen für die diesjährige „Frühjahrsoffensive" formuliert und begründet werden.

Im einzelnen werden folgende Aktionsziele für die diesjährige „Frühjahrsoffensive" genannt:

„1. Einführung eines einheitlichen Mindestlohnes von 70.000 Yen.

2. Umfangreiche Lohnerhöhungen (zwischen 30 und 40%) zur Dämpfung der Auswirkungen der Inflation.

3. Senkung der Einkommenssteuer.

4. Einfrieren aller öffentlichen Tarife.

5. Massiver Bau von Wohnungen mit niedrigen Mieten.

6. Beseitigung von Steuerprivilegien.

7. Radikale Erneuerung der Krankenversicherung.

8. Bessere Arbeitsbedingungen für Saisonal- und Teilzeitbeschäftigte sowie für Pensionäre.

9. Gleitende Anpassung vertraglich vereinbarter Altersrenten.

10. Freie Krankenversorgung für alte Menschen." (lt. „Nachrichten für Außenhandel, 23.12.74)

Das „White Paper on 1975 Spring Labor Offensive" (so der vollständige Titel des Programms) wendet sich mit Nachdruck gegen die von der Regierung Miki und den Kapitalistenverbänden herausgegebenen Maßhalte-Appelle, wonach „die Wirtschaft" Japans angeblich nur 15 Prozent mehr Lohn verkraften könne. Das wäre bei der enormen Inflationsrate von durchschnittlich 25 Prozent (für 1974) ein zehnprozentiger Reallohnabbau!

Der neue japanische Ministerpräsident hat in seiner ersten Rede vor dem Parlament erklärt, daß *„die dreißigjährige Nachkriegsperiode mit hohen wirtschaftlichen Zuwachsraten zu Ende"* sei und das Volk in „nationaler Zusammenarbeit" und „Bescheidenheit" den „Übergang in ein neues Zeitalter" zu meistern hätte. *„Die neue Ära Japans werde gekennzeichnet sein von ‚größerer sozialer Gerechtigkeit, sauberer Umwelt und geistiger Bereicherung'* (!) *an Stelle des bisher gewohnten großen materiellen Zuwachses* (!!!)" (dieses und die vorherigen Zitate aus: „Die Welt", 25.1.75).

Das japanische Großkapital und seine politischen Repräsentanten (vor allem in der regierenden „Liberaldemokratischen Partei") propagieren die faschistische Ideologie der „Volksgemeinschaft", um den werktätigen Massen die Lasten der kapitalistischen Krise möglichst vollständig aufbürden zu können.

Dagegen setzt das gewerkschaftliche Kampfkomitee seine Forderungen nach einer grundsätzlichen Reform der japanischen „Wirtschafts- und Sozialverfassung" („NFA", ebenda). Es wird in dem Programm *„ein fortgesetzter Kampf zur ‚Demokratisierung der Wirtschaft' angekündigt, bei dem es darum gehe, die Marktmonopole der Großindustrie zu brechen, Beschränkungen für den Besitz von Grund und Boden und dessen Nutzung einzuführen und das Los der kleinen Betriebe und Bauern zu bessern*(!)" („NFA", ebenda).

Diese reformistische Orientierung des gewerkschaftlichen Kampfes (die sehr stark an die Programmatik der revisionistischen Parteien Westeuropas, u.a. der DKP, erinnert) verantworten die „Sozialistische Partei Japans" und die revisionistische „KPJ", die beide den Gesamtkurs der wenigen überbetrieblichen Gewerkschaften in Japan maßgeblich bestimmen.

Trotz der unübersehbaren reformistischen Beschränkungen und Illusionen, die nach wie vor für die Politik der Branchengewerkschaften Japans bestimmend sind, kommt auch der diesjährigen „Frühjahrsoffensive" eine große Bedeutung zu – nicht nur, was die Erreichung der formulierten Kampfziele angeht, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Herausbildung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Kampforganisation für die gesamte japanische Arbeiterklasse!

Denn in Japan gibt es heute noch (die für uns in Westdeutschland kaum vorstellbare Zahl von) 85.000 (!) Gewerkschaften – d.h. in den meisten Betrieben der Industrie sind die Arbeiter und Angestellten auf Betriebsebene organisiert (nach dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft").

Die Aufgabe, die elementarsten Formen proletarischer Massenorganisationen zu schaffen, welche die Arbeiter k l a s s e vereinigen, gilt es in den kommenden Kämpfen erst noch zu lösen! ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Die Offensive der portugiesischen Arbeiterklasse

Im ersten Teil des Artikels (,,Imperialisten drohen Portugal mit Krieg" -AK-56) berichteten wir über die Kriegsdrohungen Kissingers und die wirtschaftlichen Sanktionen des US- und BRD-Imperialismus gegen Portugal, die Wühlarbeit imperialistischer Geheimdienste (CIA und BND) in Portugal, sowie die Erpressung und Bestechung portugiesischer Parteien durch die westdeutsche SPD und CDU. Diese außenpolitischen Drohungen und innenpolitischen Einmischungen durch die führenden imperialistischen Mächte, die bereits das Stadium unmittelbarer Putsch- und Interventions-Vorbereitungen erreicht haben, sind die Antwort des Imperialismus auf die innenpolitische Entwicklung Portugals, die maßgeblich durch die ökonomische und politische Offensive der portugiesischen Arbeiterklasse und größerer Teile des Volkes gekennzeichnet ist. Auf diese Offensive wollen wir in diesem Teil des Artikels eingehen. Im dritten Teil werden wir dann die Wahlen und die verschiedenen Parteien in Portugal behandeln und im vierten Teil schließlich die politische Entwicklung der Streitkräfte.

Obwohl weitgehend unbekannt (weil verschwiegen), hat es in Portugal schon unter dem Faschismus eine ***organisierte*** Arbeiterbewegung gegeben, ähnlich der illegalen spanischen Gewerkschaft, den ,,Arbeiterkommissionen" (Comissao de Trabalhadores"), die auch schon unter dem Salazar- und Caetano-Regime eine Reihe (z. T. erfolgreicher !) Streikkämpfe organisieren konnte.

Unmittelbar nach dem 25. April 74 (dem Tag des erfolgreichen Putsches demokratischer Armee-Einheiten gegen das faschistische System), trat die portugiesische Arbeiterklasse in breiter Front zur Offensive an.

Die Meldungen nur einer einzigen (bürgerlichen) Zeitung (,,Jornal do Comercio") geben für den Mai 74 folgendes – keinesfalls vollständiges Bild:

Bergbau: 1.600 Arbeiter bestreikten die ,,Minas da Panasqueira (Britische Bergbaugesellschaft)

Textilindustrie: Streik in sämtlichen Textilbetrieben von Covilha, Tortusendo, Unhais da Serra, weiter in den beiden schwedischen Konzernen Melka Confeccoes und Cintideal; 1.200 Arbeiter bestreikten Fábrica de Melhas Simoes; der Österreichische Betrieb Charminha Confeccoes de Roupa und der französische Betrieb Sogantal wurden ebenfalls bestreikt.

Chemieindustrie: die westdeutsche Bayer de Portugal wurde ebenso bestreikt, wie die vier Schweizer Betriebe Sandoz Lta., Ciba Geigy, Pfizer und Robapharm.

Schiffbau: Streik der 8.400 Werftarbeiter von LISNAVE und 1.500 Arbeiter der Estaleiros Navais de Viana de Castelo.

Maschinenbau: 1.600 Arbeiter bestreikten Messa (Büromaschinen). Ebenfalls bestreikt wurden Metalurgica Duarte Ferreira, ITT-Semicondidores, Monpor-Companhia Portuguesa de Montagens Industriais (CUF-Konzern) und Applied Magnetics.

Verkehrsbetriebe: Bestreikt wurden die U-Bahn in Lissabon, das Nahverkehrsunternehmen Camionagem Ribatejana und die portugiesische Tankerflotte Soponata.

Dienstleistung: Es streikten die Arbeiter und Angestellten der Kaufhäuser (Pao de Acucar) sowie bei

Dienstleistung: Es streikten die Arbeiter und Angestellten der Kaufhäuser (Pao de Acucar) sowie bei

Monsor-Gabinete de Estudos de Mercado, Imobiliaria Grao-Pará, Supermercados Praca.

KFZ-Montage: Bestreikt wurden Toyota Transmotor Lisboa und J.J. Goncalves SARL.

Über 2.000 Arbeiter bestreikten TIMEX, Teilstreiks wurden in der Stadtverwaltung Setúbal gemeldet. Bestreikt wurden ebenfalls Pereira e Brito, Fábrica Nacional de Margarina (nationale Margarine-Fabriken) Sociedade Portuguesa de Ar Liquido, Valentine-Portugal, Mabor-Manufactura, Nacional de Borracha (Gummi-Industrie, Quina-Konzern) ....

Die Reihe der allein im Mai bestreikten Betriebe ließe sich fortsetzen. Im Juni weiteten sich die Streiks noch aus. Neben weiteren zahlreichen Industrie-Betrieben griffen die Streiks jetzt auch auf die Post (C.T.T.) die Fischerei-Industrie, die Fischerei-Flotte, die Handelsmarine und sogar auf die Reisebüros von Lissabon und im Juli schließlich noch auf die Nachrichtenagenturen über.

Der August brachte schließlich noch die spektakulären und militanten Streiks beim ,,Jornal do Comercio" (Zeitungskonzern, Quina-Gruppe) und bei TAP (staatliche Luftfahrtgesellschaft), sowie den eintägigen Solidaritätsstreik der gesamten portugiesischen Tagespresse mit den Arbeitern vom ,,Jornal do Comercio" (vergl. AK-49, S. 9). Beide Streiks brachten erstmals Konfrontationen mit der Armee (COPON, etwa mit dem westdeutschen BGS vergleichbar, was seine Aufgabenstellung anbelangt).

Im August schon gab es in Portugal praktisch k e i n e n nennenswerten Betreib mehr, der nicht zumindest einmal seit dem antifaschistischen Putsch vom Ende April gestreikt hatte. Viele Betreibe wurden mehrmals bestreikt.

Die meisten Streiks hatten Teil-Erfolge.

Die Breite dieser Streikbewegung – und noch mehr die ungeheure Wucht, mit der sich diese Kämpfe unmittelbar nach dem Putsch entluden, zeigen Kraft und Willen zum Klassenkampf der portugiesischen Arbeiter, sind Beleg ihres tiefen Klassenhasses gegen die Unterdrücker von gestern und heute.

Das Klassenbewußtsein der portugiesischen Arbeiter zeigt sich besonders deutlich in der Tatsache, daß diese Streiks g e g e n den erklärten Willen und die z.T. sehr massiven Beschwichtigungsversuche, Abwiegelungsmanöver etc. von Armeespitze und Junta (die immerhin in der Rolle des ,,Befreiers vom Faschismus" auftreten konnten), durchgeführt wurden sowie auch gegen die Anstrengungen aller an der ersten provisorischen Regierung beteiligten Parteien (der sich so nennenden ,,Garanten der neugewonnenen Demokratie") – auch und gerade gegen die revisionistische PCP.

Insbesondere die Streikforderungen zeigen das hohe politische Bewußtsein und die weitgehende politische Vereinheitlichung der portugiesischen Arbeiterklasse. Bei nahezu allen Streiks wurden *dieselben* Forderungen aufgestellt, jeweils bezogen auf die konkrete Situation des Betriebes. Die Streikforderungen der portugiesischen Arbeiter betreffen in der Regel stets vier wesentliche Probleme:

1. ökonomische Forderungen: Obligate Forderung ist die nach Mindestlohn (zumeist 6.000 Esc., etwa 600 Mark), also vor allem Anhebung der unteren und untersten Löhne und Gehälter. Prozentuale Lohnerhöhungen verstärken die Lohndifferenzen unter den Arbeitern, lineare Lohnerhöhungen verringern sie nicht: beide Forderungen sind in den portugiesischen Streiks bisher anscheinend unbekannt geblieben, allenfalls werden leicht unterschiedliche Mindestlöhne für Facharbeiter und Angelernte (jeweils für a l l e Arbeiter dieser Kategorie) gefordert.

liche Mindestlöhne für Facharbeiter und Angelernte (jeweils für a l l e Arbeiter dieser Kategorie) gefordert.

Neben dem Mindestlohn werden in der Regel noch Forderungen nach vier Wochen Urlaub für alle und volle Weiterbezahlung des üblichen Lohns bei Urlaub, Krankheit etc. gefordert.

2. Forderungen, die die unmittelbare Klassen-Solidarität betreffen: Gewöhnlich wird gefordert, daß alle bisher vom Unternehmen gekündigten Arbeiter und Angestellten wieder eingestellt werden, insbesondere solgefeuert wurden. Zu diesem Zweck werden entsprechende Namenslisten aufgestellt, z.T. mit Erwähnung der Kündigungsgründe.

3. Forderungen, die sich gegen das kapitalistische Produktionsprinzip richten: gefordert wird völlige Abschaffung der Akkord-Arbeit (und ähnlicher Produktions-Systeme), sowie Abschaffung aller Überstunden-Arbeit.

4. Antifaschistische Forderungen: Gefordert wird zumeist die sofortige Entfernung aller alten Faschisten aus dem Betrieb, sowie solcher Bosse und Vorgesetzten, die früher eng mit dem faschistischem System paktierten und solcher, die für besonders arbeiterfeindliche Maßnahmen verantwortlich waren und natürlich aller Spitzel und Zuträger des PIDE (= alter faschistischer Geheimdienst). Zur Unterstützung dieser Forderungen werden die Namen der betreffenden Herrschaften veröffentlicht. Gleichzeitig werden ihre früheren Untaten öffentlich bekanntgemacht, und zwar auch solcher Untaten, die den nicht-betrieblichen Bereich dieser Leute betreffen, also z.B. wird dargestellt, wann, wo,auf **welcher ,,Partie", ,,Empfang"** o.ä. der Betreffende sich mit hohen ,,Würden"trägern des faschistischen Systems getroffen hat usw.

Der erste Putsch-Versuch der Bourgeoisie: Bauchlandung!

Angesichts dieser Entwicklung drohte der portugiesischen Bourgeoisie (und der hinter ihr stehenden Imperialisten) der geplante Versuch einer ***kontrollierten*** Ablösung des alten faschistischen Regimes Stück für Stück zu entgleiten.

Der Putsch vom 25. April brachte zwar die Zerschlagung des überlebten faschistischen Regimes, die Beseitigung seiner allerhöchsten Repräsentanten (Caetano selbst, sowie seiner engsten Freunde; er selber konnte nur auf Intervention der BRD-Regierung über Botschafter und SPD-Mitglied Caspari nach Brasilien unbehelligt ausreisen!), sowie die Auflösung des vollkommen diskreditierten Geheimdienstes PIDE. Keineswegs aber wurden schon die Bastionen der Bourgeoisie selbst angetastet. Im Gegenteil: die Regierungsgewalt ging vorerst an die pro-imperialistische, der portugiesischen Bourgeoisie – besonders ihrer größten Monopolen – völlig ergebenen Generals-Clique um Spinola und Melo. Der bürgerliche Staatsapparat blieb – mit Ausnahme des Geheimdienstes – weitgehend intakt. Die jungen, sozialreformerischen Putsch-Offiziere, schienen sich wieder zurückgezogen zu haben. Die ,,Erste Provisorische Regierung" wurde von dem extrem rechtsstehenden Ministerpräsidenten da Palma Carlos geleitet. Seine Freunde stellten gegenüber den Ministern der Sozialdemokraten (PSP) und Revisionisten (PCP) eine Mehrheit im ersten Kabinett.

Antifaschistischer Protestmarsch im September durch Lissabon

Über diese Machthebel auf konstitutioneller Ebene (Regierungsgewalt, Staatsapparat), versuchte die Bourgeoisie erstmals – nur 10 Wochen nach dem Putsch – die Entwicklung der portugiesischen Arbeiter wieder zu stoppen und die Demokratisierung der Gesellschaft wieder in den Griff zu bekommen.

Hierbei ging es der Bourgeoisie um zweierlei: kurzfristig drängte sie auf die Verabschiedung reaktionärer Sozialgesetze (Lohnfestlegung, Verbot ,,wilder" Streiks, Interventionsrecht von Polizei und Militär bei Demonstrationen, Streiks u.ä.). Gleichzeitig wollte sie die Positionen ihrer reaktionärsten Repräsentanten in Regierung und Junta konstitutionell zementieren, sowie den Einfluß von PSP und PCP in der ,,Provisorischen Regierung" abbauen.

Ebenso wollte die Bourgeoisie die Massen-Kommunikationsmittel stärker an die Leine legen. Beabsichtigt war ein neues Pressegesetz, das die Zensur wieder einführen sollte (weitgehendes Nachrichten-Verbot über Streiks, Demonstrationen u.ä., Verbot öffentlicher Kritik an Regierung und Junta). Gleichzeitig sollten die Sender von demokratischen Redakteuren ,,gesäubert" werden.

,,*Dieser (portugiesische) Alltag gibt sich alles andere als freundlich. Er brachte eine endlose Kette von Demonstrationen, Streiks, Besetzungen von Betrieben, Absetzungen von Betriebsführungen, Bildung von Arbeiterräten.*"... ,,*Ein gewisser Tiefpunkt war Mitte Juni mit dem Streik der Postangestellten erreicht, an dem über 6.000 Personen teilnahmen.*" ... Es ,,*wurde mittlerweile bekannt, daß Spinola für sich freie Hand forderte, um mit den ins Chaos treibenden anarchistischen Umständen aufzuräumen.*" ... ,,*Er* (Spinola) *ordnete inzwischen eine gründliche Neuordnung des Fernsehens an. Dreißig Mann der Führungsspitze, die wegen linksradikaler Einstellung aufgefallen waren, mußten ihren Hut nehmen. Von Spinola stammt auch der Plan für die Bildung einer Kontrollkommission, die dafür zu sorgen hat, daß Presse, Funk und Fernsehen keine offene Kritik am Regime üben.*" (alle Zitate: ,,Kölner Stadt-Anzeiger", 9.7.74).

,,***Die Regierung wollte zunächst am 27. Juni die neuen sozialen Maß**nahmen zur gesetzlichen Regelung von Streik und Aussperrung, sowie Finanzgesetze, die Löhne betreffend, bekanntgeben.*" ... ,,*die Ursachen der gegenwärtigen problematischen Situation, sind die ökonomischen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, eine Geschäftsflaute (...), die Inflation, die durch die massive Erhöhung der Einkommen auf dem öffentlichen und privaten Sektor noch angeheizt wurde.*" (Zitate: ,,Welt", 8.7.74).

,,*Das Streikrecht soll grundsätzlich bejaht, wilde Streiks (...) dagegen untersagt werden. Die Regierung behält sich das Recht auf Intervention vor.*" (,,Kölner Stadt-Anzeiger", 8.7.74).

Hinter den Kulissen haben Staatspräsident Spinola und Regierungschef da Palma Carlos wieder die alten faschistischen Politiker und Gefolgsleute in hohe Staatsämter gehievt, die sie unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Caetano-Regimes vorübergehend verloren hatten. Der spektakulärste Fall war die Ernennung des ehemaligen Erziehungsministers unter Caetano, Jose Veiga Simao, zum neuen Botschafter an der UNO.

Besonders diese Politik der Rehabilitierung der alten faschistischen Spitzen-Kader durch die neuen ,,Garanten der Demokratie" kollidierte sehr scharf mit der Entnazifizierungs-Kampagne der portugiesischen Arbeiterklasse. Diese Entnazifizierungs-Kampagne, die sich anfangs noch ganz auf die Beseitigung der Faschisten aus den Betrieben und dort insbesondere aus dem Management konzentrierte, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein neues Stadium erreicht: Gefordert wurde jetzt auch zunehmend stärker die Entfernung alter Faschisten aus den städtischen und lokalen Verwaltungen. Zur Unterstützung dieser Forderungen wurden zunehmend häufiger regionale Rathäuser belagert und z.T. besetzt gehalten. In allen portugiesischen Städten wurden große antifaschistische Massendemonstrationen durchgeführt.

Aufgrund des breiten Arbeiter-Protestes sahen sich auch PSP und PCP zu öffentlichen Protesterklärungen gezwungen. ,,*Die Sozialistische und die Kommunistische Partei Portugals haben – verbunden mit unverhüllter Kritik – Klage darüber geführt, daß rechtsgerichtete Politiker und Beamte wieder hohe Regierungsämter erhalten.*" (,,Kölner Stadt-Anzeiger", 9.7.74). ,,*Scharf mißbilligt*" wird von beiden Parteien die Ernennung des neuen UNO-Botschafters. Die PSP forderte darüberhinaus die Verwirklichung des schon länger geplanten Gesetzes, das allen ,,*durch das faschistische Regime kompromittierten Persönlichkeiten*" die Bekleidung öffentlicher Ämter zukünftig untersagt (ebenda).

Die PCP erklärte öffentlich, ,,*sie habe Beweise dafür, daß Personen, die mit dem abgesetzten ehemaligen*

Die PCP erklärte öffentlich, ,,*sie habe Beweise dafür, daß Personen, die mit dem abgesetzten ehemaligen*

Regierungschef Caetano in Verbindung standen, hohe Posten in der Diplomatie, in Regierungs- und Kolonialämtern und Wirtschaftsorganisationen erhielten". (,,Süddeutsche Zeitung", 9.7.74).

Die Bourgeoisie versuchte unterdes, die politischen Verhältnisse auf der Regierungsbühne weiter zu ihren Gunsten zu verschieben. Bisher hatte Spinola sein Amt als Staatspräsident nur aufgrund der Zustimmung des MFA (Bewegung der Streitkräfte) bekleidet; er hatte weitgehend bloß repräsentative Aufgaben, ähnlich einem Bundespräsidenten der BRD. Er forderte jetzt überraschend schon für den 31. Oktober angesetzte Wahlen speziell für das Amt des Staatspräsidenten (nach gaullistischem Vorbild), was einer Veränderung der portugiesischen Regierungsform in Richtung auf eine sog. Präsidial-Demokratie, also einem Abbau demokratisch-parlamentarischer Formen bedeutete. Das frühe Wahldatum erschien der Bourgeoisie günstig, da Spinola zu ***der*** Zeit als ***der*** Repräsentant der ,,neuen Demokratie" galt und ein hoher Wahlsieg für ihn (und damit seine Pol..ik!) das Wahrscheinlichste bedeutet hätte.

Verbunden damit forderte Spinola eine erhebliche Kompetenz-Erweiterung für das Amt des Staatspräsidenten. Unmittelbar verlangte er das ,,*Recht (...), jederzeit den Ausnahmezustand zu verhängen, falls er das für notwendig erachte.*" (,,FAZ", 11.7.74).

Dieser versuchte ,,konstitutionelle Putsch" der Bourgeoisie wurde ergänzt

Fortsetzung Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

durch den demonstrativen Rücktritt von Regierungschef da Palma Carlos und vier Ministern aus der ersten provisorischen Regierung am 9.Juli 74. Es waren dies der stellvertretende Ministerpräsident (Sa Carneiro), der Innenminister (Mota), der Wirtschaftsminister (Almeida) und Wirtschaftsminister (Almeida) und der Verteidigungsminister (Miguel). Auch dieser Rücktritt - der von den Betroffenen offenbar gar nicht ernsthaft als solcher gemeint war - diente der Erpressung.

Der *„Wiedereintritt"* in das Kabinett und damit die *„Abwendung der ersten Regierungskrise in Portugal"* wurde von da Palma Carlos verbunden mit einer Reihe politischer Forderungen, die allerdings in der Öffentlichkeit nicht klar formuliert wurden. Aufgrund durchgesickerter Informationen wußte die bürgerliche Presse aber zu berichten, daß da Palma Carlos *„eine Änderung der Übergangsverfassung (verlangte), um im Kabinett mehr Vollmachten für die Entscheidung über die Richtlinie (?) der Politik zu erhalten"* („Süddt.Ztg., 11.7.75). - *„Palma Carlos hatte für sich mehr Entscheidungsfreiheit und mehr politische Macht gefordert"* („FAZ" 11.7.74).

Offenbar ist Palma Carlos im Kabinett und vor allem gegenüber dem Staatsrat (dem u.a. eine Reihe profilierter linker Militärs angehören) mit seinen Vorstellungen zum Streikrecht und Gewerkschaftsgesetz ebensowenig durchgekommen wie mit seinen Versuchen, die Armee gegen streikende Arbeiter einzusetzen (was er - wie erst jetzt bekannt - anläßlich des Poststreiks gefordert hatte). Für *„besonders dringlich"* hielt da Palma Carlos „die Gesetze für die Regelung des Streikrechts und des Gewerkschaftswesens", da die Arbeiterschaft heute in etwa 300 Syndikate (gemeint offenbar: die autonomen „Arbeiterkommissionen" - die Red.) zersplittert ist. Bei mehreren Tarifkonflikten seit dem 25. April war von Anfang an gestreikt worden ohne Einhaltung des in anderen demokratischen (!?) Ländern üblichen Verhandlungsschemas, bei dem der Ausstand als letztes Kampfmittel gilt. Die Verabschiedung der entsprechenden Gesetze mußte zweimal verschoben werden, weil das Kabinett sich nicht einigen konnte" („Süddt.Ztg." 11.7.). - Also eindeutig: Der rechtsradikale da Palma Carlos hatte sich mit seinen arbeiterfeindlichen Vorstellungen gegen die Minister der PCP und PSP und vor allem einer Reihe linker Militärs nicht durchsetzen können.

Ergänzt wurden die Vorbereitungen zu diesem konstitutionellen Putsch durch *„die Umbesetzung von Offiziersstellen zur Konzentration politisch zuverlässiger Armeeinheiten in und um Lissabon"* („Welt", 10.7.). die Spinola persönlich veranlaßte und leitete. Zusätzlich verlangte Spinola noch die Vorverlegung der für April '75 geplanten Wahlen (davon versprach sich die Bourgeoisie eine stärkere „demokratische" Legitimation einer zukünftigen bürgerlichen Regierung. Wie die Linken, weiß auch die Bourgeoisie, daß jeder weitere Tag unter den Bedingungen einer allgemeinen Offensive der Arbeiterklasse auch bei den Parlamentswahlen den Linken zusätzliche Stimmen bringen und den bürgerlichen Parteien kosten würde).

Sofort nach Rücktritt von da Palma Carlos zog Spinola auf Propaganda-Tournee durch ihm ergebene Truppenteile und Polizeieinheiten (die übrigens nach wie vor von Faschisten kommandiert werden), um sie an ihre *„Rolle im Dienst des Vaterlands"* zu erinnern. *„Das Vaterland ist krank"*. Gefahr drohe von links („FR", 12.7.74).

Da Palma Carlos ist anscheinend bereit, sein Amt weiter zu behalten, möglicherweise (?)) mit einer umgebildeten Regierung, wobei er sich seine Minister selbst aussuchen kann" („FAZ", 12.7.74). Carlos forderte *„die Zahl der Sozialisten und Kommunisten (im Kabinett) zu verringern"* (ebda.).

Anfangs schien ein Erfolg des „konstitutionellen Putsches" von Carlos und Spinola durchzukommen. Informationsminister Rego (PSP) mußte das Kabinett verlassen. Ebenfalls der Staatssekretär für Gesundheit (PCP-Mitglied).

Für die portugiesische Arbeiterklasse und ihre Organisationen war dieser Putschversuch der Bourgeosie und die damit angestrebten Ziele offensichtlich. *„In Lissabon bezeichnet man (? !) den Rücktritt des Regierungschefs und seine danach bekundete Bereitschaft, doch im Amt zu bleiben, als ein „Monokel-Manöver". Viele Portugiesen glauben (?), das ganze Spiel sei zwischen (...) Spinola und Carlos abgesprochen gewesen. Carlos ist offensichtlich auch dafür, daß der Staatspräsident schon gewählt wird, bevor die Wahl zur Nationalversammlung stattfindet..."* („FAZ", 12.7.74).

Unter dem Eindruck der Massenbewegung werden die Erpressungen von Carlos und Spinola jedoch im Staatsrat abgelehnt (nach „O Seculo" mit 18:3 Stimmen). *„Spinola selbst scheint in einer Sitzung des Staatsrates am Dienstag der Weg zum gewählten Präsidenten (..) in einer verheerenden Abstimmungsniederlage versperrt worden zu sein"* („FAZ", 11.7.). Nachdem Spinola daraufhin das gesamte Kabinett entließ und öffentlich verkündete, sein persönlicher Freund, der rechte Oberstleutnant Miguell werde Regierungschef werden („Welt", 12.7.74), schalteten sich die linken Führer der „Bewegung der Streitkräfte" massiv in die Auseinandersetzung ein. Die Militärs zwangen Spinola, den Rücktritt von Carlos offiziell anzunehmen und Oberst Vasco Goncalves (ein führender linker Vertreter des MFA) zum Regierungschef zu ernennen. Ein anderer linker Führer des MFA, Otelo Carvalho, wurde zum Brigadegeneral befördert, er wurde Militär-Kommandant der Region Lissabon, sowie direkter Befehlshaber des neu geschaffenen „Einsatzstab für innere Unruhen" (Copcon) („FR", 15.7.74).

Der „konstitutionelle Putsch" der Bourgeoisie, ihr Versuch einer Änderung der Regierungsform (*„portugiesischer Gaullismus"* unter *„Spinolas Führung"*, „Welt", 15.7.) und versuchte massive Rechtswendung in Regierung und öffentlichen Organen war gescheitert. Voraussetzung für dieses Scheitern war der sich besonders in dieser Zeit enorm entfaltende antifaschistische Kampf der Arbeiter und ihrer Bündnispartner sowie die politische Haltung der linken Führer des MFA. Springers „Welt" konstatierte, *„die jugendliche Opposition in den Städten und im Offizierskorps gibt ihr Ziel, die Volksrepublik Portugal, nicht auf"... „Die Situation erinnert in mancher Hinsicht an Chile unter Allende"* („Welt", 15.7.74).

Interessant ist die Haltung der verschiedenen Parteien im Verlauf dieses Putsches: Die gesamte revolutionäre Linke, die linken Demokraten (MDP), die Revisionisten (PCP), die Sozialisten (PSP) – und (aus taktischen Erwägungen) sogar einzelne Führer der rechtsliberalen PPD standen eindeutig gegen den konstitutionellen Putschversuch der Bourgeoisie. Dasselbe gilt für die Bewegung der Streitkräfte (MFA).

Putschversuch von der Generalsclique um Spinola, der rechtskonservativen Partei CDS, der PPD-Mehrheit und sogenannten parteiunabhängigen Politikern (direkte Bourgeoisie-Agenten), die sich später den rechten Parteien anschlossen.

Der zweite Putschversuch der Bourgeoisie – Bruchlandung

Daß die portugiesische Bourgeoisie sich nicht mit diesen – von ihr selbst provozierten – politischen Ergebnissen zufrieden geben würde, war von vornherein absehbar. Knapp zwei Monate später – Ende September – sollte es zu einem weiteren, weit gefährlicheren Putschversuch kommen. Im Gegensatz zum (gescheiterten) konstitutionellen Putschversuch war diesmal eine reaktionäre Massenmobilisierung als Voraussetzung für eine politische Weichenstellung nach rechts, vorgesehen. General Spinola rief die sog. „schweigende Mehrheit" zur politischen Aktivität auf, als Gegengewicht zu den Linken.

Im Gefolge dieses Aufrufs kam es überall im Land zu faschistischen Provokationen und Zusammenrottungen. Der für den 28. September geplante Massenaufmarsch der Rechten in Lissabon mußte allerdings buchstäblich in letzter Minute wieder abgeblasen werden, angesichts der eindeutigen Haltung der Portugiesischen Arbeiter, die schon Tage zuvor zu Hunderttausenden auf der Straße waren, die Lissabon mit Barrikaden systematisch abriegelten, die sich z.T. bewaffnet hatten usw. Nicht zuletzt scheiterte der Putschversuch auch an der Haltung der „Bewegung der Streitkräfte", die spätestens seit dem 27. September den antifaschistischen Kampf der Arbeiter unterstützte, zusammen mit bewaffneten Arbeitermilizen die Barrikaden um Lissabon bewachte, Faschistentrupps entwaffnete, Straßenpatroillen lief usw. (Wir verzichten an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung der Kämpfe und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem zweiten Putschversuch der Bourgeoisie Ende September und verweisen auf unsere ausführliche Darstellung in AK 50 und vor allem AK 51.)

Der Putschversuch vom September hat – vor allem in den Städten – eine ungeheuer breite und militante Massenbewegung hervorgetrieben und auch auf konstitutioneller Ebene – also in Regierung und Staatsapparat – eine weitere Linkswendung gebracht: Die Spinola-Clique mußte endgültig abtreten, die Armee wurde von einigen hundert Spinolisten gesäubert, gegen faschistische Gruppierungen wurden eine Reihe (erfolgreicher) Razzien durchgeführt, an denen auch bewaffnete Arbeitergruppen teilnahmen und die enorme Waffenlager der Rechten ans Tageslicht beförderten.

Zugleich waren die September-Kämpfe aber auch das Ende der breiten antifaschistischen Einheit der gesamten Linken, unter Einschluß der Sozialistischen Partei, die wenig später – auf Druck vor allem der westdeutschen SPD – aus diesem Bündnis ausscherte (vergl. AK 56).

Fortsetzung Seite 26

Marsch der Werftarbeiter von Lisnave durch Lissabon:
Rausschmiß aller Faschisten – Für Streikrecht – Gegen Aussperrung

Marsch der Werftarbeiter von Lisnave durch Lissabon:
Rausschmiß aller Faschisten – Für Streikrecht – Gegen Aussperrung

Aktionseinheit zur Metalltarifrunde '71 – Verlauf der Aktionseinheit
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse

Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolu-

Fortsetzung von Seite 25

Die für die Rechten verlorenen September-Kämpfe waren auch das Signal des Imperialismus, schärfer gegen Portugal vorzugehen, den außenpolitischen Druck (Wirtschaftsblokkade, Kriegsdrohungen) zu erhöhen und die Wühlarbeit in Portugal selbst zu intensivieren (vgl. AK 56).



Antifaschistischer Protestmarsch im September 74 von 20.000 Fischern und ihren Frauen

Neuer Aufschwung der Arbeiterkämpfe zu Beginn des Jahres

Seit Anfang Januar haben die Kämpfe der portugiesischen Arbeiter einen weiteren großen Aufschwung genommen, nachdem sie in den letzten Monaten des alten Jahres leicht zurückgegangen waren. Sowohl die Kampfformen als auch die Forderungen der Arbeiterklasse haben sich erheblich radikalisiert und ein neues Niveau erreicht.

„Normale Streiks" (hierzulande als „wilde" Streiks diffamiert) traten zurück gegenüber unmittelbaren Werksbesetzungen. Zur Zeit sind in Portugal etwa 250 Industriebetriebe besetzt („Expresso", 22.2.75). In den meisten Fällen dient die Betriebsbesetzung nicht nur der Durchsetzung bestimmter Forderungen. Vielmehr mehren sich die Fälle, in denen nach der Besetzung, Geschäftsleitung und Management von den Arbeitern entlassen werden und die Arbeiter die Produktion selbständig organisieren.

Spektakulärstes Beispiel dafür ist die Übernahme der Tageszeitung „O Século" durch die Druckarbeiter: Auf einer von den Arbeiterkommissionen einberufenen Vollversammlung der Arbeiter von „Sociedade Nacional de Tipografia" (die „O Século" herausgibt) faßten die Arbeiter mit überwiegender Mehrheit folgenden Beschluß:

„Angesichts der Tatsache, daß die Verwaltung häufig mit Rücktritt droht, und daß sich das Unternehmen in der Situation eines wirtschaftlichen Chaos befindet, welches die Arbeitsplätze von über 800 Arbeitern bedroht und zu dessen Lösung die Verwaltung keinerlei Vorschläge unterbreitet, beschließen die Arbeiter der S.N.T., der Verwaltung den Zutritt zu den Anlagen des Unternehmens zu untersagen. Die Arbeiter verlangen von der Bewegung der Streitkräfte eine Garantie ihres Rechtes auf Arbeit und eine staatliche Intervention, die jedoch nicht die Formen der Kontrolle beeinträchtigen darf, die die Arbeiter über die Produktion entwickeln werden. Zusatz: Die Räume der Verwaltung sind unter Kontrolle der Arbeiter sofort zu schließen. Der Direktor der Zeitung ist zu suspendieren." (Zitiert bei „Jornal de Comércio", 15.2.75). – „O Século" erscheint seitdem in Eigenverantwortung der Druckarbeiter und Journalisten.

Ende Januar berichten die bürgerlichen Zeitungen erstmals davon, daß die Arbeiter besetzter Fabriken ebenfalls die *„Organisierung des Verkaufs ihrer Produkte"* selbst in die Hand genommen haben („República" 31.1.75).

In vielen Betrieben wird nach der Besetzung die Forderung nach Verstaatlichung bei gleichzeitiger Kontrolle der Produktion und Verwaltung durch die Arbeiter aufgestellt.

Ausdruck für das politische Bewußtsein der Arbeiter mag auch die Tatsache sein, daß die reaktionäre Partei CDS (die portugiesische CDU) es bis heute nicht geschafft hat, die von ihr geplante Zeitung „Tempo" in irgendeiner Druckerei drucken zu lassen, da dies überall von den Arbeitern abgelehnt wird.

„O Século" (vom 28.1.) berichtete von einer Vollversammlung der Arbeiter des „Diario Popular", in dem die Tageszeitung „Tempo" gedruckt werden sollte. Die Arbeiter lehnten ab: Die politische Orientierung des projektierten Blattes *„dient nicht der Arbeiterklasse"* und *„ist nicht geeignet den antifaschistischen Kampf zu fördern."*

Die bürgerliche Zeitung „Expresso" (ihr Herausgeber ist Spitzenfunktionär der rechtsliberalen PPD) vom 22.2.75 versucht eine grundsätzlichere Analyse des derzeitigen Kampfes der portugiesischen Arbeiter aus ihrer Sicht. Wir bringen hier die wichtigsten Aussagen, die für sich selbst sprechen:

„Die härtesten Arbeitsauseinandersetzungen treffen im Augenblick schätzungsweise 250 Unternehmen im ganzen Land. Die Entwicklung der Arbeiterforderungen hat besonders seit Januar dieses Jahres verstärktere Formen angenommen und sich in der ersten Februarhälfte noch weiter verschärft. Die Zahl der 1975 entstandenen Konflikte übertrifft schon die Gesamtzahl der Konflikte von September bis Dezember letzten Jahres."

„Die mit Abstand häufigsten und bedeutendsten Konflikte sind Werksbesetzungen, verbunden mit Forderungen nach ‚saneamento' (Entnazifizierung, Rausschmiß des Managements – d. Red.). *Streiks und Einschließungen* (gemeint sind Kämpfe, wobei die Geschäftsleitung von den Arbeitern solange festgesetzt wird, bis sie den Forderungen nachgegeben hat – d. Red.) *sind dagegen in letzter Zeit weniger gebräuchliche Kampfformen. Andererseits tauchen die verschiedenen Kampfformen nicht isoliert voneinander auf."*

„Während sich bei Klein- und Mittelbetrieben die Auseinandersetzungen im allgemeinen aus ökonomischen Forderungen herleiten (Nichtbezahlung des Mindestlohnes) stehen bei großen Unternehmen politische Motivierungen im Vordergrund („Saneamento" von Verwaltungsratsmitgliedern, die mit dem faschistischen Regime verbunden, in Fälle von Sabotage, Korruption und Mißbrauch von Privilegien verwickelt oder einfach für eine als schlecht betrachtete Verwaltung verantwortlich sind)."

„Im Falle der Klein- und Mittelbetriebe äußern sich die Forderungen normalerweise in der Werksbesetzung und in der Fortführung der Arbeit in Selbstverwaltung. Diese Bewegungen gehen im allgemeinen von der autonomen Organisation der Arbeiter des Betriebes (gemeint sind die Arbeiterkommissionen – d. Red.) *selbst aus."* (Sämtliche Zitate „Expresso" vom 22.2.75)



Poststreik im Juni 74

Tatsächlich haben die portugiesischen Arbeiter seit Beginn des neuen Jahres autonome Gegenmachtpositionen mit zunehmender Breite geschaffen.

Organisatorischer Motor der gesamten Bewegung (seit April 74) sind die schon im Faschismus entstandenen Arbeiterkommissionen, in denen sämtliche Organisationen der revolutionären und links-sozialistischen Linken arbeiten. Diese Arbeiterkommissionen, ursprünglich nur betriebsbezogene Organisationen, haben in den letzten Monaten Anstrengungen zur Herausbildung überbetrieblicher und regionaler Organisierung gemacht.

„Jornal de Comércio" berichtete am 13.2. von einer Vollversammlung der Arbeiter des Quina-Konzerns, die auf Initiative der betrieblichen Arbeiterkommissionen zustande kam. Die Arbeiter folgender Betriebe kamen zusammen: Eurofil, Icesa, Mabor, Diario Popular (Tageszeitung), Jornal de Comércio (Tageszeitung), Star, Superparacas Regedor, Atlas, Latina, Alcácerm Companhia Portuguesa de Resca, Data, Eurofina, Banco Borges & Irmão, Banco do Alentejo, und Banco de Crédito Comercial e Industrial. – Die Arbeiter beschlossen, eine einheitliche Arbeiterkommission, die die Arbeiter des gesamten Konzerns umfaßt (der Konzern umfaßt praktisch alle Industriebranchen!).

Weiter wurden Maßnahmen diskutiert, mit denen die Arbeiter des Konzerns gegen die Versetzung rausgestreikter Direktoren in andere Betriebe des Konzerns verhindern können, wie der Kampf gegen Wirtschaftssabotage und andere reaktionäre Machenschaften der Kapitalisten zu führen ist. (vgl. dazu den nebenstehenden Artikel: „Der Kampf der Arbeiter von Eurofil") In einer Resolution an Regierung und das MFA forderten die Arbeiter die unverzügliche Verstaatlichung der konzerneigenen Bankengruppe sowie die strafrechtliche Verfolgung verantwortlicher Faschisten des Konzernmanagements (nach „Jornal de Comércio" vom 13.2.) – (Zur Arbeit der jetzt gebildeten Arbeiterkommission des Quina-Konzerns vergleiche nebenstehende Erklärung).

Die offizielle – von den Funktionären der revisionistischen PCP weitgehend beherrschten – Einheitsgewerkschaft, der Intersyndical, steht in Opposition zu allen diesen Kämpfen der portugiesischen Arbeiter und zu den Arbeiterkommissionen selbst. Andererseits drückt die Tatsache, daß sich die Arbeiter fast aller Industriebranchen in den Arbeiterkommissionen und nicht in den offiziell zugelassenen Intersyndical organisiert haben, ihre Kritik an der opportunistischen Politik der Revisionisten aus. Diese Tatsache bringt auch der bürgerliche „Expresso" – im Ton des Bedauerns – zum Ausdruck:

„Gewisse amtliche Sektoren und Vertreter des Unternehmertums haben eine gewisse Beunruhigung gezeigt, weil sich eine Verhärtung der ‚anarcho-syndikalistischen' (d. h. schwierig zu kontrollierenden) *Tendenzen vollzieht: in vielen Fällen werden die Vertreter der Gewerkschaften von der spontanen (?) Bewegung an der Basis überholt, wobei die Gewerkschaften an den Rand gedrängt werden und der ‚normale' Ablauf der Verhandlungen verhindert wird."* („Expresso", 22.2.)

Und noch etwas direkter: *„Die Intersindical und die PCP neigen zu einer abwartenden Haltung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die PCP die Führung und Kontrolle der Massenbewegung zu erringen (!!) versucht, scheint ihre Taktik darin zu bestehen, sich bei gewissen spontanen Initiativen der Basis nicht einzumischen und eher einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten, um sie* (die Massenbewegung) *sich wieder einzuverleiben. Außer wenn sie* (die Massenbewegung) *zu aggressive Proportionen in bezug auf Positionen der Partei* (gemeint PCP) *einnimmt, wie es bei der Kundgebung gegen die Arbeitslosigkeit und Entlassungen geschah, die – wie üblich – beschuldigt wurde, sie betreibe das ‚Spiel der Reaktion'".*

Tatsächlich haben die Revisionisten und die von ihr beeinflußte Intersindical bei bisher fast allen Streiks – im besten Fall! – „vornehm" geschwiegen, d. h. sich als eine an der Regierung beteiligte Partei aus den Kämpfen der Arbeiter herausgehalten. In verschiedenen Fällen (z. B. im letzten Jahr beim Streik von TAP, „Jornal de Comércio", Poststreik) haben PCP und Intersindical massive Gegenpropaganda gemacht und die Streikkämpfe als von *„Ultralinken, die im Dienst der Reaktion stehen"* angezettelt diffamiert. Die Entnazifizierungsforderung der Arbeiter hält die PCP für „berechtigt", für falsch erklärt sie dagegen, daß deswegen auch gestreikt oder Fabriken besetzt werden. Militantere Streikformen, (Besetzung und ähnliches) lehnt die PCP als „Abenteuer" ab und stellt diese Kämpfe auf eine Stufe mit den Sabotage-Maßnahmen der Kapitalisten (Kapitalflucht, Produktions-Stillegungen etc.) weil beides angeblich der „nationalen Wirtschaft schadet". Wird fortgesetzt. ●

Portugal-/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Erklärung der Arbeiterkommission des Quina-Konzerns

Die Gruppe Miguel Quina, die über 60 Unternehmen besitzt und Tausende von Arbeitern ausbeutet, hat unter ihren leitenden Angestellten immer noch Dutzende von Akademikern und Technikern, die extrem hohe Gehälter – teilweise noch dazu von mehreren Unternehmen – beziehen, aber oftmals überhaupt nicht an ihrem Arbeitsplatz erscheinen.

Zugleich versuchten die Geschäftsführungen auf Weisung von Dr. Miguel Quina, die Kämpfe um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in jeder nur erdenklichen Weise zu behindern und zu unterdrücken, was Krisensituationen bei Mabor und beim Jornal do Comércio hervorgerufen hat.

Als bei Eurofil 300 Arbeiter entlassen werden sollten, besetzten die Arbeiter die Fabrik, worauf Marinesoldaten auf Ersuchen der Geschäftsführung intervenierten. Die Soldaten erkannten jedoch die Forderungen der Arbeiter als gerecht an und verbrüderten sich mit ihnen; vereint in ihrem Kampf haben die Kollegen die Entlassungen verhindert.

Bei Mabor endete ein Anfang Mai begonnener Streik erst Ende Juni. Die meisten Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden.

Beim „Jornol do Comercio" gab es nach dem Streik Entlassungsversuche, zu denen die Arbeiter nein sagten.

Bei Star kündigte die Verwaltung die Entlassung von 20 Arbeitern an und kündigte schließlich 4 Arbeitern ohne Angabe von Gründen; die Kollegen setzten jedoch die Wiedereinstellung dieser Vier durch.

Bei Icesa (Werft Algés) gab es ebenfalls einen Versuch, einen Arbeiter zu entlassen, der nur an der entschlossenen und sofortigen Reaktion der Arbeiter scheiterte. Als Folge ihres Kampfes wurde der Ingenieur ihres Kampfes wurde der Ingenieur Mariz entlassen, der die Entlassung dieses Arbeiters betrieben hatte.

Ebenfalls bei Icesa (Werft Agualva-Cacém) wurden im September '74 36 Arbeiter entlassen, wobei sich die Verwaltung auf faschistische Gesetze von vor dem 25. April berief und die Unwissenheit der Arbeiter über ihre Rechte ausnutzte. Später gab es einen weiteren Versuch, über 90 Arbeiter zu entlassen, der aber an der Einheit und dem Klassenbewußtsein scheiterte, das die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt bewiesen.

Es ist bekannt, daß dieser Konzern immer bedeutende Verbindungen zur faschistischen Regierung unterhielt und in seiner Organisation schwer kompromittierte Elemente behalten hat.

Die Namen und Aktivitäten eines Teils dieser Herren sind allgemein bekannt:

Conçalves Rapazote, früherer Innenminister, aktiver Verantwortlicher für die Repression, Aufsichtsratspräsident des Banco do Alentejo;

Guilherme Braz Medeiros, vom „Diário Popular";

Antônio Costa Felix, vom Banco Borges & Irmão, unterschrieb den Aufruf zur Kundgebung der „schweigenden Mehrheit", nach Spanien geflohen;

Júlio da Costa Morais, vom Banco Borges & Irmão, sein Schwager, nach Brasilien geflohen;

José Miguel Maia Pereira, vom Banco Borges & Irmão, Mitglied der Legião Portuguesa und der F.A.C.;

Antônio Ayala Boaventura, von Data, Mitglied der Legião Portuguesa (Nr. 117 119) und der F.A.C.;

José Costa Deitado, von Data, Direktor der Zeitung des „Partido do Progresso" und aktives Element dieser neonazistischen Partei;

Quirino dos Santos Mealha, Verwaltungsratspräsident des Banco do Alentejo, im Verwaltungsrat der Icesa, Mitglied Nr. 17 305 der A.N.P. seit dem 21.11.34;

Rui Marchante, von Icesa, Mitglied der Legião Portuguesa;

Fernando Pina e Almeida, vom Banco Borges & Irmão, Gefangener in Caxias, für die Verbindungen zwischen der PIDE und Quina-Unternehmen verantwortlich;

Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Pina de Almeida wurde Miguel Quina einem Verhör unterworfen.

Aber außer diesen faschistischen Elementen gibt es noch mehr in der Quina-Gruppe. Es sei nur daran erinnert, daß die früheren Professoren der juristischen Fakultät Adelino da Palma Carlos, Pedro Soares Martinez, Cavaleiro Ferreira und Rui de Albuquerque mit dieser Gruppe verbunden waren, die kurz nach dem 25. April Marcelo Caetano eine baldige Rückkehr in seine Universitätsämter wünschten und die wertvollen Dienste erwähnten, die er der portugiesischen Universität erwiesen habe.

Dazu kommt noch, daß in der Icesa ein ständiger PIDE-Posten mit fünf Elementen bestand – Vitorino Dias sa ein ständiger PIDE-Posten mit fünf Elementen bestand – Vitorino Dias Conçalves, Orlando Gomes Martins, Abílio Francisco Esteves und António Manuel da Silva.

Dr. Miguel Quina aber fährt fort mit seinen Manövern in Finanz- und Diplomatenkreisen, um ein Klima zu schaffen, das seine Stabilität im In- und Ausland begünstigt.

Einer seiner letzten Schachzüge war ein Essen, das er zu Ehren des Botschafters des Senegal gab. Dabei gelang es ihm, zu diesem Essen einige bedeutende Persönlichkeiten des politischen Lebens zusammenzubringen (darunter ein Minister der Provisorischen Regierung).

Wir fragen uns: wenn die Geschäftsführungen und ihre Lakaien den Arbeitern soviele Schwierigkeiten bereiten und immer noch Verbrecher und Faschisten in den Unternehmen der Quina-Gruppe beschäftigt sind, können die Arbeiter in dieser Situation gleichgültig bleiben? Können die Arbeiter die opportunistischen Schachzüge Miguel Quinas und seiner Lakaien zulassen? ●

(aus: „Esquerda Socialista" Nr. 17, 18.2.75 – Zeitung der revolutionären Organisation M.E.S.)

Strauß in Spanien

Am letzten Wochenende im Februar tauchte F.J. Strauß höchstpersönlich in Madrid auf, um mit hohen Politikern des faschistischen Regimes persönlich Gespräche zu führen.

Er hatte eine Unterredung mit dem spanischen Ministerpräsidenten Arias Navarro, bei dem er sich (nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung") „an Portugal denkend" erkundigte, ob sich außer den Kommunisten auch andere Gruppierungen – d.h. natürlich auf der politischen Rechten – organisiere würden. (Das neue Gesetz über „politische Assoziationen" erlaubt erstmals eine politische Betätigung außerhalb der Falange – allerdings innerhalb der Grenzen des – faschistischen „Movimiento" – im Grunde also nur eine Ermunterung zur Organisierung der Faschisten aller Schattierungen).

Welche Gruppierungen Strauß dabei im Auge hatte, wurde am Teilnehmerkreis seiner weiteren Gespräche deutlich. Strauß ließ sich demonstrativ in ständiger Begleitung des deutschen Wahlkonsuls von Málaga blicken, der seit Jahren ein persönlicher Freund des militanten Ultrafaschisten-Führers Giron ist. Giron ehemaliger Arbeitsminister, war Anfang Januar zum Chef der Falange gekürt worden, nachdem er maßgeblich die Absetzung des einzigen relativ „liberalen" Informationsministers, Pio Cabanillas, im Oktober vorigen Jahres betrieben hatte. Strauß bestreitet natürlich, mit Girón zusammengetroffen zu sein, der als Kopf der spanischen Ultrafaschisten gilt.

Außerdem hatte Strauß nach Berichten spanischer Zeitungen, Kontakt zu einer Gruppe von Girón sehr nahestehenden Erzfalangisten um Emilio Romero und Solís. Strauß streitet auch das ab-mit dem früheren Gewerkschaftsminister (das ist der Minister der faschistischen Syndikate) Solís habe er allerdings zusammen gegessen, weil „dieser ein alter Bekannter von ihm sein"(!!) („FAZ::. 24.2.75).

Emilio Romero, ebenfalls eine der berüchtigsten Figuren des Regimes, seit 1952 Mitglied des Ständeparlaments, seit 1957 Mitglied des „Nationalen Rats der Bewegung", wurde Ende Februar zum Vertreter des „Movimiento" für Presse und Rundfunk ernannt, soweit er zum Präsidenten des Direktionsrates der Zeitung der faschistischen Syndikate „Pueblo" sowie zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrates derselben Zeitung („Cambio 16", 24.2.-2.3.75).

Botschafter von Lilienfeld arrangierte ein Abendessen für Strauß, bei dem drei spanische Minister „mittlerer Bedeutung", sowie die beiden Politiker Silva Muñoz und Areilza eingeladen waren. Diese beiden Faschisten zählen zu einer Gruppierung um den derzeitigen Botschafter Spaniens in London, Fraga Iribarne, der zur Zeit alle Anstrengungen unternimmt, der wichtigste Mann im Post-Franco-Spanien zu werden und der eine „Demokratisierung von innen" propagiert. Fraga bezeichnet sich als einen „Politiker der Mitte" und wirft der Regierung vor, zuwenig für die Bildung einer breiten „Mitte" in Spanien zu tun. Fraga kommt selbst aus der Falange, entwickelte sich als Informationsminister mit der Verabschiedung eines etwas liberaleren Pressegesetzes Ende der sechziger Jahre zu einem Führer des sogenannten liberalen Flügels des Regimes; kurze Zeit später gehörte er allerdings wieder zu den Verfechtern scharfer Repression und verfolgte mit unerbittlicher Härte Zeitungen und Journalisten, wies Auslandskorrespondenten aus und setzte sich für den Ausnahmezustand von 1969 ein.

Wie inzwischen bekannt wurde, ist selbst die „Operation Fraga" zum Scheitern verurteilt. Fragas „Programm" beinhaltete u.a. strikte Beachtung der Menschenrechte, Recht auf Streik, allgemeines Wahlrecht aller Parlamentsmitglieder (Cortes). Fraga wollte mit diesem Programm als „politische Assoziation" anerkannt werden. Über die Akzeptierung einer Assoziation entschied jedoch der Nationalrat der Falange und für diesen lag das „Reformprogramm" von Fraga nicht „innerhalb der Richtlinien" der Einheitspartei („FR", 20.2.75).

Soweit zu dem Freundeskreis von Strauß in Spanien.

Am 27. Februar hielt Ministerpräsident Arias eine Pressekonferenz vor dem Fernsehen ab, in der er alle „grundlegenden Änderungen des von General Franco geschaffenen Regimes" ablehnte. „Weder für notwendig noch für angebracht" hielt Arias die Versuche von „Reformkräften" durch gesetzlich zulässige Volksabstimmungen über Verfassungsänderungen Spanien zu demokratisieren und dadurch den Anschluß an die Europäische Gemeinschaft zu erreichen („SZ", 28.2.75). Diese Rede ist ein erneuter Ausdruck der Tatsache, daß die ultrafaschistischen Kräfte des spanischen Regimes weiter Auftrieb erhalten haben.

Inzwischen hat Arias fünf neue Minister in sein Kabinett berufen, die durch die Bank alles keine Vertreter der sogenannten „Öffnungspolitik" sind. Den Rücktritt des Arbeitsministers Licinio de la Fuente (aus Kritik an dem zu eng gefaßten Streikgesetz) nahm Arias zum Anlaß, auch gleich weitere Minister auszutauschen.

Bisher ist jede groß angekündigte Liberalisierung des faschistischen Systems in Spanien wieder zurückgenommen, bzw. auf eine Karikatur zusammengestrichen worden und es gehört zur politischen Funktion des Strauß-Besuches, die Kräfte ermutigt zu haben, die eine Aufrechterhaltung des Terrors gegen die spanische Arbeiterklasse und das Volk mit allen Mitteln betreiben. ●

Portugal-/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kampf der Arbeiter von Eurofil

Zur Zeit sind in Portugal etwa 250 Industriebetriebe besetzt. Beispielhaft für viele Kämpfe der Arbeiter wollen wir hier den Kampf der Eurofil-Arbeiter und ihre politischen und ökonomischen Probleme schildern:

Die „Eurofil – Indústrias de Plásticos des Quina-Konzerns, in dessen Fabrikationsanlagen in Póvoa de Santa Iria Plastikmaterial verarbeitet wird; die Produktion wird zu 85% exportiert. Vor dem 25. April 74 wurden dort wahre Hungerlöhne gezahlt: So erhielten Arbeiterinnen weniger als 1.000 Escudos (etwa 100 Mark) im Monat! Noch im Mai '74 setzten die Arbeiter einen Forderungskatalog teilweise durch und erreichten u.a. Mindestlöhne von 4 bis 6.000 Esc sowie einen 13-ten Monatslohn (der allerdings später nicht gezahlt wurde); in ihrer Unerfahrenheit akzeptierten sie allerdings einen Punkt der Geschäftsleitung, in dem sie sich mit „Rationalisierungsmaßnahmen" einverstanden erklärten. Als dann im Juli ruchbar wurde, daß 300 Arbeiter entlassen werden sollten, und den ersten 17 Kollegen auch schon die Kündigung ausgesprochen wurde, schritten die Arbeiter zur Tat und schlossen die gesamte Geschäftsführung auf dem Werksgelände ein, um die Zurücknahme der Entlassungen zu erzwingen. Als sich das vom Konzern zu Hilfe gerufene Militär mit den Arbeitern solidarisch erklärte, gab die Geschäftsführung nach, so daß es nicht zu Entlassungen kam.

Nachdem die Arbeiter jedoch feststellen mußten, daß die Produktion nicht mehr verkauft, sondern nur noch eingelagert wurde und außerdem der Produktionsumfang erheblich zurückging, gingen sie mit Hilfe der Arbeiterkommissionen für den gesamten Quina-Konzern den Machenschaften der Geschäftsführung auf den Grund. Dabei stellte sich heraus, daß das Unternehmen – das 1973 einen Gewinn von 15 Mio. Esc gemacht und zu den zehn bedeutendsten Exporteuren Portugals gezählt hatte – am Jahresende 1974 mit 425 Mio. Esc bei 15 in- und ausländischen Banken verschuldet war; daß Rohstoffe zu stark überhöhten Preisen im Ausland gekauft worden waren, um ungehindert Devisen zu verschieben; und daß der Quina-Konzern die Eurofil-Patente den wichtigsten Kunden in den USA und England zum Kauf angeboten hatte, was die Arbeiter zu Recht als Vorbereitung der Werksschließung deuteten.

Auf einer Betriebsversammlung am 4. Februar, auf der diese Sabotageakte des Konzerns enthüllt wurden, wurden zwei Vorschläge zur Abstimmung vorgelegt: Der eine sah die Aufnahme von Verhandlungen mit der Geschäftsführung vor, mit dem Ziel, Rohmaterial für sechs Monate einzukaufen und das Gesellschaftskapital des Unternehmens aufzustocken; der andere propagierte die sofortige Besetzung der Fabrik. Von 1.400 Anwesenden (insgesamt arbeiten bei Eurofil 1.600 Menschen) sprachen sich 43 für Verhandlungen aus, der Rest plädierte für die Werksbesetzung. Dieser Beschluß wurde dann auch gleich in die Tat umgesetzt; in einem Flugblatt erhoben die Arbeiter von Eurofil folgende Forderungen:

- Verstaatlichung des Unternehmens unter der Kontrolle der Arbeiter;
- Abtragung der Schulden durch Miguel Quina, auch wenn das Unternehmen verstaatlicht wird;
- Strafprozeß gegen M. Quina.

Die Arbeiter der Eurofil haben inzwischen die Unterstützung zahlreicher anderer Arbeiter von Betrieben des Quina-Konzerns (Banco Borges & Irmão, Jornal do Comércio, Mabor usw.) sowie streikender Arbeiter anderer Betriebe (Sociedade Cental de Cervejas, Covina) erhalten; konkrete Unterstützung brachten die Arbeiter der „Indofil" (eines Unternehmens, das einen Teil der Eurofil-Produktion abnimmt), indem sie verhinderten, daß die Geschäftsführung des Unternehmens den Materiallieferanten wechselte. Die Werksbesetzung dauert immer noch an. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Demonstrationen der Arbeiterkommissionen gegen die Arbeitslosigkeit

Am 7. Februar fand in Lissabon eine Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit statt, zu der die Arbeiterkommissionen („comissões de trabalhadores") von über 30 Betrieben in Lissabon und Umgebung – u.a. Lisnave, EFACEC, Sorefame, T.A.P., Plessey, Applie d Magnetics, Cergal und Post – aufgerufen hatten. Im Aufruf zur Demonstration hieß es: „In diesem Augenblick, in dem die Einsatztruppe des Imperialismus, die Nato, Übungen auf nationalem Territorium abhält mit einer einschüchternden Haltung, die darauf abzielt, den Fortschritt des Kampfes des Proletariats um seine Befreiung aufzuhalten und das Vordringen der Kräfte der Rechten zu fördern, haben die Arbeiter ein Wort zu sagen. Die Milliarden Escudos, die das portugiesische Volk alljährlich als Beitrag an diese unproduktive Organisation zahlt und die dazu dienen, jeglichen Fortschritt der revolutionären Kräfte zu unterdrücken, sollten besser für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet werden" („Vidal Mundial", 13.2.)

Nach unterschiedlichen Schätzungen nahmen zwischen 20.000 („O Século", 8.2.) und fast 100.000 Menschen („Jornal do Comércio", 8.2.) an der Demonstration teil.

Vorher waren für die Zeit vom 7. bis zum 12. Februar grundsätzlich alle Demonstrationen verboten worden, weil die Provisorische Regierung Zusammenstöße mit den ausländischen Marinesoldaten befürchtete, die nach Abschluß des Nato-Manövers „Locked Gate" in Lissabon an Land gingen. Die Parteien der Regierungskoalition verurteilten einhellig die Demonstration; so verkündete etwa die revisionistische PCP, „daß eine voreilige und abenteuerliche Politik gegenüber der Nato für die junge portugiesische Demokratie besonders gefährlich wäre", und warnte die Bevölkerung vor „provokatorischen" Demonstrationen („Avante!", 6.2.).

Die Arbeiterkommissionen, die zur Demonstration aufgerufen hatten, stellten von Anfang an klar, daß die Unterstützung durch politische Organisationen zwar erwünscht war, daß diese jedoch darauf verzichten sollten, Parteifahnen und -transparente im Zug mitzuführen. Unterstützt wurde die Demo dann von den revolutionären Organisationen M.E.S. (Movimento da Esquerda Socialista), L.C.I. (Liga Comunista Internacionalista – eine trotzkistische Gruppe), L.U.A.R. (Liga de União e Acção Revolucionária) und U.D.P. (União Democrática Popular), während M.R.P.P (Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado) sie – offenbar wegen des Parteifahnen-Verbots – als „anarchosyndikalistisches Manöver, das einen Angriff auf die Vorhut der Arbeiterklasse beabsichtigt", verurteilte („Vida Mundial", 13.2.).

Auf mitgeführten Transparenten waren Losungen zu lesen wie „Arbeitslosigkeit nein, Recht auf Arbeit ja!", „Streik ja, Aussperrung nein!", „3.300 Escudos – Hungerlohn !", „Tod dem Kapitalismus, Imperialismus raus!" und „Nein zur Arbeitslosigkeit, nieder mit dem Kapitalismus!". Vor der amerikanischen Botschaft wurde die Demonstration von einem Militäraufgebot erwartet. Nachdem der Zug einige Zeit warten mußte, gab das Militär aber die der Botschaft gegenüberliegende Fahrbahnseite frei, so daß die Demonstranten mit Sprechchören wie "Nato raus!" und „Nationale Unabhängigkeit!" weiterziehen konnten.

Die Abschlußkundgebung fand schließlich auf der Praça de Londres statt, vor dem Arbeitsministerium, das von 120 Soldaten „geschützt" wurde. Auf Sprechchöre der Arbeiter („Soldaten und Seeleute werden auch ausgebeutet!") antworteten die Soldaten ihrerseits mit Sprechchören: „Seeleute und Soldaten sind Arbeiter in Uniform!" („Jornal do Comércio", 8.2.)

In mehreren Ansprachen wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – es gibt zur Zeit etwa 230.000 Arbeitslose in Portugal – gegen die Unternehmer zu kämpfen, und die „beschwichtigende" Haltung der weitgehend vom PCP kontrollierten Einheitsgewerkschaft Intersindical kritisiert, die ein Redner als „gelbe Gewerkschaft, die die wahren Interessen der Arbeiter verrät", bezeichnete („Vida Mundial", 13.2.).

Portugal/Spanien Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Die Rationalisierung macht vor den Büros nicht halt!

Es gehört zu den weitverbreitesten Fehlmeinungen, daß die Arbeitsplätze der Angestellten „sicher" sind und daß in den Büros nicht rationalisiert wird (vor allem viele Angestellte selbst wiegen sich in trügerischer Sicherheit!).
Tatsächlich, jedoch sind die Angestellten in bisher kaum gekanntem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen – und unübersehbar wird die Ausbeutung im Angestelltenbereich durch Rationalisierungsmaßnahmen gesteigert. Die offizielle Statistik (der Bundesanstalt für Arbeit) weist für den Monat Dezember '74 bei 945.000 Arbeitslosen 97.000 unter der Rubrik „Verwaltung" aus.

- **So wurden bei CO OP 2.100 Angestellte in der letzten Zeit entlassen**
- **Hagenuk Kiel entließ im Frühjahr 1974 180 Angestellte**
- **Bei HDW (Hamburg und Kiel) verringerte sich die Zahl der Gesamtbelegschaft vom 1.1.73 bis 30.9.73 um 674 Kollegen (von 16.442 auf 15.768.)**
  Hiervon waren ca. die Hälfte der Betroffenen Angestellte.

(Lt. Geschäftsbericht der HDW über das Geschäftsjahr 1973)
Das „Unternehmenskonzept" der HDW (Stand: 3.2.72) enthielt die Planung der Personaleinsparung in Hamburg im „Angestellten- und Hilfslöhner-Bereich", nachdem bis Ende 1974 insgesamt in Hamburg 1.046 Kollegen „eingespart" werden sollten.

- **Texaco plant die Einsparung von 300 Angestellten**
- **MAK Kiel plant die Entlassung von 150 Angestellten**
- **Sogar die moderne Sklavenhändlerfirma Adia reduzierte ihr Angestelltenpersonal um ca. 50 %.**

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Die direkten Entlassungen sind ein ganz wesentlicher Teil der Rationalisierungspolitik, die die Kapitalisten allerdings auf weiteren Ebenen verstärkt fortsetzen:

- **So besteht bei z.B. DEMAG, Hanomag, Rheinstahl Einstellungsstopp und in vielen Betrieben wie HDW, Blohm + Voss etc. werden seit längerem freiwerdende Stellen (sogenannte „natürliche Abgänge") nicht mehr besetzt. Eine Mehrbelastung der Kollegen von 30-50 % ist durchaus die Regel (s. HDW-Kasten).**
- **Trotz des Zieles der Kostensenkung im Personalbereich schonen die Kapitalisten keine Ausgaben im Bereich der Rationalisierungsinvestitionen, wie Einrichtung von Computeranlagen sowie riesige Datenbänke, z.B. im Hafen und bei Texaco. Anschaffung teurer Büromaschinen, Schreibautomaten vornehmlich von**

z.B. im Hafen und bei Texaco. Anschaffung teurer Büromaschinen, Schreibautomaten vornehmlich von
IBM und Olivetti bei allen größeren Firmen.

- Die Zentralisierung der Verwaltungstätigkeiten findet häufig in Umverlegungen und Umzügen ihren Ausdruck. So wurde die Stillegung vom HDW-Werk Finkenwerder genutzt zur Entlassung von über 1.000 Kollegen, bei gleichzeitiger Einleitung längerfristiger Umstrukturierung der Büros, Straffung des Arbeitsablaufes und Einführung neuer Arbeitsmethoden. Bei Texaco sind ebenfalls die modernsten Maschinen im Bau angeschafft, die für ca. 300 Angestellte Entlassung und für die anderen verschärfte Arbeitshetze bedeutet. Eine Parallele ist auch der Umzug von Broschek Druck nach Berne.
- Ein weiteres wesentliches Rationalisierungsmittel bildet die Einführung von Bewertungssystemen z. B. bei Schering in West-Berlin, bei Texaco, HSW (auf das sehr umfangreiche Thema der Leistungsbewertung soll allerdings hier nicht eingegangen werden; ein nächster Artikel dazu wird folgen).

Rationalisierung trotz Anwachsen der Angestelltentätigkeiten

Die immer zielstrebiger durchgeführte Rationalisierung im Angestelltenbereich kommt nicht von ungefähr, sondern ist auf die ständige Steigerung und Vergrößerung des Angestellten-, Verwaltungs- und Dienstleistungssektors zurückzuführen.

Während 1950 ca. 3,2 Mio Angestellte beschäftigt waren, waren es 1969 schon 7,5 Mio. Der Anteil der Angestellten an den Erwerbstätigen stieg also in derselben Zeit von 16 % auf 28 %.

Der Anteil der Arbeiter sank von 49 % auf 46 % und der der Selbständigen von 16 % auf 11 %. Heute sind ca. 9 Mio. Angestellte beschäftigt und die Tendenz läuft nach Schätzungen darauf hinaus, daß 1990 die Angestellten die größte Gruppe der Erwerbstätigen sein wird.

Die Hauptursache für die Erweiterung des Angestelltensektors liegt in der ständig weiterentwickelten Rationalisierung erzwingt eine immer größere Arbeitsteilung, immer raffiniertere Akkord- und Leistungssysteme und Überwachungsmethoden.

Je mehr die Produktion in einzelne Schritte zerlegt wird, desto schneller kann ein Kollege mehr Profit bringen, desto besser kann seine Arbeit aber auch von Maschinen gemacht werden. Der Arbeiter wird also durch die zunehmende Mechanisierung von seinem ursprünglichen Platz in der Produktion vertrieben. (Daher die sinkende Zahl der Arbeiter bei trotzdem erheblicher Produktionssteigerung.).

Je mehr die Arbeit aber zerlegt wird, desto größer ist auch der Anteil an Koordinationsarbeiten, Planung und Kontrolle der Produktion.

Deutlich wird diese Entwicklung z.B. daran, daß für die Einführung und Überwachung der Akkorde in der Produktion ganze Abteilungen von Refa- und MTM-Spezialisten, von Arbeitsplanern und Arbeitsvorbereitern notwendig sind.

Ebenso wächst auch der Umfang von Schreibarbeiten, Statistiken und Analysen, um von Seiten der Kapitalisten und Vorstände eine Zentralisierung des gesamten Produktions- und Verwaltungsbereiches zu bekommen.

„Gerade die Konzentration des Kapitals und die Zentralisation der Steuerung von Unternehmensprozessen haben zur Ausdehnung des Angestelltenbereiches geführt. Wachstum und Produktion, Verteilung und Verwaltung erfordern die Ausdehnung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung derartiger Leistungen (der Produktion, die Red.). ***Das heißt, die Ausdehnung der Güterproduktion bewirkt, daß die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben zunehmen".*** (Dieses wie alle folgenden, nicht näher bezeichneten Zitate sind entnommen: „Methoden und Instrumente der Rationalisierung", von einer Tagung des Salzgitter-Konzerns).

Auf den Punkt gebracht kann man also sagen, daß das Anwachsen des Angestelltenbereiches eine Folge der Ausdehnung der Produktion – besonders aber der Rationalisierung der Produktion ist!

Für die Kapitalisten ergibt sich nun das Problem, daß sie zwar auf der einen Seite in der Produktion Kosten sparen, aber auf der anderen Seite die Kosten im Angestelltenbereich zunehmen. Die Konkurrenz zwingt sie also, jetzt auch den Angestelltenbereich systematisch durchzurationali-
nehmen. Die Konkurrenz zwingt sie also, jetzt auch den Angestelltenbereich systematisch durchzurationali-
sieren, um auf dem Markt mithalten zu können.

Herr Bockler – führender Rationalisierungsspezialist beim Salzgitter-Konzern – drückt das auch klar aus: *„Die Büroarbeit ist ein erheblicher Kostenfaktor mit ständig wachsendem Anteil an Personalkosten. Auf die Dauer ist es nicht zu vertreten, die Arbeit des Arbeiters zu rationalisieren und die Arbeit im Büro als Tabu anzusehen. Bürorationalisierung* (ist) *notwendiger denn je ..."*

Wir wollen an dieser Stelle etwas eingehender auf die Ziele der Salzgitter-Kapitalisten eingehen, die sich 1973 auf einer Tagung mit den „Methoden und Instrumente(n) der Rationalisierung" ausführlichst beschäftigt haben.

Obwohl hier im einzelnen besonders auf HDW eingegangen wird, sind die Inhalte und Vorgehensweisen der Kapitalisten auf alle Branchen und Angestelltenbereiche zu beziehen.

Der Kernpunkt dieser Rationalisierungspläne bildet die Abschaffung aller Privilegien und Entscheidungsbereiche der Angestellten, die auf der ja immer noch landläufigen Meinung beruhen, daß Angestellte eine reine Denk- und Konstruktionstätigkeit ausüben, die nicht meßbar und somit auch nicht ohne weiteres rationalisierbar ist.

Bockler: *„Tatsächlich dürften aber meist 70-80 % der Arbeiten im Büro nicht geistige sondern weitgehend repetitive, d.h. also Wiederholungstätigkeiten sein, bei denen ein erheblicher Teil für manuelle oder maschinelle Bearbeitung verbraucht wird. Dementsprechend ist die unter Angestellten und Vorgesetzten weitverbreitete Meinung, die Leistung der Büroarbeit, d.h. ihrer eigenen Leistung, sei nicht meßbar, unhaltbar!"*

Für die Kapitalisten heißt das also, daß jetzt auch im Angestelltenbereich die Rationalisierung über eine weitere Arbeitsteilung laufen muß.
1. Ein kleiner Teil von Privilegierten und Fachkräften, die die tatsächlich geistige – nämlich planende und konstruierende bzw. auch kontrollierende Tätigkeit ausübt.
2. Der größte Teil der Angestellten, macht nur noch die Wiederholungsarbeiten und kann so auch nach kurzer Anlernzeit beliebig an jeder Stelle eingesetzt werden.

Bevor man aber diese Spaltung in „Elite" und „Fußvolk" angehen kann, müssen die Kapitalisten zu umfangreichen Hilfsmitteln und Vorbereitungen greifen:

„Die größten Chancen für die Rationalisierung ergeben sich bei der Formulararbeit. Hier handelt es sich um Arbeiten, die sich oft durch Arbeitsteilung, Einsatz von Maschinen und Geräten, Gestaltung der Formulare ... Organisation einen(s) straffen Arbeitsflusses aber auch durch Einführung von Prämienentlohnung oder aber durch Anreizsysteme ... bis in die letzten Einzelheiten exakt rationalisieren lassen".

Bei HDW wurde beispielsweise im Zuge der Umverlegung von Finkenwerder in das MAN-Gebäude ein „zentrales Schreibzimmer" eingerichtet. Während vorher die Kolleginnen bei den Sachbearbeitern ihren Platz hatten und zum Teil auch andere Arbeiten miterledigten, soll jetzt ein „strafferer Arbeitsfluß" erziplt werden, die Kolleginnen sollen für alle Sachbearbeiter schreiben, Leerlaufzeiten sind nicht mehr drin. Die Arbeit ist nicht nur mehr geworden (Eine Kollegin wurde ohnehin eingespart), sondern auch monotoner.

Hinzu kommt, daß zur Zeit Vordrucke für Rechnungen in Vorbereitung sind und noch andere Möglichkeiten der Rationalisierung in Erwägung gezogen werden (Schreibautomat etc.!?).

Um von vornherein Bedenken der Kollegen zu zerstreuen und sogar aktive Mithilfe der Kollegen zu gewinnen wird die Einführung neuer Arbeitsmethoden von den Chefs so begründet: „Die Arbeit muß ja geschafft werden, Neueinstellungen kriegen wir nicht durch. Wir müssen uns also Arbeitserleichterungen schaffen. Nicht um noch irgendjeman einzusparen, das wäre ja gar nicht möglich!" – Verständlich, daß die Kollegen auch für „Arbeitserleichterungen sind!

Die Schematisierung, Dequalifikation der Arbeit ist also auch hier wieder die erste Stufe, auf der sich dann die zwar schwierigere aber auch weit effektivere Rationalisierung durch Anwendung von Elektronischen Datenverarbeitungsanlagen (EDV) aufbaut.

Der Computer gewährleistet eine weit schärfere Gangart.

„Der Einsatz von Computern bie-
Der Computer gewährleistet eine weit schärfere Gangart.
„Der Einsatz von Computern bietet die Möglichkeit, die Informationswege- und Zeiten zu verkürzen, die Kontrolle von planenden und ausführenden Arbeiten und deren Zusammenwirken über die technische Anlage selbst vermitteln zu lassen. Durch Computereinsatz werden die Voraussetzungen für eine zentrale Leistungserfassung geschaffen. Ihr Einsatz ist ein Mittel zur Rationalisierung und Kontrolle der Arbeitsprozesse."

Der Haken bei den Computern liegt allerdings zur Zeit noch darin, daß die meisten Firmen noch nicht genügend Erfahrung gesammelt haben, um komplizierte Programme, wie sie die Angestelltenrationalisierung erfordert, aufzustellen. Herr Bockler meint selbst: *„Es bedarf aber in vielen Unternehmen noch der jahrelangen Geistesinvestitionen zur Entwicklung der Organisationssysteme und der Software und darüber hinaus auch des Einverständnisses der Mitarbeiter zur täglichen Produktionsdatenerfassung."*

Darum werden die Kollegen in der Industrie heute noch in erster Linie mit der Schematisierung und Vereinfachung der Arbeit konfrontiert, mit analytischer Arbeitsbewertung und einfacheren Prämiensystemen. Man darf aber nicht aus den Augen verlieren, daß dies die unmittelbare Vorstufe für die Einführung computergesteuerter und somit wesentlich schärferen Rationalisierungsmaßnahmen ist!

Fassen wir die wesentlichsten Mittel der Kapitalisten noch einmal zusammen:

1. **Rationalisierung der Arbeitsorganisation (z.B. Zusammenfassung mehrerer Abteilungen zu einer; verstärkte Arbeitsteilung in einzelnen Gruppen: Spaltung der Angestellten in Planende und Ausführende**
2. **Einsatz neuer Techniken Computer, Sortier- und Sichtgeräte**
3. **Vereinfachung und Normierung der Arbeitsgegenstände Lochkarten, Codessysteme, Formulare**
4. **Planung und Kontrolle verstärken durch Arbeits- und Leistungsbewertungssysteme.**

Die bisherigen Ergebnisse, die die Kapitalisten (nach Bockler) bereits erzielt haben, bzw. die vorausberechnet sind, liegen bei der ersten organisierten Rationalisierung der Büros bei 40% und bei kontinuierlicher Rationalisierung in jedem Jahr weitere 10% – entweder bei der Kostenersparnis oder der Erhöhung der Effektivität der Leistung!

Da krempeln sich die Herren natürlich die Ärmel hoch, denn wer will sich diesen Brocken schon entgehen lassen.

„Auf Widerstand sind wir vorbereitet!"

Die Kapitalisten rechnen schon jetzt damit, daß diese durchgreifenden Rationalisierungsmaßnahmen nicht ohne Widerstand durchgezogen werden können. Und so hat Bockler auch hier für die Kapitalisten einen Rat zur Hand: *„Wenn Kräfte frei werden* (durch die Rationalisierung, die Red.), *sollte man nicht ausweichen, indem man die ncihtgeeigneten Kräfte im Büro mitschleppt* (!!). *In einem Großbetrieb werden sich immer Wege finden lassen, freigestellte Mitarbeiter anderweitig einzusetzen, so daß Härten aus Rationalisierungsmaßnahmen vermieden werden können. Dies ist auch erforderlich, um zukünftige Organisationsarbeiten* (!) *nicht im Vorneherein mit dem Odium der Arbeitnehmerfeindlichkeit zu belasten."*

Sehr fürsorglich sollte man meinen! Erst so tun als ob alles nicht so schlimm ist, um ungestört den Hammer ansetzen zu können ! Besonders bemerkenswert ist aber die Erklärung, die Bockler für die Ursachen des Widerstandes der Kollegen sieht. Nicht etwa Widerstand gegen die Verschlechterung ihrer Lage, sondern: ***„Bei der Einführung sind meistens Widerstände zu überwinden! Das liegt offensichtlich daran, daß die Natur des Menschen nicht nur auf das Rationale gerichtet ist*** (!). ***Dementsprechend führt sich das Rationale auch nicht von allein ein. Die wichtigsten irrationalen Widerstände sind: Trägheit, Beharrungsvermögen und Bequemlichkeit*** (!!!!).

- ***Mangel an Interesse für die Rationalisierung,***
- ***Überschätzung des geistigen Anteils an der Büroarbeit,***
- ***Sparsamkeit am falschen Platz,***
- ***Ungewißheit und Angst vor dem Neuen."***

Natürlich ist es dem Kapitalisten „unverständlich", wenn die Kollegen
Neuen.
Natürlich ist es dem Kapitalisten „unverständlich", wenn die Kollegen
nicht Feuer und Flamme sind für ihre eigene Unterdrückung und A u s b e u t e r e i , für die Verschärfung der Arbeitshetze und Kontrolle und den Abbau ihrer Lebensbedingungen. Den Kampf gegen die Ausbeutung bezeichnen die Kapitalisten also als irrational! Wenn sie da man nicht falsch liegen. Sie tun aber ihr möglichstes, um die Widerstände zu brechen.

So empfiehlt Herr Reinig (auch Salzgitter) z.B. für den Fall, daß frühere Sekretärinnen mit einem relativ abwechslungsreichen Job jetzt im Schreibsaal nur noch nach Akkord tippen sollen, daß man den Schreibsaal in unmittelbare Nähe der Direktion verlegt, um anfängliche Schwierigkeiten und Widerstände (gegen die Mehrbelastung bei gleichzeitiger Dequalifikation) besser in den Griff zu bekommen.

Doch die hauptsächliche Täuschung der Kollegen über die Rationalisierungsfolgen soll über ein verstärktes „Teamwork" laufen, das den Angestellten das „notwendige Verständnis" für die Rationalisierung durch Information und Aufklärung bringt und ihnen das Gefühl der Mitbestimmung und Mitentscheidung geben soll. Trotz der rigorosen Verschlechterung auf allen Ebenen soll den Kollegen das Gefühl vermittelt werden, daß der „Angestellte" eben doch immer noch „etwas Besseres" ist, daß er für den Betrieb „wertvoller" als die Arbeiter ist.

Dies ist auch der Hintergrund dafür, daß die Meister und viele Vorarbeiter ins Angestelltenverhältnis übernommen wurden, zur *„Statusverbesserung"*, wie Herr Bockler meint.

Auch die Kampagne zum „betrieblichen Vorschlagswesen" bei HDW ist ein Hebel, die Kollegen für die Rationalisierung zu gewinnen. Ständig wird in „HDW-Informationen" und auf Betriebsversammlungen darauf hingewiesen: „. . . *dabei haben sich die meisten von Ihnen bestimmt schon gesagt, das kann man auch leichter, mit geringeren Kosten oder schneller machen. . . Denken Sie Ihre Änderungen durch und reichen Sie Ihre Ideen als Verbesserungsvorschläge ein. Es gibt viele Möglichkeiten, rationeller zu arbeiten, Geld und Zeit zu sparen. Jeder brauchbare Verbesserungsvorschlag hilft Kosten senken oder trägt dazu bei, die Arbeitsplätze sicherer zu machen (!!!). . ."*

Unter diesen Umständen graben sich die Kollegen aber mit „brauchbaren Verbesserungsvorschlagen" ihre eigene Grube: *„Wird durch die Rationalisierung das Arbeitsbild verändert und damit auch der Arbeitswert beeinflußt, so muß eine neue Arbeitsplatzbeschreibung und -bewertung stattfinden".* (Sonderdruck der „VDJ-Nachrichten", Nr. 24-31/1971).

Als Zugeständnisse an BR und Gewerkschaft ist Bockler auch bereit, etwas zur „Humanisierung der Arbeitswelt" beizutragen: *„Neben den genannten Rationalisierungsmöglichkeiten ist auch die Schaffung ansprechender Raum-, Beleuchtungs- und Belüftungsverhältnisse und Arbeitsplatzgestaltung ... zu fördern, weil dadurch die Büroarbeit besser geleistet werden kann und weil nicht zu unterschätzende Rationalisierungsvorteile (!) erreicht werden!"*

Bei so viel Entgegenkommen muß man sich fragen, wie bisher der BR und die Gewerkschaftsführung auf die Rationalisierungspläne und -maßnahmen in den Betrieben reagiert haben.

Die Gewerkschafts-Führer haben sich natürlich auch schon seit längerer Zeit mit dem Strukturwandel im Angestellten-Bereich beschäftigt, und Willi Pöhlers (DGB-Angestellten-Fachmann) Analyse der Ziele der Bourgeoisie in der „Welt der Arbeit" vom 24.5.74 deckt sich genau mit den Ausführungen der Salzgitter-Kapitalisten.

Er zieht zwar die Schlußfolgerung, daß auf die Angestellten ein enormer Leistungsdruck zukommt. Ebenso warnt er die Angestellten vor Illusionen über ihre *„Unersetzlichkeit infolge der geistigen Qualifikation"*, die, wie oben bereits gezeigt, nicht besteht. Er zeigt klar auf, daß die Technik zwar in gewisser Weise ein Fortschritt ist, *„wer* (jedoch, d.Red.) *darauf hofft, daß durch die Technik die Verbesserung der eigenen Lage herbeigeführt wird und dabei darauf verzichtet, an die eigentlichen Wurzeln des Problems zu gehen, die Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsstrategien, der kann noch lange auf Wunder warten!"*

Sehr kämpferisch, könnte man meinen. Er fordert die Angestellten auch auf, sich gegen die Rationalisierung zu wehren. Doch wie unterstützt die Gewerkschaft die Kollegen denn in der Praxis ?

1969 wurden alle DGB-Gewerkschaften aufgefordert, sich mehr um die Angestelltenarbeit zu kümmern; statt jedoch die Rationalisierungsziele der Kapitalisten aufzuzei-
um die Angestelltenarbeit zu kümmern; statt jedoch die Rationalisierungsziele der Kapitalisten aufzuzei-
gen und den Kampf gegen Gehaltsabbau, Leistungsdruck und Entlassungen zu fördern, stürzten sich alle möglichen Gewerkschafts-Organe bis hin zu den Betriebsräten in die Untersuchung von Leistungssystemen zur „gerechteren Entlohnung" im Angestellten-Bereich.

Die 7. Angestelltenkonferenz der IGM, HBV, IG-Chemie sowie der Bundesangestellten-Tag des DGB forderten in mehreren Resolutionen die Einführung von Leistungsbewertungen und Arbeitsplatz-Analysen.

Die „Mitbestimmung" wird also so praktiziert, daß man den Kapitalisten noch durch eigene Vorschläge der Leistungsbewertung die Rationalisierung erleichtert und die den Angestellten die Forderung nach „leistungsgerechter" Bezahlung verankern will –

unter Anwendung verstärkter Kontrolle und Bespitzelung versteht sich – also die Forderung ihrer eigenen verstärkten Ausbeutung wird als notwendig und fortschrittlich hingestellt.

Es wird nicht nur geleugnet, daß die Leistungsbewertung ein wichtiger Rationalisierungsfaktor für die Kapitalisten ist, auch alle anderen Formen der Rationalisierung werden heruntergespielt oder sogar noch als fortschrittlich verkauft:

Der HDW-Betriebsrat in Kiel befürwortete die von IBM geleitete „Selbstaufschreib-Kontrolle" der Kolleginnen im Schreibsaal, die Grundlage für eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen war. Begründung: „Unser Mitbestimmungsrecht wird erweitert, wenn wir die Ist-Zahlen (bisherige Leistung) kennen. Noch hat der Vorstand keine Veränderungen für die Kolleginnen geplant (Soll-Werte festgelegt) und selbst wenn, können wir dann anhand der Fakten negative Auswirkungen verhindern!"

Fakt ist, daß die Kolleginnen heute die „Selbstkontrolle" durch genaues Aufschreiben ihrer geleisteten Arbeit beibehalten haben und im Akkord schreiben.

Bei der Schering AG in Westberlin stimmte der Betriebsrat dem „Test" eines Bewertungsverfahrens für die 4.000 Angestellten zu, was den Kapitalisten die Arbeit sehr erleichterte. Informationen wurden

Fortsetzung Seite 29

GEW-Führer drohen mit Spaltung

In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist es ein offenes Geheimnis, daß auf Spitzenebene eine Spaltung der Organisation in Betracht gezogen wird, wenn sich die Gewerkschaftsführer mit ihrer antidemokratischen Politik (scharfer Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, Ausschlußpolitik gegen breite Teile der Linken) nicht durchsetzen sollten. So diskutierten unter Anleitung Fristers die GEW-Landesvorsitzenden auf einem fraktionellen Treffen die Möglichkeit eines Übertritts in die ÖTV bis ins Detail (Planspiel") durch.

Vor einem dreiviertel Jahr hatten die Gewerkschaftsführer auf dem Mainzer Bundeskongreß diese Entwicklung eingeleitet (Unvereinbarkeitsbeschluß, Schiedskommissionen als Ausschlußinstanzen statt Mitglieder- oder Vertrauensleuteversammlungen, Abschaffung der Hauptversammlung als höchstes Organ des Hamburger Landesverbandes, Annulierung der Mitgliederrechte von Studenten etc.) Der Mainzer Kongreß erklärte die (in der GEW bestehende) organisatorische Selbständigkeit der Landesverbände schlicht für beendet und setzte sich über die satzungsmäßigen Mitgliederrechte – nämlich, daß die obersten Organe der Landesverbände selbst und allein zu Satzungsänderungen befugt sind – hinweg, als ob das das Selbstverständlichste von der Welt sei. Mit dieser Methode wollten die Vorstands-Herren mit Hilfe von nicht legitimierten und unkontrollierten Delegierten eine demokratische Willensbildung der Mitglieder völlig ausschalten und eine autoritäre Zentralisierung der GEW nach Gewerkschaftsführer-Mentalität herbeiführen.

„Der Plan war gut – nur er klappte nicht", jedenfalls n o c h nicht oder nicht schnell genug für die GEW-Führer. Jetzt soll die „Operation" bis zum vollständigen Gelingen („Patient tot") fortgeführt werden. Der Hauptvorstand hat für den 8. März einen weiteren Bundeskongreß einberufen, der die Mainzer Beschlüsse noch erheblich verschärfen soll. Dort soll der Hauptvorstand ermächtigt werden, Landesverbände, die sich diesen Beschlüssen nicht unterwerfen, insgesamt aus der GEW auszuschließen!

Die Mitglieder müssen das letzte Wort haben ...

... In diesem Sinn forderten in Hamburg fast 2.000 Mitglieder die Einberufung einer Hauptversammlung mit dem Thema Satzungsänderungen vom Landesvorstand, der nach Mainz eigenmächtig die HV für nicht mehr existent erklärt hatte. Als der Vorstand nicht nachgab, klagten rund 250 Mitglieder gerichtlich die Vollmacht ein, selbst eine HV einzuberufen. Trotzdem hält der Vorstand unter Bruch der Satzung daran fest, die Einberufung einer Landesvertreterversammlung vorzubereiten, obwohl ihm mittlerweile gerichtlich bescheinigt wurde, daß für Satzungsänderungen in Hamburg ausschließlich die HV zuständig ist, daß die Hamburger Landessatzung unabhängig von den Mainzer Beschlüssen nach wie vor Gültigkeit besitzt, daß der Landesverband selbständig ist usw.

Nach der nächsten, zeitlich nach dem Urteil gelegenen Vorstandssitzung, meldete die Hamburger Springerpresse, die GEW stehe vor der Spaltung. Der GEW-Landesvorstand hatte es ausgesprochen eilig, sich davon zu distanzieren.

Ähnliche Vorgänge in Nordrhein-Westfalen bestätigen ebenfalls, daß die Methode, über den Mainzer Kongreß eine Satzungsänderung der GEW zu ertricksen, nicht nur ein Schlag gegen das ABC demokratischer Prinzipien, sondern auch eine plumpe Verletzung selbst bürgerlicher Rechtsbestimmungen darstellt. Nach der dortigen Landessatzung sind Studenten gleichberechtigte ordentliche Mitgleider. Nach den Mainzer Beschlüssen sind sie es nicht. Also hob der nordrhein-westfälische Landesvorstand die Mitgliederrechte der Studenten flugs auf – basta! Aber auch dort konnten studentische GEW-Mitglieder ihr Stimmrecht auf Versammlungen gerichtlich wieder einklagen. Anders als in Hamburg gab hier der Landesvorstand aus taktischen Gründen nach: Die Studenten werden (entgegen den Mainzer Beschlüssen) mit stimmberechtigten Delegierten auf der nächsten Landesvertreterversammlung anwesend sein. Dort will der Vorstand versuchen, mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit eine Satzungsänderung durchzubringen.

Kölner Kongreß: Drohung mit Massenausschlüssen

Die Gewerkschaftsführer haben Bilanz gezogen und feststellen müssen, daß die Mainzer Beschlüsse bis auf einen Landesverband (Bremen) keineswegs in der GEW durchgesetzt sind. Stattdessen hat sich – nicht gerade stürmisch, aber immerhin – eine Diskussion um diese Satzungsänderung unter den Mitgliedern entwikkelt. Sie müssen sogar befürchten, daß ein oder mehrere Landesverbände Bestimmungen ihrer Satzung beibehalten, die den Mainzer „Befehlen" direkt widersprechen. Dadurch sehen sie ihre Politik und Methode insgesamt gefährdet.

Die Reaktion der GEW-Führer auf diese Entwicklung beweist noch einmal sehr drastisch, daß es ihnen um die Abtötung der innergewerkschaftlichen Diskussion und demokratischen Willensbildung insgesamt geht. Mit der Einberufung eines weiteren Bundeskongresses (am 8.3. in Köln) soll diese Entwicklung wie ein „gordischer Knoten" zerschlagen werden. Der Hauptvorstand will sich zu einer „Regierung" mit absolutistischer Vollmacht küren lassen, um alle Gliederungen der GEW restlos kontrollieren zu können. (Der „gordische Knoten" war im Alterum wegen seiner äußerst kunstvollen Konstruktion berühmt; man braucht eine gehörige Portion an Intelligenz und Kombinationsfähigkeit, um solche Knoten zu analysieren. Entsprechend sollte demjenigen, der diesen Knoten löst, hohe Ehre zuteil werden. Alexander, ein größenwahnsinniger griechischer Diktator, zerschlug diesen Knoten mit dem Schwert, weil er ansonsten zu bescheuert war. Bis heute bemühen sich die Reaktionäre, diese in Wirklichkeit primitive und barbarische Handlungsweise als „mutige und beherzte Heldentat" zu verkaufen).

Im einzelnen haben die Gewerkschaftsführer für Köln folgende Anträge vorbereitet (die Vorlagen sind unter der Mitgliedschaft nicht veröffentlicht worden und nur einer kleinen Minderheit überhaupt bekannt):

- Eine ausdrückliche Festlegung, daß die GEW-Bundessatzung die Landessatzungen bricht, und daß alle Gliederungen der GEW verpflichtet sind, die Beschlüsse der zentralen Bundesorgane (Bundesdelegiertenkongreß, Hauptausschuß, Hauptvorstand) durchzuführen. Eine solche Vorschrift war in Mainz noch abgelehnt

Hauptausschuß, Hauptvorstand) durchzuführen. Eine solche Vorschrift war in Mainz noch abgelehnt

worden. Jetzt sollen die Landesverbände gezwungen werden, „Abhängigkeitsklauseln" dieses Inhalts in ihre Satzungen aufzunehmen. Der Hauptvorstand will sich dazu ermächtigen lassen, alle Landesverbände aus der GEW a u s z u s c h l i e ß e n (!!), die nach einer bestimmten Frist *„den Vorrang aller Vorschriften der Satzung der GEW im DGB in ihrer Satzung nicht verankert haben".*

- „Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB" soll in Zukunft ausdrücklich als Grund für den Ausschluß aus der GEW feststehen, was bisherige, nicht durch Satzungen gesicherte, Praktiken absichert.

Für solche Gewerkschaftsausschlüsse beansprucht der Hauptvorstand die Zuständigkeit für sich allein, d.h. nicht einmal die in Mainz mit großem Brimborium geschaffenen Schiedskommissionen sollen ihm da reinreden dürfen.

Zu dieser nicht unwesentlichen Verschärfung bemerkt der aus Protest gegen diese Machenschaften vor kurzem zurückgetretene stellvertretene GEW-Bundesvorsitzende Lohmann, die GEW habe sich in der Frage der staatlichen Berufsverbote immer für ein „rechtsstaatliches Verfahren" eingesetzt. „Verfassungsfeindlichkeit" müsse durch „konkrete und bestimmte nachweisbare Tatsachen oder Handlungen" der Beschuldigten belegt werden. Lohmann: „Das kann und darf doch nur bedeuten, daß das gleiche Recht auch in der GEW gilt... Für Aufnahme und Mitarbeit eines Gewerkschaftsmitglieds darf nicht der Verdacht ausschlaggebend sein, er könne gewerkschaftsschädigende Auffassungen haben".

Die Willkür der Gewerkschaftsführer geht also selbst Liberalen wie Lohmann zu weit, obwohl es ziemlich inkonsequent von ihnen ist, dem Unrecht (Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse) im Prinzip zuzustimmen, aber „wenigstens" ein „gerechtes Verfahren" für die Betroffenen zu fordern.

Der Hamburger Landesvorstand soll vom Bundeskongreß den Segen dafür erhalten, die Satzung brechen zu dürfen und eine Landesvertreterversammlung einzuberufen. Dieser Antrag zielt darauf ab, diejenigen Hamburger Mitglieder, die jetzt eine Hauptversammlung durchführen wollen, von der GEW abzuspalten. Da ein solcher Beschluß ebenfalls eindeutig gegen die „Rechtsstaatlichkeit" verstoßen würde (den Delegierten ist das Hamburger Oberlandesgerichts-Urteil bekannt), erlauben wir uns nicht ohne Genugtuung, „Zweifel" daran anzumelden, ob die diesem Antrag zustimmenden Delegierten „die Gewähr dafür bieten, jederzeit (!!) für das Grundgesetz einzutreten". Solche „Zweifel" rechtfertigen in der Regel bekanntlich...

Fortschrittliche Kollegen am Scheideweg

Mittlerweile dürfte klar sein, daß die Gewerkschaftsführer nicht drum herumkommen, ihre in Mainz (und Köln) verabschiedeten Satzungsänderungen zumindest indirekt in den Landesverbänden zur Abstimmung zu stellen. D.h. es wird in den Landesvertreterversammlungen entschieden werden, ob die Landesverbände mit einer Abhängigkeitsklausel ihre Selbständigkeit aufgeben (und damit alle Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung automatisch anerkennen).

Der obligatorische Witz:
Zentralisierung ist gut... ...meint der KBW

KBW'ler (im allgemeinen an der rechten Ecke der liberalen Opposition in der GEW anzusiedeln) sind der Ansicht, man dürfe in Köln nicht gegen die Vorschrift stimmen, daß die Landesverbände an die Bundessatzung und -beschlüsse gebunden werden.

„Zentralisierung" ist schon eine feine Sache. Dann ist es sicherlich auch „gut", wenn die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch „zentral" vom Hauptvorstand praktiziert werden können. Man braucht ja schließlich eine „straffe und schlagkräftige" Organisation, nicht wahr? ? ! ●

schlagkräftige" Organisation, nicht wahr? ? ! ●

Hamburg
Spaltpilz ohne Nährboden

In der Fachgruppe Volks- und Realschulen ist der bisherige Vorsitzende Lawenstein (CDU) nicht wiedergewählt worden. Lawenstein hatte in den letzten Wochen „hinter vorgehaltener Hand" – aber jedem, der es hören wollte – verkündet, er bekäme zig Anfragen von Mitgliedern, wann er „endlich" austreten werde etc.

An seiner Stelle ist ein sozialdemokratischer Kollege gewählt worden, der zu den Klägern für eine HV gehört. ●

Unter den fortschrittlichen und liberalen Kollegen, die sich überhaupt erst einmal für dieses Recht eingesetzt haben, besteht jedoch der Widerspruch, ob man die Mainzer Beschlüsse anerkennen soll, um wenigstens den darin enthaltenen „Gestaltungsspielraum" möglichst für einige Mitgliederrechte auszuschöpfen, oder ob man um eine Ablehnung dieser Beschlüsse kämpfen soll (z.B. in Hamburg: Beibehaltung der Hauptversammlung).

In Hamburg, wo die Möglichkeit der Einberufung einer HV durch die Kläger besteht, ist diese Auseinandersetzung relativ weit fortgeschritten. Ein Teil dieser Mitglieder ist der Auffassung: *„Aufgabe dieser Hauptversammlung muß es sein, entsprechend den Mainzer Beschlüssen eine Landesvertreterversammlung für die GEW Hamburg zu schaffen... Wir anerkennen die politische Geltung der Mainzer Beschlüsse, sind allerdings der Meinung, daß beispielsweise die Verpflichtung zur Einführung einer Landesvertreterversammlung als oberstes Beschlußorgan uns hier in Hamburg einen Gestaltungsspielraum läßt, über den die Mitgliedschaft durch das a für zuständige Organ Hauptversamn lung verfügen muß".*

Für alle weiteren Satzungsfrage wäre dann eine Landesvertreterversammlung (LVV) zuständig.

Wir teilen diese Auffassung nich auch wenn wir es für berechtigt ha ten, zwischen verschiedenen Mode len für eine LVV zu differenzierer

Es ist eine Illusion zu glauber man dürfe den Abbau der innerge werkschaftlichen Demokratie nich insgesamt bekämpfen, um „immei hin" als Kompromiß zu erreicher ihn „irgendwo zwischendrin" z stoppen. Wer die Mainzer Beschlüss anerkennt, wird nicht umhin können auch die Kölner oder weitere Bur des-Beschlüsse anzuerkennen. Un bereits die Anträge für Köln bewe sen unmittelbar, daß der vielbe schworene „Gestaltungsspielraum" rapide zum N i c h t s zusammen schmilzt.

Es ist auch reichlich inkonsequen und sogar absurd, für die Mitgliede das R e c h t auf Abstimmung übe die Mainzer Beschlüsse zu erkämpfen nur um diese schließlich „abzuseg nen". Hier würde den Gewerkschafts führern das „rechtsstaatliche Ver fahren", das sie nicht zu Unrech f ü r c h t e n , nachgeliefert, o h n daß sie darum besorgt sein müßten ihre undemokratischen Ziele nich zu erreichen. Es kann doch nicht di Aufgabe einer demokratischen Oppo sition sein, dem Abbau der Mitglie derrechte im Prinzip zuzustimmen aber auf ein „einwandfreies Verfah ren" zu pochen. Das ist – bei allen Respekt – bestenfalls für Rechts wissenschaftler interessant.

Die Anerkennung der Mainzer Beschlüsse würde zwangsläufig die Unterwerfung unter die Abhängigkeitsklausel von der Bundes-GEW nach sich ziehen. Das heißt aber für jedermann sichtbar, daß der Erhalt von Mitgliederrechten in der GEW („Gestaltungsspielraum") von taktischen Erwägungen der Gewerkschaftsführer abhängt („..." schaffen wir das schon heute ab oder lieber erst morgen..."). Die Einrichtung einer LVV in Hamburg wäre nicht nur ein gewaltiger Rückschritt gegenüber den Rechten, die eine HV den Mitgliedern gewährt, sondern würde ebenso klar bedeuten, daß z.B. eine mit Hilfe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und des Bundesvorstands von Linken „gesäuberte" LVV-Satzungsänderungen nach Be-

barkeitsbeschlüsse und des Bundesvorstands von Linken „gesäuberte" LVV-Satzungsänderungen nach Be-

lieben der GEW-Führer beschließen könnte.

Wir halten es für notwendig, eindeutig festzustellen, daß die Mitglieder in den Landesverbänden das Recht haben, die Mainzer und Kölner Beschlüsse abzulehnen, und daß ihnen letztlich kein anderer Weg bleibt, als dies auch zu t u n . Wir halten es auch für eine Pflicht der Demokraten, gerade angesichts der Drohung mit Massenausschlüssen, jedwede Erpressung zurückzuweisen. Gerade daß der Hauptvorstand jetzt mit offener Gewalt seine Macht durchsetzen will, beweist, was diesen Herrschaften vorschwebt, und unterstreicht die unbedingte Notwendigkeit, voll auf den Mitgliederrechten zu beharren und sich keinesfalls auf den abschüssigen Weg eines „Kompromisses" ohne Gegenleistung, ohne Absicherung zu begeben.

Daher setzen wir uns dafür ein, auf der Hamburger Hauptversammlung gegen eine LVV zu stimmen und sowohl in Hamburg (auf der HV) als auch in den anderen Landesverbänden (Vertreterversammlungen) eine Sperrminorität (ein Drittel der Stimmen) gegen die Satzungsänderungen der Gewerkschaftsführer zu erreichen. Die Gewerkschaftsführer wollen uns vor die Alternative stellen: Entweder unsere Kapitulation – oder Spaltung. Kapitulation wollen wir nicht, und eine Spaltung der GEW wird verhindert werden können, wenn die demokratischen Mitglieder sich dazu entschließen können, einheitlich und auf breiter Basis der Politik der Gewerkschaftsführer entgegenzutreten.

Sie wird nicht durch eine „Taktik" verhindert werden können, die der Macht der Gewerkschaftsführer (und damit ihrer Möglichkeit zu solchen Willkürmaßnahmen) Raum gibt, anstatt sie einzuschränken. ●

Bündniskommission des KB/ Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 28 die Gewerkschaftsführung den Plänen

Fortsetzung von Seite 28

leichterte. Informationen wurden verschwiegen nach dem Motto: Haltet Euch gefälligst aus „unseren" Angelegenheiten raus. Offiziell meinte der Betriebsrat: *„Der Betriebsrat wird erst nach Vorliegen der Ergebnisse darüber entscheiden, ob das Verfahren generell angewendet wird!"*

Also prinzipiell und letztendlich ist er natürlich dafür. Das Ergebnis ist uns zwar bisher nicht bekannt, sicher wird der Betriebsrat den Schering-Kapitalisten keine großen Steine in den Weg gelegt haben.

Der BR-Vorsitzende Hans Kähler bei Hagenuk Kiel stimmte der Entlassung von 180 Angestllten lauthals zu mit dem Argument: „Der Wasserkopf muß endlich weg!"

- Der gewerkschaftseigene Betrieb Coop scheut sich selbst nicht nach kapitalistischer Manier 2.000 Angestellte zu entlassen. Ein weiterer Beweis für „klassenkämpferische" Gewerkschaftspolitik.
- Der Betriebsrat von HDW Hamburg malte den von der Stillegung des Werkes Finkenwerder betroffenen Kollegen in rosigen Farben die Vorzüge der neuen Büros aus und verschwieg dabei natürlich die geplanten Entlassungen, die geplante Erhöhung des Leistungsdruckes und der Arbeitshetze. Er hatte es auch nicht nötig, die Kollegen zu informieren, die nach Kiel versetzt werden sollten.

Dabei versteckte er sich hinter dem Argument, der Vorstand habe ihn auch nicht informiert.

Man kann also an diesen Beispielen schon klar erkennen, daß das Geschrei um die verstärkte „Interessenvertretung" der Angestellten seitens der Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, und die Aktivitäten um die „gerechtere" Entlohnung nur über die tatsächliche Mauschel- und Handlangerpolitik dieser Leute hinwegtäuschen sollen.

Diesen Angriffen konnten die Angestellten bisher kaum Widerstand entgegensetzen. Das hat natürlich seine Ursachen einmal darin, daß in der Praxis die rechten Betriebsräte und die Gewerkschaftsführung den Plänen der kapitalistischen Rationalisierung sogar noch Vorschub leisten. Sie propagieren ja in den Betrieben z.B. die Einführung von Prämien-Systemen und anderen Leistungsbeurteilungen mit Argumenten wie: *„Dann wird alles gerechter – dann gibt es keine ‚Nasenbeurteilung' mehr!"* (HDW-Betriebsrat K.H. Peters auf einer Betriebsversammlung).

Es hat vereinzelt Widerstand und Teilerfolge gegeben, z.B. konnte vor ca. einem Jahr bei HDW im Reparaturbüro aufgrund der geschlossenen Haltung der Kolleginnen zunächst die Einführung von Diktiergeräten verhindert werden.

Ebenfalls bei HDW in der Rechnungsabteilung konnten vor ca. 1 1/2 Jahren die Kollegen durch entschlossenes Vorgehen und Verweigern von Überstunden erreichen, daß eine neue Kollegin für die Mehrarbeit eingestellt wurde.

Bei Blohm + Voss im Schreibsaal kämpfen die Kolleginnen gemeinsam für die Aufhebung der krassen Gehaltsunterschiede (bis zu 600,– DM für die gleiche Arbeit in einer Gehaltsgruppe!) durch gegenseitiges Offenlegen der Gehälter, Einschaltung des Betriebsrates, Beitrag auf einer Betriebsversammlung.

Natürlich können die Angriffe in ihrem gesamten Ausmaß von den Angestellten-Kollegen zum Teil auch noch nicht klar erkannt werden. Denn welcher Kollege ist nicht für eine „gerechtere" Entlohnung, wer nicht für „Arbeitserleichterungen"? !

Wir meinen, daß Rationalisierung unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen (nämlich im Sozialismus) eine positive Sache sein kann. Nur wird es im Kapitalismus immer so sein, daß sich die Auswirkungen gegen die Kollegen richten und ein Abbau ihrer Rechte, Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich bringen.

Dagegen müssen Arbeiter und Anstellte g e m e i n s a m vorgehen! ●

HDW- und B+V-Angestelltenzellen
KB / Gruppe Hamburg

„Wir leben und sterben mit der Zukunft von Audi-NSU – und wir wollen leben!"

Auf einer Protestkundgebung vor Tor I des Audi-NSU-Werkes in Neckarsulm demonstrierten am 3. März über 20 000 Arbeiter gegen die geplante Schließung des Werks. Mit Parolen wie „Lotz geht auf die Reise – wir sitzen in der Scheiße" – „Wer es wagt, NSU zu schließen, der tritt die Arbeiter mit Füßen" – „Konzernsanierung – nicht auf unsere Kosten" wurde dem Protest gegen die brutale VW-Konzernpolitik Ausdruck gegeben. Während der Kundgebung ruhte in allen NSU-Hallen und allen anderen Neckarsulmer Fabriken die Arbeit, Läden machten ebenfalls aus Solidarität zu. Bereits vor der Kundgebung hatten 90.000 Menschen mit ihrer Unterschrift gegen die geplante Stillegung protestiert.

Am 3.3. wurde deutlich, daß die NSU-Arbeiter und die betroffene Bevölkerung eine Stillegung nicht kampflos hinnehmen wollen. Es steht allerdings zu befürchten, daß die IGM-Führung gemeinsam mit der Landesregierung auf einen oberfaulen Kompromiß hinarbeitet (dazu weiter unten).

Stillegung wäre für Neckarsulm eine Katastrophe!

In Neckarsulm leben ca. 22.000 Menschen, insgesamt in der näheren Umgebung ca. 135.000. Alleine bei NSU arbeiten 10.500, dazu kommt noch der ganze ‚Anhang', der durch das NSU-Werk existiert. Bereits heute liegt die Arbeitslosenquote bei ca. 4 % – **würde NSU dichtgemacht, so würde diese Rate auf ca. 20 % (zwanzig!) hochschnellen – das wären ca. 25.000 Arbeiter ohne Arbeit und ohne Aussicht auf neue Arbeit.**

Selbst die bürgerliche Presse stellt dies fest: *„Denn die Belegschaft der Audi-Werke in Neckarsulm, wo Audi 100 und Ro80 in schrumpfenden Stückzahlen hergestellt werden, macht rund zehn Prozent aller Werktätigen des Bezirkes aus. Wenn sie plötzlich alle auf der Straße säßen, wäre das addiert mit den Prozenten, 13,5 Prozent Arbeitslose. Wenn man dazurechnet, daß als Folge einer möglichen Riesenpleite am Neckar auch viele kleine Zulieferbetriebe und Handwerker, Bäcker und Metzger ihre Leute entlassen müßten, dann kann man sich die ‚Katastrophe' vorstellen: Knapp 20 % würden in solch einem Fall arbeitslos sein – eine untragbare Zahl. Schon heute kann vom Arbeitsamt Heilbronn fast niemand mehr in die Metallindustrie vermittelt werden."* („Vorwärts", 16.1.) und: *„Die Neckarsulmer Industrie bietet etwa 14.000 Arbeitsplätze, jeden Tag kommen 8.500 Einpendler in die Stadt. Zweiter größter Arbeitgeber ist die Karl Schmidt GmbH... die in Neckarsulm etwa 2.500 Menschen beschäftigt."* („Zeit", 24.1.)

Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn hier die 10.500 NSU-Arbeiter arbeitslos werden. Im Grunde wird damit die Bevölkerung einer ganzen Stadt ihrer Existenzgrundlage beraubt – ohne daß irgendeine Aussicht auf neue Arbeit bestehen würde.

Stimmen die Renditen nicht – Machen sie die Werke dicht!

Frei nach dieser brutalen Devise rationalisiert VW bereits seit längerer Zeit seinen Konzern. Alleine 1974 wurden ca. 10.000 Arbeiter bei VW auf die Straße gesetzt, damals noch über die berüchtigten Abfindungsverträge. Auch wurde bereits in einzelnen Werken kräftig rationalisiert, wurden Betriebsteile stillgelegt, wie in Wolfsburg und Hannover. Und schon letztes Jahr sagte VW-Chef Leiding (Vorgänger von Toni Schmücker) ... *„auf Dauer kann niemand mit halber Kraft fahren, dann sind alle Fabriken unrentabel"* („Spiegel", 26.8.). Bereits damals wurde die Marschroute festgelegt: Stillegung von VW-Werken im Inland und Aufbau von neuen Werken im Ausland (USA, Brasilien, Mexico und Jugoslawien). Durchgeführt wird diese Politik heute vom Krisenmanager Toni Schmücker, der sich bereits bei Rheinstahl-Hanomag ‚ausgezeichnete': „Aber der Rheinstahl-Chef schreckte auch nicht davor zurück, Leute auf die Straße zu setzen. Er mußte einige Tausend brotlos machen, um einigen Zehntausenden die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern." („Vorwärts", 16.1.)

Diese Art von Arbeitsplatz-‚Sicherung' hat er nun auch bei VW vor – wobei das Werk in Neckarsulm nur ein Teil des umfassenden Rationalisierungsplanes sein soll. Zur Debatte stehen desgleichen die Werke in Ingolstadt und Emden.

Bezeichnenderweise wird eben neben diesen Stillegungen im Inland, verstärkt die Produktion im Ausland aufgebaut, um die sog. ‚Lohnkostenvorteile' und Zollerleichterungen auszunutzen und so die Profite wieder auf einen Höchstsatz hochzubringen. Angesichts des Neckarsulmer NSU-Werkes wird deutlich, daß die feinen Herren in den Vorstandsetagen nicht einmal davor zurückscheuen, eine ganze Stadt ins Elend zu stürzen! Derartige Beispiele liefert heute nur der große Bruder USA, wo durch die Stillegung von Automobilwerken die Arbeitslosenrate in Detroit beispielsweise auf über 40 % anstieg!

Kampf dieser Stillegung!

Derzeit wird zwischen Landesregierung und VW-Vorstand verhandelt. Die Landesregierung will aus politischen Motiven eine Stillegung verhindern, da jedoch der VW-Vorstand hartnäckig darauf besteht, ist kaum zu erwarten, daß diese Verhandlungen etwas am ‚Schicksal' des Neckarsulmer Werkes ändern. Badenwürttembergs Wirtschaftsminister Eberle hat bereits vorgebaut. Er wies darauf hin, *„daß alle Entscheidungen über Audi-NSU außerhalb des Landes getroffen werden."* („Frankfurter Rundschau", 5.3.), womit er eine Verantwortung dieser Landesregierung von vornherein ablehnen will.

Auch die IGM-Führung, die heute den Kampf der NSU-Arbeiter noch wortreich unterstützt, hat bereits die Richtung zu einem Kompromiß entwickelt. Loderer sagte immerhin am 6.2. im „Handelsblatt": *„Ich hoffe, es kommt nicht zu kompletten Werksschließungen bei VW"* und *„Alternativen zu eventuell notwendigen (?) Werksstillegungen sieht Loderer in der Kurzarbeit, wie sie bisher schon gehandhabt wurde ... ... Sollte dennoch, vor allem in Gebieten mit schwacher Infrastruktur, Werksschließungen unvermeidlich sein, dann müßten alle Gesichtspunkte berücksichtigt werden, Strukturfragen ebenso, wie die Probleme der Belegschaft."*

Mit derart schwammigen Aussagen ist der Weg hin zu einem Kompromiß in der Art einer stückweisen Stillegung schon geebnet. Angesichts der Lage in Neckarsulm kann es allerdings kein „Sollte dennoch . . ." geben. Hier gibt es nur die Notwendigkeit, die geplante Stillegung zu verhindern! **Und verhindert werden kann diese Stillegung nur durch den konsequenten Kampf der NSU-Arbeiter in Aktionseinheit mit der Bevölkerung von Neckarsulm. Besondere Bedeutung wird bei derartigen Auseinandersetzungen die solidarische Haltung auch anderer Belegschaften haben.** ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

20.000 protestieren gegen die geplante Schließung von Audi-NSU



Zehntausend Arbeitsplätze auf dem Spiel: die Stadt und das Audi-NSU-Werk

Nürnberg:

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zum Januar 1974 hat sich die Lage der Nürnberger Arbeiterschaft rapide verschlechtert. So gibt es allein in Nürnberg jetzt schon 19.950 Arbeitslose (11.093 Männer und 8457 Frauen). Seit letztem Dezember hat sich die Arbeitslosenzahl um 27,3 % (!) erhöht – und im Vergleich zum Januar 1974 ist sie sogar um das Dreifache angewachsen!

Scharfsinnig, wie die bürgerliche Lokalpresse „Nürnberger Zeitung" nun mal ist, stellte sie am 10. Februar fest, daß *„neben den saisonalen Abschwächungen jetzt verstärkte konjunkturelle und strukturelle Einflüsse zur Rezession in vielen Wirtschaftszweigen führen."*

Was das für „strukturelle Einflüsse" sind, bekamen besonders die Arbeiter bei KABEL METALL zu spüren, wo glatt 750 Kollegen auf die Straße gesetzt wurden und neue Entlassungen geplant sind!

Weiterhin hat SIEMENS in einem Werk Kurzarbeit eingeführt, während die Konzernleitung in einem anderen Teil der Nürnberger Niederlassung eine neue Abteilung eröffnen ließ, in der mit „konjunkturell verantwortbaren Einsparungen" gearbeitet wird.

Kennzeichnend für viele Betriebe ist, daß auf der einen Seite Kurzarbeit eingeführt und Massenentlassungen beantragt werden – auf der anderen Seite jedoch nicht selten dieselben Betriebe (wie z. B. Siemens oder Triumph/Adler) auf den Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Zeitungen mit ihren ausgezeichneten Dividenden und einer positiven Auftragsentwicklung prahlen!

In einer vom Nürnberger Arbeitsamt veröffentlichten Statistik wurden zwar einige Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit angegeben – „vergessen" wurden jedoch tausende von arbeitslosen Kollegen, die zwar in Nürnberg arbeiten, jedoch auswärts wohnen. So fahren jeden Morgen hunderttausende Pendler aus teilweise 100 Kilometer entfernten Wohnorten in die Nürnberger Betriebe. Der Anteil der arbeitslosen Pendler an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist jedoch besonders hoch!

Da die offizielle Statistik für Nürnberg „nur" 4,2 % Arbeitslose ausweist, kann das Arbeitsamt die erfreuliche Mitteilung machen: „Die Arbeitslosenquote liegt ... noch erheblich unter Bundesdurchschnitt" – und erheblich unter der vom Landesarbeitsamt für Nordbayern genannten Quote (7,1 %).

Da hier jedoch einige Faktoren weggelassen wurden, haben die Statistiken mehr den Charakter altfränkischer Märchen als den einer wissenschaftlichen Untersuchung.

Nun denn! Verschweigen die Kapitalisten und das in ihren Diensten stehende Arbeitsamt schon die genaue Arbeitslosenzahl, um Nürnberg wieder mal als „sozialste und menschlichste" Stadt Bayerns herauszuputzen, so wird die Existenz von Kurzarbeitern überhaupt verschwiegen.

Tatsächlich aber beziehen allein in Nürnberg 444 Betriebe Kurzarbeitergeld. Im Klartext heißt das, daß außer den 19.950 Arbeitslosen z. Zt. noch 29.500 Kurzarbeiter von den „nicht nur saisonalen Abschwächungen des Arbeitsmarktes" betroffen sind.

Demgegenüber stehen offiziell 4.291 „offene Stellen" – wobei wir jedoch wissen, daß Berufe wie Küster, Orgelbauer, Denkmalsrestaurierer etc. besonders gefragt sind. Doch was ist schon ein Klingelbeutel gegen einen Schraubenschlüssel? !?

Von der kapitalistischen Rationalisierung und der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft sind vor allem auch die Jugendlichen betroffen, die vor kurzem erst „ins Leben" entlassen wurden und nun schon auf der Jagd nach einer Lehrstelle sind.

Was tun gegen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung?

In Nürnberg gibt es z. Zt. im wesentlichen zwei Ansätze, eine Kampffront gegen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung aufzubauen:

Zum einen die von der „KPD" und der „KPD/ML" (und den entsprechenden „Massen"organisationen) getragene Initiative, die auf eine möglichst rasche Demonstration hinsteuert, um eine „machtvolle" Erschütterung der Bourgeoisie zu erreichen. Die Plattform, auf der sich die beiden „Parteien" zusammengefunden haben, geht jedoch von der illusorischen Einschätzung aus, daß die Arbeiterklasse bereits heute gegen die Kapitalisten, den Staat u n d die Gewerkschaftsführung kämpfen will (weil sie angeblich schon das Zusammenspiel von Staat, Kapital und Gewerkschaftsführung durchschaut hat).

Die „KPD/ML"-Vertreter verlangten dann auch folgerichtig, in die M i n i m a l plattform des Bündnisses die Losungen von der „gewaltsamen Revolution" und der „Diktatur des Proletariats" mit aufzunehmen (was selbst der „KPD" zu stark war und zurückgewiesen wurde).

Demgegenüber bildet sich ein zweiter Ansatz heraus; Teile der Frauengruppe Nürnberg-Erlangen, italienische, spanische und türkische Genossen und die Gruppe Nürnberger Kommunisten, bereiten eine Aktionseinheit vor, die von einer realistischen Einschätzung ausgehend den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Krisenfolgen und Faschismus in die Nürnberger Arbeiterschaft hineintragen soll. Diese Aktionseinheit, die momentan eine Plattform ausarbeitet wird auch versuchen, den 1. Mai kämpferisch vorzubereiten.

Für den Erfolg dieser Aktionseinheit wird es auch wichtig werden, weitere Genossen und Organisationen in das gemeinsame Handeln miteinzubeziehen, von denen sich manche bislang überhaupt noch nicht gerührt haben (so z. B. der KBW) oder andere, die noch nicht an den vorbereitenden Treffen teilgenommen haben, weil sie angeblich „ganz wichtige und hochinteressante" (interne) Diskussionen über die Krise hätten (so z. B. die Gruppe „Arbeiterstimme").

Wie man hört, soll da auch mal eine theoretische Erklärung über die Frage der Arbeitslosigkeit rauskommen... ●

Ein Sympathisant der Gruppe Nürnberger Kommunisten

Extrem arbeiterfeindlich

Diese Karikatur fand ich im Unternehmerorgan „Handelsblatt" vom 17. Februar. So verhöhnt ein im Auftrag der bürgerlichen Ideologie arbeitender Karikaturist über eine Million Arbeitslose und deren Familien.



Stingl macht's möglich

HANDELSBLATT; Donath

„Handelsblatt" vom 17.2.1975

Doch noch ein anderer Wunsch der Kapitalisten wird in dieser Karikatur ausgedrückt: gerade das besagte „Handelsblatt" veröffentlicht in der letzten Zeit zunehmend Artikel bürgerlicher Fachexperten, die „nachweisen", daß der gesamte Bereich der Sozialausgaben zu stark belastet wird und plädieren einerseits für den Abbau von Sozialleistungen (Krankenversicherung, Renten und Arbeitslosengeld), andererseits für eine stärkere „Eigenbeteiligung" derjenigen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen. Also: Verringerung des sogenannten „Arbeitgeberanteils" und stärkere Belastung der Arbeiterklasse. Auch auf diesem Gebiet gehen die Kapitalisten zielstrebig daran, die Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse abzubauen.

Getreu dem in der Karikatur ausgedrückten Wunsch: ein guter Arbeitsloser muß Hunger haben und nichts auf den Rippen. ●

Ein Metaller-Genosse
KB/Gruppe Hamburg

Stübbe-Demag:

Der Kampf geht weiter

Eine neue Qualität hat der Kampf der Belegschaft im Stübbe-Demag Werk in Kalldorf/Kalletal angenommen (vergl. dazu auch AK 55 und AK 56):
Am Montag, den 4.3. trat die gesamte Belegschaft in den Streik, die 600 Arbeiter und Angestellten versammelten sich auf dem Hof des Werksgeländes. Es wurde beschlossen, das Werk zu besetzen und den Personalchef Langer auszusperren. Dies war bereits der 7. Streik der Belegschaft seit Bekanntgabe der Stillegung des Werks durch den Mannesmann/Demag-Konzern Anfang Januar. Langner hatte wiederholt einzelnen Kollegen und der gesamten (!) Belegschaft mit fristloser Entlassung gedroht. Als Schutzmaßnahme erhielt er Werksverbot. Vergeblich versuchte der Werksleiter seinen Personalchef ins Werk zu schleusen. Die Wachen am Betriebstor verhinderten dies.

Der Betriebsratsvorsitzende Akkermann begründete diese wohl einzigartige Aktion:„*Wir haben eindeutig Beweise dafür, daß Gerhard Langner, der Personalchef, es ist, der den Betriebsfrieden stört. Mit einem Mann, der der Belegschaft mit fristloser Entlassung droht, sind wir nicht bereit zu sprechen* („UZ", 6.3.).

In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde die Betriebsbesetzung aufrechterhalten. Etwa 200 Arbeiter halten sich im und vor dem Werk auf. Die Aktion geht am Dienstag weiter. Nach einer Betriebsversammlung, zu der drei Demag-Vertreter, aber nicht der Personalchef zugelassen werden, macht Demag erste Zugeständnisse:

dem Personalchef werden teilweise die Kompetenzen entzogen,

die Werksleitung erklärt sich bereit, „*korrekt nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu handeln.*"

Dieses vollkommen unverbindlich gehaltene Ergebnis handelten Betriebsrat und IGM aus und erreichten, daß die Besetzung am Dienstag zunächst abgebrochen wurde und am Mittwoch die Arbeit normal wieder begann.

Die Belegschaft hat in kontinuierlichen Aktionen, deren Höhepunkt die zweitägige Betriebsbesetzung war, deutlich ihre Bereitschaft gezeigt, konsequent den Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze gegen die Demag-Rationalisierung zu führen. Die größte Gefahr in der Durchbrechung dieser konsequenten Kampfbereitschaft droht zur Zeit von seiten der Gewerkschaftsführer, die bemüht sind, den Kampf in „legale Bahnen" zu lenken. So heißt es in der „Metall" Nr. 4 schon in der Überschrift:„*Wir wollen mit allen legalen Mitteln die Schließung verhindern.*" Der das sagte, ist der für das Werk zuständige IGM-Bevollmächtigte von Detmold.

Ganz im Gegensatz dazu denken und handeln zur Zeit die Stübbe-Demag-Arbeiter: ihre Betriebsbesetzung und die Streikaktionen waren durchweg illegal – d.h.: durch kein Gesetz und schon gar nicht durch das Betriebsverfassungsgesetz abgesichert. Die gefährliche Stoßrichtung der Gewerkschaftsführer wird auch in folgendem Zitat deutlich, daß die „Metall" einfach den Kollegen unterschiebt:
„*Die Kollegen . . . heben besonders hervor:„Der Kollege Eugen Loderer hat es fertiggebracht, daß im Aufsichtsrat über uns und unsere Probleme gesprochen wurde. Vielleicht kann er noch mehr für uns tun!*"

Die Orientierung geht also dahin, die Verhandlungsführung höheren Orts, das Auskunkeln von Ergebnissen hinter verschlossenen Türen bestimmend werden zu lassen. Auf diese Art und Weise werden in der Regel Werksschließungen nicht verhindert, sondern bestenfalls per Stufenplan und Sozialplan nach und nach durchgeführt. Die jüngsten Beispiele der Rationalisierungswelle in der BRD zeigen, daß auf diese Art und Weise die Kapitalisten ihre Profite sanieren und ungehindert durch Entlassungen, Still- und Teilstillegungen die Belegschaften abbauen.

Allein der konsequente Kampf der Stübbe-Demag Arbeiter hat dies in Kalldorf bisher verhindern können. Das heißt nun allerdings nicht, daß Demag/Mannesmann von seinen Rationalisierungsplänen abgekommen ist: es heißt nur, daß diese Leute daran arbeiten, ihre Taktik zu ändern. Und von diesen Rationalisierungsplänen wird und kann sie auch Eugen Loderer nicht abbringen und wenn er im Aufsichtsrat einen Kopfstand macht.

Nur der konsequente weitere Kampf, das Anwenden aller Kampfmittel der Arbeiterbewegung und Verhandlungen auf dieser Grundlage, die die Belegschaft kontrolliert, verheißen Aussicht auf Erfolg.

Stübbe-Demag: Streik . . .

Die Solidarität ist groß

Nahezu einhellig unterstützt die Bevölkerung des ganzen Kalletals die Forderung nach Erhaltung des Werks. Mitten im Ort Kalldorf findet sich die Parole:„Kalletaler – eine Kampffront!" Aufkleber mit der Aufschrift: „Auch wir sind betroffen. Demag-Mannesmann-Werk Kalldorf darf nicht schließen" finden sich überall. Am Eingang des Kalletals befindet sich ein Hinweisschild: „Geplante Demag-Ruine Kalletal 1.000 Meter".

Der Grund für diese breite Zustimmung liegt ganz offensichtlich in der unmittelbaren Existenzbedrohung der 17 Gemeinden im Kalletal (von 15.000 Einwohnern dieser Gemeinden haben fast 15.000 ihre Unterschrift gegen die Werksschließung abgegeben!). Bei jetzt schon 6,5 % Arbeitslosen klettert die Rate bei Werksschließung über 10 %, vor allem aber hängen etwa 50 Zulieferbetriebe mit mehreren hundert Beschäftigten vom Stübbe-Werk ab.

Die Folgen wären also noch weitaus größer: weitere Entlassungen, noch größere Arbeitslosigkeit. Die Belegschaft und die Bevölkerung haben bereits Erfahrungen mit der Demag-Politik gemacht: 1969 bei Kauf des Stübbe-Werks durch Demag arbeiteten dort noch 1.280 Kollegen, nach und nach wurde die Belegschaft abgebaut. Die geplante Werksschließung 1972 konnte verhindert werden. Dennoch hat Demag in all den Jahren deutlich gemacht: Arbeitsplätze nur, solange die Profite stimmen. ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



. . . und Betriebsbesetzung Anfang März.

Unterstützt die Kollegen von Stübbe-Demag

Mehr als acht Wochen dauert der Kampf bereits. Die Solidarität ist groß. Für die betroffenen Arbeiter aber ist es wichtig, auch zu erfahren, daß an anderen Orten in der BRD ihr Kampf unterstützt wird:

Hier das Spendenkonto:
4/6989 57 Kreissparkasse Lemgo

„Chancen nutzen!"

– Kapitalisten bereichern sich an Arbeitslosen-Geldern –

Die Kapitalisten werden von der Bundesanstalt für Arbeit aufgefordert, ihre „Chanchen (zu) nutzen", da Geld vom Arbeitsamt – auch (!) für Arbeitgeber bereitliegt. Dies entnahm ich einer Anzeige in der „Welt" vom 14.2. der Bundesanstalt für Arbeit.

So ist zu lesen:„*Im richtigen Moment das Richtige tun: heute schon die Arbeitskräfte gewinnen und einarbeiten, die morgen den betrieblichen Erfolg garantieren.*" Dann wird ein Programm mit den wichtigsten Leistungen für den Arbeitgeber aufgeführt.

1. **Einarbeitungszuschüsse**: wenn ein Arbeitnehmer die volle Leistung erst nach Einarbeitungszeit erbringen kann. Höhe: bis zu 60 % des Arbeitsentgelds bis zu einem Jahr.
2. **Eingliederungsbeihilfe**: als Zuschuß oder Darlehen in bestimmten Fällen ein bis zwei Jahre lang 60 % des Arbeitsentgelts, bei besonderen Voraussetzungen 80 %, bei Schaffung neuer Arbeitsplätze sogar kapitalisiert: im Einzelfall bis zu 20.000 DM.
3. **Kostenübernahme** bei betriebsinterner Fortbildung von Arbeitnehmern, die sonst von Arbeitslosigkeit bedroht wären.
4. **„ABM" Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung** – Zuschüsse zu Lohnkosten und Darlehen für Arbeiten im öffentlichen Interesse bis zu 90 % der Gesamtkosten. (Wer bestimmt, was im öffentlichen Interesse ist?)

Da jammern täglich in allen bürgerlichen Zeitungen die Kapitalisten und ihre Vertreter, es werden nicht genügend Gewinne gemacht, daher keine Investitionsmöglichkeiten. Daran schuld seien nur die überhöhten Lohnforderungen der Arbeiter. Nein, es reicht ihnen nicht, über diesen demagogischen Weg und mit Hilfe der Gewerkschaftsführer (Lohntarifabschlüsse bei durchschnittlich 6,5 %) Lohnraub zu betreiben.

Jetzt wird es Zeit fürs Arbeitsamt, den Kapitalisten bei ihren weiteren Vorhaben unter die Arme zu greifen. Die Einarbeitungszuschüsse, Eingliederungsbeihilfen, Kostenübernahme und Lohnkostenzuschüsse werden vom dem Geld der Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten bezahlt, die eine Rücklage für eventuelle Arbeitslosigkeit ist.

Der Kapitalist kann jetzt seine Rationalisierungsmaßnahmen, Umstrukturierungen, Neuanschaffungen z.B. von Maschinen oder Errichtung ganz neuer Betriebe bzw. Betriebsteile und Umschulung und Ausbildung von Arbeitskräften, von der werktätigen Bevölkerung finanzieren lassen. Kurz gesagt, der Arbeiter bekommt Lohn von seinen eigenen (früher eingezahlten) Abgaben, er bezahlt sich also selber. Also reichlich Extraprofit für den Unternehmer.

Welches Ausmaß diese Schweinerei hat, wird dann besonders deutlich, wenn man in der „Hamburger Morgenpost" vom 18.2. liest:„*Mit 3,2 Milliarden Mark müsse der Bund in diesem Jahr der Bundesanstalt für Arbeit unter die Arme greifen, da die hohe Zahl der Arbeitslosen eine Finanzierungslücke von rund 4,5 Milliarden aufreiße. Die Anstalt werde nur 1,3 Milliarden flüssig haben. Der Zweimilliarden-Rest ist längerfristig angelegt.*"

Das heißt doch nichts anderes, als daß die Arbeiter und Angestellten doppelt und dreifach angeschissen werden. Nun wird von Steuergeldern genommen, was im Sozialbereich hätte ausgegeben werden müssen (Schulen und Krankenhäuser werden eingespart) und den Kapitalisten in den Rachen geschmissen. Obendrein benutzt dies die SPD-Regierung, um eine Anhebung der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen. Zu wessen Nutzen? Zu dem der Kapitalisten!

Das Geld der Arbeitslosenversicherung nur für die Arbeiter und Angestellten! ●

Genossen der Bezirksgruppe Eppendorf, KB/Gruppe Hamburg

Ein fast alltägliches Schicksal

Das folgende tragische Schicksal einer Arbeiterfamilie trug sich im Februar in einer kleinen bayrischen Ortschaft zu: Der Vater einer Familie mit drei Kindern hatte seinen Arbeitsplatz verloren. Die Familie verschuldete sich, weil die Arbeitslosenunterstützung nur 700 DM beträgt. Es fehlt das Notwendigste zum Leben – die Kinder haben nichts mehr anzuziehen. In ihrer Not versucht die Mutter, die notwendigsten Dinge (vor allem Wäsche) in einem Kaufhaus zu stehlen. Eine Verkäuferin verpfeift die Frau, und sie wird angezeigt, weil sie sich gegen das „Heiligtum Privateigentum" vergangen hatte.

Es läßt sich leicht vorstellen, welche Folgen ein solches „Delikt" in einer klerikalbeherrschten Kleinstadt in Bayern hat. Falsche Moralbegriffe, durch Pfaffengeschwätz und Kapitalistenideologie entstanden, treiben die Arbeiterfrau in den Selbstmord.

– Sich zu bescheiden, sich nicht nehmen, was den Kapitalisten noch gehört, und sich lieber dem Schicksal zu ergeben, als dagegen zu kämpfen, das ist es, was auch heute noch von der Kanzel vom Lehrerpult und von den bürgerlichen Massenmedien (Presse, Fernsehen und Schlager) in die Köpfe der Arbeiter und ihrer Kinder gehämmert werden soll, damit die Kapitalisten ihren Raubzug in Ruhe fortsetzen können.

Solange es der Arbeiterklasse nicht gelingt, der Verbreitung dieser kapitalistischen Ideologie in ihren eigenen Reihen Einhalt zu gebieten, werden solche Schicksale, wie das dieser Arbeiterfrau immer einen alltäglichen Charakter behalten. ●

Ein Genosse aus Winterhude
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen:
KAG in Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Hildesheim:
Postlagerkarte A 019 075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Mo.+Do. 17-19 Uhr
Sa. 10-13 Uhr

und weitere Vertriebsgruppen

DRUCK-TARIFRUNDE '75

Mit einer Forderung von 10 % will die IG Druck-Führung in die kommenden Tarifverhandlungen gehen. Das beschloß die große Tarifkommission am 24. Februar. Darüberhinaus wurde die mehr als vage „Forderung" nach Abschluß einer „Strukturänderung des Lohntarifs" von den Gewerkschaftsführern erhoben. Seit mehr als zwei Jahren verhandeln sie mit den Druckkapitalisten schon um diesen Punkt.

Die Art und die Höhe der aufgestellten Forderung belegen ein weiteres Mal die Unverfrorenheit, mit der sich die Gewerkschaftsführer über den Willen der Mitglieder hinwegsetzen. Nachdem in den einzelnen Ortsvereinen die Diskussion um die aufzustellenden Forderungen von den Vorständen massiv behindert worden war, kam die große Tarifkommission mit ihrer Forderung heraus, bevor die dennoch geführte Diskussion überall abgeschlossen werden konnte. Dort, wo die Kollegen trotz Behinderungs- und Verzögerungsmanövern ihre Forderungen diskutieren und formulieren konnten, sehen diese ganz anders aus, als die von der Tarifkommission diktierte.

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins beschließt am 13. Feb.:

München:

45 DM für alle pro Woche
Absicherung der Übertarife
Bezahlung einer halbstündigen Pause
Laufzeit 10 Monate
Abschaffung des 1. und 2. Gehilfenjahres

Für die Auszubildenden:

480 DM	1. Lehrjahr
500 DM	2. Lehrjahr
600 DM	3. Lehrjahr
744 DM	4. Lehrjahr

Frankfurt:

Die Bezirksversammlung beschließt nach längerer Diskussion:

0,90 DM mehr pro Stunde
Vertragliche Absicherung der übertariflichen Leistungen
100 DM mehr pro Monat für alle Lehrlinge

„Beim Gehaltsabschluß für die technischen und kaufmännischen Angestellten ist analog zu verfahren."

Westberlin:

Die Mitgliederversammlungen, die in allen westberliner Bezirken am 17. Februar stattfanden, diskutierten über die Tarifrunde, befürworteten auch einen Beschluß des Betriebsrats (BR) von Mercator:

40 DM Vorweganhebung
150 DM pro Monat mehr für alle

Auf diesen Versammlungen wurden jedoch noch keine Beschlüsse gefaßt. Der Vorschlag des Vorstandes nach einer Prozent-Forderung konnte sich nicht durchsetzen.

Hamburg:

Mit Mehrheit wurde der Vorschlag des VK des Heinrich-Bauer-Verlages von der Delegiertenversammlung angenommen:

40 DM Vorweganhebung pro Woche (als Absicherung der Übertarife)
40 DM Lohnerhöhung pro Woche für alle
Laufzeit 12 Monate
100 DM mehr pro Monat für alle Lehrlinge.

Eine klare Absage erteilten die Kollegen dem Vorschlag des Springer VK, der eine 12%-Forderung zum Inhalt hatte. Auch der Vorstand erlitt eine Niederlage. Der Vorstand hatte ebenfalls für eine „lineare" Prozentforderung plädiert, aber nicht in der Höhe wie der Springer VK.

Auffällig an diesen hier wiedergegebenen Forderungen ist, daß in a l l e n Teilen der BRD die Drucker die spalterischen Prozent-Forderungen ablehnen. Es wäre sicher falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß sich darin eine generelle Ablehnung der spalterischen Lohnkategorien ausdrückt. Jedoch zeigt sich, daß die bewußteren Teile in der DruPa (in fast allen Zentren der Druckindustrie in der BRD) zumindest ein weiteres Auseinanderklaffen ihrer Löhne ablehnen.

Des weiteren ist die DruPa-Linke in der Lage, diesen Standpunkt zur Mehrheitsmeinung auf den Mitgliederversammlungen zu machen. Das ist umso bedeutsamer als die Gewerkschaftsführer heute nicht selten diejenigen, die Prozent-Forderungen ablehnen und ihnen einheitliche Forderungen entgegenstellen, als Kommunisten bzw. deren Sympathisanten und somit als „gewerkschaftsfeindliche Elemente" angreifen.

Der Abschluß steht schon vorher fest

Daß die DruPa-Führer mit der 10%-Forderung auf einen Abschluß bei 6,6 % orientieren, ist schon jetzt sicher. Dafür sprechen nicht nur die Abschlüsse in den anderen Branchen und der Abschluß in der papierverarbeitenden Industrie, den die DruPa-Chefs im Januar mit ebenfalls 6,6 % über die Bühne zogen. Dafür sprechen vor allem die Äußerungen, die von den Mitgliedern des Hauptvorstandes der DruPa in der Öffentlichkeit gemacht werden.

„Stotz verwies darauf, daß die IG Druck vor über einem Monat auch (!) für den Bereich der Papierverarbeitung zunächst (!) eine Ausgangsforderung von 10 % gestellt habe ... auf Spitzenebene mit den Arbeitgebern habe man sich dort auf ... 6,6 % geeinigt. Ebenso (!) sei die jetzt für die Druckarbeiter gestellte Lohnforderung nicht ultimativ zu verstehen: 'Jede Forderung steht zur Verhandlung.' " („Handelsblatt" vom 26.2.)



Die Druckarbeiter machten den Kapitalisten in der Tarifrunde '73 den Laden dicht und gingen für ihre Forderungen auf die Straße!

Schon auf dem letzten Gewerkschaftstag der DruPa im Oktober '74 machte der 1. Vorsitzende der IG Druck klar, wohin die Reise in der Tarifpolitik zukünftig gehen soll. Nachdem L. Mahlein darlegte, daß die Abschlüsse in den letzten Jahren relativ hoch gewesen seien, sagt er in einem Interview mit dem „Gewerkschaftsspiegel":

„Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und den besonderen Vorgängen in der Druckindustrie wird für die künftige Tarifpolitik eine bessere Sicherung zur Arbeitsplatzerhaltung im Vordergrund stehen."

Daß solche Äußerungen keinesfalls auf Sicherung der Arbeitsplätze, sondern ausschließlich auf niedrige Abschlüsse einstimmen sollen, zeigt vor allem die Praxis der letzten Zeit.

Tarifpolitik „auf neuen Wegen"

Der Hauptgeschäftsführer im Verband der Metall-Kapitalisten, Kirchner, hat sich „Gedanken" über „neue Formen", über einen „neuen Stil" der Tarifpolitik gemacht.

„Sein Vorschlag: Auf das Aufstellen von Forderungen und Angeboten durch die Tarifpartner sollte verzichtet werden, um den damit verbundenen Konfliktstoff von vornherein auszuräumen."

„Nach dem herkömmlichen Schema der Tarifverhandlungen schafften die Forderungen der Gewerkschaften bei den Arbeitnehmern überzogene Erwartungshorizonte."

Es sei zu bedenken, *„daß die vernünftigen (!) Arbeitnehmer, welche die überhöhten (!) Forderungen ihrer Gewerkschaft mit Unbehagen (!) betrachteten, durch das zu niedrige Angebot unnötig (!) gereizt würden. 'Die Folge ist eine Verschärfung des Lohnkonflikts bereits in der Anfangsphase allein durch die Formulierung von Forderungen und Angeboten.' Dies um so mehr, als die sogenannte 'Demokratisierung' der Tarifpolitik mit ihrem stärkeren Einfluß von Radikalen in den Gewerkschaften zunehmend das Aufstellen sinnvoller Forderungen erschwere."*

Auf der einen Seite also wird die Abschaffung der demokratischen Diskussion unter den Arbeitern (hier in den Fragen der Tarifpolitik) massiv gefordert. Diese Diskussion ist für die Arbeiter zur Klärung der Strategie und Taktik im Kampf gegen die Kapitalisten unerläßlich, besonders in ihren Organisationen, insbesondere in den Gewerkschaften.

Auf der anderen Seite propagiert der Kapitalistenvertreter – um kein „Vakuum" entstehen zu lassen – eine stärkere Beeinflussung der Arbeiter ausschließlich mit den „Anschauungen" der Kapitalisten. Kirchner fordert zu diesem Zweck:

„Arbeitgeber und Gewerkschaften (sollten) in einem öffentlichen Hearing vor der Lohnrunde ihre Auffassungen und ökonomischen Daten austauschen." (Zitate aus „Handelsblatt" vom 28.2.'75)

Daß der Kapitalistenvertreter bei den Gewerkschaftsführern auf alles andere als Ablehnungen mit seinen Überlegungen trifft, zeigt nicht zuletzt der Chef der IG Bau Steine Erden, Sperner, der diesen „neuen Stil" schon fleißig praktiziert. In der diesjährigen Lohnrunde ging die IG Bau Steine Erden genau nach dieser Methode vor. Mehrfach hat Sperner öffentlich erklärt, daß er die Vorstellungen, die Kirchner durch den Kopf gehen, schon seit langem teilt.

Sperner verweist dabei mit Vorliebe auf die US-amerikanischen Gewerkschaften, die ihm insgesamt Vorbild sind. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß der US-amerikanische Gewerkschaftsboss Meany lautstarker Befürworter des Völkermordes in Indochina und erklärter Nixon-Fan war (ist?).

Nicht zuletzt die Forderungen, die in dieser Tarifrunde von den Druckern an der „Basis" aufgestellt wurden und die der 10%-Forderung der DruPa-Führung völlig entgegengesetzt sind, machen im Zusammenhang mit den Äußerungen des Kapitalistenvertreters deutlich, daß die Kapitalisten im Verein mit den Gewerkschaftsführern in Zukunft nicht nur wie schon in der Vergangenheit sich einen Dreck um Forderungen der Arbeiter scheren bei ihren Abschlüssen, sondern daß sie es erst gar nicht mehr zu solchen Forderungen kommen lassen wollen.

Der Kampf in den Gewerkschaften geht somit nicht nur um Durchsetzung wirkungsvoller Aktionen gegen die Kapitalisten, er geht vor allem um die Erhaltung und Ausweitung der Reste von Möglichkeiten zu demokratischer Diskussion und Beschlußfassung, wie u.a. die jetzige Auseinandersetzung um die Forderungen zeigt.

Nur wenn das gelingt, wird es in Zukunft auch möglich sein, diese Forderungen in den Kämpfen auch durchzusetzen. ●

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifabschluß bei Holz und Kunststoff.

Warnstreik bei Hüppe/Oldenburg

Am Dienstag, den 25.2., legten etwa 600 Kollegen der Firma Hüppe in Oldenburg für gut eine Stunde die Arbeit nieder. Das ist etwa die Hälfte der Belegschaft. Zuvor hatten Kapitalisten und IG-Holz und Kunststoff-Führer in Hannover ein Verhandlungsergebnis von 6 % ab 1.1. und 3 % zusätzlich ab 1.8.75 erzielt, das von den Kollegen des Hüppe-Hauptwerkes in Oldenburg in einer Urabstimmung mit 96 % abgelehnt wurde. Der Kapitalist Hüppe, bereits von den letzten Bundestagswahlen durch seine Wahl- und Spendenaufrufe für die CDU bekannt, lehnte selbst dieses miese Ergebnis ab!

Am Dienstag wurde erneut verhandelt. Hüppe und sein Stellvertreter, Dr. Kaps, inspizierten morgens den Betrieb, um die Stimmung unter den Kollegen zu testen und leutselig nach zu beseitigenden Mißständen zu fragen. Trotzdem ging die Parole um: „Wenn mittags kein annehmbares Ergebnis vorliegt, versammeln wir uns zu einem 'Informationsgespräch' in der Kantine!" Außerdem wurde verabredet, sich nicht von Meistern und ähnlichen Unteroffizieren des CDU-Hüppe aufhalten zu lassen, und auch keine Auskunft zu geben.

Ein Anruf mittags bei der Tarifkommission ergab: 5,6 %. Zäh wie die Dinge bei den „Tarifpartnern" nun mal laufen, waren es zwei Stunden später dann 5,8 %. Also ging es los in die Kantine. Ein Vertreter der Geschäftsleitung versuchte, die Kollegen einzuschüchtern und zu spalten: „wilder Streik", „Arbeit sofort wieder aufnehmen, sonst Konsequenzen", „keine Bezahlung der Streikzeit". . . Auf seine Frage, wer dazu etwas zu sagen hätte, meldete sich niemand. Die Kollegen ließen sich auf keine Debatte ein und blieben in der Kantine. So konnten keine „Wortführer" ausfindig gemacht werden. Die Androhung von „Konsequenzen" zog nicht, obwohl schon vor Weihnachten 40 Kollegen entlassen worden waren.

Ein neues Angebot von 6,9 % wurde schließlich ebenfalls von den Kollegen abgelehnt und mit der Drohung beantwortet, den Streik am nächsten Morgen wieder aufzunehmen. Das Ergebnis von 7,25 % wurde von den Kollegen dann hingenommen. Dies Ergebnis bedeutet einen erheblichen Lohnraub und unterscheidet sich von den Tarifabschlüssen anderer Branchen auch nur um 1/2 bis 1 %. Die Kollegen haben aber einige wichtige Erfahrungen gesammelt; die gewerkschaftliche Arbeit ist weiterentwikkelt worden. Die Geschäftsleitung hat inzwischen mit der Aufforderung an sämtliche Meister und Vorarbeiter reagiert, Listen mit den Namen der am Streik beteiligten Kollegen anzufertigen. ●

KB/Gruppe Oldenburg

Berufsverbotsdrohungen gegen über 20 Lehramtskandidaten

15 SPD-Mitglieder betroffen!

Noch vor dem allgemeinen Einstellungstermin für Lehramtsanwärter an Volksschulen in Niedersachsen, dem 1. Februar 75, erhielten unseres Wissens 21 (einundzwanzig!) Lehrer nach ihrer Hochschulprüfung Ende 74 bzw. Januar 75 vom Oldenburger Verwaltungspräsidium unter Leitung des Sozialdemokraten Horst Milde folgende Antwort auf ihre Bewerbung: Ihre Einstellung zum 1.2. komme nicht in Betracht. *„Die Prüfung der Frage, ob Sie die Gewähr dafür bieten, daß Sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten, ist noch nicht abgeschlossen."*

Unter den Betroffenen befinden sich allein 15 (!) SPD-Mitglieder; die meisten davon sind bzw. waren auch Mitglied im SHB („Sozialistischer Hochschulbund", dem vor ca. einem Jahr von der SPD das Recht abgesprochen wurde, sich „sozialdemokratisch" zu nennen, und dem inzwischen auch die Bundesfördermittel gesperrt wurden). Andere Betroffene gehören nach eigener Aussage der KHG (dem KBW nahestehend) an (2), sowie dem MSB (1; der DKP nahestehend). Unter den Sozialdemokraten befinden sich auch „prominente"; ein Mitglied des Kreiszentralrates der Jusos und Pressesprecher des SPD-Unterbezirks Oldenburg-Stadt, ein Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Weser-Ems, ein SPD-Kreistagskandidat in Cloppenburg, und ein Mitglied von AStA und Senat der Universität Oldenburg.

Die Berufsverbote-Praxis ist in Oldenburg natürlich nicht mehr ganz neu: zu den neuerlichen politischen Überprüfungen kommen mindestens fünf ältere Fälle hinzu, in denen bis heute keine Entscheidung und Einstellung erfolgt bzw. in denen ein Berufsverbot erteilt worden ist (von der Zahl der durchgeführten „Anhörungsverfahren" ganz zu schweigen). Der Oldenburger DKP-Vorsitzende H.-J. Müller z.B. wurde aus dem Schuldienst gefeuert. Das DKP- und MSB-Mitglied J. Petrich wartet seit 16 (!) Monaten auf die Entscheidung über das Anhörungsverfahren – wobei man bedenken muß, daß zwischen Ankündigung des Verfahrens und seiner Durchführung in der Regel sowieso schon mehrere Monate verstreichen. Petrich ist verheiratet und hat eine zweijährige Tochter, bekommt aber keinen Pfennig Geld. Besonders hart ist auch Michael Strohschein (SPD-Mitglied) betroffen, dessen Einstellung zum 1.2.75 abgelehnt wurde: seine Frau ist schwanger und kann also nicht mehr arbeiten; für die inzwischen angemietete größere Wohnung und für den Lebensunterhalt kann auch er jetzt nicht aufkommen. (Informationen über diese beiden Fälle aus Flugblättern des (hauptsächlich von DKP/MSB und Jusos beeinflußten) „Aktionskomitee gegen die Berufsverbote").

In den Anhörungsverfahren soll durch mehrere höhere Beamte des Verwaltungspräsidiums die „Verfassungstreue" der Bewerber überprüft werden. Das sind Gesinnungsverhöre auf der Grundlage von Dossiers des Innenministeriums (Hannover), wo die politische Schnüffelarbeit der Geheimdienste und der politischen Polizei zentralisiert wird. Außerdem geht es darum, von den Bewerbern selbst die Bestätigung von Organisationszugehörigkeit und Beteiligung an bestimmten Aktionen wie Veranstaltungen und Demonstrationen zu erhalten. So wurde das am 4.2.75 gegen Gerd Ahrends ausgesprochene Berufsverbot nach Darstellung des „Aktionskomitees" wie folgt begründet:

- Mitgliedschaft in DKP und MSB;
- Teilnahme an 10 öffentlichen Veranstaltungen seiner Partei;
- Teilnahme an 3 DKP-Informationsständen.

Zum Kreis „verfassungsfeindlicher" Organisationen wird offensichtlich immer mehr auch der SHB gerechnet. *„Seit dem SHB im Dezember die Mittel aus dem Bundesjugendplan entzogen wurden, müssen 'alle, die in solchen Organisationen tätig sind'* (so ein Beamter des Oldenburger Verwaltungspräsidiums) *mit der Radikalenüberprüfung rechnen"* („Päd.-Extra" 4/75). Und zur drastischen Ausdehnung der Berufsverbotepraxis auf SPD-Mitglieder verlautete aus dem niedersächsischen Innenministerium, *„daß die Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei nicht allein die Überzeugung der Verfassungstreue begründen könne: 'Das Alibi könne man sich zu leicht verschaffen' "* („NWZ" vom 29.1.75).

Inzwischen sollen aber neun sozialdemokratische Lehramtsanwärter doch noch ohne Anhörungsverfahren eingestellt worden sein.

Am 28.1.75 führte der SPD-Unterbezirksvorstand Oldenburg-Stadt eine Kundgebung gegen Berufsverbote durch, vornehmlich unter der Fragestellung: *„Sozialdemokraten – Verfassungsfeinde?"* (Aufrufflugblatt der SPD). Allerdings forderte der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Dr. Gerd Knake auch *„die Einstellung aller Lehramtskandidaten, auch derjenigen die nicht der SPD angehören, denn: 'Wir wollen keine Sonderrechte' "* („NWZ" 29.1.75).

Der gleiche Knake sprach aber auch von den „Bombenlegern", mit denen man keine Solidarität üben würde und könne; eine andere sozialdemokratische Rednerin distanzierte sich ausdrücklich von den „Verfassungsfeinden", mit denen sie nichts zu tun habe. ●

KB/Gruppe Oldenburg

Metalltarife: Diesen Abschluß lehnen wir ab!!

Die Metalltarifrunde ist weitgehend abgeschlossen, der Lohnraub für alle Tarifbezirke verwirklicht: 6,8% allüberall. Allein für die sechs Volkswagenwerke wird noch verhandelt. Die Gewerkschaftsführer haben hier von vornherein nur 9% gefordert und damit einmal mehr ihre tiefe Einsicht in die„gesamtwirtschaftliche Verantwortung" (Eugen Loderer in einem Kommentar der „Metall" nach dem Abschluß) bewiesen und die Kapitalisten wissen dies zu schätzen: bei VW haben sie nach einem 4% Angebot inzwischen mit 5,8% abgeschlossen!!!!!!

Tief, tiefer . . . nach diesem Motto wissen die Kapitalisten die Kapitulantenhaltung der Gewerkschaftsführer auszunutzen, schließlich lesen sie ja auch die IGM-Zeitung „Metall" und dort begann Loderer den erwähnten Kommentar zum Tarifabschluß folgendermaßen:

„Der Tarifabschluß in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie hat bestätigt, was wir vor diesem Abschluß immer wieder gesagt haben: an der Tarifpolitik der IG Metall ist noch kein Unternehmen zugrunde gegangen." („Metall", 4/75)

Nachzutragen zur Berichterstattung im letzten ARBEITERKAMPF bleibt noch folgendes: der IGM-Vorstand hatte am 17. Februar auf seiner Klausurtagung (Geheimratstagung) beschlossen: der 6,8%-Abschluß in Nordrhein-Westfalen wird unverändert in allen Tarifgebieten übernommen. Grund: *„Wie aus gutinformierten Kreisen zu hören ist, waren die Arbeitgeber am vergangenen Donnerstag in Krefeld ... nur unter der Voraussetzung bereit gewesen, wenn der IG Metall-Vorstand diesen Abschluß auch den anderen Tarifgebieten zur Übernahme empfiehlt."* („FAZ", 18.2.)

Die IGM-Führer, die mit dem Argument, durch regionale Verhandlungen mehr für die Kollegen herausholen zu können (unterschiedliche wirtschaftliche Lage etc.), in der Vergangenheit wiederholt den einheitlichen Tarifkampf aller Metallarbeiter spalteten (1971 in Baden-Württemberg, 1974 im Unterwesergebiet) haben dadurch einmal mehr ihre Unfähigkeit und ihre fehlende Bereitschaft, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen, bewiesen. Die „Einheit" im Tarif„kampf" stellen sie in einer Situation her, in der die Kapitalisten fordern: einheitlichen Lohnraub von 6,8% für alle!!

Ablehnung der 6,8%!!

Überwiegend ist dieser Tarifabschluß in den Betrieben schlecht angekommen, wenn auch der Protest und die daran geäußerte Kritik gering ist. Vor allem die fortschrittlichen Gewerkschafter haben sich um eine ausdrückliche Ablehnung dieses Ergebnisses bemüht, um an solchen Auseinandersetzungen die Kampfbereitschaft der Metaller gegen Lohnraub und Rationalisierungspolitik zu entwickeln. Im folgenden einige Beispiele:

Vulkan-Werft, Bremen

Einstimmig beschloß der IG Metall-Vertrauenskörper am 17. Februar folgende Resolution:

„Im Interesse der 5.700 Werftarbeiter lehnen wir die Übernahme des Verhandlungsergebnisses von 6,8% anderer Tarifgebiete ab. Begründung: Dieses Ergebnis bedeutet eine Reallohnsenkung und wird die Kollegen dazu zwingen, noch mehr Überstunden zu machen. Mit diesem Ergebnis haben die Arbeitgeber erneut Oberwasser bekommen. Die Metallarbeitgeber wollen es schnell in allen Tarifgebieten durchsetzen und damit ihre Interessen der organisierten Metallarbeiterschaft aufzwingen. Somit würde die IG Metall zwangsläufig eine Niederlage erleiden. Vom Vorstand erwarten wir, daß er im Interesse der Kollegenschaft und des Ansehens der IG Metall die 6,8% ablehnt. Gleichzeitig fordern wir die bezirkliche Tarifkommission auf, dafür Sorge zu tragen, daß es bei uns nicht zu einem entsprechenden Abschluß kommt. Die von uns aufgestellte Forderung muß voll durchgesetzt werden."

Opel-Rüsselsheim

Mit großer Mehrheit haben etwa 830 versammelte Vertrauensleute den 6,8%-Abschluß in Hessen als unzureichend abgelehnt. Scharfe Kritik übten sie daran, daß dieses Ergebnis unmittelbar nach dem Abschluß in Nordrhein-Westfalen für Hessen übernommen wurde, ohne den Versuch zu machen, mehr für die Kollegen herauszuholen.

Hamburg:

Bereits im letzten AK berichteten wir über die Ablehnung des Ergebnisses bei **Demag-Conz (VK)** und die Forderung des **VALVO-VK** nach einer großen Funktionärsversammlung und einer Demonstration der Hamburger Metallarbeiter.

In einer gemeinsamen Resolution haben jetzt die **Jugendvertretungen** in den Metallbetrieben **Spaeter, HDW, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Rheinstahl-Eggers-Kehrhahn, Kreutzer & Co, AEG-Schiffbau, Demag-Conz, Vidal und Sohn** und die Schülerräte der **Gewerbeschule für Maschinenbau (G 1), für Mechanik und Elektronik (G 10/16)** zur Ablehnung des 6,8%-Abschlusses aufgerufen. Sie fordern stattdessen:

– *„volle Durchsetzung der Forderungen"*
– *die „sofortige Einberufung einer großen Funktionärsversammlung"*
– *die „sofortige Einberufung einer Mitgliederversammlung der IG Metall-Jugend"*
– *die „Durchführung einer Demonstration der Hamburger Metallarbeiter".*

Die Resolution endet:

„Laßt uns gemeinsam zusammenstehen gegen den Abbau der Reallöhne und gegen Rationalisierungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten".

In der Hamburger „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" unterstützten diese Resolution:

Schülerratsvertreter der G 5 (Drukker), G 13 (Chemielaboranten), G 2 (Werkzeugmacher, Techn. Zeichner) und der Berufsschule Schlankreye für Industriekaufleute. Außerdem die Gruppe fortschrittlicher Gewerkschafter in Geesthacht, der Arbeitskreis Transport (ÖTV) und der Landesausschuß für berufsbildende Schulen.

Blohm & Voss, Hamburg

Die Jugendvertretung und die Lehrlinge verabschiedeten eine Protestresolution, in der der Abschluß abgelehnt wird als *„Reallohnabbau nie dagewesener Größenordnung"*. Insbesondere protestieren die Kollegen gegen den Lehrlingsabschluß von 6,8% und verweisen auf die zunehmenden Forderungen nach dem Existenzlohn für Lehrlinge.

Wie eine Reihe von Gewerkschaftern fordern sie Mitglieder- und Funktionärsversammlungen sowie die Durchführung einer Demonstration.

Reynolds-Aluminium, Hamburg

Einstimmig verabschiedeten die Vertrauensleute folgende Resolution:

- siehe weiter oben-

Über die Proteste in den Betrieben Nordrhein-Westfalens haben wir bereits im letzten AK berichtet. Das nachfolgende Protokoll der Tarifkommissionssitzung in NRW (das uns von TK-Mitgliedern freundlicherweise zugesandt wurde) macht deutlich, daß eine Reihe auch sozialdemokratischer Kollegen mit dem Abschluß nicht einverstanden ist. Es verdeutlicht aber auch, und insofern steht es stellvertretend für viele Diskussionen in den Vertrauenskörpern, wie übel die Sozialdemokraten gegen Kritiker selbst aus den eigenen Parteireihen vorgehen.

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Vertrauensleute der IG Metall

Der Vertrauenskörper hat in seiner Sitzung am 26. Febr. 75 folgende Resolution angenommen, mit der der Tarifabschluß mit einer Lohnerhöhung von 6,8% einmütig abgelehnt wurde.

Angesichts der Tatsache, daß die offiziellen Preissteigerungsraten im vergangenen Jahr bei 7% lagen, daß es zum Jahresanfang gerade in Hamburg zusätzlich enorme Preissteigerungen für Mieten, Gas, Wasser, Strom und Fahrpreise gab, bedeutet dieser Abschluß eine klare Senkung des Reallohns.

War das Angebot der Unternehmer von 6% schon eine unverschämte Provokation, so ändert der Abschluß von 6,8% nichts an der Tatsache, daß unseren Interessen in keiner Weise Rechnung getragen wurde, sondern den Vorstellungen der Unternehmer immer weiter nachgegeben wurde.

Mit diesem Ergebnis wurden die berechtigten Forderungen der Kollegen, so la gen die Forderungen aus den Betrieben bei 14 - 18%, immer weiter reduziert. Erst auf die offizielle Forderung von 12% und dann in den Verhandlungsrunden Schritt für Schritt bis auf das traurige Ergebnis von 6,8%.

Nicht nur die Forderungen sondern auch die anderen Initiativen der Kollegen aus den Betrieben wurden abgewürgt. Die Forderung nach einer Großen Funktionärsversammlung, die zur Vorbereitung der Tarifrunde dienen sollte, wurde laufend verschoben und schließlich abgeblockt. Bisher haben unsere Gewerkschaftsvertreter imm er behauptet, durch regionale Verhandlungen wäre mehr für die Kollegen herauszuholen, aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Tarifbezirken. Durch diese Praxis wurde der einheitliche Kampf aller Metaller preisgegeben! In diesem Jahr wurde der 6,8% Abschluß mit der Bedingung angenommen, daß der Hauptvorstand den Abschluß auch allen anderen Tarifgebieten zur Annahme empfiehlt.

In dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise, in der die Unternehmer mit Entlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierungen, Arbeitshetze und Lohnraub versuchen, die Folgen dieser-von ihnen verschuldeten-Krise auf uns abzuwälzen, ist es endlich an der Zeit, gemeinsam diesen Angriffen auf unsere Lebensbedingungen entgegenzutreten! Wir sind der Meinung daß ein erster Schritt hierzu ist , die bisherige Tarifpraxis zu diskutieren, denn immerhin ist der Sinn der Gewerkschaften, die Kollegen vor den Angriffen der Unternehmer zu schützen. Durch die Orientierung an wirtschaftlichen Daten der Unternehmer von Seiten unserer Gewerkschaftsvertreter ist dies nicht gegeben. Vielmehr werden wir durch diese Politik den Angriffen der Unternehmer schutzlos ausgeliefert. Eine Gewerkschaftspolitik für die Kollegen kann es nur geben, wenn diese sich an den Interessen und Bedürfnissen der Kollegen orientiert. Haben doch gerade die Unternehmer in dieser Tarifrunde unmißverständlich gezeigt, daß es für sie keine "Soziale Partnerschaft" gibt, sondern nur den Kampf für ihre Interessen gegen unsere!

DESHALB FORDERN WIR DIE ORTSVERWALTUNG DER I.G. METALL AUF, UMGEHEND EINE GROßE FUNKTIONÄRSVERSAMMLUNG EINZUBERUFEN

Welche Kampfmittel es gibt, haben uns unsere Druckerkollegen im letzten Monat gezeigt. Sie führten eine Protestdemonstration gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit durch, an der ca. 8oo Kollegen teil nahmen. Wir fordern die Ortsverwaltung auf, eine Demonstration aller Metallarbeiter "GEGEN LOHNRAUB UND ENTLASSUNGEN" vorzubereiten und durchzuführen.

Vertrauenskörper

REYNOLDS ALUMINIUM HAMBURG GMBH

Protokoll der Tarifkommissionssitzung der IGM vom 19.2.75 in Bochum

Beginn: 12.00 Uhr

Anwesende: 176 Tarifkommissionsmitglieder, vier Bezirksleiter Herb, Janzen, Breuer und Schmidt

Gastierender Kollege Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall

Kurt Herb erläutert das Gesprächsergebnis mit dem Arbeitgeberverband in Krefeld und empfiehlt im Namen der Verhandlungskommission der Tarifkommission die Annahme des Ergebnisses.

Im Anschluß wird die Diskussion eröffnet, bei welcher sich 18 Diskussionsredner zu Wort melden. Hier einzelne Auszüge aus Diskussionsreden:

Der 1. Diskussionsredner:

Das Ergebnis ist schlecht, ich werde dagegen stimmen.

Peter Leipziger, Neuß:

Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zum Kollegen Herb vertrete ich folgende Meinung, besonders im Punkt Lohngruppe II. Die Beibehaltung der Lohngruppe II ist ein sozialpolitischer Skandal ersten Ranges! Was ich zur Problematik der LG II zu sagen habe, habe ich hier vor dieser TK schon vor mehr als zwei Jahren gesagt. Es gibt in diesem Lande einen Betrieb, der die LG II bereits 1973 ersatzlos gestrichen hat, obwohl mehr als 80% der weiblichen Arbeitnehmer in dieser LG eingruppiert waren. Ich möchte hier nochmals auf die Worte unserer Kollegin aufmerksam machen, die auf der letzten TK-Sitzung sagte: „Unsere Geduld ist zu Ende". Wenn dieses Gesprächsergebnis heute angenommen wird, dann fordert dies geradezu einen heißen Sommer 1975 heraus. Ob nun das Jahr 1975 das Jahr der Frau ist oder nicht, die Zeit ist reif für die Abschaffung der Leichtlohngruppe. Wir als IG Metall müssen uns auch im Jahre 1975 wieder sagen, wir haben es wieder nicht geschafft. Wer diesem Ergebnis zustimmt, der beugt sich dem Lohndiktat der Arbeitgeber. (Vereinzelte Zustimmung, ansonsten großen L a c h e n !).

Eine Kollegin:

Bittet darum, nicht wie ihr Vorredner ausgelacht zu werden (!). Sie erhebt schwere Vorwürfe gegen den Vorstand. Sie sagt: „Wir sind zwar noch in der Minderheit, aber wir möchten doch wenigstens hier angehört werden." Wörtlich: „Wir haben uns dem Lohndiktat beugen müssen."

Ein Kollege:

Das Ergebnis ist das mieseste Ergebnis, das nach dem Kriege einer TK vorgelegt wurde. Er wies auf die Schlagzeilen der Metallzeitung hin. Zwischenruf: „Diese Zeitung mußt Du nicht so ernst nehmen."

Kollege Ziethoff, Mühlheim:

In etwa schließe ich mich meinem Vorredner an. Aber dies ist nicht das schlechteste Ergebnis. Einige Redner hauen auf die Pauke. Es gab doch während der Verhandlungen zu wenig spontane Arbeitsniederlegungen. Das Ergebnis ist im großen und ganzen ein vertretbarer Kompromiß. In Mühlheim gab es nur einen Austritt aus der IG Metall, aber der war sowieso Mitglied der KPD/ML und wäre bald rausgeflogen (Zustimmung im Saal) (!).

Kollege Suhrkamp, Münster:

Hier soll aus einem Mißerfolg ein Erfolg gemacht werden. Wir sehen, daß die Demokratie auch von oben her stattfinden kann.

Kollege Jakob Staub, Köln:

Die Frage der LG II ist die entscheidende Frage. Deshalb kann ich nicht zustimmen.

Kollege Jungbluth, Köln:

Wir müssen uns fragen, warum war nicht mehr drin? Hier wurde uns die Ohnmacht der größten Gewerkschaft der Welt aufgezeigt.

Was wir brauchen, ist mehr Öffentlichkeitsarbeit. Wir kommen uns betrogen und bestohlen vor. Das wir jetzt abjubeln müssen, das ist die Schweinerei.

Kurt Herb macht sich doch lächerlich. Ich möchte dies hier an einem Beispiel deutlich machen: Kurt Herb geht heute abend nach Hause und wird von Räubern überfallen, die ihm die Brieftasche wegnehmen und das Hemd ausziehen. Dann wäre es normal zu sagen, diese Räuber, diese Schweine. Aber Kurt Herb stellt es so dar, als wären diese Räuber nette Leute und hätten ihm das Hemd ganz langsam ausgezogen – damit macht sich Kurt Herb lächerlich.

Ich wünsche dieses Ergebnis würde mit einer Stimme Mehrheit angenommen (Zwischenruf vom Bezirksleiter Janzen: „ ... am Aschermittwoch ist alles vorbei").

Kollege H. Klingen, Dinslaken:

Es geht hier nicht um die 6,8%. Das Problem ist das Lohnrahmenabkommen, die LG II, die Leistungsbeurteilung und die Ausbildungsvergütung. Welche Konsequenzen würde es haben, wenn die TK ablehnt? Wir können heute keinen Arbeitskampf führen.

Kollege Kiep, Solingen:

Ich danke der Verhandlungskommission und Kollege Kiep diskriminiert alle Vorredner.

Kollege Rittinghaus, Velbert:

Die Schlichtung wurde gegen eine Stimme angenommen. Die LG II ist ein echtes Problem, was wäre denn aus der LG II geworden, wenn die Arbeitgeber den Schlichtungsspruch angenommen hätten? Wir sind mit der LG II ein gutes Stück vorangekommen. Allerdings die Laufdauer des Lohnrahmenabkommens kann ich Kurt Herb nicht abnehmen. Er führt doch einen Eiertanz auf.

Kollege Lübben, Köln:

Wer das Ergebnis schlecht nennt, der hat Wut darüber, weil seine politischen Vorstellungen nicht zum Zuge gekommen sind (!!!). Wir müssen uns bei Ablehnung die Konsequenzen vor Augen führen. Ich habe einen Zeugen im Saal, den Kollegen Leipziger, der in einer Einigungsstelle bewiesen hat, was man aus dem Lohnrahmenabkommen alles machen kann (Erholungszeiten). Wir werden das Problem des Lohnrahmenabkommens noch vor Ende dieses Jahrzehnts (!) gelöst haben.

Kollege Adel, Dortmund:

Ich werde nicht zustimmen.

Kollege Semmler, Unna:

Was wir hier tun, ist eine Manöverkritik. Der Eiertanz trifft für die Diskussionsredner zu. Das Ergebnis ist ein tragbares.

Kollege Adolf, Düsseldorf:

Ich habe das Gefühl, daß heute Aschermittwoch ist. Wir wußten doch, daß wir keine 75% für Streik bekommen würden (!).

Kollege Oppert, Dortmund:

Ich wende mich dagegen, daß das Ergebnis gut ist oder glorifiziert wird. Unser Lebensstandard wird nicht erhalten. Ich übe Kritik an den METALL-Schlagzeilen. Riskiert demnächst keine so starken Mittel mehr.

Kollege Hans Mayr, Frankfurt:

Hier im Saale sitzt keine Frau und kein Mann, die noch nicht enttäuscht und verärgert waren. Ich bin auch verärgert (!), doch ich zügele mich (!!!). Wir machen hier doch unsere eigene Tarifpolitik kaputt. Denkt doch mal an den Manteltarifvertrag. Ich will niemanden überreden, das Ergebnis anzunehmen, aber man darf es doch wohl versuchen (!?). Das Arbeitgeberangebot betrug 6% und nicht mehr (sehr laut).

Wir haben dies durchbrochen! Wo ist denn hier der Mißerfolg? (!!!) Wir hatten schon schlechtere Abschlüsse. Heute kann man das ja sagen, wo die Presse nicht da ist. Wir haben aus der gesamten BRD während der Verhandlungen ganze fünf Entschließungen bekommen. (Unruhe im Saal) Wer eine andere Meinung hat, muß hier genauso geduldig zuhören, wie der Gegensprecher.

Ist heute überhaupt ein Streik verantwortbar? (!!!) Der Vorstand empfiehlt die Annahme!!!

Kollege Grobel:

Hans Mayr hat mich überzeugt – ich verzichte.

Schlußwort des Kollegen Kurt Herb:

Der Eiertanz hat mich verärgert. Aber jetzt ist mein Blutdruck wieder normal. Zum Eiertanz bin ich rein biologisch in der Lage, einen solchen vorzuführen (?). Der eine oder andere wird Schwierigkeiten bekommen – ich nicht.

Die 6,8% stoßen also nicht auf Bedenken, zu den Leistungszulagen hörte ich auch keinen Widerspruch. Nun zu LG II. Es ist in einem Jahr nicht machbar, den Arbeitgebern einen fertigen Lohnschlüssel aufzuzwingen (!). Daß uns die LG II etwas kosten würde (!), wußten wir(!!!).

Jeder soll nach ausführlicher Diskussion nun selber entscheiden. Ich bitte Euch alle um Eure Zustimmung zum Ergebnis 1975.

Kollege Janzen nimmt die Abstimmung vor. Frage: Wer ist dafür? Sehr viele. Wer ist dagegen? Kollege Janzen stellt fest: Einige Gegenstimmen. Unruhe im Saal. Kollege Janzen: Nochmals – wer ist dagegen? Er stellt fest: Mehrere Gegenstimmen. Wieder Unruhe. Auszählung wird gewünscht. Kollege Janzen: Nochmals – wer ist dagegen? Bitte auszählen! Er stellt fest: Wer hat denn nun eigentlich ausgezählt? Es werden Auszähler eingeteilt und nochmals die Frage: Wer stimmt dagegen? Es wird endgültig festgestellt, daß von 176 Anwesenden 19 das Ergebnis abgelehnt haben. ●

(Hervorhebungen und leichte grammatikalische Korrekturen von uns, Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg)

●

Hinter sozialer Fassade – moderne Sklaverei

ein Leserbrief

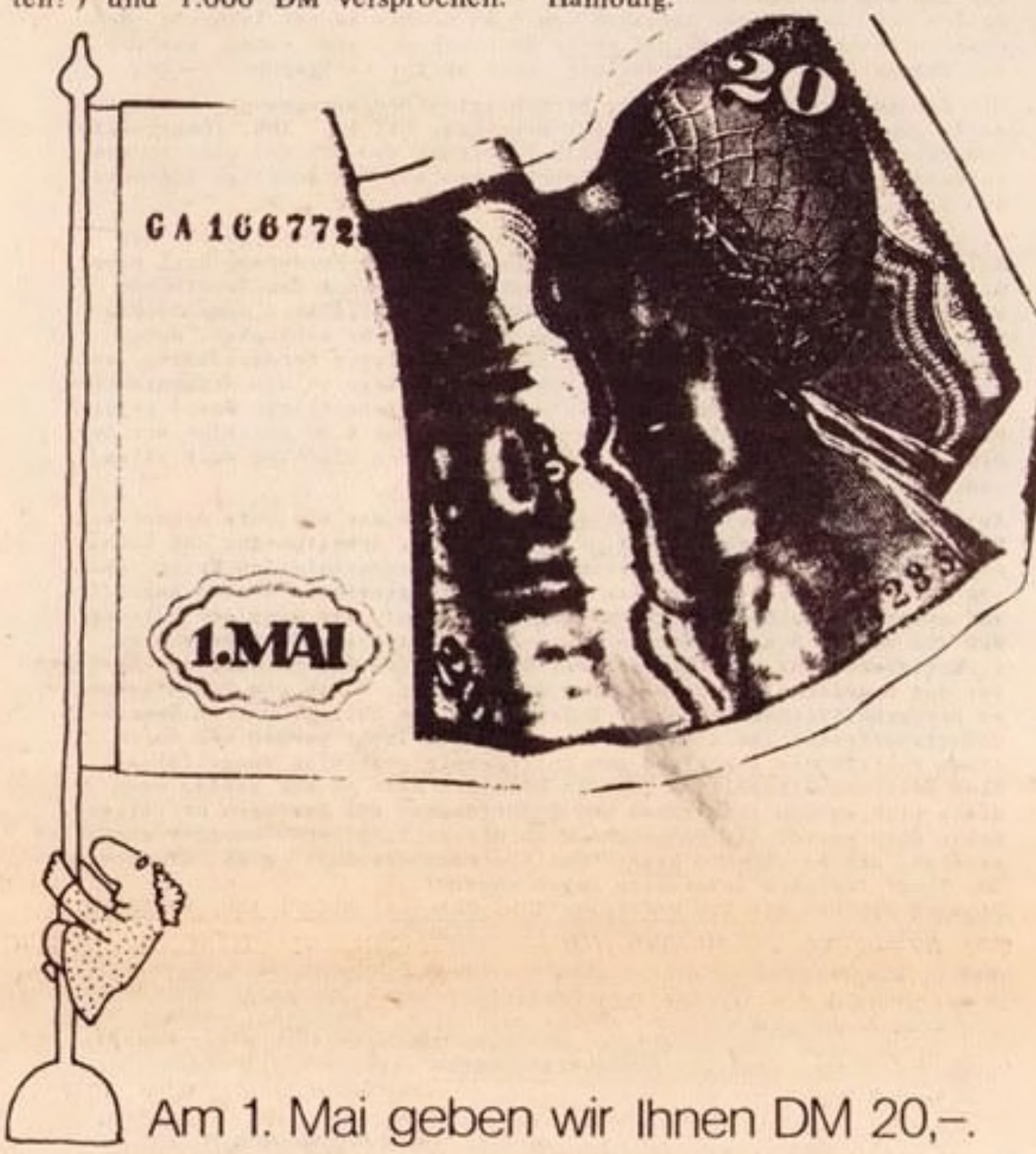
Die Strickwarenfabrik Lucia in Lüneburg beschäftigt etwa 1.200 Kolleginnen und Kollegen. Bisher verstand es der Inhaber Pfohe, die Arbeiter durch „freiwillige" „soziale" Maßnahmen davon abzuhalten, sich für ihre Interessen zu organisieren. So organisiert er z.B. Betriebsausflüge nach Paris, wobei der Haken allerdings ist, daß der Tag nur den Angestellten und Meistern bezahlt wird. Die Arbeiter bezahlen diese Betriebsausflüge praktisch selbst.

Die ganze Firma gibt sich nach außen hin sozial. Doch der soziale Lack blättert allmählich immer mehr ab.

So werden die Kollegen damit gelockt, daß die Firma ihnen ein ausgeklügeltes Prämiensystem anbietet. Diese Prämien erhöhen sich mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Wer es zehn Jahre in dem Laden aushält, dem werden dafür eine goldene Uhr (etwa mit goldenen Ketten?) und 1.000 DM versprochen. Bei 25-jähriger Betriebszugehörigkeit werden sogar 10.000 DM versprochen (wovon allerdings den größten Teil der Staat als Steuern absahnt!). Das ganze nach dem Motto: „Wir sind der Gewerkschaft immer einen Schritt voraus!"

Apropos Gewerkschaft – noch 'ne Prämie: In einer Broschüre der Firma heißt es: „Am 1. Mai können Sie einen auf Lucia trinken. Dafür geben wir Ihnen 20 DM". Das ist Lucias Beitrag zum Kampftag der Arbeiterklasse!

Auch ansonsten hat Lucia nichts für die Gewerkschaft übrig. Die wenigen organisierten Kollegen halten ihre Mitgliedschaft geheim, weil sie sonst unweigerlich mit Entlassung rechnen müssen. Es gibt auch niemanden, der in diesem Fall ihre Interessen wahrnehmen würde: die nächste Geschäftsstelle der Gewerkschaft Textil und Bekleidung ist in Hamburg.



Statt roter Fahnen: Lucias Gruß zum 1. Mai (Aus der Broschüre, mit der das firmeneigene Prämiensystem angepriesen wird)

Die beiden freigestellten Betriebsräte sind faktisch vom Chef eingesetzt – und natürlich nicht in der Gewerkschaft! Wozu auch? Wenn es Probleme geben sollte – der Chef weiß bestimmt einen Rat! So haben diese feinen Betriebsräte so wenig zu tun, daß der eine auf seine Freistellung verzichtet hat. Er will lieber arbeiten. Sonst wird der Tag so lang ...!

So sind die Arbeiter und Arbeiterinnen ihrem „sozialen" Chef total ausgeliefert. Alles schweigt aus Angst vor Entlassungen. Diese Angst führt auch dazu, daß kaum jemand zum Arzt geht. Dies wird auch noch dadurch gefördert, daß eine monatliche Prämie von 20 DM verloren geht, sobald man aus irgendeinem Grund fehlt. Bei Krankheit ist die Prämie sofort futsch (einzige Ausnahme: Betriebsunfälle). Am Jahresende bekommt man für jede Monatsprämie, die man seiner Gesundheit abgerungen hat, noch mal 20 DM drauf. Wobei sich aber die Gesamtsumme wieder prozentual verringert, je nachdem, wieviele Tage man im Jahr krank war. Ab 30 Krankheitstagen entfällt die Jahres-Prämie ganz! Die monatliche Prämie entfällt aber auch, wenn man auch nur ein einziges Mal zu spät stempelt, ganz egal, ob man verschlafen hat oder ob der Bus verspätet ist. „Höhere Gewalt" ist kein Entschuldigungsgrund. So sieht man jeden Morgen viele Kollegen völlig abgehetzt zur Arbeit rennen. Ein Hohn ist dabei, daß der Chef Pfohe auch jeden Morgen seine Stempelkarte in die Uhr drückt. Ob er sich bei Verspätung wohl auch seine Prämie streicht ? ? ?

Interessant ist auch der Aufstieg des sauberen Herrn Pfohe: nach dem Abitur war er Berufsoffizier der Wehrmacht, verstand es nach dem gescheiterten „Endsieg" aber sofort, sein Mäntelchen nach dem Winde zu hängen und sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Er wurde Dolmetscher bei den englischen Besatzern, wo er durch seine Verhöre Deutsche auslieferte, die sich z.B. „illegal" was zu Essen besorgt hatten. Im Gegenzug halfen ihm die Engländer, indem er mit Militärpolizei in die damalige Ostzone fuhr und Maschinen besorgte. Damit machte er zusammen mit seiner Frau eine Strickwarenfabrik auf. Später kaufte er die Firma Lutzke auf, die an sein Grundstück grenzte. Von der Stadt erhielt er das ehemalige Gelände des Arbeitersportvereins für Erweiterungen. Mittlerweile hat der „clevere Geschäftsmann" Teile der Produktion nach Hongkong verlegt, um auch dort die Menschen für einen Hungerlohn für seine Interessen einzuspannen. Wann wird endlich mit diesen Kapitalisten aufgeräumt, die auf Kosten der Arbeiter sich ein schönes Leben machen ? ? ●

Ein AK-Leser aus Lüneburg

Pierburg, Neuß

Ein „Sieg", den man kaum feiern kann

Mehr als ein Jahr lang dauerte bei den Pierburg-Autogeräte-Werken in Neuß die offene Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft und dem Kapitalisten. Ausgangspunkt war ein spontaner Streik im Sommer 1973, mit dem sich vor allem die Arbeiterinnen gegen die Ungerechtigkeiten in der Entlohnung und die allgemeine Teuerung zur Wehr setzten.

Das Engagement der Kolleginnen und Kollegen von Pierburg war keineswegs umsonst: dem Unternehmer konnten wesentliche Zugeständnisse abgerungen werden.

Der Gegenschlag der Pierburg-Geschäftsleitung erfolgte erst nach einigen Monaten – im Frühjahr 1974.

Vier (als fortschrittlich bekannte) Betriebsräte wurden wegen Verstoßes gegen die „Friedenspflicht" des Betriebsverfassungsgesetzes (Betr.V.G.) fristlos entlassen. Die Pierburg-Kapitalisten warfen den gekündigten Gewerkschaftern vor, den „wilden" Streik unterstützt und „mitorganisiert" zu haben.

In den folgenden Monaten des Jahres 1974 kam es zu einer Reihe von Arbeitsgerichtsprozessen, in denen die Anwälte der Kapitalisten – außer einem gekauften Denunzianten – keinerlei Beweise für ihre Kündigungsgründe vorweisen konnten. In allen Instanzen wurde den Klagen der Gekündigten auf Wiedereinstellung stattgegeben, während die jeweiligen Kündigungsklagen der Pierburg-Kapitalisten als ungerechtfertigt verworfen wurden (wir berichteten darüber bereits in zahlreichen Artikeln in früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPF).

Darüberhinaus hat es eine relativ breite Solidaritätsbewegung mit den gemaßregelten Betriebsräten gegeben – von Seiten gewerkschaftlicher Gremien, kommunistischer und demokratischer Organisationen wurden Solidaritätsadressen und Spenden geschickt!

Alles in allem bestanden beste Voraussetzungen, dem Kapitalisten in dieser konkreten Auseinandersetzung eine weitere Schlappe beizubringen – d.h. die Unrechtmäßigkeit der Kündigungen und damit die kapitalistische Willkür vom höchsten westdeutschen Arbeitsgericht feststellen zu lassen.

Um der drohenden Niederlage zu entgehen, haben die Pierburg-Kapitalisten jetzt – mit Hilfe des IG Metall-Hauptvorstandes!! – „eine gütliche Regelung" („Metall") mit den gekündigten Betriebsräten herbeigeführt. In einer gemeinsamen Presseerklärung von Betriebsräten und Geschäftsleitung werden Zustandekommen und Inhalt dieser „gütlichen Regelung" wie folgt beschrieben:

„Die aus nichtgewerkschaftlichen Streikaktionen der überwiegend aus weiblichen ausländischen Arbeitnehmern bestehenden Belegschaft entstandenen Auseinandersetzungen hatten zu arbeitsgerichtlichen Verfahren, zur Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates für die fristlose Entlassung von fünf Betriebsratsmitgliedern sowie zu einer Reihe weiterer gerichtlicher und aussergerichtlicher Verfahren geführt.

Im Verlaufe der Verfahren ergab sich, daß linksextremistische ausserbetriebliche Gruppen versucht hatten, auf die Belegschaft Einfluß zu nehmen sowie durch Flugblätter und sogenannte Solidaritätskundgebungen auf sie einzuwirken. Durch Vermittlung des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds der Industriegewerkschaft Metall, Karl-Heinz Janzen, konnten die Auseinandersetzungen in sachlichen Verhandlungen zwischen Unternehmensleitung, Betriebsrat und beratenden Anwälten beendet werden.

In allen anstehenden Sachfragen wurde volle Übereinstimmung erzielt, so daß auch die anhängigen Gerichtsverfahren von der Unternehmensleitung nicht weiterverfolgt werden.

Alle Beteiligten haben ihren Willen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen und im Interesse einer langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze bekräftigt", (lt. „Metall", 28.1.75).

Die Betriebsratskollegen sind also wieder im Betrieb. Das war auch das Ziel des K a m p f e s, den diese Kollegen und mit ihnen viele Gewerkschafter über mehrere Monate hinweg geführt hatten!

Ob die Betriebsräte wirklich gut beraten waren, den eingeschlagenen Weg zu verlassen und der obigen „Kompromißlösung" zuzustimmen, muß allerdings ernsthaft bezweifelt werden! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Traurig, aber wahr: Löwenthal verläßt den DGB freiwillig

Springers Kumpan im „Bund Freies Deutschland", Gerhard Löwenthal, ist aus der Gewerkschaft ausgetreten. Springer wußte in seinen Organen von dieser „spektakulären" Aktion zu berichten:

„Aus Protest gegen die ‚Verbrüderung' des DGB-Chefs Vetter mit dem sowjetischen ‚Staatsstreichexperten und Schreibtischmörder' Alexander Scheljepin hat ...(er) *seinen Austritt aus dem DGB erklärt. In einem Brief Löwenthals an Vetter heißt es: ‚Nachdem Sie es am 30. Januar für richtig hielten, den ehemaligen Chef des sowjetischen Sicherheitsdienstes, Alexander Scheljepin, in der Bundesrepublik Deutschland zu empfangen, habe ich heute meinen Austritt aus der Rundfunk-, Film- und Fernsehunion (REFU) des DGB erklärt' "*



(„Hamburger Abendblatt", 8.2.75)

So weit, so gut! Schließlich haben Faschisten auch nichts in Arbeiterorganisationen verloren.

Nun aber die traurige Seite der Angelegenheit:

Der Faschist Löwenthal hetzt seit Jahren als Angestellter des ZDF gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften in übelster Weise. Er unterstützt offen die Feinde der Arbeiterklasse, insbesondere F.J. Strauß. Er beteiligt sich an Versuchen, gelbe, faschistische Gewerkschaften aufzubauen und zu stärken, insbesondere tritt er auf Veranstaltungen des „Christdemokratischen Gewerkschaftsbundes" (CGB) auf und hat dort wilde Hetzreden gegen die organisierte Arbeiterschaft vom Stapel gelassen (besonders erinnert sei hier an Löwenthals Auftreten auf der CGB-Veranstaltung am 1. Mai 1974 in Hannover). Die Liste der Schandtaten dieses militanten braunen Antikommunisten würde Bücher füllen. AK-Leser sind durch die ständige Berichterstattung und den Kampf fortschrittlicher Menschen gegen diesen Faschisten hierüber gut informiert.

So ein Mann, so ein Spalter war also noch im Februar 1975 Mitglied des DGB!!! Der kann freiwillig austreten, ohne daß man ihn mit einem verdienten Tritt in seinen braunen Hintern rauskantet, wie das von vielen Gewerkschaftern immer wieder gefordert wurde!

Man vergleiche dieses Verhalten der DGB-Führer einmal mit den zur Zeit massenhaften Gewerkschaftsausschlüssen gegen „einfache" Mitglieder, die sich für eine konsequente, klassenkämpferische Politik einsetzen. Ganz eindeutig belegt dieser Fall noch einmal, daß die angeblichen Maßnahmen der Gewerkschaftsführer gegen alle „Extremisten" – ob von „links oder rechts" – nichts weiter ist, als allein ein Schlag gegen Linke und eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik. ●

Ein Metaller-Genosse
KB/Gruppe Hamburg

Der DGB kämpft um Anerkennung der Werkschutztruppen

Einen neuen Gipfel in der Unterstützung der Angriffe gegen die Arbeiterklasse erklomm die DGB-Spitze. In der Februar-Ausgabe ihres Organs „Deutsche Angestellten-Zeitschrift, Wirtschaft und Wissen" meldet sie als Erfolg des DGB:

„Auch die Tätigkeit des Werkschutzpersonals gilt jetzt als Ausbildungsqualifikation und ist rechtlich abgesichert. Diesen Erfolg konnte der Arbeitskreis für organisierte Werkschutzangehörige im DGB erzielen. Die in diesem DGB-Gremium erarbeiteten Fortbildungskriterien für eine Prüfungsordnung und Prüfungsanforderungen zur Prüfung von Werkschutzpersonal sind unter Mitwirkung der DGB-Vertreter in den Berufsbildungsausschüssen in Rechtsvorschriften der Industrie- und Handelskammern in Ludwigshafen und Münster übergeleitet worden.

Der DGB-Arbeitskreis strebt nun eine bundeseinheitliche Fortbildung von Werkschutzpersonal an.

Hierfür wird eine Rechtsverordnung erforderlich sein, die der Arbeitskreis gegenwärtig als Entwurf vorbereitet."

Den Mangel der staatlichen Ordnungstruppen (Bundesgrenzschutz, Polizei, Militär) – sie können weniger gut im Betrieb operieren; es bestehen Informationsmängel über das betriebliche Geschehen usw. – haben die Kapitalisten immer erkannt und ersetzt durch ihnen direkt unterstellte Werkschutztruppen. Allein ein Mangel blieb bestehen, die Arbeiter versagten den Werkschutzleuten in der Regel ihre Anerkennung, blieben ihnen gegenüber mißtrauisch. Dieses berechtigte Mißtrauen gegenüber der Schutztruppe der Kapitalisten will jetzt der DGB überwinden!

Zu diesem Zweck richtete der DGB einen eigenen „Arbeitskreis für organisierte Werkschutzangehörige im DGB" ein. Die DGB-Führer machten sich so zum Vorkämpfer für eine berufliche Anerkennung dieser Betriebsarmeen, verlangen ihre qualifizierte Ausbildung bei ständiger „bundeseinheitlicher Fortbildung" (nicht jeder scheint bereits mit der Waffe gut umgehen zu können) und – welche Perspektive! – organisiert sie überbetrieblich im DGB. Die DGB-Führung verschafft damit den Werkschutz-Leuten das Image eines gewerkschaftlichen Kollegen. Ganz in diesem Sinne ereiferte sich der IG Chemie-Sekretär, Ph. von Kodolitsch, auf einer Veranstaltung über die Bezeichnung „Bullen" für, so Kodolitsch, „unsere Kollegen von der ÖTV".

Zudem erhalten die Werkschutztruppen einen besseren Einblick in die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und sind schließlich als eigene Berufsgruppe berechtigt, Vertreter in die gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien zu entsenden.

Klassenbewußte Kollegen in der Gewerkschaft, die dieser „Gewerkschaftspolitik" den Kampf ansagen, werden zukünftig wahrscheinlich mit einer neuen Variante in der Ausschlußbegründung rechnen können: „Unsolidarisches Verhalten gegenüber anderen Kollegen der Gewerkschaft; Diskriminierung der Werkschutz-Kollegen". ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Stahlwerke (HSW):

Komplizenschaft aktenkundig! IGM-Führung händigte HSW-Kapitalisten gewerkschaftsinternes Material aus

Bereits mehrfach mußten wir uns in dieser Zeitung mit politischen Kündigungen und anderen brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der HSW-Kapitalisten befassen. So auch mit dem „Fall" der drei IGM-Vertrauensleutevorsitzenden, die im Januar 1974 – auf Antrag einer reaktionären Betriebsratsclique! – fristlos gefeuert wurden und seitdem über Klagen beim Arbeitsgericht ihre Wiedereinstellung zu erreichen versuchen.

Obwohl das Arbeitsgericht in der zweiten Instanz eindeutig feststellte: *„Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als aufgelöst... Der Beklagten* (HSW, Anmerkung d. Red.) *ist eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zuzumuten (!!!)"*, haben die HSW-Kapitalisten bisher erfolgreich eine Rückkehr der Gewerkschafter in den Betrieb verhindern können.

Die Kapitalisten legten beim Bundesarbeitsgericht in Kassel Revision ein – und ließen, noch bevor das Urteil in der zweiten Instanz ergangen war, durch ihren Anwalt mitteilen: *„Die Kläger* (also die drei VK-Leiter, Anm. d. Red.) *werden nie wieder in den Betrieb kommen, egal, was hier beschlossen wird (!!!). Noch bedeutet das Urteil ja kein Recht auf Arbeit. Wir werden ja sehen, wie lange die drei das noch durchhalten (!)."*

Die Gewerkschafter machten nun den folgenschweren Fehler, nicht unmittelbar nach dem mündlichen Urteil bei den HSW zu erscheinen und ihre Arbeitskraft anzubieten – sondern sie warteten (bis zum Januar 1975) auf die schriftliche Urteilsbegründung, bevor sie zum Werk gingen. Die Kapitalisten ließen sie natürlich nicht rein, sondern verwiesen auf die ausstehende Revisionsverhandlung vorm Bundesarbeitsgericht.

Erst jetzt (Ende Januar 1975) versuchten die Gewerkschafter ihrer Forderung mit einer „Einstweiligen Verfügung" (EV) Nachdruck zu verleihen. In der Begründung dazu hieß es: *„...wir wollen für die kommende Betriebsratswahl kandidieren... das Arbeitsverhältnis besteht fort, es besteht auch ein Beschäftigungsanspruch... Wenn wir weiter gehindert wären, im Betrieb tätig zu sein, so wäre es uns unmöglich gemacht, für die Betriebsratswahl zu kandidieren..."*.

Der Anwalt der HSW-Kapitalisten konterte diesem Ersuchen nicht etwa mit Belangen d e s B e t r i e b e s, sondern (wie auch schon in den zurückliegenden Gerichtsverhandlungen) mit innergewerkschaftlichen „Spannungen", die eine Weiterbeschäftigung der drei nicht geraten erscheinen lassen.

In der Erwiderung des HSW-Anwalts Dr. Schubel heißt es: Die ehemaligen VK-Leiter wurden *„durch die Entscheidung der Untersuchungskommission nach § 30 der Satzung der IGM von Veranstaltungen der IGM und von Funktionen auf drei Jahre ausgeschlossen, und zwar wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens. Zur Glaubhaftmachung überreiche ich das Protokoll über die Sitzung der Untersuchungskommission* **(der IG Metall, Anm. d. Red.)** *vom 10. Juni 1974 (!!!)."* Zusammenfassend wird behauptet, daß *„erhebliche Spannungen zwischen Betriebsrat und IGM einerseits und den Dreien andererseits gegen eine Weiterbeschäftigung sprechen..."*

Damit wird ein weiteres Mal in brutaler Offenheit deutlich und diesmal sogar aktenkundig, daß die Hamburger Führer der IGM den Kapitalisten d i r e k t zuarbeiten, indem sie diesen gewerkschaftsinternes „Belastungs"material zuspielen. Die HSW-Kapitalisten erhielten exakt jenes Dokument über das gewerkschaftliche Ausschlußverfahren, das den gemaßregelten Vertrauensleuten selbst seit Monaten beharrlich vorenthalten wurde.

Dieser ungeheuerliche Vorgang bedarf wohl keines weiteren Kommentars!

Am 17. Februar 1975 fand schließlich die mündliche Verhandlung zur EV statt, die vom zuständigen Richter bezeichnenderweise mit folgenden Worten eingeleitet wurde: *„Sie hätten jetzt Klage auf Beschäftigung einreichen müssen. Eine Einstweilige Verfügung hat wenig Sinn (!), da das Landesarbeitsgericht sicherlich einem Einspruch von HSW stattgeben wird."*

Damit waren die klagenden Kollegen in einer Zwickmühle der Justiz gelandet:

- Entweder sie gingen auf den „Ratschlag" des Richters ein – und riskierten damit eine erneute monatelange gerichtliche Auseinandersetzung mit ungewissem Ausgang – oder
- sie blieben bei ihrer EV, die möglicherweise in der ersten Instanz durchkommen, aber in der zweiten Instanz des Gerichtes abgelehnt werden könnte.

Die drei Kollegen hielten an dem Antrag auf „Einstweilige Verfügung" fest. Daraufhin erklärte der Richter: *„Da das Urteil des Landesarbeitsgerichtes schon im Oktober gefällt wurde – Sie aber erst jetzt mit dem Antrag kommen – sehe ich keine Eilbedürftigkeit (!)."*

Der Absichtserklärung der gekündigten Kollegen, an den anstehenden Betriebsratswahlen teilzunehmen, wurde von Seiten des Gerichtes keine Bedeutung beigemessen. Der Richter erwähnte diesen Punkt nicht einmal!

Der Antrag auf „Einstweilige Verfügung" wurde schließlich abgelehnt, so daß die Kollegen nicht an den Betriebsrätewahlen teilnehmen können.

Mit massiver Unterstützung der Hamburger IGM-Ortsverwaltung und der rechten, sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit ist es den HSW-Kapitalisten damit ein weiteres Mal gelungen, gekündigte Arbeiter und Angestellte vom Betrieb fernzuhalten, obwohl selbst bürgerliche Arbeitsgerichte die Kündigungen als „unbegründet" zurückgewiesen haben! ●

HSW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

IG Druck und Papier, Flensburg:

Gewerkschaftsausschluß durchgezogen!

Am 18.2. wurde eine Betriebsrätin von der Firma Severin Schmidt mit Wirkung vom 30.1. aus der Gewerkschaft **ausgeschlossen**. Vorher hatte die rechte Betriebsrats-Mehrheit, die personell mit dem Ortsvorstand verflochten ist, Antrag auf Ausschluß aus dem Betriebsrat gestellt. Die Herren machten jedoch in dem Arbeitsgerichtsprozeß eine volle Bauchlandung, weil sie „juristische Fehler" gemacht hatten. Umso schneller wollten sie jetzt den Gewerkschaftsausschluß kurz vor den Betriebsratswahlen unter Dach und Fach bringen.

Die Begründung der Gewerkschaftsführung: „Gewerkschaftsschädigung"; dieselbe „Begründung", die schon für die Auflösung der gewerkschaftlichen Jugendgruppe im Sommer letzten Jahres herhalten mußte.

Die Kollegin machte hingegen in einer „Persönlichen Erklärung" vor allen Kollegen deutlich, worum es bei diesem Ausschluß geht: *„ . . . Ich bin in der Vergangenheit – auf Mitgliederversammlungen und im Betrieb – für die Stärkung der Gewerkschaften eingetreten. Darunter verstehe ich allerdings nicht, daß Gewerkschafter zu schlucken haben, was vom Vorstand kommt. Der Vorstand versucht so, in letzter Zeit durch Ausschlüsse, Auflösung der Jugendgruppe usw. Gewerkschaftsarbeit zu zerstören. Ich bin der Auffassung, daß in der Gewerkschaft a l l e Kollegen das Sagen haben müssen und diese Organisationen nutzen für den Kampf um ihre Interessen."*

Versuchte der Ortsvorstand eine Auseinandersetzung um diesen Ausschluß schon die ganze Zeit abzuwürgen, so setzte er dem jetzt noch die Krone auf: Auf der letzten Mitgliederversammlung wollte die Kollegin eine Stellungnahme zu ihrem Ausschluß abgeben. Metzinger (2. Landesvorsitzender) und Affeldt (Ortsvorsitzender) drohten der Kollegin mit Polizei.

Es ist nicht zufällig, daß der Gewerkschaftsausschluß gerade zum jetzigen Zeitpunkt – kurz vor den Betriebsrats-Wahlen am 24. April – durchgezogen wurde. Denn in den Richtlinien des Hauptvorstandes der IG Druck heißt es: *„Die Vorschlagslisten der IG Druck und Papier sind für alle Mitglieder verbindlich. Abweichende Listen oder Listen konkurrierender Gewerkschaften bzw. sonstiger Gruppen dürfen nicht unterstützt werden."* Der Vorstand versucht so, die Wahl oppositioneller linker Kollegen zu verhindern – nur rechte Betriebsräte von Vorstands Gnaden sollen kandidieren. ●

Drucker-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Angriff auf den Presseverantwortlichen des KB

Erst Ausschlußantrag aus der Gewerkschaft – dann Kündigung

Am 17.1.1975 stellte der Hamburger Bezirksvorstand der ÖTV einen Ausschlußantrag gegen den Presseverantwortlichen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES, Genossen Kai Ehlers. Begründung: *„Ihnen wird vorgeworfen, daß Sie gemäß § 4 Abs. 2 unserer Satzung nicht Mitglied der Gewerkschaft ÖTV sein können, weil Sie sich aktiv für die Ziele des Kommunistischen Bundes einsetzen. U.a. liegen uns Flugblätter des Kommunistischen Bundes, für die Sie presserechtlich verantwortlich zeichnen, vor. Gemäß § 6 Abs. 3 unserer Satzung erhalten Sie hiermit Gelegenheit, sich bis zum 28.1.1975 zu den gegen Sie erhobenen Vorwürfen schriftlich zu rechtfertigen".*

(Der zitierte Absatz 2 der Satzung lautet: *„Gegner der Demokratie können nicht Mitglied der ÖTV sein."*)

Die ÖTV-Führung erklärt damit den KOMMUNISTISCHEN BUND für „verfassungsfeindlich". Die Mitgliedschaft im KB ist für sie Begründung genug für einen Ausschluß. Damit versucht die ÖTV-Führung, die Praktiken der „Extremisten-Beschlüsse" im öffentlichen Dienst in die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung einzuführen.

Der Antrag der ÖTV-Führung setzt in diesem Fall das infame Vorgehen der IG DruPa-Führung fort. Eine beim Arbeitsplatzwechsel vom Presseverantwortlichen beantragte Überführung seiner Mitgliedschaft von der ÖTV in die IG DruPa wurde Anfang Oktober abgelehnt. Sekretär Wolf verkündete die Ablehnung öffentlich auf der Delegiertenversammlung der IG DruPa am 30.9. Erst eine Woche später erhielt der Genosse selbst die Benachrichtigung des Vorstandes: *„Wie der Vorstand festgestellt hat, sind Sie in einem Schmierblatt der Chaoten im Impressum als presserechtlich verantwortlich benannt. Der Vorstand ist davon ausgegangen, daß Ihnen der in diesem Blatt so oft zitierte ‚Extremistenbeschluß des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier' bekannt ist.*

Sie haben sicher mit keiner anderen Entscheidung gerechnet".

In einer „Offenen Antwort an den Bezirksvorstand der ÖTV" forderte der Genosse die ÖTV-Führung auf, **„den Ausschlußantrag gegen mich aufzuheben und stattdessen die offene Auseinandersetzung mit den von mir unterzeichneten Beiträgen des Kommunistischen Bundes für Entwicklung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik zu führen".**

Parallel zu den Ausschlußbemühungen suchte die Gewerkschaftsführung den Genossen im Betrieb zu isolieren. IG DruPa-Sekretär Metzinger erschien persönlich auf einer Betriebsversammlung der Firma Beckerdruck/ Systemex/Beckerbillet, einem Betrieb mittlerer Größe des grafischen Gewerbes, wo der Genosse arbeitete.

Die mögliche Kandidatur des Genossen zu den Betriebsratswahlen will die Gewerkschaftsführung durch Aufstellung einer von ihnen kontrollierten Liste verhindern. Beim gegebenen gewerkschaftlichen Organisationsgrad heißt das in diesem Betrieb aber, mehr als ein Drittel, vor allem ausländische Kollegen, auszuschalten.

Zwei Wochen vor Aufstellung der Listen hat die Geschäftsleitung nun ihren Teil der Jagd übernommen. Sie sprach die fristlose Kündigung gegen unseren Genossen wegen „Störung des Betriebsfriedens", Beurlaubung mit sofortiger Wirkung und Hausverbot aus, dessen Vollzug durch Polizei angedroht wurde. „Grund": Der Genosse hatte im Kollegenkreis gesagt, die Geschäftsleitung versuche, den Aufbau einer starken Interessenvertretung massiv zu untergraben, weil sie offenbar Rationalisierungspläne für die Zukunft habe und weitere Entlassungen vornehmen wolle.

Nach „Anhörung" des Betriebsrates wurde mit dessen Zustimmung in vertragsbrüchiger Weise der auf zwei Jahre unkündbare Umschulungsvertrag des Genossen „fristgerecht" gekündigt, und zwar wegen „Verbreitung falscher Behauptungen".

Anders als von der Geschäftsleitung erhofft, erkannte die Mehrzahl der Kollegen allerdings in der Kündigung von Kai Ehlers einen Angriff auf sich selbst und einen massiven Eingriff in die Betriebsratswahl. Eine Gruppe von Kollegen stellte sich in einer auf einem Flugblatt vor dem Betrieb verteilten Erklärung hinter die Äußerungen des Genossen. In dem Flugblatt heißt es u.a.:

„Dem Kollegen Ehlers wird doch nichts anderes vorgeworfen, als daß der Kollegen auf mögliche Pläne der Geschäftsleitung aufmerksam gemacht hat...Arbeiter und Angestellte der Firma haben aber ein Recht darauf zu erfahren, welche Pläne die Geschäftsleitung hat. Ihr Arbeitsplatz und damit ihre Existenz und die ihrer Familien sind von den Entscheidungen abhängig...Wir sehen – im Gegensatz auch zum Betriebsrat – weder in den Äußerungen des Kollegen Ehlers, noch in der Tatsache, daß er Kommunist ist, eine Berechtigung für eine Kündigung, sei sie nun fristlos oder ‚fristgerecht'. Kollege Ehlers ist uns als guter Kollege bekannt. Und ob jemand Sozialdemokrat oder Kommunist ist, ist kein Grund, ihn zu feuern". –

Auf einer betrieblichen Mitgliederversammlung der Gewerkschaft nach der Verteilung dieses Flugblattes verzichtete der BR-Vorsitzende darauf, einen Antrag auf Nicht-Teilnahme des Genossen an der Mitgliederversammlung wegen des laufenden Ausschlußantrages zu stellen. Eine von mehreren Kollegen unabhängig voneinander vorgeschlagene öffentliche Solidaritätserklärung der MV konnte gegen den Widerstand des gesamten BR allerdings nicht durchgebracht werden.

Genosse Ehlers wird aber versuchen, trotz der Kündigung und trotz zu erwartender weiterer Angriffe von Seiten der Gewerkschaftsführung als Kandidat an den BR-Wahlen teilzunehmen. ●

Leserbrief

Weil ich ein Flugblatt nahm, wurde ich von der Polizei kontrolliert!

Als ich neulich aus dem Harburger Bahnhof kam, standen zwei Leute vor dem Bahnhof: der eine verkaufte den AK, der andere verteilte Flugblätter „Gegen Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit". Ich nahm mir ein Flugblatt und redete noch ein wenig mit dem Verteiler. Dann wollte ich wieder in den Bahnhof gehen. Auf der Treppe wurde ich von zwei Polizisten, ausgerüstet mit Revolvern, Sprechfunk und Schäferhund, empfangen. Sie forderten mich auf, meine Personalien zu zeigen. Auf meine Frage: „Warum?", bekam ich zur Antwort: „Machen sie keine Scherereien! Sie hatten doch mit dem Flugblatt hier in der Bahnhofshalle was vor."

Ich antwortete, daß jeder ein Flugblatt nehmen und lesen dürfe. Die Polizisten gaben mir zu verstehen, daß sie meine Personalien haben wollten, egal wie. Der Schäferhund saß neben mir und ein Polizist fügte hinzu: „Machen Sie keinen Ärger!" Ich gab die verlangten Papiere. Inzwischen erschienen 4 weitere Polizisten aus der Bahnhofshalle und begrüßten uns mit den Worten: „Was ist los? Wo ist hier was los?" Die Antwort: „Schon alles in Ordnung." Ich fragte noch einmal, warum sie meine Personalien haben wollten. Sie antworteten, das sei nur eine vorbeugende Maßnahme.

Falls ich noch mal auffallen würde, könnte das gegen mich verwendet werden!!! Frecher geht's wirklich nicht. So versuchen sie jetzt sogar schon, die Leser von Flugblättern einzuschüchtern. Am liebsten hätten sie wohl gleich die Genossen vor dem Bahnhof verhaftet. Eine ältere Frau, die den Vorfall beobachtet hatte, meinte ganz richtig, daß das wohl sehr wenig noch mit Demokratie zu tun hat: „Das ist ja der reinste Polizeistaat!" ●

Ein AK-Leser aus Hamburg-Harburg

Eiertanz der Behörde um Infostände

Um eine Standgenehmigung zu bekommen, muß man einen vorgedruckten Antrag bei der Baubehörde einreichen. Dann nimmt die Bürokratie ihren Lauf: Die Baubehörde schickt den Antrag zur Rechtsbehörde, von dort geht er zur zuständigen Polizeiwache und diese schickt ihn zurück ans Bauamt.

Nun gut – das wäre ja lässig in einer guten Woche durchlaufen. Denkste!

Mein erster Versuch, einen Informationstisch anzumelden, wurde nach einer Woche beantwortet: *„Es wird bedauert, daß Ihrem Antrag nicht entsprochen werden kann, aber die Plätze sind bereits alle vermietet".*

Als ich mich am betreffenden Tag im Altonaer Einkaufszentrum umsah, war allerdings kaum ein Stand da!

Dies war ein klarer Einschüchterungsversuch – mit dem sie damals auch Erfolg hatten.

Danach versuchten sie den Boykott durch Verzögerung. Um einen einwandfreien Antrag durchzukriegen, muß man zwei Wochen warten. Meistens ist es dann so, daß die Genehmigung für den Infotisch am Samstag erst Montags danach im Briefkasten liegt; obgleich mir Donnerstags gesagt wurde: „Ich hab die Antwort hier, sie geht noch heute raus."

Das waren die ersten Versuche, auf die wir uns schon längst nicht mehr einlassen, da in solchen Fällen die telefonische Zusage genügt.

Das Schärfste war jedoch die Schau, die mir unlängst auf der Baubehörde vorgeführt wurde. Ich ging an einem Dienstagnachmittag zum Bauamt, um zu sehen, was mit dem eine Woche vorher eingereichten Antrag ist. Die Antwort war da: Bearbeitung bei der Rechtsbehörde abgebrochen, da nicht angegeben ist, für wen der Infotisch sein soll; es könne ja sein, daß ich Blumen verkaufen wolle. Während ich den Antrag noch einmal und nun vollständig ausfüllte, gingen die Sprüche weiter: „Und im übrigen dürfen wir gar nicht mehr so viel genehmigen, da sich die Bevölkerung schon darüber beschwert hat. Deshalb mußte auch schon der „Krisenstab" tagen". Ich ließ mich auf kein Gespräch ein, sondern legte ihm den soeben neu ausgefüllten Antrag vor. Doch da fiel ihm ein: „Oh, ich glaube, das geht sowieso nicht. Da steht an den nächsten Wochenenden die KPD". – Ich sage: „OK, dann nehmen wir einen anderen Platz". – „Da ist aber keiner mehr". – „Doch, zwischen 164 und 166". Nun konnte der brave Beamte nicht mehr nein sagen, sondern nur noch darauf hinweisen, daß die Genehmigung wegen der „Beschwerden aus der Bevölkerung" nicht gesichert sei. Außerdem mußte ich zwei der vier beantragten Termine streichen, da dies die neue Vorschrift sei. Nach fast zwei Wochen war die Genehmigung da, womit ein Termin schon verstrichen war.

Inzwischen ist auch ziemlich offensichtlich, daß die Verzögerung direkt bei der Baubehörde passiert. Wie kann es sonst angehen, daß mich an einem Samstag der zuständige Zivile von der Revierwache fragte, warum wir keinen Stand hätten, der doch längst genehmigt sei. Komisch, ich hatte die Genehmigung noch nicht.

Die Frage ist, was sich der Staat noch einfallen läßt, bevor er alle politischen Informationsstände prinzipiell verbietet. ●

Genosse der BO Altona

Krone, Westberlin: Vereint
Kapitalisten, reaktionäre Betriebsräte, Gewerk

In unverhohlener Schärfe versuchen die Krone-Kapitalisten mit Unterstützung der Gewerkschaftsführer im und vorm Betrieb die linke Liste zu den Betriebsrätewahlen auszuschalten. Offen faschistische Schweinspapiere, Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse sind dabei ihre Mittel. Der Hintergrund: in der Vergangenheit erwiesen sich die Linken als ein Hemmschuh bei der Durchsetzung der Krone-Rationalisierungspolitik. Diese Politik soll unvermindert weiter getrieben werden – die Linken müssen raus, weil sie bei der Verwirklichung der Kapitalistenpläne stören.

Bei den letzten ordentlichen Wahlen für den Betriebsrat 1972 waren überraschend elf fortschrittliche Kollegen gewählt worden. Die alte Betriebsrats-Clique um Heide und Thimm fühlte sich durch neue und fortschrittliche Betriebsräte in ihrem alten, eingefahrenen Wirken beschränkt und steuerte zielstrebig auf Neuwahlen zu. Diese fanden 1973 statt. Die Linken wurden nicht auf die offizielle IGM-Liste übernommen und bildeten daher eine eigene Liste. Schon der Wahlkampf 1973 wurde von den Rechten mit stark antikommunistischer Stoßrichtung geführt. Dennoch gelang es der linken Liste (vor allem eine Koalition aus „KPD" und der Sponti-Gruppe „Klassenkampf") 35 % der Stimmen zu erringen. Entsprechend dem gesetzlichen Sitzverteilungsschlüssel erhielt sie allerdings nur sieben von 23 Sitzen im Betriebsrat. Dennoch war diese Wahl ein Erfolg im Sinne einer fortschrittlichen Betriebsrätearbeit.

Mittlerweile hat sich die Situation für die Belegschaft auch bei Krone verändert. Den Kapitalisten gelang es innerhalb von zwei Jahren, von einstmals 3.200 Kollegen 1.000 wegzurationalisieren. Und die Rationalisierungspläne sind noch nicht abgeschlossen: 400 weitere Entlassungen sollen in diesem Jahr folgen. Die Mehrheit des alten Betriebsrates hat diese Politik unterstützt und gedeckt. So wurde beispielsweise im Betriebsrat extra ein „Kündigungsausschuß" (!) gebildet, aus dem die Linken rausgehalten wurden, um ihnen keinen Einblick in die Pläne und deren Durchführung zu gewähren.

Auf Betriebsversammlungen ist es wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen um die Rationalisierung gekommen, es ist aber bisher nicht gelungen, in der Belegschaft eine Abwehr gegen ihre Durchführung zu erreichen. Das liegt in erster Linie an der Brutalität, mit der Kapitalisten, reaktionäre Betriebsräte und Gewerkschaftsführer gemeinsam alle fortschrittlichen Regungen bekämpften.

Demgegenüber haben die linken Betriebsräte allerdings keine ausreichende Informationspolitik gegenüber der Belegschaft betrieben und zu wenig die Möglichkeiten zu engeren Kontakten in der gewerkschaftlichen Arbeit genutzt (so gibt es bei Krone immer noch Mitgliederversammlungen; mittlerweile sind die Linken durch Gewerkschaftsausschlüsse allerdings weitgehend ausgeschlossen).

Aus diesen Fehlern gilt es zu lernen. Im Betriebsrätewahlkampf kommt es entscheidend darauf an, den Zielen der Kapitalisten ein klares Programm gegen die Rationalisierung entgegenzustellen, vor allem aber sich vor der Kollegenschaft zu verpflichten, alle Mittel zur rechtzeitigen Information der Belegschaft einzusetzen. Es gilt aber auch, die Zusammenarbeit der Heide/Thimm-Clique mit den Kapitalisten konkret zu enthüllen.

IGM-Führer: Hauptstoß gegen die Linken

Bereits vor den Wahlen begannen die intensiven Säuberungsaktionen gegen die Linken: die Kapitalisten benutzten die Rationalisierungsentlassungen, um die Linken rauszuschmeißen; die Gewerkschaftsführer ihrerseits kamen ihnen mit Gewerkschaftsausschlüssen zu Hilfe.

Von Beginn an war klar, daß der Wahlkampf in erster Linie zur Ausschaltung der Linken aus dem Betriebsrat führen sollte.

Der Vorschlag der Linken zu den Wahlen war: Persönlichkeitswahl; die Kandidaten sollten auf einer gemeinsamen Liste durch *„öffentliche Wahl in den Abteilungen, Arbeitsgruppen und Nationalitätengruppen"* bestimmt werden.

Die Heide/Thimm-Clique präsentierte ihrerseits den mittlerweile von einer Reihe Linker gesäuberten Ver-



Am 21. Februar 1975 um 15[00] Uhr entschlief nach kurzer aber heftiger Stimmenmangelkrankheit unsere geliebte Liste 2 "Einigkeit macht stark" im zarten Alter von 14 Tagen.

In stiller Trauer die Hinterbliebenen:
HARALD GLÖDE geschiedener KRONE
ERICH GRUNWALD gelernter HEMDSTLER
GÜNTER HUTTNER verwitwetar RAHN
BARBARA JASEMI "ei der Daum"
HELMUT LECHNER Vater des Gedankens
JOSEPH MAES geschiedener KRONE
JUTTA SCHUBERT geschiedene KRONE
RICHARD THEISSEN geschiedener KRONE
UWE TIETZ geschiedener Betr.Rat
HANS THEO WIENHOLD geschiedener KRONE
MARKO ZECEVIC geborener RAHN
und 24 Genossinnen und Genossen

Die Beisetzung und Totenmesse findet am 26.2.1975 um 16[00] Uhr im Diskussionsraum des Muki statt. (Mao-) Bibeln sind mitzubringen. Für Solidaritätsfanatiker findet im Anschluß ein Leichenschmaus bei Stümer statt. Wir bitten von Hammer und Sichel-Spenden abzusehen. Die Kondolenzliste liegt im Muki aus.

IN DIESER KISTE LIEGT UNSERE LISTE

BULLETIN EINES TODESKAMPFES

Am Freitag rechtzeitig 10 Sekunden vor Abgabeschluß der Vorschlagslisten hatte unsere werktätige Intelligenz, vertreten durch die Genossen Tietz, Lechner und Grunwald unsere Vorschlagsliste dem geschäftsleitungshörigem Wahlvorstandsklüngel zur Ansicht vorgelegt. Der Klassenfeind Groke wollte unsere Liste auf Richtigkeit prüfen was wir selbstverständlich nicht zulassen konnten. Dieser Bourgeoisieknecht hätte ja sonst festgestellt, daß wir nicht die ausreichende Anzahl von Unterschriften hatten. Dieser Verräter vertrat die irrige Meinung, daß die Wahlordnung unter dem Begriff: "die Vorschlagslisten sind dem Wahlvorstand einzureichen" die Abgabe der Listen meint. Einreichen heißt im chinesisch-albanisch-deutschem Wörterbuch: " von weitem Ansehen, nicht prüfen, alles glauben, gleich zurückgeben, nicht mal ansehen, und ähnliches. Darum konnten wir sie ihm auch nicht geben und nahmen sie wieder mit. Auch unsere fortschrittlichen Anwälte von der roten Hilfe sind der gleichen Meinung. Diesesmal also keine kommunistische Liste zur Betriebsratswahl. Deshalb: keinen Klassenkampf im Betriebsrat, sondern: Klassenkampf vorm Arbeitsgericht!

LETZTE MELDUNG:

Der weise Vater Mao hat uns mitgeteilt, daß zum Zeichen der Trauer das Fanal ROT FRONT in SCHWARZ - FRONT umgetauft wird. In Anlehnung daran werden wir eine Sonderauflage Mao-Bibeln mit schwarzem Einband herausgeben.

Leserbriefe:

Mit Erleichterung haben wir die Nachricht vom Hinscheiden Eurer Liste vernommen. Wer in Euren Kreisen Gast sein durfte und die Verblichene wirken sah, weiß, was dieser Verlust für Euch bedeutet. Worte können Euch und Eure Mitläufer nicht über den schweren Verlust trösten, die Zeit möge Euch helfen die schwere Schiksalsfügung ertragen zu lernen. In Verbundenheit und stiller Freude verbleiben wir die UNABHÄNGIGEN". Wir werden jetzt ja Liste 2.

Walter L. Abt.678: Stimmt es, daß [illegible] ben?

Antwort der Redaktion: Nein, das stimmt nicht. Wir sind doch schon so wenige, wenn wir jetzt noch welche rausfeuern würden, dann würden wir in das Fahrwasser einiger Kroneimperialisten kommen, die haben sich auch wegrationalisiert!

Bodo R. Abt.270: Ich habe eine Frage an Euren Genossen Uwe Tietz. Warum läßt Du dich immer so leicht auf die Rolle schieben; bist Du so blöd oder ist das System?

Antwort von Uwe T.: Der Kommunismus im provokatorischem, kapitalistisches Feudalsystem ist der Widerpart zu diesem und ich der beste Redner unserer Partei.

Horst H. Abt.201: Ich bin ein geselliger Typ, und möchte gerne in eine Eurer Kommunen ziehen. Welche Angebote könnt Ihr mir machen?

Antwort der Redaktion: Wir glauben nicht, daß wir für Dich das Richtige dabei haben. Wir haben 5 verschiedene Typen: Typ A: Intelligenzkommune (hier wird unser Programm entwickelt und Schandtaten werden geplant) Typ B: Exekutivkommune (hier wohnt unsere "Schlägertruppe", die auch mit Sprühdosen umgehen kann) Typ C: Proletarierkommune (hier wohnt das Fußvolk, das wir zum Zettelverteilen brauchen) Typ D: Schnallenkommune (hier wohnen unsere Genossinnen) Typ E: Muki (Muki ist eine Tageskommune für unseren Nachwuchs)

Mehrere Kollegen der Abt.210: Wir sind der Meinung, daß Ihr Euch garnicht mal so ungeschickt verhalten habt. Denn wenn Ihr die Liste abgegeben hättet, hättet Ihr Euch auch zur Wahl stellen müssen. Beim Wahlergebnis hätte sich dann gezeigt, daß Ihr überhaupt nicht in den Betriebsrat gekommen wirt. So habt Ihr jetzt die Möglichkeit wieder mal auf den Putz zu kloppen. Stimmts?

Antwort der Redaktion: Kein Kommentar!!!

Letzte Meldung

Wie wir so eben erfahren haben, ist ein Verbesserungsvorschlag eines "Kollegen" mit 500,- DM-West prämiert worden, der vorschlug unsere Flugblätter zu lochen und gebündelt auf einen Nagel in den Toilettenräumen aufzuhängen. Diese Sauerei werden wir mit Hilfe der "ROTEN HILFE" verhindern. Wir haben beim Gericht eine langweilige Verfügung erwirkt. Danach ist es den KRONE-Kapitalisten verboten aus roter Lektüre braunen Wisch zu machen.

IMPRESSUM

Druckerdemonstration in Hamburg....und die Folgen...

Es war zu erwarten, daß die DruPa-Führer zu neuen Angriffen gerade gegen solche Gewerkschafter blasen werden, die sich besonders für das Zustandekommen der Drucker-Demonstration in Hamburg vom 31. Januar und für eine klare politische Stoßrichtung dieser Demonstration (gegen den Willen der Führung, versteht sich) eingesetzt hatten. Die Niederlage, die dem DruPa-Vorstand mit dieser Demonstration bereitet worden war, konnte und wollte er nicht auf sich sitzen lassen. So ließ die erste „Rache"-Aktion denn auch nicht lange auf sich warten. Man hatte sich diesmal die dju (deutsche journalisten-union in der DruPa) dazu ausgesucht.

Gut 14 Tage nach der Demonstration bekam ein dju-Delegierter von seinem Vorstand einen Brief, in dem auf sein „Verhalten" auf der Demonstration Bezug genommen wurde. Es heißt dort u.a.:

„Nun ist es natürlich das gute Recht jedes Mitglieds, auf Gewerkschaftsveranstaltungen Ziele und auch Strategie von Hauptvorständen und Gewerkschaftstagen zu kritisieren .... Eine andere Sache ist es, in der Öffentlichkeit als Gewerkschaftsmitglied gegen solche Beschlüsse der Gewerkschaft – egal ob sie einem gefallen oder nicht – zu demonstrieren. Du hast das vorgezogen, als Du Dich auf der Hamburger Demonstration der IG Druck und Papier am 31.1. lauthals der Parole ‚Mitbestimmung hat kein' Zweck, das Kapital muß restlos weg' angeschlossen hast.

Wir sehen darin eine Mißachtung von Beschlüssen der Mitglieder und damit unserer Gewerkschaft. Darüber hinaus gibt es für dies gewerkschaftsschädigende Verhalten keinerlei Legitimation ....

... nach unserer Auffassung sind solche Parolen eine Verhöhnung aller ..., die in den Betrieben für Mitbestimmung kämpfen und dabei ganz konkret ihren Arbeitsplatz aufs Spiel setzen.

Im Interesse dieser Kollegen, ..., fordern wir Dich auf, Dein Mandat als Delegierter umgehend niederzulegen."

Diese „Demokraten", die großzügig Kritik „erlauben", bloß nicht in der Öffentlichkeit und die darin „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" sehen, sind es übrigens, die die Demonstration bis zum letzten Augenblick zu verhindern und die ihr dann – ohne von der Delegiertenversammlung dazu „legitimiert" (!) zu sein – eine den Kampf desorientierende Stoßrichtung zu verpassen suchten.

Diesen Leuten geht es nicht um die Sache der Arbeiter (und der Journalisten). Diesen Leuten geht es darum, die politische Auseinandersetzung, die allerdings in der Öffentlichkeit stattfinden muß, wo sonst (?), zu liquidieren. Diesen Leuten geht es desweiteren darum, im Auftrag des DruPa-Vorstandes das Terrain für einen neuen Gewerkschaftsausschluß zu ebnen.

Als „gotts"erbärmliche Heuchler entlarven sich die in der „Öffentlichkeit" gern als fortschrittlich geltenden Herrschaften vom Vorstand der dju.

Der angegriffene dju-Delegierte hat in dieser Situation das einzig Richtige getan. Er ging mit einer „persönlichen Erklärung" an die „Öffentlichkeit" (schon wieder!), worin er das Schreiben des dju-Vorstandes zusammen mit seiner Stellungnahme abdruckte. Am Schluß wies er das „Ansinnen" des dju-Vorstandes zurück und fordert Solidarität gegen diese undemokratischen Machenschaften.

Inzwischen hat die **Solidarität** (Zeitung fortschrittlicher Hamburger Journalisten) den Fall aufgegriffen und fordert dazu auf, *„dem Angriff gegen W.B. gemeinsam entgegenzutreten."*

Schüsse auch von „links"

Inzwischen hat sich auch die Bremer „Arbeiterpolitik" zur Demonstration der Hamburger Drucker geäußert (nachträglich). Das wäre nicht weiter erwähnenswert, fände sich dort nicht ein längerer Abschnitt über „Die Rolle der linken Gruppen". Man liest dort:

„ ... erweist sich das Vorgehen mancher linker Gruppen nicht nur als nutzlos, sondern sogar als objektiv schädlich, ...

Wenn z.B. der KB-Hamburg auf dieser Demonstration seine Branchenzeitung, den „Druckarbeiter", verteilt, die einen Gewerkschaftskollegen „besonderer Schweinereien" anklagt, weil er in der Diskussion über die Demonstration einen anderen Standpunkt vertreten habe ...

... es ist falsch, Kollegen, ..., in aller Öffentlichkeit (also auch vor den Unternehmern) zu diffamieren.

Unsere Kritik ... muß unter Vermeidung aller persönlichen Beleidigungen sachlich ausgetragen werden."

Ein konkretes Eingehen darauf, um was es in der Auseinandersetzung mit dem „Gewerkschaftskollegen" ging, schenkt sich die „Arbeiterpolitik".

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch folgendes: Zum einen handelt es sich nicht um einen x-beliebigen „Gewerkschaftskollegen", den wir einer „besonderen Schweinerei" bezichtigen, sondern um den Jugendsekretär und Sprecher der „Grafischen Jugend" in der DruPa-Hamburg.

Zweitens haben wir den Nachwuchs, den sich die Gewerkschaftsführer hier heranzüchten, nicht wegen seiner Haltung zur Drucker-Demonstration angegriffen, sondern weil er sauberer *„Jugendsekretär und Sprecher der „Grafischen Jugend", Rolf Tramp, (vor)schlug, ... um eine Zersplitterung zu vermeiden", sollten sich die Kollegen am 19.2. an der „Jugenddemonstration des Kreisjugendausschusses des DGB" beteiligen."* (DER DRUCKARBEITER, Jan. '75)

Es ging also um die Spalterdemonstration des KJA, der ein gemeinsames Vorgehen mit der „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" abgelehnt hatte, zu der Tramp mit dem infamen Hinweis *„um eine Zersplitterung zu vermeiden"* aufgerufen hatte.

Die „Arbeiterpolitik" greift also zum Mittel der Lüge und Verdrehung, um uns letztlich – und das ist der Kern des Angriffs – zu unterstellen, wir wären nicht bereit, *„mit Geduld und Zähigkeit die Basis der aktiven Gewerkschafter zu erweitern"*, wir würden das Grundprinzip kommunistischer Arbeit außeracht lassen, die Arbeiter auf dem Wege der Überzeugungsarbeit für den konsequenten Klassenkampf zu gewinnen.

Es grenzt schon ans Makabere, daß gerade die Genossen der „Arbeiterpolitik" uns, dem KB, diesen Vorwurf machen. Es dürfte auch bei der „Arbeiterpolitik" bekannt sein, daß gerade der KB seit mehr als einem Jahr immer wieder durch zahlreiche Publikationen, durch seine Genossinnen und Genossen in den Betrieben und auf den Gewerkschaftsversammlungen „mit Geduld und Zähigkeit" z.B. auf die Demonstration hingearbeitet hat, die am 31. Januar endlich stattfand.

Demgegenüber haben wir von der „Arbeiterpolitik" vor den Betrieben seit Jahren kaum ein Flugblatt geschweige denn dem DRUCKARBEITER vergleichbares gesehen.

Des Pudels Kern für die ganzen infamen Beschuldigungen, die die Genossen der „Arbeiterpolitik" – aufgebaut auf Lügen und Unterstellungen, wie wir oben gesehen haben – gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND erheben, liegt in Wahrheit tiefer: Sie behaupten, die Demonstration der Drucker sei nur zustandegekommen, weil es gelungen sei, in der Auseinandersetzung in der DruPa zwischen Vorstand und den klassenkämpferischen, an den Interessen der Kollegen orientierten Gewerkschaftern *„alles zur Zeit Trennende zurückzustellen"*. **Immer wieder sind die der „Arbeiterpolitik" nahe stehenden Genossen in den letzten Monaten auf den Delegiertenversammlungen ans Rednerpult gelaufen und haben den Vorstand und seinen Anhang einerseits und die Linken andererseits mit beschwörenden Appellen dazu aufgefordert,** *„die Polemik zu begraben", „alles Trennende zurückzustellen!"*

Was ist aber das „Trennende" zwischen uns und den Gewerkschaftsführern? Es „trennt" uns, daß die Gewerkschaftsführer den Standpunkt des Klassenfeindes in unsere Organisationen tragen und mit allen Mitteln bewahren wollen.

Weder die Demonstration der Drucker im Januar in Hamburg wäre zustande gekommen – wir haben sie gegen die DruPa-Führung erkämpfen müssen –, noch werden wir in der Zukunft auch nur den kleinsten Erfolg erringen, wenn wir den opportunistischen Vorstellungen der „Arbeiterpolitik", „alles Trennende zurückzustellen" auch nur einen Augenblick folgen würden. Eben weil wir das bisher getan haben, hat die „Arbeiterpolitik" unsere Politik als nicht nur nutzlos, sondern sogar als objektiv schädlich angegriffen.

Druckkomitee, KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM
Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13.000
Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich
Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

gegen links

schaftsführer und faschistische Provokationen

trauenskörper am 5. Februar die fertigen Listen und ließ sie sich bestätigen. Um den Vorschlag einer Persönlichkeitswahl kümmerten sie sich einen Dreck. Die Hauptstoßrichtung der IG Metall-Liste wurde dort ebenfalls angegeben:

- nicht etwa der Kampf gegen die Rationalisierung, nicht der Schutz der Kollegen vor den Übergriffen der Krone-Kapitalisten stand zur Debatte, sondern: *„diese Kandidaten seien die beste Gewähr angesichts der schwierigen Lage 1975 und als bewährtes Kampfmittel gegen die zu erwartenden gegnerischen Listen."*

Kurz nach dieser Vertrauenskörper-Sitzung stellten die Linken eine eigene Liste auf (Liste „Gemeinsam sind wir stark") und begannen im Betrieb Unterschriften zu sammeln.

Kapitalisten und rechte Betriebsräte Arm in Arm

Ein Hauch von dem, was noch folgen sollte, wurde hier bereits deutlich. Für die Kollegen sehr plötzlich (der Betriebsratsvorsitzende war hierüber sicher informiert) wurde 14 Tage Kurzarbeit ab 17.2. angesetzt und im Betriebsrat verabschiedet. Die Kurzarbeit (nur für 600 Arbeiter) fiel „zufällig" gerade in die Zeit der Kandidatenaufstellung. Die Absicht war denkbar einfach: einerseits war ein Teil der Arbeiter nicht im Betrieb und konnte folglich auch nicht bei den Linken unterschreiben, andererseits erhielten die linken Kandidaten keine Genehmigung, bei Kurzarbeit das Werk zu betreten. **Die Kandidaten der Liste 2 setzten dagegen durch, daß sie trotz Kurzarbeit täglich zwei Stunden sammeln konnten.**

Daneben liefen natürlich Hetze und Einschüchterung gegen die Unterschriftensammlung. Offen drohten die rechten Betriebsräte mit der Weiterleitung der Unterschriften an die Personalabteilung. Gerade angesichts der zurückliegenden Massenentlassungen und der angekündigten 400 weiteren Entlassungen setzten sie darauf, daß viele Kollegen nicht unterschreiben. Und in der Tat reagierten viele Kollegen so: „Unterstützen werden wir euch, aber nicht unterschreiben."

Dennoch gelang es den Linken, über 200 Unterschriften zu sammeln, etwa 150 bei den Arbeitern.

Mittlerweile ist eine 3. Liste mit noch „unverbrauchten" Kandidaten aufgetaucht. Die Masche ist denkbar einfach: Während die Heide/Thimm-Clique bei vielen Kollegen völlig ausgespielt hat, erhofft man sich, daß der Antikommunismus soweit verfängt, daß die Kollegen dann nicht die Linken wählen, sondern die aufgebaute „dritte Alternative". Auch hier wieder ein taktisches Manöver mit Stoß gegen die Linken, was schon daran deutlich wird, daß bei den Angestellten vorwiegend Abteilungsleiter und Meister kandidieren sollen (diese 3. Liste ist noch nicht offiziell bekannt).

Einen weiteren Versuch zur Ausschaltung der Liste „Gemeinsam sind wir stark" startete dann der Wahlvorstand, der die ganze Zeit über offen die linke Liste bekämpfte. Bei Listenabgabe weigerten sich die Linken, die Unterschriften rauszurücken, da rechte Betriebsräte und der Wahlvorstand mehrfach gesagt hatten, sie würden diese an die Personalabteilung weiterleiten. Stattdessen verlangten die Kollegen Prüfung der Listen in ihrem Beisein. **Angesichts der zugespitzten Lage im Betrieb, der Hetzjagd auf Linke und ihre Anhänger gebietet es die Verantwortung gegenüber den unterschreibenden Kollegen, so vorzugehen. Man kann sich unschwer ausmalen, daß die Herren in der Personalabteilung schon fieberhaft auf diese Listen warteten, denn immerhin haben sie für dieses Jahr noch weitere Massenentlassungen geplant!**

Der Wahlvorstand weigerte sich daraufhin, die Liste anzuerkennen und die Reaktionäre im Betrieb bejubelten schon das „Begräbnis" der linken Liste. Doch einen Tag später erreichten die Linken eine Einstweilige Verfügung, die die nochmalige Öffnung der Listenabgabe vorschrieb.

Der bei Redaktionsschluß letzte Stand ist, daß der Wahlvorstand hiergegen Einspruch erhoben hat und die Liste immer noch nicht anerkennt.

Neueste Nachrichten

Bis jetzt hat der Wahlausschuß die einstweilige Verfügung ignoriert. Er hat sie nicht am Schwarzen Brett veröffentlicht, obwohl er dazu verpflichtet ist.

BR-Vorsitzender Thimm hat geäußert, daß die Wahl nur mit der Liste 1 und der Liste 3 über die Bühne gehen wird, die einstweilige Verfügung existiere für ihn nicht.

Die 20.000 Mark Strafe wird die Geschäftsleitung sicherlich gerne übernehmen.

Was bedeutet das für die Belegschaft?

Die Wahl nur mit Teilnahme der Listen 1 und 3 wird vom Arbeitsgericht mit Sicherheit für ungültig erklärt. Das gerichtliche Verfahren zur Feststellung der Ungültigkeit wird aber mindestens ein halbes Jahr (!) dauern. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Geschäftsleitung die beabsichtigten Angriffe auf die Kollegen (ca. 400 weitere Entlassungen) ohne nennenswerten Widerstand vom BR durchziehen können. Mit Sicherheit muß davon ausgegangen werden, daß viele fortschrittliche Kollegen unter den Entlassenen sein werden.

Massenentlassungen sollen für den kommenden Monat schon angemeldet worden sein.

Kübelweise faschistischer Dreck

Noch während der Fristen für die Listenaufstellung wurde dann eine Fälschung der Zeitung „Klassenkampf" (Betriebszeitung der Spontis) verteilt. In geradezu säuischer Art und Weise ziehen hier Faschisten gegen die linke Liste vom Leder. Sie ziehen dabei alle Register vorherrschender Vorurteile gegen Kommunisten, sind sich keiner Denunziation zu schade und wenden das bewährte faschistische Mittel an, den Gegner lächerlich zu machen, zu hetzen, hetzen und nochmals hetzen nach der Devise: „Immer kräftig draufhauen, irgendwas wird schon hängenbleiben." Wir zitieren im folgenden einige Stellen ausführlich – einerseits als Anschauungsmaterial dafür, wieweit die Gewerkschaftsführer bereits gehen, gegen die Linken zu schlagen, wenns den Kapitalisten nur in den Kram paßt. Andererseits, damit sich alle Genossen, die in derartigen Auseinandersetzungen stehen, auf diese Methoden einstellen.

Die Fälschung beginnt mit der Überschrift:

„Die fortschrittlichen Kandidaten stellen sich vor! Chaotenliste 2

Im Gegensatz zu Heides und Timms IGM-Bonzenliste ist unsere Liste vollkommen undemokratisch und diktatorisch aufgestellt worden...

1. Erich G., Schlosser und Klassenkämpfer. Ich habe seit 1972 Erfahrungen, wie man Betriebsratsarbeit destruktiv betreibt. Im alten Betriebsrat war ich gegen alles, was Heide und Timm unterstützten, und was diese Schweine bekämpften, habe ich unterstützt... Der Kommunismus ist der Penis der Massen, und ich bin die Vorhaut.

2. Günter H., ... Ich habe mehrmals den Durchblickerlehrgang in Rudow besucht, doch leider ohne Erfolg...

3. Uwe T., Gabel-(Hoch) stapler, chinesisch-albanischer Staatsbürger deutscher Nation. Ich bin der größte im Sprücheklopfen. Ich kann stundenlang Reden halten, die keinen Sinn ergeben. Ich setze mich ein für: 6-Stundentag, Rente ab 40... jeden Tag eine Stunde Politunterricht...

4. Marko Z., Jugoslawe und Pinguleriker (? ? Hauptsache es klingt schweinisch, die Red.) *Obwohl ich gut deutsch spreche habe ich keine eigene Meinung... Vom Tarifvertrag und anderen Bestimmungen habe ich keine Ahnung, das brauche ich auch nicht, wenn ich klassenkämpfen will, brauch ich bloß immer das tun, was meine roten Brüder machen. Rot Front!!!'*

Neben Schweinsgedichten und derartigem, vor allem antikommunistischen, Geschreibsel finden sich in Andeutungen solche Verleumdungen wie: der eine sei ein Gleitzeitkartendieb, die Liste hätte damals das Auto von Personalchef Huber angezündet (wir berichteten über diese rechte Provokation im AK unter der Überschrift: „Mini-Reichstagsbrand bei Krone").

Das ganze ist überschrieben mit einem Vers: *„Wenn wir erst eure Stimme haben, wird die Demokratie begraben und nach dem Muster der Chinesen, ist Mitbestimmung mal gewesen. Mit Sabotage und viel Dampf Heissa, Heissa, Klassenkampf".*

Gleich nach Verweigerung der Zustimmung zur linken Liste durch den Wahlvorstand (s. o.) erschien eine weitere faschistische Fälschung, in der die braunen Tintenkulis jubelnd den Grabgesang auf die Linken hielten. In einem Sarg mit Hammer und Sichel (Aufschrift: *„Einigkeit macht stark liegt in diesem Sarg"*) jubeln die Schmierfinken: *„Am Freitag um drei war alles vorbei, die Liste ist tot, Klassenkampf tut not".*

Die Urheberschaft dieser nach bestem Nazi-Muster gefertigten braunen Hetzschriften ist noch nicht völlig geklärt. Die geistige Urheberschaft ist ganz eindeutig: die Sprache der ärgsten Feinde der Arbeiterklasse, die hier bemüht sind, das schmutzige Geschäft der Krone-Kapitalisten zu betreiben.

Es ist soviel ziemlich sicher: Die Verfasser sind Eingeweihte, d. h. sie wissen über alle Vorgänge zu den Wahlen sehr gut Bescheid.

Vermutlich ist die Zeitung auf derselben Maschine geschrieben, auf der die reaktionären Betriebsräte ihr offizielles „Informationsflugblatt" schrieben; die Verfasser sind über die Sitzung zur Aufstellung der linken Liste informiert, auf dieser Sitzung war Lothar Meier, Kandidat der IGM-Liste anwesend; gewerkschaftliche Vertrauensleute haben dieses Schweinspapier im Betrieb verbreitet ...

Je massiver und je offensichtlicher die Kapitalisten auf die Verwirklichung ihrer Pläne drängen, desto mehr verschärfen sie die Ausmerzung eines Widerstands der Belegschaft oder konsequenter Vertreter der Belegschaft hiergegen. Bei Krone können sie sich mittlerweile einer reaktionären Betriebsratsclique bedienen, die sich unter dem offiziellen Schutz der Gewerkschaftsführung zu keiner Sauerei gegen die Linken zu schade ist. Daß derartige Vertreter natürlich auch die besten Voraussetzungen bieten, um alle Maßnahmen gegen die Belegschaft absegnen zu lassen, haben sie in der Vergangenheit wiederholt bewiesen.

Der Wahlkampf läuft noch. Für die linke Liste heißt es, die braunen Machenschaften ihrer Gegner zu entlarven und ihrerseits die Alternative allein in der konsequenten Interessenvertretung gegen die Rationalisierungspläne bei Krone zu propagieren. ●

KB / Gruppe Westberlin und Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Erneute Bauplatzbesetzung in Wyhl

Nach einem von der baden-württhembergischen Landesregierung manipulierten „Bürgerentscheid" wurde die erste Teilgenehmigung für den Bau eines Kernkraftwerkes (KKW) in Wyhl erteilt.

Der sogenannte „Bürgerentscheid" in Wyhl, der eine knappe Mehrheit für den KKW-Bau brachte, spielte sich folgendermaßen ab: Wochenlang haben die Landesregierung (CDU), Presse, die „Kernkraftwerk Süd GmbH" und die reaktionäre „Bürger"-Initiative „KKW – JA" die Bewohner von Wyhl mit Versprechungen zu ködern versucht und mit Drohungen verunsichert. Den Arbeitern wurden Arbeitsplätze versprochen, den Gastwirten und Kaufleuten größerer Umsatz, die Gemeinde sollte ein Schwimmbad und vieles andere mehr an öffentlichen Einrichtungen erhalten – und natürlich mehr Geld.

Wer wollte da NEIN sagen ? !?

Noch am Tag vor dem „Bürgerentscheid" hatte die „KKW-Süd GmbH" (Tochter des Badenwerks, in dessen Aufsichtsrat auch Ministerpräsident Filbinger, CDU, sitzt!) 107 der wahlberechtigten Wyhler Bürger mit Bussen in ein Nachbardorf gefahren und – „großzügig" wie die Kapitalisten gelegentlich ja sind – zum Essen und Trinken eingeladen.

Der „Landesvater" höchstpersönlich ließ es sich nicht nehmen, jedem der wahlberechtigten Wyhler Bürger einen Brief ins Haus zu schicken, in dem er – nochmals mit gesicherten Arbeitsplätzen und sozialen Verbesserungen um ihre Zustimmung zum KKW-Bau warb.

Gleichzeitig (!) drohte die Landesregierung unverhohlen, daß sie das Baugelände sowieso enteignen würde – egal wie die Wyhler stimmen würden!

Die Reaktionäre von der Initiative „KKW – JA" rührten kräftig die Trommeln für die Kapitalisten und ihre politischen Freunde in der Landesregierung. Als Beispiel für den Stil dieser Vögel sei hier ein Flugblatt erwähnt, in dem die engagierten Gegner des Kernkraftwerks als *„unsachliche Schreier, Fanatiker, verblendete Typen"* beschimpft werden.

Während die erste Seite des zitierten Flugblatts ausschließlich aus wüsten Verunglimpfungen der politischen Gegner besteht, macht die „KKW – JA" auf der Rückseite desselben Schriebs deutlich, was sie selbst eigentlich will. Es heißt da:

„KKW – Whyl 'ja' informiert

12. Januar, der Tag unserer Entscheidung. Wir hoffen, daß alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Whyl diesen Tag als einen Meilenstein in der Geschichte unserer Gemeinde betrachten und zur Abstimmung gehen. Wir alle können nur mit einem

ja

abstimmen.

Wir müssen für den Bürgermeister** (!), **den Gemeinderat (dieser und der Vorgenannte = CDU, Anm. d. Red.) ***und den Fortschritt*** (!!!) ***stimmen.***

ja
zum Bürgermeister
ja
zum Gemeinderat
ja
zum KKW."

Mit keinem Wort wird von diesen Leuten auf die Bedürfnisse und Interessen der Einwohner Whyls und der angrenzenden Gemeinden eingegangen, sondern es wird einfach dummfrech unterstellt, daß deren Belange bei den Parteifreunden von den „KKW – JA"-Leuten schon gut aufgehoben sind.

Die Bürgerinitiativen, vor allem der umliegenden Gemeinden, die bei der Abstimmung gar nicht gefragt wurden, obwohl sie von den Folgen des KKW-Baus genauso betroffen sind wie die Whyler, haben den „Entscheid" zu Recht als Bestechung angesehen. Vier Gemeinden, einige Bauern, Fischer und weitere Bewohner von Whyl und Umgebung haben deshalb beim Verwaltungsgericht in Freiburg gegen die Baugenehmigung geklagt.

Obwohl der Entscheid des Verwaltungsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung noch aussteht, hat die „Kernkraftwerk Süd GmbH" am 17. Februar den Bau mit Erdarbeiten beginnen lassen. Bagger und Planierraupen wurden auf das Baugelände gefahren, die Bauarbeiter haben begonnen, den Wald zu roden.

Die Bullen beginnen mit der „Räumung"

Daraufhin haben ca. 300 Bauern, Winzer, Arbeiter, Angestellte und Studenten den Platz besetzt und damit die Einstellung der Bauarbeiten erzwingen können.

Daraufhin wurde von der Landesregierung der Polizeiapparat in Gang gesetzt und gleichzeitig über die Presse und andere Massenmedien eine verstärkte Hetzkampagne eingeleitet. Es wurde behauptet, die Besatzer seien „zugereiste Extremisten", die Aktion werde gar nicht von der Bevölkerung getragen etc. Filbinger selbst malte eine besonders gruselige Story von „Drahtziehern", die „bundesweit (!) angereist" seien (so im „Pforzheimer Kurier" vom 20.2.75).

Damit wurde offensichtlich darauf spekuliert, die Besatzer gegeneinander aufzuhetzen (die Bauern gegen die Studenten, die Arbeiter gegen die Bauern etc.) – wie auch in der Öffentlichkeit „Stimmung" gegen die Besatzer insgesamt zu machen, damit nach der geplanten Räumungsaktion kein allzugroßer Protest entstünde!

Bevor die Polizeihundertschaften mit Gewalt gegen die Besetzer vorgingen, forderten ihre Sprecher mehrfach über Lautsprecher zum Verlassen des Baugeländes auf. Den Besatzern wurde angedroht, daß *„jeder einzelne ... für die volle Schadensersatzsumme haftbar gemacht werden* (könne)" und daß *„der Schaden ... jeden Tag in die Hunderttausende* (gehe)" („Stuttgarter Zeitung", 20.2.75).

Als die Drohungen nicht die gewünschte Wirkung zeigten, jagte die Polizei die Besatzer mit Wasserwerfern und Knüppeln vom Platz. Dabei scheuten sich die Bullen auch nicht, auf eine alte Frau und Kinder einzuprügeln.

Der Platz wurde dann mit Panzerdrahtzaun abgesperrt und die Zufahrtstraßen wurden verbarrikadiert.

Die Hetze in den bürgerlichen Propagandamedien, die unverschämten Verleumdungen durch die Landesregierung und der brutale Polizeieinsatz haben den Widerstand der Bevölkerung gegen den KKW-Bau jedoch nur vergrößert. Drei Tage nach der Räumung des Bauplatzes, am Sonntag (dem 23. Februar), veranstalteten die Bürgerinitiativen eine Großkundgebung in Whyl, an der über 10.000 Menschen teilnahmen. Im Anschluß an diese eindrucksvolle Kundgebung stürmten etwa 3.000 Menschen das von der Polizei abgesperrte Baugelände und besetzten es erneut!

Die Polizeihundertschaften mußten sich nach vergeblichen Versuchen, die Demonstranten durch Knüppeleinsatz abzuwehren, zurückziehen.

Mit der erneuten Bauplatzbesetzung haben die KKW-Gegner vorerst einen Sieg errungen: die Landesregierung mußte zusagen, bis zum Verwaltungsgerichtsentscheid am 24. März

Fortsetzung Seite 38

Erneute Bauplatzbesetzung in Wyhl

FORTSETZUNG VON SEITE 37

keine weiteren Bauarbeiten zu erzwingen.

In einem Flugblatt vom 24.2. wenden sich die dreißig Bürgerinitiativen gegen die Hetze der Landesregierung und der bürgerlichen Presse:

„Die Berichte und Stuttgarter Kommentare, daß hauptsächlich Studenten und linksextremistische Organisatoren am Werk sind, stimmt nicht. Jeder, der auf der Kundgebung und auf dem Platz war, weiß es besser. Trotzdem versucht die Landesregierung und auch die Presse immer noch, diesen Eindruck aufrechtzuerhalten. Den Besetzern wird Landesfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

Wir sagen mit aller Deutlichkeit, daß die Landesregierung mit ihrer Polizei den Landfrieden hier am Kaiserstuhl ganz erheblich stört. Sie verstößt gegen verbriefte Grundrechte, nämlich laut Grundgesetz gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Ein Kernkraftwerk aber bedeutet für tausende von Menschen Lebensgefahr!!

Wir lassen uns nicht zu Kriminellen stempeln!!

Wir fordern objektive Berichterstattung im Fernsehen, Rundfunk und Presse!!!"

Die Besetzer fordern vor allem:

- **Rücknahme der Baugenehmigung!**
- **Rücknahme aller Strafanzeigen!**
- **Wiederherstellung des Geländes in seinen ursprünglichen Zustand!**

Zur Zeit wird auf dem Platz diskutiert, wie die Besetzung längerfristig gehalten werden kann. Es ist so gut wie sicher, daß der Entscheid des Freiburger Verwaltungsgerichts für den Bau des KKW ausfällt – und die Landesregierung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit allen Mitteln den Bau des Kernkraftwerkes durchsetzen will, gegen den Willen der Bevölkerung!

Voraussichtlich im nächsten AK werden wir uns im Rahmen der weiteren Berichterstattung über diesen Kampf mit dem Verhalten der linken Organisationen auseinandersetzen. ●

KB-Sympathisanten Pforzheim



... auf einmal war die Luft raus!

SOLIDARITÄTSSPENDEN (für Gerichtskosten etc.) werden dringend erbeten auf folgendes Konto:
Bürgerinitiative Weisweil e.V.
5399 Bezirkssparkasse Kenzingen
(Kaiserstuhl)



Vor der Räumung – die „Besatzer" stoppen die Baumaschinen

Nach der Großkundgebung in Wyhl stürmen 3.000 Demonstranten den Bauplatz und besetzen ihn zum zweiten Mal



Die Massen haben es geschafft: Der Bauplatz ist wieder in ihrer Hand

Nach der Großkundgebung in Wyhl stürmen 3.000 Demonstranten den Bauplatz und besetzen ihn zum zweiten Mal



Nach der erneuten Besetzung des Baugeländes sperren die Besetzer die Zufahrtsstraßen durch starke Doppel-Barrikaden ab. Durch einen schmalen Einlaß zwischen den ständig bewachten Barrikaden wird der Nachschub für die Besetzer durchgelassen.

Hannover:

Stadtrat will unabhängiges Jugendzentrum auf kaltem Weg kaputtmachen

Im Rahmen der „Haushaltsplanung" der Stadt Hannover drohten die bürgerlichen Politiker mit der Liquidierung eines der beiden „Unabhängigen Jugendzentren", dem UJZ Kornstrasse, durch Streichung der finanziellen Unterstützung.

Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß in diesem Jugendzentrum „die Gewalt verherrlicht" würde.

In seiner Beurteilung über die Förderungswürdigkeit des UJZ Kornstrasse begründet der Stadtjugendpfleger Beste eine geplante Liquidierung des UJZ so:

„... In den Veröffentlichungen der Kornstraße wird Gewaltanwendung beschrieben, mit Beifall bedeckt oder gar verherrlicht. Die Kornstraße ist solchen Äußerungen immer erst nach Anmahnungen der Stadt entgegengetreten und dann auch nur in den angemahnten Fällen ..."
(Arbeitspapier von Beste)

Im folgenden führt der Stadt-Oberjugendliche Beste aus, was er unter „Verherrlichung der Gewalt" versteht. Unter diesen Begriff fällt die Rechtfertigung von Hausbesetzungen, selbst die Beschreibung einer Besetzung für ein UJZ, der Glückwunsch an das spanische Volk zur Hinrichtung von Carrero Blanco und der Abdruck zweier Briefe von Margrit Schiller und Horst Mahler.

In seinem Arbeitspapier mokiert sich Beste:

„Die aus der Presse bekannten Bilder von der Erschießung eines Bankräubers (...) durch einen Polizisten und von der Erschießung eines gefesselten nordvietnamesischen Kriegsgefangenen durch einen südvietnamesischen Offizier werden ohne jeden Kommentar untereinander abgebildet und damit in Beziehung zueinander gebracht ..."

Die Jugendlichen in der Kornstrasse reagierten auf diesen Angriff, indem sie eine Solidaritätskampagne in Gang brachten. Die Vorgänge um die Stadtratsmaßnahmen wurden insbesondere über die Jugendzentren veröffentlicht. In vielen Jugendzentren – auch in städtischen – wurden ungefähr 1.000 Unterschriften gegen die geplante Haushaltsstreichung gesammelt.

Der Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) solidarisierte sich mit der Kornstraße und verabschiedete eine Resolution an die SPD-Fraktion.

Ein Arbeitskreis von Heimerziehern, Kinderläden, Schulklassen, 65 Professoren und Hochschullehrer protestierten in Schreiben an die SPD und den Stadtrat, Jugendliche schrieben Briefe ans Amt.

Das vorläufige Ergebnis: das UJZ Kornstraße soll erstmal für ein weiteres h a l b e s Jahr unterstützt werden – sozusagen zur Bewährung. Das ist eine offene Erpressung und ein „Wink mit dem Zaunpfahl" an die „gemäßigten Kräfte", sich von den „radikalen Elementen" im UJZ zu „trennen". Erste Ergebnisse von internen Auseinandersetzungen dürfen die Stadtbürokraten hoffen lassen. Leider!

Die Stadtbürokratie will ein Jugendzentrum, in dem politisch Windstille herrscht und wo „angepaßte" Jugendliche, die durch Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit auf der Straße liegen, von „dummen Gedanken" abgehalten werden. Daß maßgebliche Kräfte im UJZ in diese vorgeschriebene Richtung marschieren, zeigen erste Stellungnahmen, die nach den Drohungen der Stadtbürokratie veröffentlicht wurden.

Die angedrohte Schließung des UJZ sei ein „Akt politischer Verantwortungslosigkeit", da man sich um „Resozialisierung (Wiedereingliederung) randständischer Jugendlicher" kümmern wolle, „Alkoholismus" und „Jugendkriminalität" wolle man zurückdrängen etc.

Mit dieser Stellungnahme versuchen sich maßgebliche Kräfte im UJZ der Bourgeoisie und Stadtbürokratie als „nützliche Idioten" anzudienen, statt den Kampf der Jugendlichen auf Grundlage ihrer eigenen Interessen gegen die Maßnahmen der Herrschenden zu unterstützen und zu organisieren. Aber genau das wäre jetzt wichtig angesichts der rapiden Verelendung im Jugendbereich! ●

Sympathisantengruppe des KB/Hannover

Hannover:

„Lehrer her, Räume her – sonst geben wir keine Ruhe mehr"

300 Schüler, Studenten und Lehrer demonstrierten am 28.2. für die Aufhebung der Berufsverbote. Die Demonstration führte zu einer Großveranstaltung der GEW gegen überfüllte Klassen und arbeitslose Lehrer, an der etwa 1.500 Menschen teilnahmen.

Zu der Demonstration hatten der Streikrat der IGS (integrierte Gesamtschule) Roderbruch, der Landesschülerrat, der KBW, die KB/Gruppe Hannover und die „KPD" aufgerufen.

Proteste an Hannovers Schulen

Seit einigen Wochen nimmt die Unruhe an Hannovers Schulen zu. Diese Proteste sind nur verständlich, wenn man die katastrophalen Zustände kennt, die schon lange an den Schulen herrschen:

- Bis zu 40 % Unterrichtsausfall, durchschnittlich über 20 %!!
- Starker Raummangel an vielen Schulen.
- Über 35 Schüler in vielen Klassen.
- 30 % aller Schüler erreichen durch diese Lernbedingungen das jährliche Klassenziel nicht.
- Die Aussichten der Schulabgänger, überhaupt noch einen Beruf zu lernen, werden immer geringer. Von etwa 10.000 Hauptschulabgängern in Hannover fanden in diesem Jahr gerade 5.000 (!) eine Lehrstelle oder einen Platz an weiterführenden Schulen. In Niedersachsen sind 13.700 Jugendliche arbeitslos, davon sind 71,5 % ungelernt!!

Verschärft wird die Situation dadurch, daß der Staat fertig ausgebildete Lehrer nicht einstellt – in Niedersachsen noch hauptsächlich wegen des „Verdachts der Verfassungswidrigkeit", der sich mittlerweile nicht nur gegen Kommunisten und DKPler richtet, sondern auch gegen linke Sozialdemokraten.

In ganz Niedersachsen sind offiziellen Angaben zufolge 471 Lehrer „überprüft" worden. Im Raum Hannover sind von dieser Schnüffelei über 50 Lehramtskandidaten betroffen. Davon

- an der IGS Linden 4 Kandidaten,
- an der IGS Langenhagen ebenfalls 4 Lehramtskandidaten,
- an der IGS Garbsen 1 Kandidat,
- an der Tellkampfschule wird ein Referendar „überprüft", der eine Abiturklasse unterrichtete. Die Klasse wird daher von einem anderen Lehrer geprüft, was die Prüfung sehr verschärft.
- an der IGS Roderbruch 2 Referendare.

Widerstand dagegen rührte sich nur an den IGS Linden und Roderbruch. Die Klassen 11 - 13 der IGS Roderbruch führten am 13.2. für einen Tag einen Warnstreik durch. Ihre Forderung war die sofortige Einstellung der beiden Lehrer, sowie die Einstellung aller Lehramtskandidaten und die Aufhebung der Berufsverbote. Ihre Aktion hatte Erfolg – die beiden Lehrer wurden eingestellt!

An der IGS Linden verurteilten die Schüler der Klassen 5 - 8! in einer Resolution nahezu einstimmig die Einstellungsverzögerungen von 4 Lehrern und die Berufsverbote. Sie forderten die Eltern auf, zusammen mit den Schülern einen Streik durchzuführen. Die Eltern, ohne die die Schüler nicht streiken wollten, zogen hier allerdings nicht mit.

Der GEW schien es gelegen, in dieser Situation auf Grund der Unruhe an der eigenen Basis und an den Schulen zu einer Protestveranstaltung am 26.2. aufzurufen.

Die Schüler der IGS Roderbruch und verschiedene linke Organisationen riefen zu einer eigenen Demonstration auf, die zu der Veranstaltung der GEW hinführte.

An dieser Demonstration nahmen etwa 300 Schüler teil. Leider spiegelte sich der Zustand an Hannovers Schulen noch nicht darin wieder. Zum einen hat das sicherlich die Ursache, daß es bisher noch nicht gelungen ist, bestehende Proteste zusammenzufassen und ihnen Kontinuität zu verleihen. Diese Orientierung fehlte dann auch in der Mobilisierung und der Planung der Demonstration. Zu einem vorbereitenden Gespräch wurde erst einen Tag vorher eingeladen.

Inhaltlich gelang es in der Demonstration nicht, den Zusammenhang konkreter Vorfälle an den Schulen mit weitergehenden politischen Fragen zu verbinden. Die Hauptparolen waren gegen die Berufsverbote und die Gewerkschaftsausschlüsse gerichtet – eine gute Stoßrichtung, bei der aber vergessen wurde, die Schüler mit ihren unmittelbaren Problemen einzubeziehen.

Die Unzufriedenheit über die Zustände an den Schulen schlug sich auch in der Großveranstaltung der GEW nieder. In der Stadthalle hatten sich etwa 1.500 Lehrer, Schüler und Eltern versammelt. Zugegen waren 3 Vertreter der GEW-Führung (u.a. GEW-Chef Frister), Becherhoff (Obeplaner im Bundeswissenschaftsministerium), Kasimier (niedersächsischer Finanzminister) und der niedersächsische Kultusminister Mahrenholz.

Diese anwesende „Prominenz" zog ein Schauturnen ab: Die Regierungsvertreter (alles SPDler) schwatzten von einer Lehrerschwemme (die 1985 zu erwarten sei) und von zuwenig Geld; die GEW-Vertreter (sicher auch SPDler) widersprachen ein bißchen, ohne natürlich konkrete Kampfschritte anzugeben.

Entsprechend empört reagierte das Publikum, von dem große Teile offenbar hofften, eine Antwort auf die Fragen zu bekommen. Einige Elternvertreter, Lehrer, Studenten und Schüler stellten in Diskussionsbeiträgen die Situation klar und meinten, daß sie nicht bereit seien, sich weitervertrösten zu lassen. ●

KB/Gruppe Hannover



Demonstration gegen die Berufsverbote in Hannover. Aufgerufen hatte eine Schülervertretung und mehrere linke Organisationen

Literatur zu Chile

Aus Anlaß des bevorstehenden Besuches eines Genossen des MIR geben wir hier eine Zusammenstellung der wichtigsten Literatur zu den Kämpfen in Chile (einschließlich Chileplatten). Es handelt sich hierbei um eine auf den neuesten Stand gebrach- Popular, vor allem der revisionistischen „KP" Chiles und von Texten der italienischen PCI nach dem Putsch, die zeigen, daß die Revisionisten trotz der Niederlage der Arbeiterklasse in Chile den alten Weg weiter gehen. Weiter sind in dieser In Nr. 7 von DIE INTERNATIONALE werden weitere Beiträge verschiedener westeuropäischer sozialistischer Organisationen auf der Chilekonferenz abgedruckt und auch vom KB dazu Stellung genommen. der chilenischen Arbeiterbewegung legt. Das Buch erfüllt jedoch nicht alle Erwartungen. Die Analyse ist nicht so präzise, wie es politisch notwendig wäre. Manche wichtige Fragen wer-

dersachsen noch hauptsächlich wegen des „Verdachts der Verfassungswidrigkeit", der sich mittlerweile nicht nur gegen Kommunisten und DKPler richtet, sondern auch gegen linke Sozialdemokraten. In ganz Niedersachsen sind offiziellen Angaben zufolge 471 Lehrer „überprüft" worden. Im Raum Hannover sind von dieser Schnüffelei

der GEW hinführte.

An dieser Demonstration nahmen etwa 300 Schüler teil. Leider spiegelte sich der Zustand an Hannovers Schulen noch nicht darin wieder. Zum einen hat das sicherlich die Ursache, daß es bisher noch nicht gelungen ist, bestehende Proteste zusammenzufassen und ihnen Kontinuität zu verleihen. Diese Orientie-

weitervertrösten zu lassen. ●

KB/Gruppe Hannover

Literatur zu Chile

Aus Anlaß des bevorstehenden Besuches eines Genossen des MIR geben wir hier eine Zusammenstellung der wichtigsten Literatur zu den Kämpfen in Chile (einschließlich Chileplatten). Es handelt sich hierbei um eine auf den neuesten Stand gebrachte Liste der im vergangenen Jahr herausgebrachten Liste des Arbeiterbuch:

Neu sind in der Zwischenzeit erschienen:

Operatio silencio
Hierbei handelt es sich um ein in der DDR herausgegebenes Buch, das im Prinzip genauso angelegt ist, wie das Chile-Schwarzbuck, aber von erheblich besserer Qualität.

Julius Mader: **Instructio 37/57:**
Tatsachen und Hintergründe des Putsches in Chile 1973.
Militärverlag der DDR 142 S. **2,80**

Dieses Buch berichtet recht ausführlich über die Vorbereitungen des Putsches von Seiten der USA und der chilenischen Bourgeoisie.

MIR: Widerstand in Chile
Politik 54 Wagenbach 125 S. **5,50**
Aufrufe, Interviews und Dokumente des MIR

Neben einer kurzen Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des MIR enthält dieses Buch sonst „nur" sehr ausführliche Dokumente des MIR selbst. Das Buch ist also für eine Auseinandersetzung mit der MIR unverzichtbar. Es enthält konkret folgende Stellungnahmen des MIR:

Unser Programm ist das Programm der sozialistischen Revolution/ Der bewaffnete Kampf wird nicht der Kampf von Avantguarden sein!/ Wir haben keine andere Wahl: Lieber kämpfend sterben als durch Hunger und Unrecht – Es ist notwendig, den offenen Kampf gegen die Diktatur durchzuhalten/ Die Führung im Kampf gegen die Gorilla-Diktatur erreicht man nicht durch ein Dekret oder durch Erklärungen/ Wir propagieren auch heute den Kampf um die proletarische Revolution...
Lateinamerikanisches Volk: zu den Waffen!

Der KB hat sehr ausführlich in seinen Organen (UNSER WEG, ARBEITERKAMPF und DIE INTERNATIONALE) – vor und nach dem Putsch – über den Klassenkampf in Chile berichtet und ist dabei sehr ausführlich und grundsätzlich auf die oben bezeichneten Probleme eingegangen. Die wichtigsten Publikationen seien hier nochmals aufgeführt:

UNSER WEG - Revisionismuskritik 6 -
Chile: **Reform oder Revolution!**

Diese Broschüre ist eine Zusammenstellung älterer Texte der Unidad Popular, vor allem der revisionistischen „KP" Chiles und von Texten der italienischen PCI nach dem Putsch, die zeigen, daß die Revisionisten trotz der Niederlage der Arbeiterklasse in Chile den alten Weg weiter gehen. Weiter sind in dieser Broschüre ein Artikel der albanischen Genossen abgedruckt, ein weiterer Artikel aus dem ARBEITERKAMPF, der sich mit dem Jubelökonomismus des KBW(NRF) auseinandersetzt und der Artikel „Lenin, Chile und die DKP".

CHILE vom „friedlichen Übergang" zur faschistischen Militardiktatur,
3. geänderte und erweiterte Auflage 56 Seiten **DM 4,–**

Diese Broschüre enthält mehrere Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und DIE INTERNATIONALE, ausserdem Interviewdokumente mit Genossen des MIR, der MAPU, von der PCBR und die Selbstkritik der KP Indonesiens nach dem Militärputsch in Indonesien 1965. Der Hauptteil der Artikel aus dem ARBEITERKAMPF bezieht sich auf die Zeit unmittelbar vor dem Militärputsch und auf diesen selbst, sowie auf die Situation des chilenischen Widerstandes.

UNSER WEG 23

Diese Nummer enthält einen Kommentar zur westeuropäischen Chilekonferenz in Frankfurt, den Beitrag des KB auf dieser Konferenz sowie den Beitrag von Lotta Continua.

Der ARBEITERKAMPF und DIE INTERNATIONALE nehmen laufend Stellung zu den aktuellen Ereignissen in Chile, zur Lage des chilenischen Widerstandes und zu den Aufgaben der Solidarität im Sinne des proletarischen Internationalismus hier in der BRD. Es seien hier Artikel aus folgenden Nummern aufgeführt:

AK 47:	Nazifolter in Chile
AK 48:	Teitelboim („KP" Chile: Zur Diskussion über den bewaffneten Kampf ist es noch „zu früh"!)

DIE INTERNATIONALE NR. 5:
Über Taktik und Strategie des MIR
Grußbotschaft des MIR
Internationale Chilekonferenz
Ein Prozeß der Einheit und des Kampfes, um auf neuer Grundlage den Proletarischen Internationalismus wiederaufzubauen (Ein Interview mit Lotta Continua auf der Internationalen Chilekonferenz in Frankfurt).

DIE INTERNATIONALE NR. 6:
Avanguardia Operaia zur Europäischen Chilekonferenz.

In Nr. 7 von DIE INTERNATIONALE werden weitere Beiträge verschiedener westeuropäischer sozialistischer Organisationen auf der Chilekonferenz abgedruckt und auch vom KB dazu Stellung genommen.

K a r l M a r x: **Der Bürgerkrieg in Frankreich**

Chinesische Ausgabe	**1,95 DM**
Ausgewählte Werke I	**6,50 DM**
Werke, Bd. 17	**12,50 DM**

L e n i n: **Staat und Revolution**

Chinesische Ausgabe	**1,10 DM**
Ausgewählte Werke II	**7,50 DM**
Werke Bd. 25	**7,50 DM**

L e n i n: **Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution**

Chinesische Ausgabe	**1,25 DM**
Ausgewählte Werke I	**7,50 DM**
Werke, Bd. 9	**7,50 DM**

außerdem empfehlen wir:

Protokolle des VII. Weltkongresses der Komintern 1935.
Karl Liebknecht Verlag, Erlangen
2 Bde., **27,50 DM**

Auf diesem Kongreß wurde das Konzept der Volksfront diskutiert und verabschiedet. (Das hier beschlossene Volksfrontkonzept unterscheidet sich allerdings in wichtigen Punkten von den heutigen revisionistischen Konzepten).

Arno Münster:
Chile – friedlicher Weg?
Wagenbach Verlag, Reihe Politik 44
7,50 DM

Das Chile-Buch von Münster – unserer Meinung nach vom MIR-Buch abgesehen das beste, das es z. Zt. auf dem Markt gibt – enthält recht ausführliche und fundierte politische Analysen der Politik der Unidad Popular. Es geht konkret ein z. B. auf starke Positionen, welche die Bourgoisie während der ganzen Regierungszeit der UP in den Medien (Presse, Rundfunk und TV) hatte und kritisiert richtig, daß „in diesem strategisch so wichtigen Bereich ... die Politik der UP ausgesprochen reformistisch (blieb)" Oder er beschreibt das Verhältnis der „Revolutionären Bewegung der Linken" MIR zur UP und kritisiert hier richtig die demagogische Abgrenzung vor allem der KP von der MIR, welche folgerichtig mit fortwährenden Anbiederungen bei der DC verbunden war.

Außerdem bringt Münster von allen Chile-Büchern den besten historischen Überblick über die Geschichte Chiles, wobei er den Schwerpunkt auf die Darstellung der Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung legt.

Das Buch erfüllt jedoch nicht alle Erwartungen. Die Analyse ist nicht so präzise, wie es politisch notwendig wäre. Manche wichtige Fragen werden nicht in der nötigen ideologischen Schärfe und Klarheit herausgearbeitet. Z. B. setzt er sich nicht mit dem Volksfrontkonzept und den verschiedenen historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung anderer Länder grundsätzlich auseinander. Auch wird die Frage der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei für einen erfolgreichen Sturz der Bourgeoisie übergangen.

In dem nach dem Putsch geschriebenen Kapitel: „Die Lehren aus der chilenischen Tragödie" faßt er nochmal im wesentlichen in korrekter Weise, die Fehler der UP zusammen. Er dehnt diese Kritik auf die europäischen revisionistischen Parteien aus und teilt hier z. B. Positionen, wie sie der ARBEITERKAMPF bezüglich einer möglichen „chilenischen" Entwicklung in Frankreich dargelegt hat. (Münster, S. 212).

Lotta Continua:
CHILE – Unsere „Pariser Kommune"
Politladen Erlangen 56 S. **DM 4,–**

Der wichtigste Teil des Buches ist der Beitrag von Lotta Continua auf der diesjährigen Frankfurter Chile-Solidaritätskonferenz, der auch in UNSER WEG 23 abgedruckt ist. Des weiteren enthält diese Schrift eine kurze Bemerkung zur internen Diskussion in der PCI und einen Anhang zur Frage der Mittelschichten, der zwar gegen die Ansicht der PCI, die Hauptfrage der Revolution sei die Bündnisfrage, etwas sagt, aber in diesem Beitrag insgesamt nicht sehr politisch auf diese Frage eingeht.

Franz-Joachim Gaber – Brigitte Heinrich:
betrifft Chile – die ITT-Dokumente
megapress 1974 **10 DM**

Die ITT-Dokumente bieten ausgezeichnetes Quellenmaterial, das – ähnlich wie die Pentagonpapiere – deutlich belegt, aufgrund welcher politischen Einschätzungen und Interessen und mit welchen Methoden die Imperialisten in anderen Ländern politisch eingreifen. Sie beweisen nochmals dokumentarisch, wo die Hindernisse und die Gründe für die Unmöglichkeit des „friedlichen Übergangs" liegen, wie die Strategie der Imperialisten wirklich – und nicht in den Köpfen der Reformisten – verläuft.

Wir führen im Arbeiterbuch auch mehrere Zeitungen über Chile oder Lateinamerika mit Sondernummern zu Chile. Sie alle erscheinen unregelmäßig.

Veranstaltung des KJA in Bremen: Kläglich, kläglich!

Der Kreisjugendausschuß des DGB Bremen hatte auf einer Funktionärskonferenz am 8.2. bekanntgegeben, daß er am 28.2. eine Großveranstaltung im Berufsbildungszentrum (BBZ) und am 20.3. eine Demonstration gegen die Misere der Berufsausbildung plant.

Natürlich geht es der Gewerkschaftsführung und dem (von Revisionisten bestimmten) KJA nicht um die Schaffung einer starken Kampffront. So wurde dann auch der Zeitpunkt der Demonstration genau in die Osterferien gelegt, wo es nicht möglich ist, die Schüler und Studenten zu mobilisieren. Zu der sogenannten Großveranstaltung wurde dann zunächst nur vom KBW in der Ortsbeilage der „KVZ" vom 19.2. und mit einer kurzen Ankündigung in der folgenden Ortsbeilage und einem Flugblatt mobilisiert. Außerdem kam eine Ankündigung und ein Interview des Referenten der „Gewerkschaftsjugend" im Jugendfunk des Radios.

Auf der Veranstaltung (es waren nur 250 Jugendliche erschienen) sollte es nach dem Willen des KJA keine Diskussion darüber geben, wie man den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere führen muß. Sondern nur ein Referat des Bundesjugendsekretärs der ÖTV, Klaus Engel, eingepackt in lautstarken Mitbestimmungsgesang der Hamburger Song-Gruppe „Peter, Paul & Barmbek".

Engel hielt eine mehr als einstündige, teilweise sehr wortradikale Rede. Engel brachte es fertig, die Ausschlußverfahren gegen fortschrittliche Gewerkschafter völlig zu „vergessen" und auf einen Zwischenruf hin die Jugendlichen zu belehren, daß die Gewerkschaften gegen die Berufsverbote kämpfen und man (?) doch sehe, daß die Berufsverbote noch gegen bestimmte Gruppen angewandt würden, sich diese (Berufsverbote) doch nicht gegen die Gruppen, sondern gegen alle konsequenten Kollegen, Gewerkschaftler wenden !!

Schon während dieser Rede gab es laufend Zwischenrufe und Forderungen nach einer Diskussion. Als dem nach der Engel'schen Rede nicht entsprochen wurde, sondern „Musik" gemacht wurde, wurden die drei Musikanten trotz der Verstärkeranlage niedergeschrien. Um den Forderungen der versammelten Gewerkschaftsjugend nicht nachkommen zu müssen, erklärte der KJA die Veranstaltung kurzerhand für geschlossen.

Die Jugendlichen blieben, um die Veranstaltung mit der Diskussion sinnvoll zu beenden und forderten Engel auf, sich endlich an der Auseinandersetzung zu beteiligen. Der Bundesjugendsekretär zog es allerdings vor, mit etwa 30 Leuten, Gewerkschaftsfunktionären und SDAJ'lern, den Saal zu verlassen.

Nach diesem Auszug verblieben den Jugendlichen hier noch 30 Minuten zur Diskussion!

Die Versammelten verurteilten das Verhalten des KJA und verabschiedeten eine Resolution, die vom Schülerring Maschinenbau des BBZ eingebracht worden war. In der Resolution wird vom Kreisvorstand des DGB gefordert, den Zeitpunkt der Demonstration aus den Osterferien auf einen der ersten zehn Apriltage zu legen. ●

KB/Gruppe Bremen

5.000 demonstrierten in Frankfurt gegen Schulmisere und Jugendarbeitslosigkeit

Rund 5.000 Schüler, Studenten, Lehrer und Eltern demonstrierten am 22.2. in Frankfurt gegen die Schulmisere, gegen Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit. Organisiert war diese Demonstration vom GEW-Bezirksverband und DGB-Kreis Frankfurt. Die meisten linken Organisationen, darunter auch der KB, hatten auf eigenen Flugblättern zur Teilnahme an dieser Demonstration mit aufgerufen.

Wenngleich GEW und DGB Großflugblätter herausgegeben und eini- Informationsstände in der Stadt gemacht hatten, hielten sie die Mobilisierung doch in Grenzen: sowohl quantitativ als auch politisch. Besonders wurde von Seiten der Gewerkschaftsführungen darauf „verzichtet", die Arbeiterjugend zur Teilnahme aufzurufen (ihr Flugblatt richtete sich ausdrücklich nur an „alle Schüler, Lehrer und Eltern" und wurde natürlich im Arbeiterjugend-Bereich auch nicht verteilt). Ebenso wurden die Studenten aus der Mobilisierung rausgehalten, indem für die Demonstration ein Zeitpunkt nach Beginn der Semesterferien gewählt wurde (dabei ist der Beschluß zu dieser Demonstration bereits auf der GEW-Hauptversammlung am 14.1. gefaßt worden).

Auch die Tatsache, daß im GEW/DGB-Aufruf einigermaßen „radikal" gesagt wurde, daß die Arbeitslosigkeit usw. *„ihre Ursache in der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung"* hat, steht in krassem Widerspruch zur P r a x i s der Gewerkschaftsführung, die in Frankfurt ebensowenig wie andernorts darauf ausgerichtet ist, „das Übel an der Wurzel zu packen". Daß auch der „linke" Frankfurter GEW-Vorstand nicht gewillt ist, Kommunisten in seinen Reihen zu dulden, zeigte sich deutlich zu Beginn der Demonstration, als einige Ordner versuchten, Lautsprecherwagen und Transparente der „KPD" aus dem Zug zu verbannen – allerdings erfolglos. Eine tatsächliche Schmierenkomödie war es schließlich (wenn auch von vielen nicht so begriffen), daß sich auf der Schlußkundgebung der Frankfurter GEW-Chef Dingeldey als „konsequenter Interessenvertreter der Schüler und Lehrer" zu präsentieren versuchte – der gleiche Dingeldey nämlich, der als Schulleiter (!) der Bettinaschule erst vor kurzem mehreren fortschrittlichen Schülern Schulverweis androhte, wenn sie ihren Widerstand gegen eine neu erlassene Pausenordnung nicht aufgeben würden (diese neue Pausenordnung ist reine Schikane und verbietet den Schülern den Aufenthalt im Gebäude während der Pausen; siehe REBELL Nr. 3, Dez. 74).

Bei alledem ist es schon bemerkenswert, wenn der KBW (der ebenfalls mit aufgerufen hatte) praktisch jegliche Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung unterläßt – wenngleich dies mittlerweile ja auch schon die „Haupttendenz" dieser Organisation ist. In der „KVZ" vom 27.2. ist lediglich mysteriös von den obligaten „Schwierigkeiten" der Gewerkschaftsführung die Rede; wird beklagt, daß die Demonstration „politisch noch uneinheitlich" war – und konkret fällt dem KBW einzig und allein die unsinnige „Kritik" ein, daß die Gewerkschaftsführung, Jusos usw. nicht konsequent fordern, daß der (kapitalistische!) Staat den Kapitalisten die Lehrlingsausbildung aus den Händen nehmen muß.

Die „KPD" andererseits, der man zwar eine solche Anbiederung an die Gewerkschaftsfürhung nicht vorwerfen kann, versuchte auf ihrem Flugblatt in tölpelhafter Weise den Eindruck zu erwecken, daß eigentlich s i e der Organisator dieser Demo ist, und GEW und DGB „auch" (!) aufgerufen haben. Sollte man demnach wohl das weitgehend reformistisch begrenzte Bild dieser Demo (und vor allem der Kundgebung!) als Etikett der ruhmreichen „KPD" werten dürfen...?

Wir meinen, daß die Herstellung einer tatsächlich starken und längerfristig orientierten Kampffront der lernenden und arbeitenden Jugend gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik weder dadurch zu erreichen ist, daß man sich den sozialdemokratischen Dampfablassern und Ventilöffnern (damit die „Unruhe" zu stark wird!) in der Gewerkschaftsführung opportunistisch anbiedert – noch dadurch , daß man so tut, als ob diese Kampffront bereits unter „revolutionären" Parolen existiert. Das ist vielmehr eine Aufgabe, vor der wir stehen. Diese Aufgabe auch in Frankfurt mit unseren vergleichsweise dort noch schwachen Kräften anzupacken – das war der Grund, weshalb auch wir zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen haben, und worauf wir in unserer Mobilisierung orientierten. Wir meinen auch, daß trotz der Begrenzung und Desorientierung seitens der Gewerkschaftsführer, in dieser Demonstration zum Ausdruck gekommen ist, daß bei vielen Jugendlichen der W i l l e zum gemeinsamen Kampf vorhanden ist. Und daran gilt es weiterzuarbeiten.

Lange Zeit galt Hessen als Musterland sozialdemokratischer Reformpolitik, vor allem auf dem Schulsektor. Daß aber auch in Hessen diese Reformpolitik längst eingemottet ist, wird immer deutlicher. Lehrermangel (jüngst wurden 771 Lehramtskandidaten auf Anordnung der Landesregierung nicht in den Schuldienst übernommen!), politische Disziplinierung an den Schulen, Lehrstellenverknappung, Beschneidung der Freizeitmöglichkeiten der Jugendlichen durch brutale Polizeieinsätze gegen Jugendhäuser, usw. usw. – das gibt es in Hessen ebenso wie in jedem anderen Bundesland. Frankfurt steht sogar mit dem Anteil der Jugendlichen an den Arbeitslosen momentan an der Spitze sämtlicher Großstädte in der BRD. In unserem Aufruf zur Demonstration am 22.2. schrieben wir dazu:

„Daß diese Lage sich nach dem Willen der Kapitalisten und der Regierung weiter verschlechtern soll, zeigt nicht zuletzt die neue Regierungserklärung von Osswald, in der praktisch alle bisher so wunderwirksam zurechtgeschmückten ‚Reformen' für abgebrochen erklärt werden. Die „FR" schrieb darüber, daß der ‚Erwartungshorizont drastisch gesenkt' werde – und fand dies ‚vernünftig'. Für die lernende und arbeitende Jugend allerdings wird es das einzig Vernünftige sein, diesen Angriffen stärker als bislang entgegenzutreten!" ●

KB/Gruppe Frankfurt

INHALT:

19.2.75 in Bochum
Pierburg, Neuß: Ein „Sieg", den man nicht feiern kann 34

Kampf dem Faschismus
Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile

Aktionseinheit ist Trumpf

Die Verschlechterung im Jugend- und Bildungsbereich hat in der ganzen Bundesrepublik zu Protestkundgebungen und -demonstrationen geführt. Auch wenn viele dieser Aktionen noch unter dem direkten Einfluß der Sozialdemokraten stehen, zeigt sich hierin doch die wachsende Kampfbereitschaft der demokratischen Jugendlichen, insbesondere der Arbeiterjugend, sich gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse zur Wehr zu setzen. Entscheidend für die Entwicklung einer wirklichen Kampffront wird dabei sein, inwieweit es gelingt, den eigenständigen Kampf der Jugendlichen zu entwicklen, unabhängig, was heißt gegen den Willen der Gewerkschaftsführer. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung der Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik in Hamburg (siehe hierzu die entsprechenden ARBEITERKAMPF- und REBELL-Artikel).

Jetzt wird auch in Schleswig-Holstein an den Aufbau einer solchen Kampffront gegangen. Die Jugendvertretung der HDW-Kiel hat eine Initiative gestartet, um zu einer gemeinsamen Aktion aller demokratischen Kräfte innerhalb der Jugend zu kommen. Auf einer Lehrlingsversammlung der HDW wurde diese Initiative mit 48 gegen 2 Stimmen verabschiedet.

In einem Aufruf der Jugendvertreter heben sie besonders die Lage der Arbeiterjugend hervor:

- 5.000 jugendliche Arbeitslose (nach offiziellen Angaben);
- massive Einschränkung der Ausbildung durch die Stufenausbildung in den Betrieben;
- katastrophale Zustände an den Haupt- und Berufsschulen;
- immer schärfere politische Disziplinierung durch Rausschmisse von Jugendvertretern, Gewerkschaftsausschlüssen usw.

Im weiteren werden die Ziele der Kapitalistenklasse, Verhinderung jeder „Reform" der Ausbildung und politische Erpressung mit der Not der Jugendlichen, und die „staatstragende" Rolle der SPD aufgezeigt.

Dann heißt es: **Heraus zum Kampf**

„Realismus hat einzig immer darin bestanden, die Dinge in die eigene Hand zu nehmen. Daher rufen wir zu einer Kampagne gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik auf und zur Herstellung einer landesweiten Aktionseinheit mit dem kurzfristigen Ziel einer Demonstration und Kundgebung in Kiel.

Wir knüpfen damit an eine ähnliche Aktion vom September des letzten Jahres an, die die DGB-Jugend in Kiel durchgeführt hatte. Beispielgebend sind auch Aktionseinheiten gleichen Inhalts, wie sie zuletzt namentlich von Hamburger Jugendlichen erfolgreich hergestellt werden konnten.

Unser Aufruf ergeht an alle Jugend- und Schülervertretungen aus Betrieben, Schulen und Jugendzentren sowie allen fortschrittlichen Organisationen in Schleswig-Holstein. Die Gemeinsamkeit unserer obenstehenden Forderungen sollte im Kampf gegen die Reaktion im Vordergrund stehen gegenüber möglichen anderweitigen Meinungsverschiedenheiten."

Diese Initiative der Kieler HDW-JV wird von mehreren Schülervertretungsorganen unterstützt. Auf dem Landestreffen der Jugendzentrumsinitiativen Schleswig-Holstein wurde folgende Resolution mehrheitlich (von 9 von 11 Vertretern) verabschiedet:

Resolution

„Das Landestreffen der Jugendzentrums-Initiativen Schleswig-Holsteins begrüßt den Aufruf der Kieler HDW-Jugendvertretung zur Bildung einer Aktionseinheit gegen die Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, Stufenausbildung und politische Entrechtung in Betrieb und Schule!

Wir solidarisieren uns mit diesen Forderungen und ergänzen sie mit der Parole: Für ein freies Jugendzentrum in Selbstverwaltung!

Das Landestreffen fordert alle Jugendzentrums-Initiativen auf, sich der Aktionseinheit anzuschließen und für die zentrale Demonstration am 22.3.75 in Kiel zu mobilisieren!"

Mehrheitlich angenommen, Neumünster, den 23.2.75

Die Initiative der HDW-Jugendvertretung zum Aufbau einer Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik ist ein richtiger Schritt zur Entwicklung des selbständigen Kampfes der betroffenen Jugendlichen.

Eine Aufgabe für die Zukunft wird es sein, zwischen den Aktivitäten in den verschiedenen Städten und Ländern einen Erfahrungsaustausch zu organisieren und die Aktionen zu koordinieren, um so zu einem gemeinsamen, einheitlichen Handeln gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse zu kommen. ●

Aktivisten der „Aktionseinheit"